

Randnotizen

Inhalt

In der ersten Hälfte der Neunzigerjahre notierte ich einige Monate lang kontinuierlich Bemerkungen zur Spiegelung des Laufs der Dinge in den Berichten der Medien. Diese Notizen sind grob thematisch gereiht und können unter der Jahresangabe "**1993/94**" angeklickt werden. Danach kam es lange Zeit nur zu ganz wenigen, sporadischen Eintragungen. Sie sind unter "**1995-2012**" abrufbar. Seit meinem Eintritt in die Pension im Jahr 2013 finde ich nun wieder öfter Muße für das Verfassen einschlägiger Kommentare und Wortklaubereien. Sie sind hier chronologisch geordnet und können ebenfalls durch Anklicken der jeweiligen Jahresangabe aufgerufen werden.

[1993/94](#)

[1995 bis 2012](#)

[2013](#)

[2014](#)

[2015](#)

[2016](#)

[2017](#)

[2018](#)

[2019](#)

[2020](#)

[2021](#)

[2022](#)

[2023](#)

[2024](#)

[2025](#)

1993/94

Im letzten Absatz des folgenden Textes
kommt SPÖ-Innenminister Franz
Löschnak im O-Ton zu Wort, zitiert
nach profil, Nr. 46, 1993.
Alles andere ist Fiktion

Brüder im Geiste

Sinn und Zweck der militärischen Aktionen ist es, kommunistische Umtriebe einzudämmen. Ob das mit menschenrechtskonformen oder weniger menschenrechtskonformen Maßnahmen geschieht, ist nicht so interessant.

Augusto Pinochet, Santiago 1974

Sinn und Zweck der Maßnahmen des Staatssicherheitsdienstes ist es, republikfeindliche Aktivitäten einzudämmen. Ob das mit menschenrechtskonformen oder weniger menschenrechtskonformen Maßnahmen geschieht, ist nicht so interessant.

Erich Mielke, Berlin 1988

Sinn und Zweck der Polizeiaktionen am Platz des Himmlischen Friedens ist es, den Aufruhr einzudämmen. Ob das mit menschenrechtskonformen oder weniger menschenrechtskonformen Maßnahmen geschieht, ist nicht so interessant.

Deng Xiaoping, Peking 1989

"Sinn und Zweck des Aufenthaltsgesetzes ist es, den Zuzug von Ausländern einzudämmen. Ob das mit menschenrechtskonformen oder weniger menschenrechtskonformen Maßnahmen geschieht, ist nicht so interessant."

Franz Löschnak, Wien 1993

--- 000 ---

Zu einer Meldung im
Kurier vom 3.2.1994

Saubere Bilanz

Überschuss der Zuwanderer über die Abwanderer:

1990: 71.913
1991: 88.283
1992: 80.522
1993: 26.800

Eine saubere Bilanz
unsere Wanderungsbilanz.
Aber man ahnt,
wie viel Schmutzarbeit dahintersteckt

--- 000 ---

Zur Radiomeldung am 13.12.1993 über
den Brand eines Ausländerwohnheims
in Graz

Die Sensation

Brand eines Ausländerwohnheims in Österreich.

Mindestens drei Tote.

Nein, das ist keine Sensation.

Es war kein Anschlag, sondern ein normales Feuer.

Das ist die Sensation

--- 000 ---

Zu einem Artikel im profil
vom 25.4.1994 über den Mord
an einem Innsbrucker Sandler

Problemstellung und Problemlösung

Definition des Problems durch die ÖVP-Kommunalpolitiker:

"Der Frühling naht, und die Punker-, Skinheads-, Giftler- und Sandler-Szene droht wieder ein Problem zu werden."

Versuchte Problemlösung durch zwei Lehrlinge:

Einschlagen auf das Gesicht eines Obdachlosen mit einem Kantholz

wie mit einem großen Mörser

bis die Schädeldecke zerschmettert ist,

und der Mann keinen Hinterkopf mehr hat.

--- 000 ---

Zur einer Meldung im Kurier
vom 14.12.1993

Altes Sportgerät für neue Sportart

Der Baseballschläger:

Er ist 90 cm lang,

wiegt 800 g,

besteht aus Edelholz

und kostet 50 DM.

Er ist der Verkaufsschlager der deutschen Sportgeschäfte,
seit mit ihm ein Türke zu Tode geprügelt wurde.

--- 000 ---

Zu einer Meldung im Kurier
vom 13.12.1993 über den neuen
Reisehit in der rechten Szene

Warum?

Warum fahren heuer alle nach Prag?
Weil man nirgend woanders so schön Zigeuner klatschen kann.

--- 000 ---

Zu einer Meldung im Kurier vom
17.12.1993 zur Briefbombenserie

Im Namen der Rose

Die Briefbombenbastler versuchen anscheinend den Türkenkrieg von 1683 im Detail nachzuspielen: Ein von den Ermittlungsbeamten eingeschalteter Stadthistoriker entdeckte ein Netzwerk geschichtlicher Querverbindungen zwischen den Bombenzielen und den fingierten Absendern der Briefe.

Adorno, der noch meinte, nach Auschwitz könne man keine Gedichte mehr schreiben, ist nun wohl endgültig widerlegt. Man kann offenbar sogar eine Briefbombenserie mit der Feinspitzästhetik eines postmodernen Roman-
ciers inszenieren.

Sage noch mal einer, die Faschisten seien Barbaren.

--- 000 ---

Jörg Haider schreibt ein Buch mit dem
Titel "*Die Freiheit, die ich meine*".

Ahnenforschung

Die Freiheit, die ich meine
Freiheit, für die ich mich einsetze
Freiheit, für die ich kämpfe
Mein Kampf für Freiheit
Mein Kampf

--- 000 ---

Zu einem Artikel im profil
vom 9.5.1994 über einen kürzlich ver-
storbenen Spitzenjuristen

Nachruf auf einen großen Juristen

Du warst einer unserer profiliertesten Rechtsgelehrten
ein Kunstfreund, Mäzen und Bildungsbürger.
Wir verdanken Dir sehr viel.

Zuerst schufst Du für uns die Gesetze
zur Entjudung der Wirtschaft
und zur Kündigung von jüdischen Mietern.

Danach dientest Du uns mit Deinen besonderen juristischen Fähigkeiten
und Deinen großen Kenntnissen auf einschlägigem Gebiet
bei der Rückstellung des arisierten Eigentums.

Einseitigkeit, Feind aller Gerechtigkeit,
keiner konnte sich so gänzlich von ihr befreien
wie Du.

--- 000 ---

Zu einer Meldung in den Salzburger
Nachrichten vom 18.12.1993

Nicht nur Reisefreiheit

In den neuen Bundesländern der BRD bricht das zu DDR-Zeiten hochsubventionierte kulturelle Versorgungssystem langsam aber sicher zusammen. Von den 1758 Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche, die 1988 auf dem Gebiet des heutigen Brandenburg existierten, haben bis Ende 1992 genau 560 überlebt. In manchen Kreisen Ostdeutschlands gibt es inzwischen kein Kino, keine feste Bühne und keinen Konzertsaal mehr. Bibliotheken, die es vor der Wende in fast allen Gemeinden gab, sind mittlerweile fast überall verschwunden.

Mit der Reisefreiheit bringt also der Kapitalismus den Osis nun auch die kulturelle Freiheit. Nach einer gewissen Übergangszeit werden sie schon bald völlig frei von Kultur sein.

--- 000 ---

Zu einer Meldung im Kurier
vom 7.1.1994

Niedergang mit Perspektive

Auch in Kuba geht es nun mit dem Kommunismus zu Ende.
Die Geschäfte sind leer.
Wer überleben will, muss sich am Schwarzmarkt versorgen.
Dort berappt man für ein Huhn ein Viertel seines Monatslohns.
Nicht einmal die rationierten Lebensmittel erhält man garantiert.
Die tägliche Brotration beträgt 80 Gramm - solange der Vorrat reicht.
Das Anrecht verfällt am nächsten Tag.
Die Menschen leben ausschließlich von Reis und schwarzen Bohnen.
Auch die Kindersterblichkeit ist im Steigen begriffen.
Schon bald wird sie so hoch sein
wie in New York.

--- 000 ---

Zu einer Meldung im Kurier
vom 16.12.1993

Darüber spricht man nicht

"Der GATT wird die Schranken des Welthandels abbauen. Er bringt seinen Mitgliedsstaaten binnen 10 Jahren einen Wohlstandszuwachs von 6.000 Milliarden Dollar."

- Wie groß ist der durch ihn bewirkte Zuwachs der Verkehrsströme?
- Wie stark wird er die globale Umwelt- und Klimakatastrophe beschleunigen?
- Wie sehr wird er die Verelendung der Bewohner der dritten Welt verschärfen
- Wie wird sich der Wohlstandszuwachs in den Mitgliedsstaaten auf deren Bürger verteilen?

--- 000 ---

Zu einer Meldung im Kurier
vom 1.12.1993

Synergie

7-11, so heißt der jüngste Hit am freien Ätherhimmel.

Man sendet 24 Stunden täglich live aus nonstop geöffneten Supermärkten
weil sich dort vor allem zu nächtlicher Stunde
merkwürdige Typen merkwürdig benehmen.

Und so wird endlich klar,
wieso die Kämpfer für das Kommerzfernsehen
auch für grenzenlose Ladenschlussfreiheit sind.

--- 000 ---

Zwei der drei nachstehenden
Meldungen stammen aus dem
Kurier vom 15.6.1994

Rätsel

Es folgen drei Zeitungsmeldungen, die die wundersame Kraft des Marktes,
unsere Bedürfnisse zu befriedigen, illustrieren. Eine davon ist eine Ente.
Welche?

1. In einem Zoo in Mocambique sind kürzlich fünf Familien in Raubtierkäfige eingezogen. Die Zoo-Besitzerin vermietet leerstehende Gehege an Obdachlose. Der "Diario de Mocambique" berichtet, dass die Behausungen nicht sehr komfortabel seien. Ein Problem stelle auch die Nachbarschaft dar: Die Krokodile von nebenan kommen gelegentlich auf Besuch - vor allem, wenn sie hungrig sind.

2. Der Schweizer Kanton Bern lässt Europas Wohnungspolitiker mit einer Sensation aufhorchen. Es ist dort in einer konzertierten Aktion von Kreditapparat und Bauträgern weltweit erstmals gelungen, völlig frei finanzierte, das heißt weder direkt noch indirekt geförderte Wohnungen zu errichten, deren Kosten auch für Haushalte aus mittleren und unteren Einkommenschichten erschwinglich sind.

3. Linkshänder sind auf den Toiletten nicht länger benachteiligt: Der Unterwäsche-Spezialist "Jil" hat den ersten Linkshänder-Slip kreiert. Die neue Unterhose, welche im September auf den Markt kommt, hat eine gegenüber den herkömmlichen Versionen spiegelverkehrte Öffnung. Der Linkshänder-Slip wird in den Farben Jeansblau und Anthrazit für etwa 190 Schilling erhältlich sein. Das Unternehmen rechnet mit 577.000 potentiellen Kunden.

--- 000 ---

Das profil vom 25.1.1993 listet die Chancen auf, die uns die EU bietet.

Achtung Kleingedrucktes!

Du schlägst die Zeitung auf und freust Dich,

Freu Dich nicht zu früh. Das ist keine Aktion für das Gemeinwohl.

Wenn Du dann die Brille zur Hand nimmst und die starke Leselampe anknipst,

denn da steht etwas von einem neuen System

Zwischen den Zeilen geht es nur um Stabilisierung der Herrschaftsverhältnisse

bemerkst Du, dass in Wirklichkeit alles nur darauf hinausläuft,

der kollektiven Sicherheit für Europa.

und um Abdichtung der Grenzen gegen die Flut der Armen

sicherzustellen, dass sich die Geschäfte optimal entwickeln.

--- 000 ---

Collage aus zwei Artikeln zum Abschluss der EU-Verträge im profil, vom 7.3.1993

So sind wir eben

Der Kommissionspräsident winkt mit der Hand, und der gleichgestrickte Finanzminister folgt ihm hinter eine Säule. Lieber Jacques, es schaut nicht gut aus. Die Schweden dürfen schon feiern, wir sind dem Zusammenbruch nahe. Der gezeichnete Außenminister wird durch einen unterirdischen Gang ins Hotel gebracht. Ein Botschafter hat Tränen in den Augen und murmelt Kryptisches. Es wird Geschichte geschrieben. Der Wirtschaftsminister fordert den Kammerpräsidenten auf, zu zeigen, wozu er gut ist. Der Kammerpräsident schwirrt ab. Er kommt wieder mit zehn in Kartons verpackten Pizzas in der Hand und zerteilt sie höchstpersönlich. Der Durchbruch ist da. Der Außenminister findet seine Sprache wieder, aber seinen Auftritt durchweht ein Hauch von Abschied. Ein Rübenbauer namens Sepp Pinkl, der viel verloren hat, vergräbt sein Gesicht in den Händen. Die anderen Bauern haben nicht geglaubt, dass sie so viel kriegen und geben kleine Mogeleyen zu. Der Verkehrsminister konnte trotz Steherqualitäten nur retten, was zu retten war. Der Außenminister ist jetzt wieder außer Rand und Band. Er stößt spitzlippig auf eine Staatssekretärin zu und drückt ihr ein Busserl auf die blasse Wange. Das Plenum applaudiert dankbar, aber der Kanzler und sein Vizekanzler suchen Blickkontakt.

--- 000 ---

Zu den Argumenten, die für einen EU-
Beitritt ins Treffen geführt werden

Keine Frage

Keine Frage:
Lieber auf der Dampfwalze sitzen
als darunter liegen
Lieber Mittäter sein
als Opfer

Aber was
ist ehrenwerter?

--- 000 ---

Zu einer Meldung im Kurier
vom 8.2.1994

Ein Hoch auf den freien Milchmarkt

Gefallen ist das Monopol.
Endlich fühlt die Milch sich wohl.

Jetzt reist sie, wie es ihr gefällt
durch die schöne weite Welt.

Von Schärding nach Wien und wieder zurück
und dann noch weiter ein ganzes Stück.

Vom Bregenzer Wald bis ins Burgenland
von da nach Kärnten an den südlichsten Rand.

Am besten gefällt's ihr, wo die Masse wohnt,
weil hier sich das Geschäft noch lohnt.

Die kleinen Orte, die lässt sie links liegen,
da kannst du bald nur mehr Dosenmilch kriegen.

Vom vielen Fahren wird sie leider sauer,
drum kauf ich sie jetzt nur noch beim Bauer.

Da ist sie noch nicht reisekrank,
hat einen Geruch und keinen Gestank.

Ich heb mein Glas mit dem weißen Saft
und trinke auf des Marktes Kraft.

Es lebe die freie Produktion
in der Europäischen Union!

--- 000 ---

Zu zwei Kurier-Artikeln vom 27. und 28.4.1994 über die Aufregung um einen Experten, der in einem Parlaments- Hearing mögliche unangenehme Konsequenzen eines EU-Beitritts aufzeigt

Lehrstück über rationale Entscheidungsfindung

Die Entscheidungsträger haben entschieden.
Es fehlt nur noch eine rationale Begründung für die Entscheidung.
Ein Institut wird mit einer Expertise beauftragt.
Ein Mitarbeiter des Instituts wird zur Stellungnahme eingeladen.
Der Experte verkündet das Resultat seiner Expertise.
Es ergab sich, dass die Entscheidung vielleicht eine Fehlentscheidung war.

Die Entscheidungsträger sind empört.
Der Institutsleiter distanziert sich vom Experten.
Der Experte entschuldigt sich bei den Entscheidungsträgern.
Er habe niemanden beleidigen wollen.
Er könne den Wirbel um seine Argumente nicht verstehen.
Er ziehe gewisse Aussagen mit Bedauern zurück.

Die Entscheidung muss nicht umgestoßen werden.
Das Institut wird weiterhin subventioniert werden.
Der Experte wird seinen Arbeitsplatz nicht verlieren.
Der Institutsleiter wird in Zukunft besser aufpassen.
Das Publikum hat sich köstlich amüsiert und eine wichtige Lektion gelernt.

--- 000 ---

Zur Diskussion über eine mögliche Aufgabe des Grundsatzes der immerwährenden Neutralität

Immerwährend

immer, während uns die anderen auf die Finger schauen
immer, während es uns in den Kram passt
immer, während es modern ist
immer, während uns nichts besseres einfällt
immer, während wir heimlich schon ganz anders denken

--- 000 ---

Das profil vom 30.5.1994 berichtet über
den hocheffizienten EU-Wahlkampf der
Wiener SPÖ

Politik am Fließband

Rreinmitdenbetriebsräten ins Infozelt

Euro-Drink

Euro-Snack

Euro-Argumente

rrrausausdemzelt

Abservieren und rreinmitdenpensionisten ins Infozelt

Euro-Drink

Euro-Snack

Euro-Argumente

rrrausausdemzelt

Abservieren und rreinmitdenkrankenschwestern ins Infozelt

Euro-Drink

Euro-Snack

Euro-Argumente

rrrausausdemzelt

Abservieren und rreinmitdenpolizisten ins Infozelt

Euro-Drink

Euro-Snack

Euro-Argumente

rrrausausdemzelt

Abservieren und rreinmitdeneisenbahnern ins Infozelt

Euro-Drink

Euro-Snack

Euro-Argumente

rrrausausdemzelt

undsoweiterundsoweiter

bis zum Sieg bei der Volksabstimmung

--- 000 ---

Gequälter Aufschrei eines Wirtschafts-
journalisten im profil vom 18.4.1994

Sind wir noch zu retten?

*"Es ist noch immer niemandem gelungen,
aus den Österreichern ein Volk von Aktionären zu machen."*

Verdammt!

Was ist da schief gelaufen?

--- 000 ---

Der im Folgenden zitierte Optimist ist
der Grüne Daniel Cohn-Bendit in einem
am 14.6.1994 im profil erschienenen
Interview

Eine Frage des Gemüts

Optimist:

"Wir machen aus diesem Europa, das seit dem Dreißigjährigen Krieg zu den barbarischsten Gebieten dieser Erde zählte, eine Friedensregion, wo ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland, oder England und Frankreich genau so unmöglich ist, wie ein Krieg zwischen Bayern und Preußen."

Pessimist:

"Die Ausschaltung der Gefahr eines Krieges zwischen Bayern und Preußen war die Voraussetzung dafür, dass Deutschland stark genug wurde, um zwei Kriege gegen die übrige Welt führen zu können."

--- 000 ---

Die Zeitungen halten uns auf dem
Laufenden über den neuesten Stand
der Jagd nach Nurmi.

Von Problemen umstellt

Du hörst vom Problembären (Nurmi) und blitzartig wird Dir klar, dass Dein gesamter Alltag von Problemen umstellt ist

Du bist heute aufgestanden mit Deinem Problemfuß (dem Linken), hast schon beim Frühstück gezankt mit Deinem Problemmenschen (Ehefrau), steckst jetzt im Stau auf Deiner Problemstraße (Südosttangente) und suchst gerade im Gedanken nach einer möglichst einleuchtend klingenden Problemaussage (Lüge) als Ausrede für Dein abendliches Problemvergnügen (Seitensprung). Da fällt Dir das letzte Interview unseres Problembischofs (Krenn) ein und Deine mentale Probleminstanz (Gewissen) schlägt Alarm. Im Autoradio ist der Problemsender (Ö-3) eingeschaltet und ein Problemkünstler (Austropopper) trällert ein musikalisches Problemstück (Schnulze). Plötzlich steht ein als Kolporteur tätiger Problemausländer (Mensch aus der dritten Welt) neben Deinem Autofenster und bittet Dich, eine der beiden Problemzeitungen (Täglich Alles und Krone) bei ihm zu kaufen. Du tust ihm den Gefallen und lässt Deinen Blick über die Schlagzeilen schweifen. Die erste Seite ist natürlich unserem Problempolitiker (Haider) gewidmet, aber schon auf der zweiten kommen die Problemminister (Löschnak, Mock) zu Wort. Du überfliegst eine Grundsatzbetrachtung über die Beziehung zwischen dem Problemparagraphen der Verfassung (Neutralitätsparagraph) und der Problemepoche unserer jüngeren Geschichte (drittes Reich), sowie einen Artikel über die Zunahme von Problemsenioren (Alzheimerpatienten) und bleibst schließlich beim Gewäsch eines Problemjournalisten (Staberl) über Problemmittellose (Bettler), Problemwohnungslose (Sandler), Problemarbeitnehmer (solche über Vierzig) und Problemfrauen (Emanzen) hängen. In diesem Augenblick wird über den Verkehrsfunk wegen der Problemwetterlage (Inversion) Smogalarm der obersten Stufe gegeben und Du musst auf der Stelle den Motor abstellen. Da erkennst Du plötzlich, dass sich über all unsere Probleme ein Problemproblem (Umweltproblem) gelegt hat, das sich von den anderen Problemen dadurch unterscheidet, dass es für die Problemgattung dieser Erde (Mensch) prinzipiell unlösbar ist.

--- 000 ---

Zu einem Artikel im profil vom
21.2.1994, aus dem hervorgeht, dass die
Bank Austria das AKW Temelin als
Verkaufsargument für ihre CEZ-
Optionsscheine benutzt

Das wollen wir uns verbeten haben

Montageeinrichtungen für Dukovany,
Stahlkontainer für Lung-Man,
aber bitte kein AKW an Österreichs Grenze.

Bankgeschäfte mit CEZ-Papieren,
Aktiengewinne aus Temelin-Spekulationen,
aber bitte kein AKW an Österreichs Grenze.

Atomstrom aus Bohunice,
Mochovce und Kosloduj,
aber bitte kein AKW an Österreichs Grenze.

--- 000 ---

Zu einer Meldung im Kurier
vom 2.12.1993

Die Öko-Bank

Unsere größte Bank
hat jetzt ihre erste Öko-Zweigstelle eröffnet.
Windrad,
Solarkraftwerk,
Grundwasser-Wärmepumpe,
begrüntes Dach,
Regenwasser-Speicher für die WC-Spülung
und noch viel mehr Umweltfreundlichkeit
wird uns hier geboten.

Offen bleibt nur eine Frage:
Wird diese ökologische Filiale
auch ihre Kredite nach ökologischen Prinzipien vergeben?

--- 000 ---

Zu einem profil-Artikel vom 5.2.1994
über die verheerenden Folgen der Über-
schwemmung unserer Umwelt durch
künstliche Hormone aus Industrie und
Medizin

Ende der Männerherrschaft

Als die dampfende Brühe des Morgenurins aus dem Kanalrohr rann
und das Analysegerät tickerte
als der Hormonspezialist entsetzt auf die Zahlen starrte
und wir umgeben waren von einem künstlichen See aus Östrogenen
als in Floridas Sümpfen für Krokodilmännchen Casanovas Alpträume wahr wurden
und ihre Penisse gerade noch ein Viertel der normalen Länge erreichten
als aus Fischmännchen Zwitter wurden
und kaum noch Spermien in unseren Samenblasen waren
da hatten wir's zu forsch getrieben
und uns selbst entmannt.

--- 000 ---

Radiomeldung vom 7.5.1994 über eine
geplante Aktion des Gesundheitsminis-
ters der BRD

Wahn, überall Wahn

Der Gesundheitsminister möchte den Import von Rindfleisch verbieten. Er
sagt es sei *"zum Schutz der Menschen vor dem Rinderwahnsinn."*

Wer schützt die Rinder vor dem Menschenwahnsinn?

--- 000 ---

Die folgenden Wünsche sind einer im
profil (1994, Nr. 41) erschienenen An-
nonce entnommen, in welcher der Kurier
für ein Gewinnspiel wirbt, in dessen
Rahmen Wunschträume der Leser erfüllt
werden sollen.

War da nicht noch etwas?

Ich wünsch mir einen Abenteuer-Tag auf einer Harley.
Und ich einen Sport-Tag mit Helicopter-Skiing.
Und ich einen Schweben-Tag im Heißluftballon.
Und ich einen Sonnen-Tag im Porsche Cabrio.
Und ich einen Relax-Tag auf einer Beautyfarm.

Wie bescheiden seid Ihr doch geworden!

--- 000 ---

Wörtliches Zitat aus dem ersten Teil
einer Lebenshilfserie des Kurier
vom 9.10.1994 mit dem Titel
"Karrierelust statt Arbeitsfrust".

Selbstgespräch einer Ware

Wie, wann, was und wie viel soll ich in mich selbst und meine berufliche Weiterbildung investieren?

Wie kann ich meine Umgebung am besten auf mich, meine Stärken und Fähigkeiten aufmerksam machen?

Wie kann ich mich selbst auf dem Arbeitsmarkt richtig anbieten und mich vor allem möglichst gut verkaufen?

Welchen Wert habe ich mit meinen momentanen Qualifikationen für den Arbeitsmarkt - heute und morgen?

Wie kann ich für den Arbeitsmarkt fit bleiben und dabei meinen persönlichen Arbeitswert erhöhen?

Sollte ich meine Arbeit verlieren - wie könnte ich mich dann wieder für den Arbeitsmarkt fit machen?

Warum fliegen anderen die Jobs nur so zu, während an mir solche Gelegenheiten immer wieder vorübergehen?

Bin ich wirklich eine wertvolle Quelle (Ressource) für die Wirtschaft und für ein Unternehmen im speziellen?

Was kann ich von mir aus dazu beitragen, eine wertvolle Quelle unserer arbeitenden Gesellschaft zu werden?

--- 000 ---

Zu einer Kurier-Reportage vom
10.2.1994 über die Fernpendler
im GM-Werk in Aspern

Darum!

Warum gibt es im Dorf keine Arbeit mehr?
Weil die große Industrie billiger produzieren kann.

Warum muss die große Industrie alles billiger produzieren?
Damit sich auch im kleinsten Dorf jeder sein Auto leisten kann

Warum muss sich auch im kleinsten Dorf jeder sein Auto leisten können?
Damit er der Arbeit in der großen Industrie nachfahren kann.

150 km hin
und 150 km zurück.
1.500 km in der Woche,
50 mal um die Erde in einem ganzen Arbeitsleben.

--- 000 ---

Zum SPÖ-Slogan
"Wir bringen Qualität ins Leben"

Wir bringen Qualität ins Leben

Wenn alles zur Ware wird,
dann schließlich auch das Leben.
Wenn Leben Ware ist,
dann hat es auch Qualität:
Lebensqualität

--- 000 ---

Wörtliches Zitat aus der Rede eines
SPÖ-Funktionärs; gefunden im profil,
in der Rubrik *"Zitat der Woche"*

Das bereits Unaussprechliche

*"Die Antwort der SPÖ muss daher lauten: Soli**t**arität.
Wir müssen uns wieder zu einer Solidi**a**rität ohne Missbrauch bekennen.
Nur gemeinsame Sold**i**darität kann uns in der heutigen Zeit politisch und
menschlich weiterbringen."*

--- 000 ---

Zu zwei Artikeln im profil vom
26.6.1994, in denen Aussagen der
Staatssekretärin Brigitte Ederer über
Helmut Zilk, Franz Löschnak und Jörg
Haider zitiert werden

Da Gittl ihr Wödbüd

De Gittl städ am Hömal, weu dea am Rodhausploz
an Stroßnkeara an Hundata in d'Hand druckt
und sogt, dass a brav weida kean soi.

Und wauna-r-am Grabm an Stroßnkeara begegnt,
dann nimmta-r-eam in Besn aus da Hand
und zeigt eam, wia ma richtig keat.

De Gittl hod in Vadocht,
dass kana außan Hömal waß,
wos ma tuan soi,
dass de Leit net in Jöagl nochrenna

Sie hedat hoit gean, dass ma de Probleme von unsara Zeid
vuam Hintagrund von de oidn Weate von unsara Patei lesn dadat,
äuso mit Gerechtigkeit und Freiheit und so.

Des, was da Löschnakfranzi macht, is zwoa a bissl was andas,
oba es is trotzdem richtig, mant de Gittl.
Weu solang da Jörgl mit de Ängste von de Leit spüt, get's net andas.

--- 000 ---

Eine andere Sichtweise dessen,
was die Löschnakfranzis tun

Potentiell mörderische Subtraktion

Sozialismus minus Internationalismus
ergibt National-Sozialismus,
und den trennt nur mehr ein Bindestrich
von der Barbarei.

--- 000 ---

Zum SPÖ-Wahlkampfplakat des Jahres
1994, auf dem man Bundeskanzler
Franz Vranitzky als "*Vranz*" anspricht,
um seine Volksverbundenheit zu betonen

Zu viel Valschheit

Vranz, Du valscher Vuvziger!
Vühlst Du nicht selbst,
dass Du mit Deinem Vaible vür Nadelstreiv
und Deiner golvspielenden Frau
nicht dazu beruven bist,
das einvache Volk
gegen den vorschen Vührer des neuen Vaschismus
zu impven?

--- 000 ---

Abgesehen vom letzten sind alle folgenden Sätze bis auf das jeweils eingefügten Wort "*nicht*" wörtliche Zitate aus einer Werbekampagne der CA, die dem Erfolgsdenken eine sympathische Note zu geben versucht, indem sie beliebten Zeitgenossen das Wort zum Thema "*Erfolg*" erteilt.

Vorsicht Gehirnwäsche!

Erfolg ist *nicht*
Träume zu verwirklichen.
Erfolg ist *nicht*
das, was man selbst bestimmen kann.
Erfolg ist *nicht*
das, was auch einem anderen zugutekommt.
Erfolg ist *nicht*
das, was Raum lässt für Familie und Menschlichkeit.
Erfolg ist *nicht*
das, was oft ganz anderswo herkommt, als man erwartet
Erfolg ist *nicht*
das, dessen Geheimnis darin besteht, kein Geheimnis zu haben.

Erfolg ist Sieg in der Leistungskonkurrenz.

--- 000 ---

Die Gewerkschaft der Privatangestellten
startet ein neues Mitgliedermagazin und
die BAWAG kommt ins Gerede wegen
Spekulationen auf den internationalen
Finanzmärkten

Seinesgleichen geschieht

"Kompetenz" nennt die Gewerkschaft ihre neue Publikation.

Die Publikation heißt im Untertitel *"Magazin für den organisierten Erfolg"*.

Erfolg ist Sieg in der Leistungskonkurrenz.

Leistungskonkurrenz ist das Gegenteil von Solidarität.

Solidarität ist nicht mehr sehr gefragt in der Gewerkschaft.

Die Gewerkschaft setzt jetzt auf Kompetenz.

Sehr kompetent ist der Direktor der Gewerkschaftsbank.

Die Gewerkschaftsbank verdient enorm über ihre internationalen Finanzkontakte.

Internationale Finanzkontakte sind das Gegenteil von Internationalismus.

Internationalismus ist mindestens so altmodisch wie Solidarität.

--- 000 ---

Es rauscht im Blätterwald zum sechzigsten Jahrestag des 12. Februar 1934

Stille Post

oder

Die schöpferische Kraft des Vergessens

12. Februar 1934: Sie schießen mit Kanonen auf den Karl Marx Hof.

12. Februar 1944: Sie schossen mit Kanonen auf den Karl Marx Hof.

12. Februar 1954: Sie beschlossen zu schonen den Karl Marx Hof.

12. Februar 1964: Sie schütteten Bohnen auf den Karl Marx Hof.

12. Februar 1974: Sie schreiten zur Betonung des Karl Marx Hofes

12. Februar 1984: Es scheint sich nicht zu lohnen auf Karl Marx zu hoffen.

12. Februar 1994: Scheiße und Hohn auf Marx

12. Februar 2004: Scheitern ohne Marx.

12. Februar 2014: murxen.

12. Februar 2024: Marx.

--- 000 ---

Zu einem Artikel in der Wirtschaftswoche vom 24.2.1994 über das sogenannte "Re-Engineering", die neueste Philosophie der betrieblichen Rationalisierung

Die neuen Radikalen

Sie stellen jeden Ablauf zur Diskussion.
Nichts ist ihnen heilig.
Sie lehnen oberflächliche Änderungen ab
und wollen einen klaren Trennungsstrich zur Vergangenheit ziehen.
Ihr Ziel ist eine dramatische Verbesserung der Situation.

Diese wunderbare Radikalität.
Diese herrliche Vorurteilslosigkeit.
Warum wird sie nur dann aufgebracht,
wenn es um die Maximierung des Profits geht?

--- 000 ---

Zu vielen Meldungen
über die Folgen der "Globalisierung"

Als die kleinen grünen Männchen landeten

Als die kleinen grünen Männchen landeten,
wollten sie sich einen Überblick darüber verschaffen,
was hier bei uns so abläuft.

Da sie mit niemandem reden konnten
und nichts von dem verstanden, was sie sahen,
zählten sie einfach,
wie viele von den Bewohnern dieses Planeten
eines nicht natürlichen Todes starben
und machten dabei keinen Unterschied zwischen denen,
die verhungerten oder vollgepumpt mit Umweltgiften waren,
und denen, die man abgeknallt hatte.

Als sie fertig waren mit dem Zählen,
wussten sie nicht, was hier auf der Erde grade los ist:
Weltkrieg?
oder
Weltmarkt?

--- 000 ---

Zu den Berichten über die Rolle
der UNO im Bosnienkrieg

Die Kriegsverwaltung

Sie sorgt dafür, dass Gojko nicht verhungern muss,
bevor ihm eine Granate den Bauch zerfetzen kann.

Sie achtet darauf, dass Mirsat nicht verdursten muss,
bevor ihm die Kehle durchgeschnitten werden kann.

Sie tut alles in ihrer Macht stehende, damit Fikreta nicht erfrieren muss,
bevor sie vergewaltigt werden kann.

Sie ermöglicht es Gojko, Mirsat und Fikreta weiter zu hoffen
auf einen Sieg im Krieg.

--- 000 ---

Im Winter 1993/94 schreit die zivilisierte
Welt auf, weil kroatische Granaten die
weltbekannte Brücke von Mostar zer-
störten. Dazu die folgende Collage auf
Basis des Klappentextes zu Ivo Andrics
Roman *"Die Brücke über die Drina"*, der
von einer anderen geschichtsträchtigen
Brücke handelt.

Wir konnten das auch

Brücke an der Grenze von Okzident und Orient
Symbol der Spannungen und des friedlichen Austausches
zwischen Völkern und Kulturen
erbaut in harter Fronarbeit im Auftrag eines türkischen Großvesirs
verband christliche und mohammedanische Welt
trotzte über Jahrhunderte den Gewalten der Natur

lag nicht in Mostar
sondern in Wischegrad,

überquerte nicht die Neretva
sondern die Drina,

wurde besprengt nicht gestern
sondern vor achtzig Jahren

nicht von den Kroaten
sondern von anderen Barbaren

nicht von den Bosniern
sondern von uns Österreichern

--- 000 ---

Zu einer Meldung im Morgenjournal
vom 18.4.1994

Was heißt hier Hoffnung?

Die Schlagzeile:

"Kaum noch Hoffnung für Gorazde"

Die dazu gehörige Meldung:

"Gorazde wird nicht mehr verteidigt."

Die Fragen:

- Wieso hofft man für eine Stadt und nicht für die Menschen in ihr?
- Ist es nicht Anlass zur Hoffnung, wenn sie jetzt aufhören die Stadt zu verteidigen? Da können doch nun die anderen aufhören, sie anzugreifen.

--- 000 ---

Profil, 18.4.1994: Ruander, die sich vor dem Bürgerkrieg in die Bergwälder flüchten, stellen eine mögliche Gefahr für die dort lebenden Gorillas dar. Primatenforscher fordern die Evakuierung der Gorillas.

Primat müsste man sein

Die Hauptstadt ein großes Schlachthaus - zwanzigtausend Tote in der ersten Woche - schnell, schnell, bringt unsere Leute raus! - die Schwarzen sollen sich selbst helfen - da gibt's doch diese riesigen Bergwälder - um Himmels willen, dort leben ja die Gorillas - Gefahr für die Gorillas! - evakuiert die Gorillas!

--- 000 ---

Zur Diskussion um das Eingreifen internationaler Truppen in regionale kriegerische Konflikte

Waren das noch Zeiten!

Waren das noch Zeiten,
als es Faschisten gab, die andere Staaten überfielen
und Juden ins Gas schickten.
Als es Demokraten gab, die Überfallene befreiten
und Juden vor dem Gas retteten.

Die Bestien sind tot
und leider auch die Helden.

Jetzt gibt es nur noch Idioten,
die sich gegenseitig die Schädel einschlagen,
und finstere Hintermänner, die daran verdienen,
und Feiglinge, die bei alledem zusehen,
weil sie fürchten müssen, dass noch mehr Blut fließt, wenn sie eingreifen,
und Ewiggestrige, die den Unterschied zwischen damals und heute
nicht begreifen wollen.

--- 000 ---

Zu einer Meldung im Kurier
vom 17.12.1993

Warnung

*"Ich habe das Christkind gesehen" rief Verena aufgeregt.
"Ich werde zu ihm fliegen und ihm unsere Wünsche erzählen."
Daraufhin kletterte das Mädchen aus seinem Bettchen, stellte sich
auf einen Sessel und öffnete das Fenster im achten Stock.*

Die Dreijährige lebte noch, als die Rettungsärzte kamen.
Während der Notversorgung erlag sie ihren Verletzungen.

Die Mutter hatte dem Mädchen erzählt, dass das Christkind bei den
Fenstern vorbeifliegt und schaut, wo die Kinder wohnen.

*Liebe Kinder!
Bitte, bitte nehmt die Erwachsenen bloß nie beim Wort.
Es könnte tödlich für Euch enden.*

--- 000 ---

1995 - 2012

12.2.1995

Von Untätern und Tätern

Wenn politischer Mord die politisch motivierte Auslöschung von Menschenleben ist, dann geschahen letzte Woche politische Morde von zweierlei Art.

Erster Fall: Tötung von vier Roma aus rassistischen Motiven. Die Medien waren voll der Abscheu über dieses schreckliche Verbrechen. Und jeder, der sich öffentlich äußerte, distanzierte sich von der Untat.

Zweiter Fall: In derselben Woche berichteten die Medien über die Verkehrsunfallstatistik des letzten Jahres und sprachen von einer erschreckenden Zunahme der Anzahl der Verkehrstoten. Ein sehr großer Teil der tödlichen Unfälle, so wird berichtet, sei auf überhöhte Geschwindigkeit der am Unfall beteiligten Fahrzeuge zurückzuführen. In einem Nebensatz bemerken manche Berichterstatter, eine der Hauptursachen für den Anstieg der Verkehrstoten im vergangenen Jahr sei darin zu suchen, dass man in Tirol einen zeitlich begrenzten Großversuch von "*Tempo 80*" auf allen Bundesstraßen habe ausgelaufen lassen.

In keinem der von mir wahrgenommenen Berichte zu diesem Thema wurde die einzig humane, weil Menschenleben schonende Schlussfolgerung aus der geschilderten Situation gezogen, welche darin bestünde, in allen Bundesländern jene flächendeckenden Tempobeschränkungen, deren Wegfall in Tirol sich so verheerend ausgewirkt hat, neu bzw. neuerlich einzuführen.

Ich kann auf der Seite der politischen Parteien nur zwei Gründe für diese scheinbare Blindheit ausmachen. Erstens Angst vor dem Verlust der Stimmen jener nicht geringen Zahl von Autofahrern, die das Rasen lieben. Zweitens Angst vor den Pressionen der mächtigen Autoindustrie, welche ja die Werbung für ihre Schlitten zu einem guten Teil auf dem Geschwindigkeitswahn aufbaut. Beide Motive für die Blindheit der Verantwortlichen sind politische. Die Blindheit selbst ist natürlich keine echte sondern nur eine Scheinbare: ein willentliches Wegsehen. Dieses Wegsehen aus politischen Motiven ist nichts anderes als bewusste Mitverursachung der Auslöschung von menschlichem Leben in hunderten Fällen pro Jahr, es ist also politischer Massenmord.

Protest gegen den feigen Mord an vier Roma ist viel einfacher als Protest gegen die mörderischen Aspekte unserer täglichen Lebenspraxis. Es werden sicher wieder erst spätere Generationen sein, die ungläubig fragen: 'Es war doch so offensichtlich. Wieso haben die da alle mitgemacht?'

--- 000 ---

Zu Profil 25.6.2001:
Polnische Erntehelfer pflücken pro Tag
rund 150 kg Erdbeeren für 3 S pro Kilo
(Verkaufspreis 40 S). Sie schlafen je-
weils zu fünft in einem Container und
arbeiten 11 Stunden pro Tag bei einem
Stundenlohn von 41 S.

Vom Fuatschritt

De Ziaglbehm ham no auf an Ziaglofn schlofm miassn
De Erdbeapolakn hams scho zu an Kontena brocht.
Oba-r-an Dokta Viktoa Adla hom se se no kan gfundn.

--- 000 ---

Zu den Gedenkminuten anlässlich
des Terroranschlags auf das World Tra-
de Center am 11.9.01

Zu wenig Schweigen

Je betroffener sie schweigen in ihren Trauerminuten für die Terroropfer
des elften September, desto lauter dröhnt in meinen Ohren das Fehlen ihrer
schweigenden Trauer für die Hungeropfer desselben Tages und all der Ta-
ge davor und danach.

--- 000 ---

Zorngeschüttelt

Fragen und Antworten zur Finanzkrise

- *Die Bank schöpft das Geld,*
aber wer mehrt
den Mehrwert?
- *Was sind Zinsen?*
Du bringst Dein Geld der Bank dar,
und sie zeigt sich dankbar.
- *Was ist der Unterschied zwischen Zinsen und Kuhdreck?*
Sie vermehren der Gelder Fülle,
er vermehrt der Felder Gülle.
- *Warum beschließt kein Parlament die Vergesellschaftung der Banken?*
Diese Wahlsache
wäre ein Fall für die Saalwache.
- *Wie lautet das Motto der Nahrungsmittelspekulanten?*
Wenn uns gute Zinsen locken,
kann sein, dass wir mit Linsen zocken
- *Wovon träumt der Bodenspekulant?*
Von Baugründen
in Graubünden
- *Das Hauptproblem der Anleger*
Weil alle auf derselben Fährte wallen,
werden bald die Werte fallen
- *Der Weltmarkt*
Scharenweise
Warenscheise
- *Die weltweite Rezession*
gekrachte Miese?
oder gemachte Krise?
- *Das Finanzkapital*
Wir alle sind im Krisenfalle
Opfer seiner fiesen Kralle.

- *Der Finanzminister als Steuerhinterzieher und Korruptionist*
Diese Geschichte rockt,
weil sie die Gerichte schockt¹.
- *Der Regierungschef beim Finanzgipfel in Brüssel*
Unser Kungel-Champ
im Dschungelcamp
- *Der Regierungschef und die Banken:*
Schwächelt eine Großbank,
wird unser Boss krank.
Verliert sie dann ihr Tripple A,
erhängt er sich am Apple Tree
- *Frau Merkel dreht den Griechen den Geldhahn zu.*
Weil sie so grausam,
bin ich der Sau gram.
- *Endlich fällt der Troika ein, was sie für die Griechen tun kann:*
Den Griechen können
wir das Kriechen gönnen.

Wie kann es weitergehen?

- *Der Niedergang der Schwerindustrie schwächte die Sozialdemokraten:*
Wo einst Schlote geraucht
sind heute Rote geschlaucht
- *Die Rezession führt zu Wahlsiegen der Konservativen, jedoch:*
der Retter in Not
wäre netter in Rot.
- *Meine beiden Wünsche:*
Sozialismus: wäre gut.
Wenn das nicht möglich: Gäre Wut.
- *Meine Warnung:*
Besser reiner Klassenkampf
als ein kleiner Rassenkampf
- *Gäb man uns doch nur eine Utopie!*
Wetten dass,
wir täten was?

1 Hintergrund: einschlägige Ermittlungen der österreichischen Justiz gegen Ex-Finanzminister Grasser

2013

Ab Herbst 2013 berichten verschiedene
Blätter über Rangverschlechterungen
Österreichs in der internationalen Stand-
ortkonkurrenz: wir sind nicht schnell
genug beim Abbau des Sozialstaates und
im Steuersenkungswettlauf

Ein Lemming will nicht erster sein

Als die Lemminge auf den Abgrund zu rannten, fiel ein kleiner Lemming,
der lange Zeit in der Spitzengruppe mitgehalten hatte, etwas zurück.

Aufgeregt schrien die Kommentatoren:

Er *"stagniert"*

Er *"beißt ab"*

Er *"verliert schleichend an Boden"*

--- 000 ---

Wortsuche

Die nicht mehr mitkönnen,
sind gestrandet.
Und was sind die,
die noch mitschwimmen,
wenn alle nur im Kreis schwimmen,
oder auf die Kante des Wassersturzes zuschwimmen?

--- 000 ---

Stabreim für Looser:

Looser aller Länder, liiert Euch!

--- 000 ---

Das Wohnungsproblem im Zeitenwandel

Grade waren wir noch Bettgeher,
und schon sind wir Sofa Surfer

--- 000 ---

Regierungswechsel

'Sehr Gut' hat abgedankt.
Jetzt regiert ihre Exzellenz, die 'Exzellenz'.

--- 000 ---

Hokuspokusökonomie und eine andere Form der Wirtschaftswissenschaft

Die Metaller können gar nicht so schnell den Mund aufmachen, um mit Streik zu drohen, wie schon zwei renommierte Ökonomen im Radio vor den immensen volkswirtschaftlichen Kosten eines solchen Arbeitskamps warnen dürfen. Macus Scheiblecker vom WIFO ortet einen Verlust an Wertschöpfung von ungefähr fünf Millionen Euro pro Streiktag, und Ulrich Schuh von Eco Austria kommt bei seiner Kalkulation sogar auf eine Verminderung der Wertschöpfung im täglichen Ausmaß von etwa 42 Millionen Euro, weil er auch alle indirekten volkswirtschaftlichen Folgen eines längeren Streiks berücksichtigt.

Wann engagieren die Gewerkschaften endlich einen braven Linkskeynesianer, damit er uns ausrechnet, wie hoch der volkswirtschaftliche Schaden eines nicht angedrohten Streiks gewesen wäre, weil der Verzicht auf diese Waffe im Arbeitskampf zu einem schlechteren Lohnabschluss geführt hätte, welcher seinerseits negative Folgen für das Volumen der Inlandsnachfrage gehabt hätte?

Und wann geben sie endlich eine Studie in Auftrag, die ausrechnet, wie hoch die langfristigen Nachfrageverluste von zu seltener Realisierung der Streikdrohung sind, weil eine Drohung, aus der niemals Ernst wird, ihr Drohpotential verliert?

Natürlich wäre das ähnlicher Hokuspokus wie die Studien von Scheiblecker und Schuh. Denn eine Ökonomie, welche die widersprüchliche Funktion des Arbeitslohnes im Prozess der Kapitalverwertung als betriebswirtschaftlicher Kostenfaktor und Quelle von zahlungskräftiger Nachfrage nicht berücksichtigt, ist und bleibt Hokuspokus. Es gibt eine Ökonomie, die jenen widersprüchlichen Stellenwert des Arbeitslohns ins Zentrum ihrer Konjunkturtheorie stellt, aber die wird an den Universitäten kaum gelehrt, weil sie besagten Widerspruch zum Anlass für grundsätzliche Kritik an unserem Wirtschaftssystem nimmt. Und wir streben ja eine höhere Akademikerquote nicht deshalb an, weil wir das gesellschaftskritische Potential unserer Jugend erhöhen wollen.

Vom Wesen der österreichischen Lösungen

Nachdem die Metalllerlohnverhandlungen gescheitert sind und nur noch ein verhandlungsfreies Wochenende vor dem am Wochenbeginn drohenden Streik liegt, beruhigt Christoph Leitl, der Präsident der Wirtschaftskammer:

"Wir werden eine österreichische Lösung finden, bevor der Streik in Wirklichkeit ausartet."

Der Mann hat hellseherisch erkannt, dass wir uns mittels der Sozialpartnerschaft vor der Ausartung des Möglichen in Wirklichkeit drücken. Der Sozialpartner als die reaktionäre Antwort der Zweiten Republik auf den von Musil im *"Mann ohne Eigenschaften"* gezeichneten Idealtypus eines Möglichkeitsmenschen.

--- 000 ---

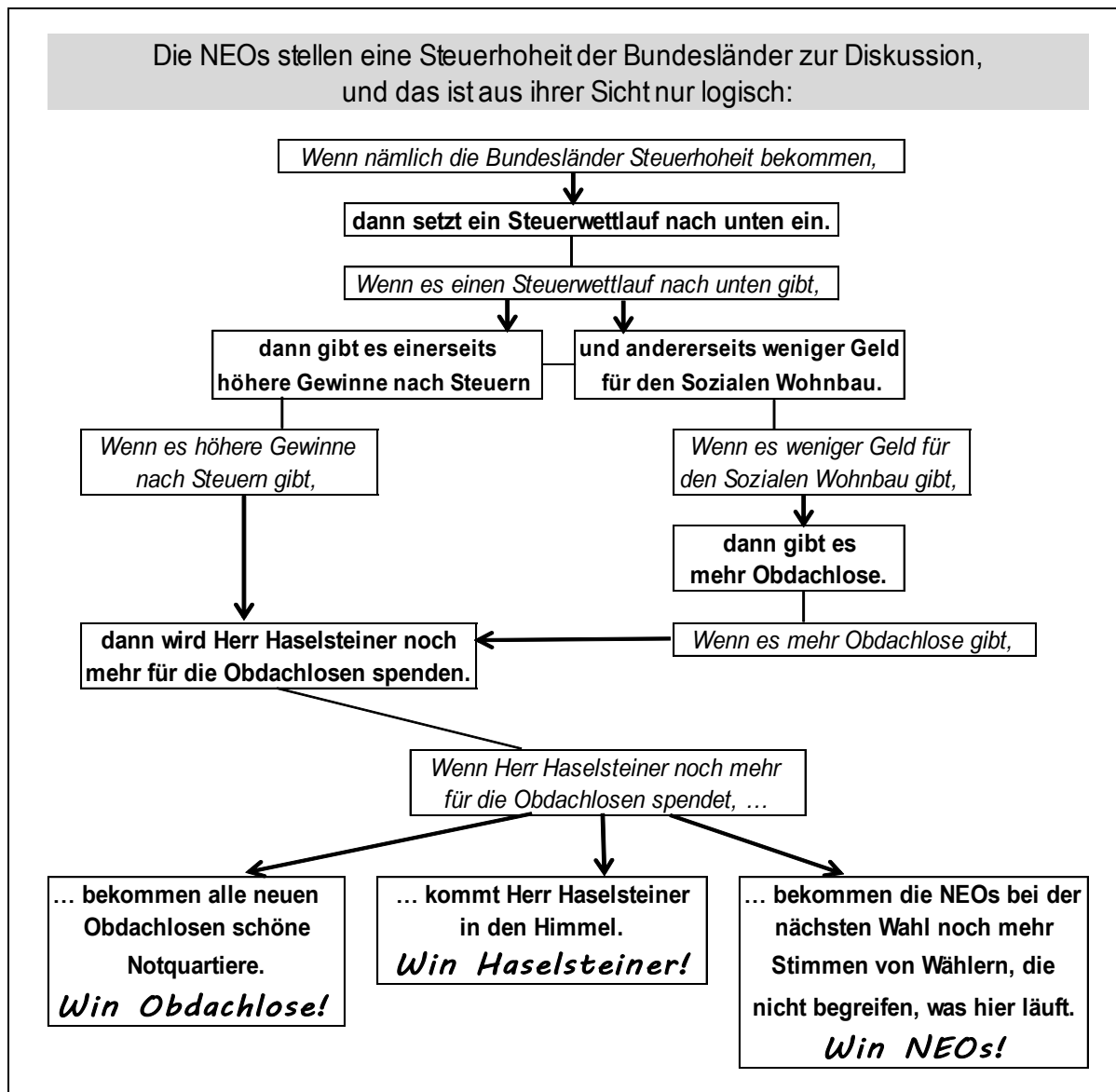
Das Märchen vom Teilen

Wir werden aufgefordert, unseren Wohlstand mit den Armen dieser Welt zu teilen. Und wir nicken pflichtbewusst. Allein, es fiel uns leichter zu teilen, wenn man auch mit uns etwas offener teilte. Wenn hierzulande die Ungleichheit der Einkommen und gar der Vermögen nicht kontinuierlich ansteige. Wenn man sich wieder darauf besinnen könnte, dass es beim Teilen nicht bloß um das VERteilen des gemeinsam Produzierten geht, sondern auch um das TeilNEHMEN an den Entscheidungen über das Produzieren - früher nannte man das Mitbestimmung und Selbstverwaltung. Seltsam: Je mehr man uns die Teilhabe an den Entscheidungen über das Produzieren nimmt, desto eindringlicher werden wir aufgefordert, unseren immer kleineren Anteil am Ergebnis der Produktion zu teilen.

--- 000 ---

In der ORF-Presserstunde vom
13.10.2013 stellt der Klubobmann der
NEOs die Steuerhoheit der Bundesländer
zur Diskussion,

NEO- (liberale) LOGIK oder Wie man Win-win-win-Situationen erzeugt



Frau Holle deckt alles zu

Je größer die Verteilungsungleichheit, desto beliebter die Totschlagbegriffe 'Neid' und 'Neiddebatte': Die es zu nichts gebracht haben, sind angeblich nur neidisch auf die Wohlhabenden!

Hinter diesem Vorwurf steckt ein Weltbild, das bei den beiden Schwestern Gold- und Pechmarie aus dem Märchen von der Frau Holle stehen geblieben ist: Zwei Mädchen mit gleichen Ausgangspositionen und Chancen, die eine gut, fleißig und daher erfolgreich, die andere böse, faul und neidisch auf den Erfolg der anderen. Und über alle strukturellen Ungleichheiten, um die es in der Verteilungsdebatte geht, schüttelt Frau Holle solange ihre Federbetten aus, bis eine weiche, weiße Kuscheldecke sämtliche Fallen und Klüfte unserer Gesellschaft zugedeckt hat ...

--- 000 ---

Zeitnah

Modische Zeitangabe; steht für bald, demnächst oder so etwas ähnliches, möchte aber im Grunde irgendwie unbestimmter klingen als diese Bezeichnungen; eigentlich müsste man sagen: gegenwartsnah - aber das klingt vermutlich auch noch "zu bald"

Das Problem bei "Zeitnah": es heißt streng genommen "NIE"!

Denn etwas, das nahe bei einer Sache ist, ist nicht in ihr drin. Etwas, das nahe der Zeit ist, ist daher außerhalb der Zeit und nicht in ihr angesiedelt. Es ist nicht extrem weit entfernt in der Zukunft gelegen, ja nicht einmal in unendlich ferner Zukunft - denn auch die wäre ja noch ein Teil der Zeit. Es ist also wirklich etwas, das schlicht NIE geschehen wird. Und damit ist diese Zeitangabe bestens geeignet für möglichst unverbindliche Scheinfestlegungen.

--- 000 ---

20.12.2013,
Leserbrief an den KURIER

Lügen mit Zahlen

Sehr geehrte Redaktion,

zu der heute von Ihnen publizierten *"Zahl des Tages"* möchte ich Ihnen folgenden Kommentar senden:

Der Verein "Numeris", der *"Verständnis und Wertschätzung der Zahlen fördern will, hat 500 zur Zahl des Jahres gekürt"* und meint damit die Zahl der von Österreich aufgenommenen Syrien-Flüchtlinge.

Diese Zahl selbst und die Art, wie sie in der Rubrik zur *"Zahl des Tages"* präsentiert wird, ist aber ein Musterbeispiel dafür, wie man durch Zahlen manipulieren kann. Die hier zur Zahl des Tages erklärte 500 ist um vieles größer als der übrige Text geschrieben und suggeriert allein dadurch eine besondere Größe. Im Kleingedruckten erfährt man dann, dass es sich dabei nur um 0,02%, sprich um 2 Zehntausendstel aller Syrien-Flüchtlinge handelt.

Verschwiegen wird, dass Österreich derzeit gut 0,12% der Weltbevölkerung stellt. Würde es eine dieser Größe entsprechende Anzahl von Syrien-Flüchtlingen aufnehmen, so müsste es etwa 3.000 Menschen aus Syrien Asyl geben - und bei dieser Rechnung ist noch nicht einmal der Umstand berücksichtigt, dass die reichen Staaten, zu denen Österreich zählt, einem überproportionalen Anteil der Syrien-Flüchtlinge Schutz geben sollten.

Wenn man in diesem Kontext eine Zahl zur Zahl des Tages küren möchte, dann sollte man doch eher diesen Sollwert von 3.000 ins Auge fassen; oder noch besser 0,166 (periodisch). Das ist $\frac{1}{6}$ und entspricht dem Verhältnis zwischen der Zahl der tatsächlich aufgenommenen Flüchtlinge und dem erwähnten Sollwert.

Beste Grüße

2014

Vorschau auf eine Eintragung
in 200 Jahren

Wien, 8. Jänner 2214

Das Wetter spielt verrückt: Minus 1 Grad Celsius, Schneetreiben

--- 000 ---

Jänner 2014:
Von der BAWAG erhalte ich eine
Nachricht zur neusten Zinssenkung auf
meinem Vorteilswelt-Konto:

Neueste Nachricht aus der Vorteilswelt

Der Zinsfuß meines "Vorteilskontos" wurde von 0,65 auf 0,45% gesenkt - und das bei einer Inflationsrate von 1,6%. Auf meine Rückfrage beim Kundenbetreuer erfahre ich, dass der Vorteil ein RELATIVER sei, denn bei den normalen Sparkonten seien die Zinsen auf ein noch niedrigeres Niveau gesunken. Ich schlage vor, die "Vorteilswelt" der Bawag umzubenennen in "Welt der verminderten Nachteile" - ein Motto, das sehr gut zur ehemaligen Gewerkschaftsbank passt, da es eigentlich auch über der gesamten Politik der österreichischen Sozialdemokratie und der von ihr dominierten Gewerkschaftsbewegung stehen könnte. Früher wollten sie eine bessere Welt schaffen, jetzt sind sie schon mit einer Welt der verminderten Nachteile zufrieden.

--- 000 ---

Zu einer Notiz im profil
vom 10.2.2014

Schmalbrüstig

Das profil berichtet über die italienische Bischofskonferenz,
"... die sich in der Regel aus der italienischen Politik heraushält, solange kein ethisches Thema auf der Tagesordnung steht, ..."

Wie schmalbrüstig muss eine Ethik sein, wenn sie nicht immer auf der Tagesordnung steht.

--- 000 ---

Lasset die Kindlein zu mir kommen

Heute als Zaungast bei der Kindervorlesung eines der Wiener Starphysiker. Auch der Erwachsene kann bei solchen Veranstaltungen viel lernen. Ich zum Beispiel erfuhr, dass das Atom das am besten verstandene Objekt der Physik ist. Das war wirklich neu für mich, hatte ich doch nach jahrelanger Beschäftigung mit den erkenntnistheoretischen Problemen der Quantenphysik den Eindruck gewonnen, dass es sich dabei um den am besten berechneten und am schlechtesten verstandenen Gegenstand dieser Wissenschaft handelt.

Aber das ist vermutlich Ansichtssache. Wirklich sensationell waren die neuen Ergebnisse der Experimentalphysik, mit denen der Physik-Star die Kinder fütterte. Als eines von ihnen wissen wollte, wieso denn die Atome in den Atomkraftwerken so gefährlich seien, beruhigte er: Es gebe überhaupt keine gefährlichen Atome, oder anders gesagt, alle Atome seien gleich ungefährlich. Ich hatte im Physikunterricht noch gelernt, harmlos seien nur die Atome mit stabilem Kern, wogegen die mit instabilem Kern gefährlich seien, weil dieser Kern sich spontan verwandle und dabei ionisierende Strahlung aussende (Stichwort: Radioaktivität). Aber die moderne Atomphysik ist da offenbar schon viel weiter.

Auch mein Wissen über Atomkraftwerke ist hoffnungslos veraltet. Seit dem Besuch der Kindervorlesung weiß ich nun, dass das Betreten eines Zimmers, in dem zuvor geraucht wurde, gefährlicher ist als die Anwesenheit in einem Atomkraftwerk. Selbst bei einer Katastrophe wie der in Fukushima sei nämlich niemand gestorben. Dass man in Japan mit rund zehntausend strahlenbedingten Krebsfällen rechnet, ist offenbar nur eine Zeitungssente. Und die Strahlentoten von Tschernobyl gelten ja nicht, denn das war noch im unseligen Kommunismus. Heute kann so etwas nicht mehr passieren.

Ich sollte weniger Lügenpresse lesen und öfter in Kindervorlesungen gehen. Dann hätte ich sicher weniger Angst vor der Zukunft.

In der Kürze liegt die Würze

Der inzwischen zurückgetretene ÖVP-Bürgermeister von Gföhl (NÖ), Karl Simlinger, hat laut Staatsanwaltschaft den Tatbestand der "Verhetzung" **nicht** erfüllt, weil er den folgenden Satz nur in einem kleinen Kreis von sich gab.

"Mir gehen die Scheiß-Asylanten sowieso am Oarsch, aber Schuld sind die Pressefritzen, die gehören aufgehängt, die sind wie die Juden."

Dafür bekommt er aber von mir den ersten Preis im Wettbewerb: Kumulierung eines Maximums an widerlichen Ressentiments in einem einzigen Satz mit nur 20 Worten.

Die fünf Sätze

Ich fürchte mich vor den vielen Fremden.

Ich hasse die Juden.

Ich misstraue allen kritischen Journalisten.

Ich bin für die Beschränkung der Pressefreiheit.

Ich befürworte die Todesstrafe.

würden ganze siebenundzwanzig Wörter benötigen und viel weniger elegant klingen als

"Mir gehen die Scheiß-Asylanten sowieso am Oarsch, aber Schuld sind die Pressefritzen, die gehören aufgehängt, die sind wie die Juden."

Noch kürzer und präziser wäre nur

"Heil Hitler!"

Zu einem Bericht im Standard
vom 13.3.2014

Guter Ansatz

Dreieinhalb Jahren unbedingte Haft für den ehemaligen Innenminister ist ein hervorragender Ansatz. Er sollte aber erstens ausgebaut und zweitens leicht modifiziert werden. Es gälte nämlich einerseits auch den Justizminister in diese Praxis einzubeziehen. Andererseits sollte das Sitzen nicht erst **nach** dem Rücktritt, sondern schon **vor** dem jeweiligen Antritt des Ministeramts stattfinden. Die obersten Verantwortlichen für das Verfolgen und Einsperren unserer Mitbürger würden dann sicherlich behutsamer mit dem Polizei- und Justizapparat umgehen.

--- 000 ---

Erste Ergänzung
zur obigen Eintragung

Auch sehr innovativ

Kurier-Bericht vom 4.2.2015 über das Vorgehen der Polizei bei der Kundgebung gegen die PEGIDA-Demo in Wien: *"Die Polizei fackelte nach dem offiziellen Ende der Kundgebung nicht lange. Wer nicht ging, musste zum Polizeibus. Die Beamten nahmen die Sache so ernst, dass sie sogar ihren Pressesprecher einkesselten."*

Auch dieser vielversprechende Ansatz sollte unbedingt weiter entwickelt werden!

--- 000 ---

Zweite Ergänzung
zur obigen Eintragung

Noch eine neue Entwicklungsstufe

Im Kurier vom 20.1.2015 ist zu lesen, dass die Innenministerin jetzt einmal wöchentlich *"eine Dreier-Lage"* mit dem Außen- und dem Verteidigungsminister macht. Das ist mit Gewissheit eine neue Entwicklungsstufe. Die Frage ist nur: Auf dem Weg zur militarisierten Überwachungsgesellschaft, oder zum Porno-Staat?

--- 000 ---

Conchita

Conchita ist eine tolles Burschchen. Ich bewundere sie sehr und freue mich, dass er so vieles Anerkennung bekommt für ihre originellen Darstellung seines sexuellen Orientierung. Leider wird sie von uns nicht als Mensch und Künstlerin anerkannt, sondern nur als eine erfolgreicher Anbieterin eines Ware, die in eine europaweiter Konkurrenzkampf siegte.

--- 000 ---

Der Conchita-Wurst-Wald

Besuch in einem Wald, dessen Besitzer darin an vielen Plätzen die schönsten und seltensten Rhododendren anpflanzte und so ein einzigartiges, über Jahrzehnte hinweg gewachsenes Natur-Kunst-Werk schuf. Er ist über neunzig und erzählt, dass er jetzt endlich einen Nachfolger gefunden hat, der sein Natur-Kunst-Werk weiter pflegen wird. Die an einem Fortbestand ebenso interessierten Biologen der Uni Salzburg hätten das nicht leisten können. Beim Abschied gibt er uns eine Wahlwerbung der Christlichen Partei für die demnächst stattfindende EU-Wahl. Darin wird das traditionelle Familienbild beschworen und auf die Gefahr seiner Aushöhlung durch die besorgniserregende Ausbreitung von Widernatürlichkeiten wie Homosexualität, Transgenderpersonen u.s.w. hingewiesen.

Als ich das lese, fällt mir ein, dass das von dem Mann geschaffene und über Jahrzehnte gepflegte Natur-Kunst-Werk doch auch etwas ist, das die Natur so nicht vorgesehen hat - eine wundersame und wunderschöne Naturwidrigkeit.

--- 000 ---

Innviertler Heimatkunde

K. U. K. - WETTBEWERB: WER IST DER BESSERE RASSIST?

Seit der Osterweiterung der EU schlägt es den einen oder anderen Ungarn ins Innviertel. Einer davon hat kürzlich ein gut eingeführtes Gasthaus in unserer Nähe übernommen. Als ein Stammgast dem neuen Wirten bei der ersten Begegnung ein herzhaftes "*Griass di Zigeinerbaron!*" zuruft, erhält er von diesem auf der Stelle Lokalverbot. Sein Fehler: Er hatte nicht bedacht, dass die Roma in den Augen eines waschechten Ungarn noch viel tiefer stehen als die Ungarn in den Augen eines zünftigen Innviertlers.

DER GLOBALISIERTE INNVIERTLER

Zerscht samma obe noch Laos,
dann samma umme nach Vietnam.

(aufgeschnappt am Baggersee)

ZWEI MÄNNER SPRECHEN ÜBER DIE ABWESENDE EHEFRAU DES EINEN
(oder: die Gattin als transportable Stütze)

- Wo host'n die dei?
- Die mei is heit zammklappt, wia's aufsteh hot woin
- Ah geh! Hoit's nimma her?

DIE FRAUEN ÜBER IHRE MÄNNER

- Wos mocht da dei?
- Da mei? Ja mei ...

DAS EINFAMILIENHAUS: EIN WOLF IM SCHAFSPELZ

Am liebsten wohnt der Innviertler im Einfamilienhaus. Besonders geschätzt: dessen mit maximaler Förderung belohnte Energiesparvariante. Dass das Einfamilienhaus der am wenigsten energie- und ressourcensparende Gebäudetyp ist, interessiert hierzulande niemanden. Und schon gar nicht die über die Förderrichtlinien entscheidenden Wohnungspolitiker.

--- 000 ---

Leserbrief vom 14.6.2014
an die Innenpolitik-Redaktion
des Standard

Lügen mit Marktforschung

Sehr geehrte Redaktion,

da ich erst heute Gelegenheit hatte, einen Blick auf den Standard vom 10.6.2014 zu werfen, kann ich Ihnen mein Feedback zu dem Artikel mit dem Titel *"Umfrage: Mehrheit lehnt Steuern auf Vermögen ab"* nur mit großer Verspätung senden:

Die diesem Artikel zugrunde liegende Umfrage des Market-Instituts ist Musterbeispiel für einen manipulativen Umgang mit dem Instrumentarium der Meinungsforschung. Da bittet man die Befragten, einige der in Diskussion befindlichen Vorschläge für neue bzw. höhere Steuern zu bewerten, beschreibt aber die zu bewertenden Vorschläge auf eine höchst unausgewogene - eben manipulative - Art: Während man bei dem auf die Einkommenssteuer bezogenen Erhöhungsvorschlag richtigerweise präzisiert, dass es dabei nur um Erhöhungen für *"Spitzeneinkommen"* geht, fehlt bei den auf die Vermögenssteuern bezogenen Vorschlägen eine entsprechende Präzisierung. Da geht es einfach um eine *"Steuer auf Finanzvermögen, also Sparguthaben und Wertpapierdepots"* sowie um die *"Wiedereinführung der Erbschaftssteuer"* - als ob die entsprechenden Steuervorschläge keine Freibeträge vorsähen und jedes Oma-Sparbuch wie auch die kleinste Erbschaft ins Visier nähmen.

Mich wundert es nicht, dass sich bei solchen Antwortvorgaben kaum jemand für Vermögenssteuern ausspricht. Was mich aber sehr wundert, ist die Tatsache, dass ein angebliches *"Qualitätsblatt"* wie der Standard das Ergebnis einer so fragwürdigen Erhebung gänzlich unkritisch übernimmt, um damit ein die Spindelegger-Linie untermauerndes Zerrbild der Einstellung der Bevölkerung zum Thema *"Vermögenssteuern"* zu zeichnen. Für wie dumm hält der Standard seine Leser?

--- 000 ---

Jugendliche, die in den Dschihad ziehen, machten nun auch in Wien Schlagzeilen. Laut Standard vom 25.9.2014 reagiert die Bundeshauptstadt auf dieses Phänomen mit der Bildung eines Netzwerks zur De-radikalisierung und Prävention.

Deradikalisierung durch Reradikalisierung?

Bilden wir doch gleich auch einige RE-radikalisierungsnetzwerke.
Zum Beispiel: Mieter gegen Spekulanten.

Hätten wir mehr **RE**-radikalisierungsnetzwerke,
bräuchten wir vielleicht weniger **DE**-radikalisierungsnetzwerke.

--- 000 ---

Leserbrief vom 8.10.2014 an das
profil zum Artikel "*Not am Mann*"
in profil Nr.41

Herren in Not

Sehr geehrte Redaktion,

in dem Artikel "*Not am Mann*" beklagt Gernot Bauer wortreich und vorwurfsvoll zahlreiche vom Feminismus und von männlichen Frauenverstehern übersehene Benachteiligungen der Männer. Wer die Leiden des Mannes im Patriarchat in dieser Tonlage diskutiert, hat das nicht verstanden, was wir seit Hegel als die "*Dialektik von Herr und Knecht*" bezeichnen. Gemeint ist damit der Umstand, dass in jedem Herrschaftssystem nicht nur die Unterdrückten sondern auch deren Unterdrücker Opfer sind - allerdings auf eine andere, komplementäre Weise. Und wer wie Bauer diese Dialektik nicht versteht, begreift auch nicht, dass vom Kampf der Frauen gegen ihre Benachteiligungen auch wir Männer profitieren können. Vermutlich wäre etwa, um nur eines von vielen Beispielen herauszugreifen, beim Abbau der im Patriarchat kultivierten spezifisch männlichen Aggressivität nicht nur die gegen Frauen ausgeübte Gewalt rückläufig, sondern auch die von Bauer beklagte erhöhte Selbstmordrate der Männer.

--- 000 ---

Zu einer Meldung im
Kurier vom 14.10.2014

Anerkennung oder Erkennung?

Der Kurier berichtet, dass das viel diskutierte neue Buch des deutschen Altkanzlers Kohl scharfe Kritik an politischen Weggefährten - und anerkennende Worte für Österreichs Ex-Bundespräsidenten Kurt Waldheim enthalte. Kohl sagt, *"er sehe in Waldheim einen 'anständigen Mann, der viel zu feig war um unanständig zu sein' ..."*

Wenn der Kurier dieses Urteil als Anerkennung interpretiert, hat er aus der ganzen Waldheim-Debatte nichts gelernt. Denn in der ging es ja genau darum, dass Waldheim zuerst zu feige war, sich gegen das aufzulehnen, was ihm von einem verbrecherischen Regime als 'Pflicht' auferlegt wurde, und nach dem Ende dieses Regimes dann auch noch sich selbst gegenüber zu feige war, um sich diesen Fehler einzugestehen.

--- 000 ---

Zu einem Bericht über
Guantanamo im Ö1-Mittagsjournal vom
30.10.2014 und einem Artikel der Süd-
deutschen Zeitung vom 16.10.2012

Gerechtigkeit auf höchstem Niveau

Das Militärtribunal, vor dem sich die Verantwortlichen für 9/11 verantworten müssen, wird kein geheimes Femegericht sein. Die Aussagen der Angeklagten werden in den Zuhörerraum aber erst mit vierzig Sekunden Verzögerung eingespielt, damit man etwaige Erwähnungen von Folterungen in den Geheimgefängnissen der CIA und nahestehender Geheimdienste unterdrücken kann.

Wie rechtsstaatlich!

Die Angeklagten, die sich lieber gleich zu Tode hungern wollen, als noch länger auf das Verfahren zu warten, werden zwangsernährt, damit man sie dann, wenn das Militärtribunal sein Todesurteil gesprochen hat, hinrichten kann.

Wie umsichtig!

Während des Ramadans wird die Zwangsernährung erst nach Sonnenuntergang durchgeführt.

Wie feinführend!

Wie turmhoch überlegen dem martialischen Rübe-Ab der Dschihadisten.

--- 000 ---

November 2014:
Vor 25 Jahren fiel
die Berliner Mauer

Vergessliches Gedenken

Bei allen Gedenkveranstaltungen zum Fall der Berliner Mauer geht es um das Ende eines Unrechtsstaats und nirgends um das Enden einer Utopie. Niemand fragt, ob es in der DDR nicht einige Ansätze zur Realisierung dieser Utopie gab, um die es schade ist. Niemand erinnert an den kurzen Zeitraum nach dem Fall der Mauer, in dem Naivlinge wie ich hofften, man könne vielleicht einige davon in die Zukunft hinein retten und eine Alternative zur BRD aufbauen. Niemand überlegt rückblickend, ob das nicht auch der Entwicklung in der BRD eine neue Dynamik verliehen hätte, so dass beiderseits Prozesse in Gang gekommen wären, die dann irgendwann jene zwei in Bewegung befindlichen Hälften des nach 1945 zerbrochenen Ganzen zu etwas ganz Neuem zusammengeführt hätten. So aber ist sofort zusammengewachsen, was angeblich zusammengehörte. Und alle feiern nun mit Begeisterung das Gedenken an diesen Triumph über das Böse und trampeln dabei auf den damals von unendlich vielen D-Marks niedergewalzten Möglichkeiten herum.

--- 000 ---

8.11.2014: Wolf Biermann
beschimpft im deutschen Bundestag die
Linke als den elenden Rest der DDR-
Staatspartei.

Wolf, ach Wolf!

Vielleicht weißt Du ja einiges, das ich nicht weiß, über die Mandatare und Parteigänger der Linken. Vielleicht bist Du aber auch nur ein weiteres trauriges Beispiel dafür, wie perfekt der Kapitalismus darin ist, aus tollen Typen Arschlöcher zu machen.

--- 000 ---

Ergänzende Gedanken zum Thema
"Unrechtsstaat" anlässlich des Geden-
kens an den Fall der Berliner Mauer

Wo beginnt der demokratische Unrechtsstaat?

Wer gegen ein Gesetz verstößt, das nicht von einem demokratisch gewählten Parlament beschlossen wurde, ist er kein Krimineller, sondern ein politischer Gefangener.

Wer gegen ein Gesetz verstößt, das von einem Parlament beschlossen wurde, das nur von 1% der Wahlberechtigten gewählt wurde, ist sicherlich auch ein politischer Gefangener.

Was ist, wer gegen ein Gesetz verstößt, das von einem Parlament beschlossen wurde, welches von 10%, 20%, oder 30% der Wahlberechtigten gewählt wurde?

Ab welchem Prozentsatz der Wahlbeteiligung kippt der demokratische Rechtsstaat in einen demokratischen Unrechtsstaat?

Bei der US-Präsidentschaftswahl des Jahres 1988 lag der Anteil der Wähler an allen Wahlberechtigten bei knapp 35%. Auch bei der jüngsten Parlamentswahl in Japan betrug die Wahlbeteiligung nur 35% ...

--- 000 ---

Zu einem Radio-Bericht über die heimische Praxis der Asylgewährung vom 12.11.2014 vor dem Hintergrund der stolzdrauf-Kampagne des Integrationsministeriums

stolzdrauf

Heute berichtete das Morgenjournal von Ö1, dass Syrer wesentlich rascher Asyl bekommen als Somalier, obwohl auch in Somalia Krieg herrscht. Besonders rasch ging es bei einem syrischen Anästhesisten. Er konnte schon nach 11 Monaten seine Familie nachkommen lassen.

Ich bin stolz auf Österreich, weil wir es schaffen, sogar den Ablauf der Asylverfahren nach den bewährten Grundsätzen der Rassen- und Klassenjustiz zu gestalten.

--- 000 ---

Zu einem Radio-Bericht
vom 25.11.2014

Nein zu AKW

Der Ökonom Stefan Schulmeister in der Sendung *"Betrifft Geschichte"*:
"Das Gewinnstreben ist nun mal die Kernenergie des Kapitalismus"

Ein Grund mehr für eine strikte Ablehnung der Kernenergie!

--- 000 ---

Zu einem Symposium
im November 2014

Unsere bewältigte Vergangenheit

Vor kurzem wurde im Wien Museum im Rahmen einer Podiumsdiskussion ein Buch mit dem Titel *"Der Dollfuß-Mythos"* vorgestellt. Am Podium saßen die Autorin, Lucile Dreidemy, der Zeitgeschichtler Oliver Rathkolb, der Nationalratspräsident i.R. Andreas Khol sowie Alexandra Förderl-Schmid vom Standard als Moderatorin. Zunächst präsentierte die Autorin ihr Buch, in dem sie die These vertritt, dass das bürgerliche Lager seit der Ermordung des Diktators im Verlauf des Nazi-Putsches an einer Legende stricke, welche Dollfuß als einen für Österreich gefallenen Märtyrer glorifiziere. Darauf replizierte der Nationalratspräsident i.R., dass von einer solchen Mythologisierung keine Rede sein könne, weil man mittlerweile, nicht zuletzt aufgrund seines eigenen Engagements, zu einem sehr differenzierten Dollfußbild gefunden habe.

Nach einigen weiteren Wortmeldungen auf dem Podium kam es zu einer angeregten Diskussion mit dem Saalpublikum. Sie ist vielleicht etwas anders abgelaufen, als ich es im Folgenden notiert habe. Möglicherweise sogar ziemlich anders. Ganz sicher aber hat sie sich genau so angefühlt.

Dramolett

für einen Nationalratspräsidenten i.R., eine Phalanx von Historikern, zwei Stimmen aus dem Publikum und einen unsichtbaren Chor

DER NATIONALRATSPRÄSIDENT I.R.: Ich verwahre mich gegen die Phalanx hier auf dem Podium und gegen die Unterstellungen in diesem Buch. Für die österreichische Volkspartei gibt es da keine Legendenbildung. Wir haben unser Verhältnis zu Dollfuß in Ordnung gebracht. Sein Bild hängt zwar noch immer in unserem Parlamentsklub. Aber darunter hängt jetzt eine Tafel, auf der seine wichtigsten politischen Fehler

festgehalten sind. Er war kein Faschist, hat aber das Parlament ausgeschaltet, als Diktator regiert und so weiter.

NAIVE STIMME AUS DEM PUBLIKUM: Herr Kohl, Sie gestehen zu, dass Dollfuß das Parlament ausgeschaltet und als Diktator regiert hat. Wieso war er dann kein Faschist?

ERFAHRENE STIMME AUS DEM PUBLIKUM: Bitte nicht! Das diskutieren wir jetzt seit zwanzig Jahren!

DER NATIONALRATSPRÄSIDENT I.R.: Der Faschismus ist das Böse schlechthin mit Konzentrationslagern und so weiter. Ich kann Ihnen da ein Buch nennen, wo alle Kriterien ganz genau aufgelistet sind. Dollfuß war nur ein Kind seiner Zeit, das die Fehler seiner Zeit gemacht hat. Er war aber kein Faschist.

ERSTER HISTORIKER AUS DEM PUBLIKUM: Muss man nicht von Faschismus sprechen, wenn es doch auch im Heimwehrstaat Anhaltelager gab?

DER NATIONALRATSPRÄSIDENT I.R.: Nein, das muss man nicht, weil Faschismus ist etwas absolut Grausliches und Dollfuß war ein Märtyrer. Im Unterschied zu Karl Renner. Der hat den Krieg gemütlich in Gloggnitz ausgesessen. Und trotzdem hab ich dafür gesorgt, dass für ihn eine Ehrentafel im Parlament angebracht wird. Sie sehen also, ich gönne auch Ihnen Ihre Säulenheiligen. Bitte lassen Sie doch die unseren in Frieden ruhen.

ZWEITER HISTORIKER AUS DEM PUBLIKUM: Das Klerikale war der wesentliche Kitt, mit dem Dollfuß die Gesellschaft zusammenhalten wollte. Könnte man ihn da nicht vielleicht einen Klerikalfaschisten nennen?

DER NATIONALRATSPRÄSIDENT I.R.: Nein, das kann man nicht, weil Faschismus ist das Böse schlechthin und Dollfuß war nur ein Kind seiner Zeit. Lesen Sie die Tafel unter seinem Bild in unserem Parlamentsklub. Unser Verhältnis zu ihm ist sauber.

DRITTER HISTORIKER AUS DEM PUBLIKUM: Dollfuß regte am 12. Februar 1934, die Vergasung der streikenden Arbeiter des Gaswerks an. Wenn das nicht absolut böse ist ...?

DER NATIONALRATSPRÄSIDENT I.R.: Er war eben ein Kind seiner Zeit und machte die Fehler seiner Zeit.

DER HISTORIKER AUF DEM PODIUM: Rings um Österreich gab es damals faschistische Bewegungen und Staaten. Der Dollfuß wollte sich da halt einreihen und hat sich die eine oder andere Anleihe genommen. Man sollte also vielleicht von einem Imitationsfaschisten sprechen.

DER NATIONALRATSPRÄSIDENT I.R.: Nein, sollte man nicht. Denn Dollfuß war ehrenwert und ist als Märtyrer gestorben.

Schon während der letzten Worte des Nationalratspräsidenten i.R. beginnt der unsichtbarer Chor im Hintergrund leise und sehr gefühlsbetont mit dem Gesang der Bundeshymne – dem Anlass entsprechend natürlich in der Gabalier-Version (Heimat bist Du großer Söhne ...). Der Nationalratspräsident i.R. steht auf, nimmt Haltung an und beginnt mitzusingen. Nach und nach erheben sich auch die anderen Podiumsteilnehmer sowie das gesamte Publikum und fallen zuerst zögernd, dann immer lauter werdend, in den Chor ein. Währenddessen verdunkelt sich die Bühne langsam bis zur totalen Finsternis. Vorhang.

--- 000 ---

Zur Eröffnung des neuen Wiener
Hauptbahnhofs im Dezember 2014

Hauptbahnhof

Mit dem Fahrplanwechsel am Sonntag, dem 14.12.2014 wurde der neue Wiener Hauptbahnhof zur internationalen Fernverkehrsdrehscheibe. Der starke Pendlerverkehr am darauf folgenden Montag brachte die erste Bewährungsprobe für das eindrucksvolle Bauwerk.

Dramolett

Ort der nicht ganz frei erfundenen Handlung ist einer der Bahnsteige. Personen: Einige Pendler und der Architekt des Hauptbahnhofs, der bei seinem Rundgang durch das Bahnhofsgebäude kurz auf einem der Bahnsteige vorbeischaut. Wegen des schlechten Wetters (minus 1 Grad, starker Wind, Schneetreiben) sind alle Pendler dick verummt. Der Architekt trägt einen eleganten dunklen Anzug, darüber einen locker geknüpften Schal.

ARCHITEKT (zu einem der Pendler): Grüß' Sie. Wieso warten Sie hier oben am Bahnsteig und nicht unten im beheizten Wartebereich?

ERSTER PENDLER: Wir sollten eigentlich schon im Zug sitzen. Der hat aber Verspätung wegen Getriebeschaden. Jetzt stehen wir da seit mehr als einer viertel Stunde.

ARCHITEKT: Und wie gefällt Ihnen der neue Bahnhof?

ERSTER PENDLER: Er ist sehr schön.

ARCHITEKT: Schönheit ist ja so wichtig in der Architektur. Meine Handschrift als Architekt ist die Reduktion auf das Einfache, das Wesentli-

che. Das darf aber nicht an Poesie verlieren; Poesie mit Leichtigkeit, ist mein Leitmotiv. Da gibt es natürlich viele Einschränkungen aufgrund der Funktionalität. Aber die kann man mit Poesie bewältigen. Nehmen Sie zum Beispiel das Dach dieses neuen Hauptbahnhofs: Seine spektakuläre Formensprache mit den Rauten ist eine perfekte Lösung des Problems der Brandrauchlüftungen. Was sagen Sie zu dieser Dachkonstruktion?

ERSTER PENDLER: Sehr eindrucksvoll. Nur vor dem Schneetreiben schützt sie nicht, weil der Wind den Schnee zwischen den Dachrauten durchbläst. Das ist irgendwie suboptimal. Auch von der Seite her ist jetzt alles offen.

ARCHITEKT: Natürlich, Offenheit ist ja das Markenzeichen des neuen Hauptbahnhofs. Sie ist ein starkes Statement für die Öffnung Wiens gegenüber Europa und der ganzen Welt.

ZWEITER PENDLER: Da pfeift der Wind von überall her.

ARCHITEKT: Sie haben recht, die feingliedrige und dynamische Konstruktion des Bahnsteigdachs ist äußerst durchlässig und transparent. Deshalb ist das Gebäudeinnere bei jedem Wetter von Licht durchflutet. In der Nacht zeigt sich die Halle als hell erleuchtetes Faltwerk. Ein grandioses Licht-Schauspiel, dessen eindrucksvolle Bilder in Zukunft Millionen Reisende von ihrem Besuch am Hauptbahnhof Wien in die ganze Welt mitnehmen werden.

ERSTER PENDLER: Ein Wahnsinn, wie's da pfeift.

ARCHITEKT: Wenn man etwas so Großes wie den Wiener Hauptbahnhof plant, darf man nicht nur an das Gebäude selbst denken. Da sind auch die städtebaulichen Funktionen zu beachten. Hier beim Hauptbahnhof etwa galt es, den Südgürtel neu zu definieren. Genauer gesagt ging es um das Auflösen der Barriere zwischen dem 3. sowie dem 4. und dem 10. Bezirk. Und da spielt die Offenheit des neuen Bahnhofes und seiner Bahnsteige eine zentrale Rolle.

DRITTER PENDLER: Aber man ist hier halt doch sehr ungeschützt.

ARCHITEKT: Dafür hat man bei der Einfahrt in den Bahnhof wegen der Hochlage der Geleise einen großartigen Überblick über ein tolles neues Wien. Und weil alle Bahnsteige nach allen Seiten hin offen sind, sieht man dann auch noch nach dem Aussteigen am Perron die schöne Kulisse des Südgürtels.

ERSTER PENDLER (*blickt auf die Anzeigetafel*): Jetzt haben sie die Verspätung schon wieder um 5 Minuten nach oben korrigiert und das Schneetreiben wird noch stärker.

ARCHITEKT: Mein Steckenpferd ist es, Luxus in den Alltag zu bringen. Jeder flaniert gerne über einen schönen Boulevard, denn dann geht es einem besser. Da müssen wir ansetzen. Die architektonischen Gesten sollen ein Beitrag zur Leichtigkeit sein, zur Musik, zu dem, was Kultur für uns bedeutet, zur Weltstadt Wien, einem der Hotspots Europas.

ZWEITER PENDLER: Und mir wird immer kälter.

ARCHITEKT (*knüpft seinen Schal etwas enger und hebt beide Schultern, um ein leichtes Frieren anzudeuten*): Ja, ich muss jetzt auch wieder weiter. Grüß Gott dann.

--- 000 ---

2015

Zu einer Formulierung in einem Artikel
im Kurier vom 7.1.2015 über die Situa-
tion von Christen in Afrika

Subtile Formen der Missionierung

"Nicht nur Gewalt, auch subtilere Formen des Islamismus machen den Christen in Afrika das Leben schwer. Mit der Begründung, die heimische Kultur bewahren zu wollen, werden der gesamten Bevölkerung, ob muslimisch, andersgläubig, praktizierend oder nicht, islamische Praktiken aufgezwungen."

Das kann man 1:1 umkehren:

Subtilere Formen der Christianisierung machen den Muslimen in Österreich das Leben schwer. Mit der Begründung, die heimische Kultur bewahren zu wollen, werden der gesamten Bevölkerung, ob christlich, andersgläubig, praktizierend oder nicht, christliche Praktiken aufgezwungen: Kreuze und womöglich gar gemeinsames Morgengebet im Klassenzimmer, Bimmeln von Kirchenglocken, Nikolausfeiern und Martins-Umzüge in den Kindergärten, Weihnachtsmärkte, Weihnachtslieder- und Weihnachtsdekorationsterror beim Einkauf ab November, christliches Feiertagsregime, christliche Bekleidungspraktiken, ...

--- 000 ---

Zur Charlie-Demonstration von 50 Re-
gierungschefs aus aller Welt

I bin's net!

Wenn Merkel und Juncker gemeinsam mit Orbán *"Je suis Charlie"* sagen, um für die Pressefreiheit zu demonstrieren, dann muss ich darauf beharren:

"I bin der Karli"

Karl Czasny, 11.1.2015

--- 000 ---

Leserbrief vom 15.1.2015 an Doris Knecht;

Anlass: Der Verfassungsgerichtshof stellt die Diskriminierung homosexueller Paare bei der Adoption von Kindern ab und Helmut Brandstätter, der Herausgeber des Kurier, erwähnt in seinem Leitartikel, dass wichtige Teile der ÖVP in der Frage der Gleichstellung von homosexuellen Paaren bei der Eheschließung bremsen. Am Schluss seines Artikels schreibt er dann: *"Weil gerade so viel von Toleranz die Rede ist, müssen die Befürworter akzeptieren, dass sich ein Teil der Bevölkerung damit schwertut."* Im Gegensatz dazu hatte Doris Knecht in ihrer Kolumne vom Vortag zu einer Demo vor der ÖVP-Zentrale gegen deren ständiges Bremsen in besagter Angelegenheit aufgefordert.

Es lebe die Toleranz

Sehr geehrte Frau Knecht,

Jetzt bin ich aber wirklich sehr, sehr enttäuscht von Ihnen. Da haben die Schwulesben wieder einmal den Verfassungsgerichtshof breit geklopft und jetzt müssen Sie in Ihrer gestrigen Kolumne sofort ein Schäuferl nachlegen und dazu aufstacheln, dass man vor der ÖVP-Zentrale für noch weitergehende Gleichstellungen demonstriert. Ich frage Sie: Wo bleibt Ihre berühmte Toleranz? Nehmen Sie sich bitte ein Beispiel am obersten Toleranzexperten Ihrer Zeitung (Helmut Brandstätter). Der fordert nämlich in seinem heutigen Kommentar die ewigen Demonstrierer für noch mehr Toleranz dazu auf, auch Toleranz denen gegenüber zu zeigen, die sich mit so viel Toleranz noch schwertun. Dieses Rezept ist so super, dass man es ins Parteiprogramm von Österreichs Toleranzpartei (FPÖ) reinschreiben sollte. Bitte leiten Sie diesen Leserbrief an Herrn Brandstätter weiter, damit er weiß, dass wir toleranten Leser bombenfest hinter ihm stehen. Und sorgen Sie doch gefälligst dafür, dass mein Leserbrief in der Leserbriefkolumne des Kurier erscheint. Sie könnten damit die Scharte, die die gestrige Kolumne in Ihr Toleranzprofil geschlagen hat, wieder auswetzen. Andernfalls sehe ich ziemlich schwarz für Ihre Zukunft als Kolumnistin im heimischen Zentralorgan der Toleranz (Kurier).

Mit besten Grüßen

Karl Czasny

Eine Idee mit Potential zum Staatsstreich

"Wer sich nicht integrieren will, wer nicht akzeptiert, dass Frauen genauso zu behandeln sind wie Männer, der soll bestraft werden." Das fordern die Landeshauptleute Voves und Nissel von der SPÖ, und das findet auch der Herausgeber des Kurier, Helmut Brandstätter. Bei der Definition der entsprechenden juristischen Tatbestände sollte man allerdings höchste Vorsicht walten lassen. Einschlägige Paragraphen könnten das Potential zum Staatsstreich in sich tragen. Denn wer ist letztlich verantwortlich für eine Behandlung von Frauen, welche im Endergebnis dazu führt, dass ihr Lohn im Schnitt um 20% hinter denen von Männern liegt, und dass sie in der Wirtschaft, in der Wissenschaft und erst recht auch in der heiligen Katholischen Kirche an gläserne Decken stoßen. Könnte man da nicht Beitragstatterschaften bis hinauf zu den obersten Spitzen des Staates und der Kirche konstruieren und letztlich die gesamte Bundesregierung, alle Landesregierungen und sämtliche geistigen Würdenträger zur Rechenschaft ziehen?

--- 000 ---

Ja wenn sie's doch endlich hätten!

Kurz nach den Wortmeldungen der Landeshauptleute Voves und Niessel zur Frage der Bestrafung von integrationsunwilligen Immigranten berichtet der Kurier über eine Aussage des burgenländischen Landeshauptmanns, die einen Bezug zwischen Integrations- und Bildungspolitik herstellt:

Wenn 16-Jährige das Recht hätten, zu wählen, müsse es in den Schulen auch politische Bildung geben.

In dem *"hätten"* steckt die ganze Verlogenheit dieser Debatte: Junge Menschen mit Migrationshintergrund sollen politische Bildung bekommen, weil man ja in Österreich ab 16 wählen darf. Sie dürfen es aber gar nicht! Man fordert also ihr Engagement und Interesse für das österreichische politische System und verwehrt ihnen zugleich die Teilhabe daran.

--- 000 ---

Im März 2015 wird eine Senkung der Einkommenssteuern beschlossen, bei der man auf eine Gegenfinanzierung durch Anhebung der Vermögenssteuern verzichtet.

Eine neue Spielart des Keynesianismus

- Steuerreform - KLASSISCH KEYNESIANISCH: Der Staat reduziert die Steuern der Arbeitnehmer auf Kosten der Ausgeglichenheit seines Budgets (Gegenfinanzierung durch Kreditaufnahme)
- Steuerreform - RECHTSKEYNESIANISCH: Der Staat reduziert die Steuern der Arbeitnehmer auf Kosten der Arbeitnehmer (Gegenfinanzierung durch Erhöhung von Verbrauchssteuern)
- Steuerreform - LINKSKEYNESIANISCH: Der Staat reduziert die Steuern der Arbeitnehmer auf Kosten der Vermögenden (Gegenfinanzierung durch Erhöhung von Vermögenssteuern)
- Steuerreform - AUSTROKEYNESIANISCH: Der Staat reduziert die Steuern der Arbeitnehmer auf niemandes Kosten (Gegenfinanzierung durch fiktive Einnahmenerhöhungen aus dem Traumbüchel)

--- 000 ---

Christian Ortner in der Wiener Zeitung vom 2./3. 5. 2015: *"Wer den europäischen Sozialstaat aufrecht erhalten will, kann nicht die Türen der Festung Europas allzu weit öffnen."*

Man lernt nie aus

Vor 1989 lernten wir, dass kommunistische Mangelwirtschaft nicht vereinbar ist mit offenen Grenzen. 2015 lernen wir, dass Gleiches auch für unseren Sozialstaat gilt.

--- 000 ---

Totes Gedenken

Am 10.5.2015 zeigt ORF III einen Live-Bericht von der *"Internationalen Befreiungsfeier in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen"*. Beim Zusehen stellt sich das starke Empfinden ein, keiner lebendigen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit beizuwohnen, sondern einer ritualisierte Beschwörung von etwas, das so sehr entrückt und damit tabuisiert ist, dass jeder Versuch der Belebung des Gedenkens wie eine Blasphemie erscheinen müsste. Wer das nicht glaubt, male sich aus, wie wohl das offizielle Österreich reagieren würde, wenn jemand eine solche Belebung mittels zeitgemäßer Aktionskunst² erzielen wollte.

Zum Beispiel mit einer Performance, bei der die festungsartige Anlage des KZ-Mauthausen zur Festung Europa wird, die den Hintergrund für ein Orgien-Mysterien-Spiel der besonderen Art bildet. Ein Spiel, bei dem die diese Festung bewachenden Schergen die Masken europäischer Spitzenpolitiker (Regierungschefs, Innenminister, ...) tragen, und bei dem Massen von Flüchtlingen, dargestellt durch reale Asylwerber, die Festung zu stürmen versuchen. Sie werden von deren Wächtern mit Paintball-Gewehren abgewehrt, und wer es dennoch schafft, die Mauern zu überwinden, wird von ihnen zum Verhör über die Gründe seines Asylbegehrs geschleppt. Wer das Verhör besteht, darf bleiben und arbeitet danach im Steinbruch. Wer nicht besteht, wird abgeschoben. Davor muss er sich aber seiner Kleider entledigen und zum "Duschen" anstellen.

Der schärfste Protest gegen eine solche Form des Gedenkens käme vermutlich von der FPÖ. Hier würde die genetisch fixierte Abneigung gegen moderne Kunst mit dem nicht weniger tief sitzenden Fremdenhass zu einer ehrlich empfundenen Empörung verschmelzen, die man aus voller Kehle herausschreien könnte, weil sie ja politisch hochkorrekt wäre. Wahrscheinlich würde sich eine überparteiliche Protestplattform bilden, die eine Spannweite von der FPÖ über den Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer bis hin zur KPÖ hätte. Auch der Bundespräsident müsste in tiefer Besorgnis das Haupt schütteln. Allein die Stellungnahme der SP-Spitze käme eigentümlich gequetscht daher. Die könnte nämlich nur schwer ihre Freude darüber unterdrücken, dass nun endlich auch der linke Parteiflügel die Notwendigkeit einsieht, unter bestimmten Bedingungen Koalitionen mit den Rechtspopulisten einzugehen.

--- 000 ---

2 Man denke etwa an das Berliner Künstlerkollektiv *"Zentrum für politische Schönheit"*, das die Körper zweier im Mittelmeer Ertrunkener nach Deutschland holte, um sie dort zu bestatten.

Zu einer Meldung im
Kurier, 21.5.2015

Städtebaulicher Skandal

Die Skandalmeldung des Tages ist zwischen den Zeilen versteckt. Im Text der Meldung steht, dass die Stadt Wien private Bauträger künftig mittels sogenannter *Städtebaulicher Verträge* dazu zwingen wird, sich im Gegenzug zur Widmung von Baugründen an den Kosten der Entwicklung der sozialen Infrastruktur zu beteiligen. Zwischen den Zeilen können wir lesen, dass man dem Immobilienkapital die Widmungen bisher kostenfrei nachgeschmissen hat.

--- 000 ---

Zu einem Interview im
Mittagsjournal vom 15.5.2015

Äußerst investigativ!

Wissenschafts-Star Josef Penninger wollte nach Deutschland abwandern, wird aber durch eine zusätzliche Förderung von 20 Millionen Euro für sein Institut zum Bleiben bewegt. Der Moderator des ORF-Mittagsjournals berichtet über diese Zusatzförderung für Penninger und meint dann: *"Wir wollen wissen ob er das wert ist und bringen deshalb ein Interview."*

Mit wem denn? Natürlich mit Josef Penninger. Denn wer kann wohl besser beurteilen, was Josef Penninger wert ist, als er selbst.

Sehr kritisch und investigativ der Wissenschaftsjournalismus des ORF.

--- 000 ---

Zu einem Foto in 'Heute' vom 22.5.2015

Wann bist Du so richtig alt?

So richtig alt bist Du erst dann, wenn Dir zum ersten Mal der Stoßseufzer *"Waren das noch Zeiten!"* entfährt. Heute war es bei mir so weit. Heute sah ich das Foto eines Mannes, der zwei auf allen Vieren kriechende Bikini-Schönheiten an der Leine spazieren führt. Neben dem Bild las ich, dass hier der australische Tabak-Millionär Travers Beynon mit seiner Frau und seiner Freundin äußerln geht.

Waren das noch Zeiten! Im guten, alten Achtundsechziger Jahr. Als die Vallie Export den in dunklem Anzug übers Pflaster kriechenden Peter Weibel an einer Hundeleine durch die Kärntner Straße zog.

--- 000 ---

Zu einem Artikel im
Kurier, 10.6.2015

Kurier-Leser erfahren es mit 150-jähriger Verspätung

Der Kurier empört sich darüber, dass die Abgeordneten der Stronach-Partei ihren eigenen Kindern Jobs im Hohen Haus verschaffen und spricht von einem *"frechen Griff in die Staatskassen"*. Dieser Skandal hat einen schon bald 150 Jahre alten Bart. Denn bereits 1869 klärte uns Karl Marx darüber auf, wie eng das materielle Interesse der Bourgeoisie mit der Erhaltung einer breiten und vielverzweigten Staatsmaschine verwebt ist. *"Hier bringt sie ihre überschüssige Bevölkerung unter und ergänzt in der Form von Staatsgehalten, was sie nicht in der Form von Profiten, Zinsen, Renten und Honoraren einstecken kann."*³

--- 000 ---

Zu einem ORF-Interview vom
11.6.2015 mit Außenminister Kurz

Der feine Unterschied

Unser Außenminister bringt es auf den Punkt: *"Niederlassungsfreiheit bedeutet nicht, sich das beste Sozialsystem aussuchen zu können."*

Ich mache keinen Punkt, sondern einen Bindestrich und ergänze: ... - *darin unterscheidet sich die Niederlassungsfreiheit von der Freiheit des Kapitalverkehrs. Die bedeutet nämlich, dass sich das Kapital das für seine Zwecke beste Steuersystem aussuchen kann.*

--- 000 ---

12.6.2015: Heute teilte mir eine Lektorin mit, dass ihr Verlag einen meiner Texte nicht publizieren werde, weil sie es nicht geschafft habe, *"kurz und bündig mit einem Satz zu sagen, was das für ein Buch werden könnte"*.

Und so wird dann alles zu Ende gehen

Eines Tages wird die Menschheit aussterben, weil die Menschen, die wissen, wie es zu verhindern wäre, den Entscheidungsträgern nicht in einem Satz sagen können, was zu tun wäre.

--- 000 ---

3 Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, Seite 59; Dietz Verlag Berlin, 1971

Zu einem Bericht im WELTjournal von
ORF 2 am 24.6.2015 über so genannte
,Umweltbanken', die in Pflanzen- und
Tierarten investieren und dabei gute
Profite machen.

Sterbebegleitung

Dramolett

ERSTER BANKER: In der Zeitung steht, dass jedes Jahr tausende Arten verschwinden, weil man ihre Lebensräume zerstört.

ZWEITER BANKER: Aber so geht das doch nicht!

ERSTER BANKER: Was geht so nicht?

ZWEITER BANKER: Dass die Welt untergeht und wir verdienen nicht daran.

ERSTER BANKER: Na dann tun wir doch was!

ZWEITER BANKER: Ja, tun wir was!

ERSTER BANKER: Aber was sollen wir tun?

ZWEITER BANKER: Gründen wir ein paar Spezialbanken.

ERSTER BANKER: Banken, die das Artensterben verhindern?

ZWEITER BANKER: Nein, Banken die das Artensterben **begleiten**.

ERSTER BANKER: Wie jetzt - "begleiten"?

ZWEITER BANKER: Die kaufen die Lebensräume von bedrohten Arten und verkaufen sie an den Meistbietenden.

ERSTER BANKER: Warum sollte dafür jemand sein Geld hergeben?

ZWEITER BANKER: Weil er sich damit das Recht erkauft, andere Lebensräume zu zerstören.

ERSTER BANKER: Klingt nicht wirklich gut.

ZWEITER BANKER: Ist ja auch bloß die erste Hälfte des Geschäftsmodells.

ERSTER BANKER: Und wie geht die zweite?

ZWEITER BANKER: Mit den Gewinnen kaufen Umweltbanken die Lebensräume von anderen bedrohten Arten, um sie zu schützen.

ERSTER BANKER: Also das klingt jetzt wirklich gut! Aber sag, was machen sie danach mit diesen Lebensräumen.

ZWEITER BANKER: Die verkaufen sie wieder an den Meistbietenden.

ERSTER BANKER: Der dann wieder andere Lebensräume zerstören darf, so dass immer neue Arbeitsfelder für das Wirken der Umweltbanken entstehen?

ZWEITER BANKER: Natürlich.

ERSTER BANKER: Genial!

ZWEITER BANKER: Und richtig nachhaltig. Funktioniert bis ans Ende der Welt.

Tag des Kindes

Weltweit müssen derzeit fast 170 Millionen Kinder arbeiten. Zum Beispiel in den Steinbrüchen Indiens, das sich zu einem bedeutenden Lieferanten von rohen Natursteinen und Grabsteinen entwickelt hat. Dort brechen schon Elfjährige im Akkord Steine aus dem Fels - ohne festes Schuhwerk, Mund- oder Augenschutz, täglich zehn Stunden lang für 1,50 € pro Tag. Sie schuften anstelle ihrer Väter, die sich hier auch schon als Kinder ihre Staublungen geholt haben und daher nun mit dreißig arbeitsunfähig sind. Also müssen jetzt die Mütter mit den Kindern in den Fels. Man ist bei den Besitzern der Steinbrüche verschuldet und es gilt, das Geld für die Zinszahlungen zu beschaffen. Die Hungerlöhne reichen aber nicht aus für die Abzahlung der Kredite, weshalb die Steinbruchkinder von heute ihre Schuldknechtschaft auch an die eigenen Kinder und Enkel weitervererben werden.

So wie die Eltern jedem Kind, das unter solchen Bedingungen geboren wird, ihre Schulden in die Wiege legen, erbt hierzulande jedes Neugeborene unsere Mitschuld an diesem fernen Elend. Ja, es gibt eine Erbsünde. So wahr, wie es die Vererbung von Schuldknechtschaft gibt, gibt es unsere Schuld der Duldung eines Ausbeutungssystems, das derartiges Unrecht erzeugt und verfestigt. Diese Sünde, die wir an unsere Kinder weitergeben, wäre aber nicht durch das Sakrament der Taufe zu tilgen, sondern nur durch den konsequenten Kampf gegen eine Ökonomie, die Kinderarbeit und Schuldknechtschaft erzeugt. Und sollte es unseren Kindern oder Enkeln einst gelingen, sich von dieser Erbsünde zu befreien, werden sie uns vorwerfen, die Augen geschlossen zu haben vor den Steinbrüchen, in denen Kinder arbeiten. So wie wir unseren Eltern vorwarfen, weggesehen zu haben von den Steinbrüchen, in denen sich die Arbeitssklaven Mauthausens und seiner Nebenlager zu Tode schufteten.

Warum es uns nicht und nicht gelingen will, auf die neuen Steinbrüche hinzusehen? Weil wir uns vor der Auflehnung gegen die dahinter stehende Ökonomie fürchten. Weil wir im Vergleich zu den Schuldknechten mit ihren Staublungen als Profiteure jenes Wirtschaftssystems zu gelten haben - selbst dann, wenn unsereins hierzulande zu den Verlierern seiner schrankenlosen Wettbewerbsdynamik zählt. Und weil es völlig aussichtslos, ja lächerlich wäre, gegen ein weltumspannendes Herrschaftsgehäuse anzukämpfen zu wollen.

Weil also Auflehnung nicht in Frage kommt, müssen wir die Bilder von den Kindern im Steinbruch möglichst schnell vergessen. Wie alles Ver-

drängte kommen diese Bilder aber wieder in uns hoch. Und wie das eben so ist bei den weggeschobenen und dann wieder auftauchenden Bildern, kommen sie in neuer, verzerrter Gestalt zurück. In einer Gestalt, die zwar immer noch bedrängend ist, aber doch leichter zu ertragen als die Bilder von den Kindern im Stein ohne Mundschutz, mit langsam aber unaufhaltsam fortschreitender Lungenfibrose. Was da in uns von unten heraufkommt, sind Bilder von bedrohlichen Fremden, die über unsere Grenzen drängen. Nein, unsere eigentliche Angst gilt nicht den paar tausend Flüchtlingen, die da jedes Jahr bei uns um Asyl suchen. Es sind jene Millionen und Abermillionen von Armen, die nicht vor politischer Verfolgung flüchten, sondern bloß dorthin wollen, wo es keine Steinbrüche mit Kindersklaven gibt.

Tief in uns drinnen, dort wo die Bilder von den Kindern im Steinbruch sitzen, wissen wir, dass jene Armen im Recht sind, ist es doch purer Zufall, dass sie und nicht wir ins Elend hineingeboren wurden. Wir können dieses Wissen aber nicht ertragen, so wenig wie die Bilder der Kindersklaven. Deshalb müssen wir die Armen an unseren Grenzen im Meer ersaufen oder in Containern ersticken lassen und die, die es zu uns geschafft haben, als Schmarotzer oder Kriminelle diffamieren und so schnell wie möglich wieder zurück ins Elend deportieren.

--- 000 ---

Zu einer Titelgeschichte im profil

Was hat gutes Benehmen in der Politik verloren?

Im Juni 2015 melden die Meinungsforscher eine satte relative Mehrheit für die FPÖ bei der Sonntagsfrage. Der darauf bezogene Aufmacher der Zeitschrift profil lautet:

"Ein Land zerreißt zwischen Anstand und unanständig"

Wenn wir Anständigen nur anstandshalber anständig sind, werden wir bald anstehen mit unserer Anständigkeit.

--- 000 ---

28.6.2015

Letzte Worte

Goethe flüsterte angeblich "*Mehr Licht*". Vieldeutig, wie es sich für einen Dichterfürsten gehört, aber doch irgendwie saft- und kraftlos. Als den ehemaligen ORF-Generalintendanten Gerd Bacher kürzlich der Schlag traf, verabschiedete er sich mit einem glutvollen "*Scheiße!*" und bewies mit diesem letzten herzhaften Zupacken, dass man ihn zu Lebzeiten sehr zu Recht als "*Tiger*" bezeichnet hatte. Was für ein Abschied vom Leben!

--- 000 ---

Zu einschlägigen Zeitungsmeldungen im Sommer 2015

Gerade haben wir uns noch gefreut ...

... über den Fall des Eisernen Vorhangs,
und schon wird wieder einer errichtet - jetzt an den Schengen-Außengrenzen⁴
... über die Füllung der leeren Regale
und schon sind sie wieder leer - jetzt in unseren Sozialmärkten⁵
... dass man sich nicht mehr anstellen muss für Güter des täglichen Bedarfs,
und schon stehen wieder Schlangen - jetzt vor griechischen Bankomaten

Ergänzung vom 6.2.2016:

Aber Bananen gibt es noch jeden Tag zu kaufen

Jüngst hat die neue deutsche Rechtspartei AfD die Diskussion um die bestmögliche Sicherung der Grenzen gegen den Ansturm von Armen und Kriegsflüchtlingen durch die Forderung eines "*Schießbefehls*" bereichert.

Und schon wackelt eine weitere qualitative Differenz zu den kommunistischen Unrechtsstaaten.

--- 000 ---

Zu einer Meldung im Kurier vom 5.8.2015

4 Juni 2015: Die ungarische Regierung hat die Schließung der 175 Kilometer langen Grenze zu Serbien angeordnet. Die Grenze soll mit einem vier Meter hohen Zaun abgeriegelt werden.

5 Juli 2015: In den Sozialmärkten hinterlassen Rekordarbeitslosigkeit und Armut ihre Spuren – und leere Regale.

Warum sich jetzt so viele Leute fremdschämen

Der steirische Ex-ÖVP-Landesrat Kurt Paierl ist unter anderem auch Hotelbesitzer. Im Kurier gibt er zu Protokoll: *"Mir treibt es die Schamesröte ins Gesicht, wenn ich sehe, wie wenig meinem Koch und meinem Zimmermädchen von dem übrig bleibt, -"*

Hat man bis hier her gelesen, empfindet man für den Bruchteil einer Sekunde Hochachtung für diesen Mann. Der hat ein Herz für seine Bediensteten, der kann sich noch schämen für seine Knausrigkeit, der hat sogar den Mut, seine Scham öffentlich einzugestehen. Dann liest man aber den Satz zu Ende und erfährt, dass sich die Scham gar nicht auf das bezieht, *"was ich ihnen zahle"*, sondern auf das, was *"ich zahlen muss"* - nämlich an den Staat für die Lohnnebenkosten des Personals. Er schämt sich also nicht für seine Knausrigkeit, sondern für unser Land, das noch immer glaubt, sich ein System von Sozialtransfers leisten zu können, die ein wenig von dem abfedern, was er und seinesgleichen im Leben seines Personals anrichten. Fremdschämen ist eben einfacher als Schämen. Einfach zum Fremdschämen!

--- 000 ---

Zu einer Meldung im
Standard vom 29.8.2015

Druckfehlerberichtigung

Unter dem Titel *"Neue Kürzungen bei griechischen Pensionen beginnen"* schreibt DER STANDARD: *"Nach der Erhöhung der Lebensmittelpreise in Griechenland kommen nun die Pensionisten zum Zug."*

Es müsste natürlich heißen: *"... vor den Zug"*

--- 000 ---

Zu einschlägigen Zeitungsmeldungen
vom 6.9.2015

So gut waren wir schon lange nicht

Tausende erschöpfte Flüchtlinge überschreiten, von Ungarn kommend, die Österreichische Grenze. Die Hilfsbereitschaft der Österreicher explodiert. (... weil fast alle nur auf der Durchreise sind)

Ergänzung vom 8.9.2015

Na wird aber auch Zeit!

Nach zwei Tagen mit offenen Grenzen für Flüchtlinge verspricht der Bundeskanzler die baldige Rückkehr zur Normalität

(Sprich: Einreise im luftdicht verschweißten Container).

--- 000 ---

Zu einschlägigen Zeitungsmeldungen

Höhere Menschenrechtslogik

Wer politisch Verfolgten Asyl gibt, gewährt ihnen ein Menschenrecht.

Wer ihnen über die rettende Grenze hilft, kommt als Fluchthelfer vor den Richter.

--- 000 ---

Sich und Einander

Regelmäßige Zeitungslektüre zeigt: Der Bedeutungsunterschied zwischen "sich" und "einander" gerät auch bei professionellen Schreibern allmählich in Vergessenheit. Beides war aber ohnehin immer nur für den Sprachpedanten eine Alternative, denn die wirklichen Menschen wissen: Wenn sie einander begegnen, begegnen sie immer auch sich selbst.

--- 000 ---

Leserbrief vom 24.9.2015
an die profil-Redaktion

Wien, eine Stadt voller Depperln

Sehr geehrte Redaktion,

In Ihrer Titelgeschichte "Not und Spiele" (profil, Nr.38) drücken Sie eine Hoffnung auf Bewusstseinswandel mit folgender Formulierung aus: *"Vielleicht dämmert irgendwann auch dem stumpfsinnigsten Gemeindebaubewohner, FPÖ-Stammwähler und Hardcore-Hooligan, ..."*

Die Grammatik dieser Formulierung impliziert, dass Sie erstens den drei genannten Bevölkerungsgruppen einen gewissen Grundstumpfsinn unterstellen und zweitens davon ausgehen, dass diese prinzipielle Dämlich-

keit bei manchen Mitgliedern besagter Gruppen ein gesteigertes Ausmaß erreicht.

Nun lässt sich vielleicht darüber diskutieren, ob derartige Vorurteile die richtige Ausgangsposition für einen sinnvollen Dialog mit FPÖ-Anhängern sind, oder ob sie nicht selbst dazu beitragen, Menschen in die Fänge der Rechtspopulisten zu treiben. Völlig indiskutabel erscheint mir aber die Anwendung Ihrer Stumpfsinnhypothese auf sämtliche Gemeindebaubewohner. Damit erklären Sie pauschal eine halbe Million Wienerinnen und Wiener zu Naturdepperln.

Beste Grüße
Karl Czasny
(Gemeindebaubewohner)

--- 000 ---

Zum Leitartikel
von Helmut Brandstätter
im Kurier vom 8.10.2015

Haben wir die richtigen Gesprächspartner?

Die EU macht sich gerade daran, das Flüchtlingsproblem an Ihrer Südostgrenze zu lösen, doch der Leitartikler des KURIER denkt schon weiter. Denn er weiß, bald *"werden wir uns wieder dem südlichen Mittelmeer zuwenden müssen. Die Terroristen von Boko Haram werden ihren Kampf für einen islamischen Staat in Nigeria nicht aufgeben, andere afrikanische Bürgerkriege werden weiter Menschen vertreiben. Gut dass die EU-Spitzen schon im November die afrikanischen Staatschefs treffen ... (mit ihnen) wird die Union darüber reden müssen, wie in Afrika Lebensbedingungen geschaffen werden, die der Bevölkerung ein anständiges Leben ermöglichen."*

War da nicht noch jemand, mit dem man über dieses Thema reden müsste? Irgendwer, der gestützt durch unsere Agrar- und Exportförderungen afrikanische Kleinbauern aus den regionalen Märkten wirft und Landraub großen Stils in Afrikas fruchtbarsten Regionen betreibt?

Ach ja, dabei werden ja nur Wirtschaftsflüchtlinge erzeugt. Und die können wir gleich wieder abschieben - ganz in Einklang mit *"unseren Werten"* und Rechtskonventionen.

--- 000 ---

Es geht schon wieder bergab

Das allgemeine und gleiche Wahlrecht gibt es in Österreich seit 1907. Damals galt es nur für Männer, wodurch mehr als die Hälfte aller Personen im Wahlalter vom Wahlrecht ausgeschlossen war. Erst seit 1918 sind dann auch Frauen wahlberechtigt. In den letzten Jahren geht es aber wieder rapide bergab mit der Allgemeinheit des Wahlrechts. Bei der Gemeinderatswahl in Wien im Jahr 2015 waren etwa in Rudolfsheim beinahe 40% aller Personen im Wahlalter nicht wahlberechtigt, weil sie nicht den richtigen Pass hatten.

--- 000 ---

Zum Ergebnis der Wiener
Landtagswahl 2015

Sein Coup

Der Wiener Bürgermeister zeigte im Wahlkampf nicht nur mit Worten Haltung und rückte auch angesichts steigender Flüchtlingszahlen nicht von einem den Menschenrechten entsprechenden Umgang mit den Asylsuchenden ab. Weil dieses Verhalten von den Wählern honoriert wurde, betitelt das profil die unmittelbar nach der Wahl erscheinende Ausgabe mit "Sein Coup" - und bestärkt damit seine LeserInnen einmal mehr in dem Verdacht, dass alle Politiker doch nur Spieler und Trickbetrüger sind.⁶

Ich meine nicht, dass die mit dem Verweis auf einen 'Coup' eingeschlagene Interpretation gänzlich an den Haaren herbeigezogen ist, frage mich aber: Was müsste ein Politiker tun, damit sein Verhalten nicht als Ausdruck (hinter-)listiger Wahltaktik wahrgenommen wird. Oder anders gefragt: Wie verkommen muss ein politisches System sein, wenn sich seine Repräsentanten gleichsam per definitionem verkommen verhalten, weil die Bürger aufgrund leidvoller Erfahrung jedes beliebige Verhalten als verkommen wahrnehmen.

--- 000 ---

6 Das Universal-Lexikon zur Bedeutung von "einen Coup landen": "coup heißt wörtlich »Schlag, Stich«, steht in dieser Wendung jedoch für eine überraschend durchgeführte, verwegen-erfolgreiche Unternehmung: Die beiden kleinen Ganoven träumten davon, einen ganz großen Coup zu landen. - Der Ausdruck wird umgangssprachlich verwendet und steht häufig im Zusammenhang mit kriminellen Handlungen."

Zu einem im profil vom 12.19.2015
erschiedenen Interview

Best Practice

Michaela Reitterer, die Chefin der Hotelierversammlung über die ermutigende Haltung der Politik in der jüngsten Flüchtlingskrise:

"Es gab einen unglaublichen Akt der Zivilcourage darin, die Flüchtlingskrise zu bewältigen. Die Politiker haben mitgeholfen, indem sie im richtigen Moment erkannt haben, dass sie die Menschen auch mal einfach machen lassen müssen. Niemand hat beispielsweise bei den freiwilligen Helfern auf die Einhaltung irgendwelcher Arbeitszeitregeln oder Fluchtwegbreiten bestanden. Ich würde mich freuen, wenn das als Best-Practice-Beispiel dienen wird."

Das wäre natürlich super für die Hotelierversammlung, denn dann müsste man weder lästige Arbeitszeitgesetze noch Brandschutzverordnungen beachten. Würde einiges an Kosten sparen.

--- 000 ---

Zu einem Bericht im Kurier
vom 22.10.2015

Pathologisches Ergebnis einer Regierungsbildung

Der Kurier berichtet über das Ergebnis der Regierungsverhandlungen im Bundesland Oberösterreich: *"Landeshauptmann Josef Pühringer und sein designierter Nachfolger Thomas Stelzer komplettieren die ÖVP-Regierungsmannschaft, die bei der Landtagswahl am 27. September **von vier auf fünf Köpfe geschrumpft** ist."*

Da muss ein Schrumpfkopf dazu gekommen sein. Wem gehört er wohl? Dem Landeshauptmann? Oder seinem designierten Nachfolger?

--- 000 ---

Ende Oktober 2015

Die Angstkette

Viele Syrer kommen zu uns, weil sie Angst haben vor den vielen Bomben. Viele Österreicher haben Angst vor den vielen Syrern, die zu uns kommen. Und ich hab Angst vor den vielen Österreichern, die Angst vor den vielen Syrern haben.

--- 000 ---

Anfang November 2015

Endlich angekommen

Die Handelskette 'Hofer' sucht junge Mitarbeiter mit dem Slogan *"Job mit Mehrwert"*.

Endlich ist der erste Band des marxischen Kapital auch beim Kapital angekommen.

--- 000 ---

Zu einem Bericht im Kurier
vom 25.11.2015

Unser wichtigster Rückschritt

Laut Kurier dient sich die selbsternannte Präsidentschaftskandidatin Irmgard Griss den NEOs als *"begeisterte Europäerin"* an. Herbert Kickl sieht darin völlig zurecht keinen Grund, ihr die Unterstützung der FPÖ zu entziehen, denn er selbst sei, wie er sagt, *"auch ein begeisterter Europäer."*

Als Humanisten waren wir noch begeisterte Menschenfreunde. Im Zeitalter der Standortkonkurrenz sind wir höchstens noch begeisterte Europäer.

--- 000 ---

Zu einem Artikel in
DIE ZEIT

Hochaktuelles Altpapier

Als Pensionist habe ich genug Zeit, in Stapeln ungelesener Zeitungen zu schmökern, bevor ich sie endgültig zum Altpapier entsorge. Unlängst fällt mir dabei DIE ZEIT vom 21.2.2013 in die Hände. Im FEUILLETON stoße ich auf einen Artikel mit dem Titel *"Und er triumphiert doch!"* von Alexander Cammann. Wer hier triumphiert, ahne ich schon bei der Lektüre des Vorspanns, denn der verkündet:

"Seit Jahren ist kaum etwas populärer als die Kritik am Kapitalismus. Anmerkungen zu einem überreizten Diskurs."

"Überreizter Diskurs" klingt nach so hohem Unterhaltungswert, dass ich ganz einfach weiterlesen muss. Und dabei erfahre ich dann, dass wir in den letzten Jahren Zuseher eines historischen Siegeslaufs waren. *"Denn es gehört zu den faszinierenden historischen Schauspielen, wie erfolgreich das kapitalistische Ordnungsmodell nach 2008 gerettet werden konnte. ... Selbst in schwer gebeutelten Ländern wie Spanien und Griechenland mit brutaler*

Arbeitslosigkeit wurde mitnichten die Systemfrage gestellt, Protestbewegungen blieben marginal. Bequeme Arroganz mag darin rätselhafte Apathie sehen. In Wahrheit spiegelt sich in der Ruhe womöglich ein tiefes Vertrauen in die Lösungskompetenz des Systems ...".

Letztere zeigte sich für den Autor nicht nur in der Ökonomie sondern auch auf militärischer Ebene. Denn hier gelang dem Kapitalismus ein grandioser Sieg über Osama bin Laden, der mit dem Anschlag vom 11.9.2001 "noch einmal die herrschende kapitalistische Moderne angegriffen (hatte). Das System jagte ihn und brachte ihn zehn Jahre später zur Strecke. Nur noch zwei Terroranschläge hatte Al-Kaida bis dahin zustande gebracht, in Madrid und London, der geplante Weltbürgerkrieg fiel aus.

Beides, die Abwehr des Terrors und die Abwehr der Krise, ergibt jenen Doppeltriumph des Kapitalismus, dessen Zeuge wir gegenwärtig sind. Und es ist daher überfällig, den wohl meistverspotteten Denker der Gegenwart zu rehabilitieren. Francis Fukuyama hatte 1992 vom 'Ende der Geschichte' gesprochen und damit gemeint, dass nach dem Untergang der Totalitarismen nur mehr die liberale Demokratie weltweit als konkurrenzloses Ordnungsmodell übrig geblieben sei. Zwanzig Jahre später bestätigt ihn unsere Epoche eindrucksvoll. Populismus und Kommunismus haben nicht erneut ihr Haupt gehoben. Selbst die Rede vom 'asiatischen Modell' - autoritärer Kapitalismus ohne Demokratie - ist verstummt, seit der dramatische Systemwandel in China zaghafte Freiheiten nach sich zieht. Und CEOs sind heilfroh, dass sie die Demokratie haben, deren legitimierte Entscheidungen die Rechtssicherheit für Geschäfte erst schaffen - und daher auch mal systemrelevante Unternehmen retten können. Nirgendwo taucht mehr eine Alternative auf, das System ist momentan - horribile dictu - tatsächlich alternativlos."

Die reale Geschichte hat nicht einmal drei Jahre gebraucht, um diese voreilige Einschätzung in praktisch jedem Detail zu widerlegen. Der Terrorismus-Hydra ist nach dem Niedergang von Al-Kaida mit dem IS sofort ein neues Haupt nachgewachsen, die Populisten laufen europaweit von Wahlsieg zu Wahlsieg, die CEOs fürchten sich inzwischen so sehr vor der Demokratie, dass das Wort 'Volksabstimmung' Panik bei ihnen auslöst, das Vertrauen in die Lösungskompetenz des Systems ist "tief" nur im Sinne eines neuen Tiefststands, und in Griechenland kam inzwischen tatsächlich vorübergehend die Systemfrage auf die Tagesordnung.

Warum stimmt mich die Lektüre dieses Artikels seltsam heiter?

Weil ich schadenfroh bin? Ja sicher, aber nur ein bisserl. Und nur klammheimlich.

Weil die Dinge eine positive Wendung zu nehmen scheinen? Nein, natürlich nicht. Die Systemfrage wurde mittlerweile wieder vom Tisch gefegt und wer mag sich schon freuen über militärische Siege des Islamischen Staats oder über Wahlerfolge der Rechtspopulisten.

Der Artikel macht Mut aus einem ganz anderen Grund: Er zeigt in unfreiwilliger Komik und daher besonders eindringlich, dass die Geschichte nicht am Ende angelangt, sondern **offen** ist, weil jene sozio-ökonomischen und politischen Gleichgewichte, auf die unsere Eliten ihre Herrschaft stützen, so labil sind, dass sich immer wieder Ansatzpunkte für ein an Alternativen orientiertes politisches Handeln auftun.

--- 000 ---

Zu einer Meldung im
Kurier vom 5.11.2015

Wie sich der kleine Sebastian Integration vorstellt

"Hierzulande will Kurz die Integration vorantreiben. Laut Standard soll jeder Flüchtling einen 'Integrationsplan' durchlaufen, der auch eine 'Wertes Schulung' vorsieht. In eintägigen Kursen sollen Flüchtlingen Werte wie Menschenwürde, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Rechtsstaat und Demokratie vermittelt werden."

Wir haben dafür zwar fünfhundert Jahre mit ein paar Revolutionen gebraucht, und das meiste davon noch immer nicht kapiert. Aber denen können wir das sicherlich in einem Tag beibringen.

--- 000 ---

Zu den Diskussionen über die Frage, ob
es einen freien Willen gibt

Ein Gespenst namens 'Freier Wille'

Die Rede vom 'Freien Willen' ist Ausdruck der Illusion, es gebe Vorgänge, die nicht eingebunden sind in das Netz von Kausalbeziehungen, das die Farbtupfer verbindet, aus denen unser Weltbild gemalt ist. Die Suche nach dem freien Willen ist also die Suche nach einem Gespenst. Ich nenne es den Freien Willi und halte fest, dass es diesen Freien Willi definitiv nicht gibt. Es gibt nur einen großen Schwertwal namens Free Willy. Aber auch der existiert bloß als Hauptfigur eines gleichnamigen Tierspielfilms.

Und doch sind wir Menschen frei! Wir treten uns nämlich nicht nur als Teile der uns erscheinenden Welt gegenüber sondern zugleich auch als diejenigen, welche sich jenes durchgängig kausal vernetzte Bild von ihrer Welt machen. Unsere Freiheit besteht aber nicht etwa darin, dass wir eines Tages beschließen könnten, ein auf derartige Strukturen verzichtendes Bild der Welt zu malen. Denn wir benötigen ein so gestaltetes Bild als Orientierungshilfe für vorausschauendes und aus der Erfahrung lernendes Handeln. Frei sind wir nur beim Setzen der Ziele jenes Tuns, das sich an einem kausal vernetzten Weltbild orientieren muss. In dem Augenblick aber, in dem wir dieses Tun als einen Teil der uns erscheinenden Welt in den Blick fassen, wird allein durch die Art seiner Betrachtung aus freiem Handeln ein bloßer Vorgang, der all den Kausalgesetzen unterliegt, die unser Weltbild regieren.

--- 000 ---

2016

Neujahrswünsche 2016

Plakat in der Stadtapotheke zum Jahreswechsel:

"Wir wünschen unseren Kunden viel Gesundheit im Neuen Jahr"

Ob das wirklich ehrlich gemeint ist?

--- 000 ---

Zu einem in den letzten Monaten oft
bemühten Schlagwort

"Willkommenskultur"

Für mich das heimliche Unwort des Jahres 2015, weil es auf einer Lüge fußt und diese Lüge einzementiert. Denn es unterstellt, dass wir die zu uns strömenden Flüchtlinge willkommen heißen sollen, so wie man Fremden Schutz und Gastfreundschaft gewährt. In einer Welt der globalisierten Kapitalverwertung gibt es aber längst keine Fremden mehr. Da bestehen universelle Gewinner- und Verliererbeziehungen. Und in diesem umfassenden ökonomischen Beziehungsnetz stehen wir selbst, soweit wir hierzulande nicht zu den Ärmsten zählen, auf der Siegerseite, während die Flüchtlinge in ihrer großen Überzahl Verliererpositionen einnehmen. Das Gastfreundschaftsgeschwafel sollte daher durch einen Diskurs von Schuld, Mitschuld und Schuldabtragung ersetzt werden. Mit ihm hätten wir uns zwar in der ersten Phase der aktuellen Flüchtlingswelle weniger euphorisch gefühlt. Unsere Aufnahme- und Hilfsbereitschaft wäre aber vermutlich weniger rasch verflogen, als dies tatsächlich der Fall war. Wer sich einmal bewusst gemacht hat, wie groß die von uns und unseren Vorfahren aufgehäufte Schuld am Elend in vielen anderen Teilen dieser Welt ist, wird nicht so schnell nachlassen in dem Bemühen, wenigstens ein kleines Stück von ihr abzutragen. Denn er wird sich selbst dabei nicht als großzügigen Geber erleben, sondern als Teil derer, die sich seit langer Zeit allzu viel genommen haben - und noch immer nehmen (wie die neokolonialistische Wirtschafts- und Außenhandelspolitik der EU zeigt).

--- 000 ---

Die Herren S. und L. begegnen der Hoffnung

Der ORF hat Herrn Schuh auf die Suche nach der Hoffnung geschickt und ließ ihn nun darüber erzählen. Das geschah zwar im Rahmen der Religionsschiene "Kreuz und Quer", der Zuseher konnte aber einen über das religiöse Hoffen hinausgehenden Bericht erwarten, hatte man Herrn Schuh doch mit Kurt Langbein einen für seinen gesellschaftskritischen Blick bekannten Produzenten als Begleiter mit auf die Reise gegeben. Was haben nun die beiden Herren S. und L. über die aktuelle Situation des Hoffens in unserer Gesellschaft herausgefunden?

Um es kurz zu machen: Ihr Befund ist niederschmetternd. Zwar begegneten sie unterschiedlichsten Gestalten des Zukunftsglaubens, alle waren aber Spielarten jenes **individuellen** Hoffens, das dem Einzelnen eine Perspektive des Überlebens von persönlich erfahrenem Leid eröffnet. **Kollektive** Hoffnung jedoch, als die emotionale Basis eines gemeinsamen gesellschaftlichen Zukunftsprojekts ist, wenn man dem glaubt, was die Herren S. und L. erzählen (bzw. nicht erzählen!) tot.

Aber sowas von tot. Sogar dort, wo es nicht um individuelle Schicksalsschläge sondern um gesellschaftliche Konflikte geht, die sich so zugespitzt haben, dass sie in Krieg und Terror mündeten, wird Hoffnung nur in ihrer individuellen Spielart thematisiert - als die (völlig berechnete) Hoffnung der Flüchtlinge, sich an einem friedlichen Ort ein neues Leben aufbauen zu können. Selbst für die Gesellschaftswissenschaft ist das kollektive Hoffen gestorben. In der Zeit, als es noch lebte, suchten Ökonomen und Soziologen nach Tendenzen und Widersprüchen im bestehenden System, die Ansätze für dessen Überwindung bieten, weil sie über seine Grenzen hinausweisen. An welche Wissenschaft aber kann sich einer wie der Herr S. heutzutage wenden, wenn er etwas über die materiellen Grundlagen unseres Hoffens wissen möchte? Richtig geraten. Er muss (wie könnte es anders sein?) einen Neurobiologen kontaktieren, um sich von ihm erklären zu lassen, dass die Basis des Hoffens im Stirnhirn liegt. Dabei hat unser Herr S. noch Glück gehabt, denn er ist an Joachim Bauer, einen der reflektiertesten Vertreter seiner Zunft geraten. Bauer hat nämlich erkannt, dass der Mensch nicht nur über ein besonders hoch entwickeltes Gehirn verfügt, sondern auch dadurch gekennzeichnet ist, ein soziales Wesen zu sein, das von und in seiner Kommunikation lebt. Als Mediziner thematisiert er aber die daraus resultierende soziale Komponente des Hoffens nur im Kontext der auf das unmittelbare persönliche Umfeld beschränkten Arzt-Patientenbeziehung.

Natürlich zieht der Herr S. auch einen Philosophen zu Rate. Passenderweise wendet er sich an einen ehemaligen Assistenten jenes Ernst Bloch, der einst mit Pathos vom *"Prinzip Hoffnung"* sprach. Bloch dachte dabei auch an die Utopie, als ein dem politischen Handeln Orientierung gebendes Idealbild der von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Gemeinschaft. Aber das war eben zu einer Zeit, als das gemeinsame Hoffen noch lebte. Für seinen inzwischen selbst längst emeritierten Assistenten Burghart Schmidt repräsentiert der kollektive Aspekt des Zukunftsglaubens offensichtlich nur mehr jenes *"Gefährliche"* am Hoffen, vor dem schon die skeptische Philosophie des klassischen Altertums gewarnt hatte. Selbstverständlich kann daher auch Schmidt keinen Bezug mehr zwischen dem Hoffen und der Gesellschaftswissenschaft herstellen. Für ihn ist das Hoffen dort, wo es über das persönliche Zukunftsvertrauen des Einzelnen hinausgeht, nur noch im *"Mythos"* zu Hause. Wundert sich da noch jemand, dass eine an den gesellschaftlichen Rand gedrängte Jugend, die kollektive Hoffnungen so dringend benötigt wie der Verhungerte ein Stück Brot, dem Islamismus auf den Leim geht?

Beim Zuseher macht sich nach dem Bericht des Herrn S. Hoffnungslosigkeit breit. Aber auch eine gewisse Enttäuschung. Denn von einem durch Herrn L. produzierten Report über das Hoffen hätte man sich doch erwartet, dass der Verlust der kollektiven Dimension unseres Zukunftsglaubens explizit betont wird und nicht nur als eine unkommentierte Leerstelle vorkommt. Und schließlich hätte man sich auch noch gewünscht, etwas zu erfahren über die Ursachen dieses bedenklichen Wandels, sowie über allfällige soziale bzw. ökonomische Entwicklungen, die zu der Hoffnung Anlass geben, dass sich unser Hoffen eines Tages wieder der Gesellschaft zuwendet.

--- 000 ---

Zu einer Schlagzeile der
Oberösterreichischen Nachrichten

Schwer zu beantwortende Frage

In den Oberösterreichischen Nachrichten vom 10.2.2016 findet sich ein Interview mit Norbert Hofer, dem Präsidentschaftskandidaten der FPÖ. Die Überschrift dazu lautet *"Da kommen auch Menschen, die bereit sind, jemandem den Kopf abzuschneiden."*

Wer begeht das größere Verbrechen - der Politiker, der das sagt, oder der Redakteur, der es mit Riesenlettern ins Hirn seiner Leser einbrennt?

--- 000 ---

Zu einer Aussage des Präsidentschaftskandidaten der FPÖ

Das Weltbild des Kandidaten

Das profil vom 8.2.2016 zitiert den FPÖ-Präsidentschaftskandidaten Norbert Hofer:

"Der Kampf des Gründers der Sozialdemokratie, Victor Adler, hatte sicher seine Berechtigung. Damals wurden die Arbeiter von der Herrschaft ausgebeutet. Heute beutet sie der Staat aus. Damals gingen 50 Prozent als Zehent an den Grafen, heute gehen beinahe 50 Prozent der Abgaben an den Staat."

Ein Weltbild, in dem es keinen Antagonismus von Arbeit und Kapital geben darf: An die Stelle des heutigen Kapitalisten tritt der Staat als der große Ausbeuter, und der zu Victor Adlers Zeiten agierende Kapitalist wird hinter der *"Herrschaft"* in Gestalt des Grafen versteckt. In der Realität aber trat der Graf, wenn er Arbeiter beschäftigte, auch schon damals längst nicht mehr als ein Zehent abpressender Feudalherr auf, sondern kassierte seinen Mehrwert wie jeder andere Unternehmer in Gestalt von Profit auf vorgeschossenes Kapital.

--- 000 ---

Zu einer Aussage des grünen Präsidentschaftskandidaten

Leider auch nicht ganz auf der Höhe der Zeit

"Der Lagerarbeiter, der früher mit seinem Wagerl hin und her gefahren ist, muss jetzt einen Computer bedienen können" meint der Wirtschaftsprofessor Van der Bellen in einem profil-Interview und übt da wohl schon die beschwichtigende Präsidentenrolle. Das eigentliche Problem der Lagerarbeiter besteht nämlich darin, dass demnächst acht von zehn durch Automaten ersetzt werden und nur zwei an den Lagercomputern arbeiten dürfen. Ob die übrigen acht angesichts solcher Fehleinschätzungen nicht lieber Hofer wählen werden?

--- 000 ---

Zu einer gemeinsamen Aktion
mehrerer Zeitungen am 13.2.2016

Wer, wenn nicht er?

In einer gemeinsamen Aktion der Bundesländerzeitungen und der "Presse" sprechen sich unter den Losungen *"Aufbruch"* und *"Schluss mit dem Stillstand"* 66 bekannte ÖsterreicherInnen über die Parteigrenzen hinweg *"für eine mutige und zupackende Politik"* aus.

Die völlige Inhaltsleere dieses gemeinsamen Nenners der vorliegenden Initiative macht auf gespenstische Weise ungewollt deutlich, dass der logische Nachfolger von Faymann niemand anderer als Strache ist. Denn wer, wenn nicht er, ist wohl am ehesten in der Lage, Österreich auf zupackende Weise zu ändern, ohne die ökonomische Basis der hierzulande herrschenden Zustände in Frage zu stellen?

Anders gesagt: Wenn alle Inhalte trennen und der einzige gemeinsame Nenner, auf den man sich quer zu den Parteigrenzen noch einigen kann, in dem Wunsch besteht, Österreich möglichst rasch und umfassend zu ändern, dann heißt der logische Hoffnungsträger Strache.

--- 000 ---

Zur Sendung *"Im Zentrum"*
am 14.2.2016 in ORF 2

Beim Bühnenpersonal der Schmierenkomödie

Am 14.2.2016 lässt der ORF *"Im Zentrum"* über Populismus diskutieren. Eingeladen ist Personal von der politischen Hinterbühne, aus dem Kreis der professionellen Politik-Coaches und Politik-Beobachter. Nur der anwesende Spindoktor tritt in einer Doppelfunktion auf. Er heißt Stefan Petzner, war bis 2013 auch selbst einer der Darsteller des Spektakels und schwingt sich nun in seiner neuen Eigenschaft als Politik-Berater zu analytischem Gestus auf: der ungebührliche Reichtums- und Machtzuwachs der Eliten führe zu wachsenden Gefühlen der Deklassierung bei der ärmeren Restbevölkerung und ermögliche es den Populisten, mit diesen Gefühlen zu spielen.

Dem als Vertreter des links-liberalen Beobachterspektrums geladenen Kabarettisten fällt dazu nur ein, dass das gefährlich sei, weil man damit Hass schüre. Er vergisst aber zu erwähnen, dass besagtes Spiel besonders perfide ist, weil es jenen Hass auf gesellschaftliche Außenseiter projiziert, um

vom zentralen gesellschaftlichen Konflikt zwischen der ökonomischen Macht und ihren Opfern abzulenken. Offensichtlich hat der Kabarettist das profil der Vorwoche nicht gelesen, in dem eindrucksvoll nachgewiesen wird, dass die Sachpolitik unserer populistischen Arbeiterpartei unter Strache noch unternehmerfreundlicher ausgerichtet ist als seinerzeit unter Haider. Der im profil zitierte Sozialstaatsexperte Emmerich Talos etwa kann sich *"an kein einziges Sozialgesetz erinnern, bei dem die FPÖ im Sinne des sogenannten kleinen Mannes agiert hätte"*.

Es ist auch keiner der Diskussionsteilnehmer in der Lage, den Analysebogen etwas weiter zu spannen. So fragt zum Beispiel niemand, inwieweit das verantwortungslose Spielen mit unterirdisch brodelndem Hass hierzulande durch bestimmte historische Besonderheiten erleichtert wird. Etwa durch das nach 1945 als Reaktion auf den 12. Februar 1934 etablierte sozialpartnerschaftliche Ritual der Konfliktaustragung, dessen enges Korsett eine weitgehende Verdrängung aller mit Interessengegensätzen verknüpften Gefühle der Ablehnung verlangt. Weil man sich aber derartige Fragen nicht stellt, überlegt man auch nicht, inwieweit das Fehlen einer Kultur der offenen Konfliktaustragung die heimische Arbeiterbewegung zu einer besonders sorgfältigen Entfernung aller systemtranszendierenden Elemente aus ihrem politischen Zielkatalog zwang. Und weil das Thema der Selbstfesselung aus dem Gespräch ausgeklammert wird, spricht man auch nicht darüber, dass die mit ihr verknüpfte Konditor-Strategie (ein Stück des wachsenden Kuchens für den kleinen Mann) unweigerlich in die Hose geht, sobald das System an seine Wachstumsschranken stößt und den Rückwärtsgang einlegt.

Natürlich unterwirft sich das Bühnenpersonal der Politshow bei seiner Diskussion auch selbst jenem Tabu der Systemtranszendenz. Man kann daher nur hilflos darüber klagen, dass sich heutzutage die nichtpopulistischen Parteien in gegenseitiger Kritik zerfleischen anstatt positive Ziele zu verfolgen. Ja wie sollen sie denn, wenn dieses System positive Ziele nur durch Wachstum bedienen kann, aber nun keines mehr hergibt? Und wenn sich die inneren Widersprüche jenes Systems so sehr zugespitzt haben, dass jeder Versuch der geradlinigen Verfolgung eines Zieles die Erreichung von drei weiteren, ebenso wichtigen Zielen torpediert? Unterwirft man sich diesen Widersprüchen, ist eben nichts anderes mehr möglich als ein von faulen Kompromissen und wechselseitiger Wadelbeißerei begleitetes Durchwurschteln.

In einer solchen Situation ist es dann auch leicht, alles konsequente Beharren auf Arbeitnehmerinteressen als Linkspopulismus zu verteufeln, weil jede einschlägige Forderung allzu offensichtlich an Systemschranken stößt und damit ebenso realitätsfern scheint wie manch haltloses Versprechen

der rechten Populisten. Ob störrisches Negieren der Grenzen des Bestehenden vielleicht die Bereitschaft zu ihrer Überschreitung signalisiert, und ob im Vorhandensein bzw. Fehlen dieser Bereitschaft die Scheidelinie zwischen schlüssiger und populistischer Linkspolitik liegt - ja das wären interessante Fragestellungen für eine Populismus-Diskussion. In der Diskussion 'im Zentrum' spielen sie aber keine Rolle. Ernsthafte Analyse gehört nicht zur Kompetenz des Bühnenpersonals der Schmierenkomödie.

Und so hat die Diskussion ihren stärksten Moment dort, wo der Spindoktor gefragt wird, ob er als Wahlkampfleiter für Haider je moralische Bedenken gegen das Schüren von Hassgefühlen beim Wahlvolk empfunden habe. Moral, doziert er, sei das Thema der journalistischen Wahlkampfkommentatoren. Die Aufgabe des Spindoktors dagegen bestehe ausschließlich in der Maximierung der Stimmen für seinen Kandidaten. Beim überwiegenden Teil des Publikums der Diskussion stellt sich vermutlich spätestens im Augenblick dieses Eingeständnisses Ekel über alles Politische ein. Das wieder ist super für die Schmierendarsteller und das von ihrem Erfolg lebende Bühnenpersonal. Denn Ekel ist jener Gefühlszustand, der zur Wahlenthaltung führt. Und Wahlenthaltung schadet viel eher den 'etablierten' Parteien als ihren populistischen Herausforderern.

--- 000 ---

Zu einem Bericht im
Kurier vom 8.3.2016

Alles schon einmal da gewesen

Zu seinem 125. Bestandsjubiläum zeigt das Kunsthistorische Museum eine Ausstellung zum Thema *"Feste feiern"*. Darin sieht man unter anderem auch *"Bilder jener künstlichen Schlaraffenland-Parks, die der König von Neapel im 18. Jahrhundert errichten ließ: Das hungernde Volk durfte diese verschwenderischen Lebensmittel-Anhäufungen plündern, während sich der Regent am Balkon des Palasts daran ergötzte."*

Wir lernen daraus, dass das Reality TV offensichtlich schon vor mehr als 250 Jahren erfunden wurde.

--- 000 ---

Zu einem Bericht im
profil vom 25.3.2016

Die Untertreibung der Woche

In einer von den Wirtschaftsredakteuren des profil erstellten Liste mit dem Titel *"10 Dinge, die wir gern wissen würden (aber nicht erfahren)"* findet sich unter anderem auch die Anzahl der in Österreich leer stehenden Wohnungen.

Wohnforscher, Bauträger und Wohnungspolitiker wären glücklich, wenn das wirklich der Hauptmangel der heimischen Wohnungsstatistik wäre. In Wahrheit ist auch unbekannt, wie viele Wohnungen jedes Jahr durch Abbruch oder Nutzungsänderung (als Büro, Arztpraxis, usw.) verloren gehen. Und weil das so ist, weiß auch niemand wie **viele Wohnungen es in Österreich überhaupt gibt**.

--- 000 ---

Im April startet im Bezirk Schärding
das Pilotprojekt des Innenministeriums
"Gemeinsam Sicher", in dem bis zu 30
Bürger in die Polizeiarbeit eingebunden
werden.

So schnell kann's gehen

Gerade hatten wir noch Blockwarte,
und schon haben wir *"Sicherheitsbürger"*

--- 000 ---

Zu einem am 11.4.2016 vom Bundes-
vorstand der ÖVP beschlossenen Forde-
rungspapier

Ein erster Schritt zu globalem Denken?

Die ÖVP fordert eine drastische Senkung der Mindestsicherung für Flüchtlinge, *"sofern bisher keine ausreichende Verbundenheit mit Österreich als Solidarverband vorliegt."* Was auf den ersten Blick wie eine weitere Gemeinheit gegenüber Schutzsuchenden aussieht, ist in Wahrheit vielleicht der erste Schritt zur Öffnung eines Fensters unseres Asylwesens auch für Wirtschaftsflüchtlinge. Denn wodurch wäre die solidarische Verbundenheit mit Österreichs Wirtschaft wohl besser beweisbar als durch jahrelanges Schufteln zu Hungerlöhnen in einem der Staaten, aus denen wir Konsumgüter beziehen, die so spottbillig sind, dass das heimische Kapital den Arbeitnehmern jene Niedriglöhne zahlen kann, mit denen es seine Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten behauptet.

--- 000 ---

Seit einigen Wochen geistern die sogenannten Panama Papiere durch die Medien und weisen wieder einmal auf das gigantische Ausmaß der Steuerflucht hin. Gleichzeitig bereitet die Regierung eine drastische Verschärfung des Asylrechts vor, weil sich Österreich eine Fortdauer des im Vorjahr stark gestiegenen Flüchtlingszustroms nicht leisten kann. Diese Koinzidenz wirft Licht auf einen oft übersehenen Summensatz.

Mehr geht nicht

Die Summe unserer Großzügigkeit gegenüber Flüchtlingen ist konstant. Je nachsichtiger wir uns zu den Steuerflüchtlingsen verhalten, desto strenger glauben wir, mit Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingsen umgehen zu müssen.

--- 000 ---

Zu einem Artikel im Kurier vom
12.4.2016 über eine drohende
"Jahrhundertflaute" der Weltwirtschaft

... und keiner geht hin

Karl Marx leitete den notwendigen Zusammenbruch des Kapitalismus aus dem tendenziellen Fall der Profitrate ab. Als 1929 die große Weltwirtschaftskrise ausbrach, dachten viele Marxisten, es sei nun so weit. Dann wurde der Kapitalismus durch einen großen Krieg mit gigantischer Rüstungsproduktion, Zerstörung und anschließendem Wiederaufbau gerettet. In den siebziger Jahren erlahmte diese Dynamik und marxistische Ökonomen sahen wieder das Ende des Kapitalismus nahen. Da wurde der Profitmaschine durch den Zusammenbruch des Kommunismus und die forcierte Globalisierung neues menschliches Ausbeutungsmaterial zugeführt. Nun ist auch dieser Kraftstoß verpufft und langes ökonomisches Siechtum droht. Man könnte wieder einmal hoffen, es sei jetzt so weit. Wo aber ist die politische Bewegung, die hier einhakt. Politisch geht alles in die falsche Richtung (Nationalismus, Rechtspopulismus, Islamismus). Der Alptraum jedes Marxisten scheint Wirklichkeit zu werden: *Stell Dir vor der Kapitalismus bricht zusammen und keiner geht hin ...*

Nur die Rechte ist schon da und hat Ideen für ein paar äußere und innere Kriege.

--- 000 ---

Nach der vernichtenden Niederlage im ersten Durchgang der Präsidentenwahl krempelt die Koalition noch einmal die Ärmel auf.

Geglückter Neustart

Erdrutschsieg der Rechtspopulisten bei der Bundespräsidentenwahl. Wichtige Wählerbasis der Neuen Rechten: Arbeitnehmer in überwiegend klein- und mittelbetrieblich strukturierten Wirtschaftszweigen wie dem Bau- und dem Gastgewerbe. Sie fühlen sich benachteiligt gegenüber der Stammklientel der beiden Koalitionsparteien, den praktisch unkündbaren öffentlich Bediensteten und den durch starke Gewerkschaften geschützten Arbeitnehmern von Großbetrieben.

Die Koalitionsregierung, die das mühevolle Ringen um Kompromisse schon so satt hat, denkt fieberhaft darüber nach, wie sie dafür sorgen könnte, dass die Rechten möglichst bald ans Ruder kommen. Und bereits am Tag Zwei nach der Wahl hat man eine erste blendende Idee: Beschließen wir doch einen **Papamonat ohne Kündigungsschutz** für die in Karenz gehenden Männer. Den können dann bloß öffentlich Bedienstete und Arbeitnehmer aus Großbetrieben nützen, während den anderen wieder nur das wütende Schimpfen auf rote und schwarze Privilegienritter bleibt.

--- 000 ---

Als Mitglied (mit der Nr. 47841) mache
ich mir langsam ernsthafte Sorgen um
meine Partei ...

Thesen zur Situation der SPÖ im Mai 2016

1. Die "große" Koalition ist nicht deshalb am Ende der Fahnenstange angelangt, weil beide Regierungsparteien einander zu ähnlich wurden, sondern weil sie in den zentralen Fragen der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Bildungspolitik konträre Positionen vertreten, die sich gegen jeden Versuch einer sinnvollen Kompromissbildung sperren. Resultat ist das berüchtigte "Fortwursteln", das allseitigen Frust erzeugt und die Geschäftsbasis der FPÖ bildet.
2. Bei unveränderter Fortführung der aktuellen Koalition kann sich die Partei noch maximal zwei Jahre an der Regierung halten und muss sich dann gedemütigt, zerstritten und orientierungslos für lange Zeit von der politischen Macht verabschieden.
3. Diese Art der Abgabe der Regierungsverantwortung böte die denkbar ungünstigste Voraussetzung für eine schnelle und gründliche Erneuerung der Partei.

4. Ein derartiger Neustart könnte viel eher nach einem in aufrechter Haltung erfolgten Gang in die Opposition stattfinden.
5. Um diesen zu ermöglichen, müsste sich die SPÖ schon jetzt mit wesentlich größerer Konsequenz als Interessenvertreterin von sozial Schwachen und Arbeitnehmern positionieren und auf dieser Basis von der ÖVP eine Neuaushandlung des Koalitionspakts verlangen.
6. Die ÖVP könnte das vermutlich nicht akzeptieren und es würde wohl zu Neuwahlen kommen. In diese Wahlen und die darauf folgenden Koalitionsgespräche darf die SPÖ nicht mit der bisher auf Bundesebene praktizierten Strategie einer dogmatischen Ausgrenzung ihres Hauptkonkurrenten FPÖ hineingehen. Denn eine solche Form der Ausgrenzung zerstört die Gesprächsbasis mit jenen ehemaligen SPÖ-Wählern, die es zurückzugewinnen gilt.
7. Die Partei darf aber auch nicht versuchen, diese Wähler durch Annäherung an den Kurs der FPÖ zu gewinnen. Denn selbst bei geschmeidigster Anbiederung an die Forderungen des Rechtspopulismus wird das Original immer attraktiver sein als die Kopie.
8. Die Alternative zu Ausgrenzung und Anbiederung ist auch hier wieder das Kommunizieren und Verhandeln auf der Basis einer klar definierten Position als Partei der sozial Schwachen und Arbeitnehmer. Aus dieser Position sind einerseits die zentralen Wahlkampfziele und andererseits eng begrenzte und streng markierte Rote Linien für mögliche Kompromisse abzuleiten.
9. Unter derartigen Bedingungen geführte und offen kommunizierte Koalitionsgespräche mit der FPÖ würden mit allergrößter Wahrscheinlichkeit zu keiner gemeinsamen Regierungsbildung führen, könnten aber das Ausgrenzungslamento der FPÖ beenden, Bruchlinien in dieser Partei aufbrechen lassen und schließlich so manchem ihrer Wähler die Augen über die wahre Natur des Rechtspopulismus öffnen.
10. Eines der zentralen Themen bei solchen Koalitionsverhandlungen wäre zweifellos die Flüchtlingsfrage. Sie ist **der** Prüfstein für die inhaltliche Neupositionierung der SPÖ als Partei der sozial Schwachen und Arbeitnehmer. Denn **einerseits** muss die SPÖ selbstverständlich Solidarität mit den im Weltmaßstab auf der Opferseite dieses Wirtschaftssystems stehenden Flüchtlingen praktizieren und sich zu fortgesetztem Teilen mit diesen Schwächsten der Schwachen bekennen. **Andererseits** kann sie von den heimischen Verlierern jenes Systems nur dann Solidarität mit noch Schwächeren fordern, wenn sie zugleich bereit ist, die Systemprofiteure wesentlich energischer als bisher zur Abgabe von Entscheidungsmacht, Privilegien und Vermögen zu zwingen.

Zu einer Äußerung des blauen
Präsidentschaftskandidaten

Wir wollen es nicht wissen

Der Kandidat, der mit seiner manipulativen Kommunikationstechnik einen Wahlkampf lang gelogen hat, dass sich die Balken biegen, hat dann einen Augenblick lang doch die Wahrheit herausgelassen. Wir würden uns noch wundern, was alles möglich sei, hat er gesagt. Und das hat ihn wahrscheinlich den Wahlsieg gekostet. Wir nämlich wollen um nichts in der Welt wissen, was alles möglich wäre, weil wir doch ganz zufrieden sind mit dem, was wirklich ist.

So beruhigend das im vorliegenden Fall auch sein mag. Langfristig ist es doch auch irgendwie beunruhigend. Wer weiß, welche Chancen wir uns mit dieser Haltung entgehen lassen ...

--- 000 ---

Aus meinem Archiv für
Schüttelreime zum Ergebnis
der Stichwahl

Ein Grüner an der Staatsspitze

Das Land der Hämmer
in der Hand der Lämmer

--- 000 ---

Leserbrief zu einem Kommentar im
profil vom 13.6.2016

Dieser Schoß ist fruchtbar noch

In profil Nr.24 vom 13.6.2016 klagt Andreas Maislinger darüber, dass Braunau als Geburtsort von Adolf Hitler trotz vieler gut gemeinter Initiativen noch immer unter dem Stigma des "Geburtsorts des Bösen" zu leiden habe. Dabei ist die Sache doch so einfach. Anstatt sich den Kopf über weitere einschlägige Aktivitäten zu zerbrechen, muss man ja nur darauf verweisen, dass die Menschen dieser Region ihre Lektion aus den schrecklichen Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit gelernt haben, was glasklar daraus hervorgeht, dass man ein Herz für Flüchtlinge zeigt und bei allen Wahlen den Vertretern präfaschistischen Gedankenguts eine deutliche Absage erteilt.

UUpss! Geht so leider nicht. Bei der letzten Bundespräsidentenwahl stimmten 53,1% der Braunauer WählerInnen für den FPÖ-Kandidaten und lagen damit nicht nur weit über dem entsprechenden Landesdurchschnitt

(48,7%), sondern übertrafen sogar Ried im Innkreis, die Stadt der berücktigten Aschermittwochsreden von Haider und Strache. Dort erreichte Hofer nämlich nur 47,5%. Und auch beim Thema Flüchtlinge sieht es nicht besser aus. Laut einem Zwischenbericht von Landesrat Anschöber haben im Februar 2016 nur mehr 33% aller oberösterreichischen Gemeinden noch keine Quartiere für Asylwerber - im Bezirk Braunau sind es 39%, und auch auf dieser Ebene liegt man deutlich hinter dem Bezirk Ried, wo bloß 28% der Gemeinden säumig sind.

Ja wenn das so ist, liebe BewohnerInnen der Region Braunau, werdet Ihr wohl noch viel Gehirnschmalz und Geld aufwenden müssen, um Euren ach so unverdienten schlechten historischen Ruf loszuwerden.

--- 000 ---

Collage aus Textbruchstücken eines Berichts im profil vom 27.6.2016. Darin wirbt die Zeitschrift für den jährlich von ihr veranstalteten High Potential Day, bei dem Absolventen mit hohem Karrierepotential auf Personalmanager heimischer Spitzenunternehmen treffen.

Täter und Opfer in einer Person

Ich bin motiviert ich zeige Einsatz weil wer bereit ist zum lebenslangen Lernen dem steht die Welt offen ich habe kreatives unternehmerisches Denken einen nicht versiegen wollenden (Weiter-) Bildungsdrang und eine Kommunikationsbegabung die es mir leicht macht auf andere zuzugehen nur wenige verfügen über diese Überflieger-Qualitäten und den Mut zu performen sich selbst zu präsentieren an einer Sache dran zu bleiben trotz möglicher Rückschläge ich fürchte nur zwei Dinge in meinem Leben Monotonie und Unterforderung daher werfe ich mich voller Elan in neue Abenteuer suche stets die nächste Aufgabe und rase die Karriereleiter empor mit anderen High Potential Persönlichkeiten eint mich die ständige Jagd nach der nächsten Herausforderung die Suche nach dem nächsten Kick denn mir liegt es fern mich auf erreichten Zielen auszuruhen mein Blick ist zukunftsgerichtet und erwartungsvoll ich bin Karriere-Junkie habe mit ausgezeichnetem Erfolg zweisprachig maturiert mit einem Leistungsstipendium in Mindestzeit studiert immer wieder Wissens-Wettbewerbe gewonnen nebenbei angewandte Mathematik unterrichtet und in einem Callcenter gearbeitet weil ich mich für Rhetorik und Sprachen interessiere und dadurch meine Überzeugungsfähigkeit schärfen wollte jetzt bin ich hier am High Potential Day um mich bei den geilsten Firmen zu präsentieren von denen eine mich vom Fleck weg engagieren wird denn mein Credo ist 'Es liegt immer nur an dir solange du performst Leistung bringst und

vor allem Spaß hast wirst du erfolgreich sein' davon bin ich fest überzeugt gerade hatte ich ein Gespräch mit einem Personalberatungsunternehmen bei dem gehen bei jedem erfolgreichen Geschäftsabschluss zehn Prozent an die Kinderkrebsforschung das gäbe mir ein gutes Gefühl weil meine Mutti Krebs hat und wenn ich bei keinem dieser Scheiß Personalheinis einen zweiten Termin bekomme mach ich mein eigenes Start up ich hab nämlich auch Start-up-Mentalität und das bedeutet vollen Einsatz für jede Aufgabe ständige Weiterentwicklung und das Verfolgen von Zielen ohne ein Mal vom Gas zu steigen egal was einem dabei in den Weg gelegt wird aber auch das Zulassen von Niederlagen gehört dazu um zu lernen kein Thema hingegen ist das Ausruhen auf den Lorbeeren bei Erfolgen das schafft man nur wenn man anders herangeht mit Konventionen bricht und sich immer vor Augen hält ich bin nicht nur hier um Kaffee zu kochen und Excel-Sheets zu jonglieren da braucht man Aufstiegswillen Umsetzungsstärke und Kreativität da heißt es Ärmel hochkrempeln und anpacken man muss einfach vom ersten Tag an Vollgas geben und nicht eine gemütliche Rolle in der zweiten Reihe anstreben ...

--- 000 ---

Schussattentate auf Polizisten in den
USA, LKW-Massaker in Nizza, Amok-
lauf in München, ...
Zur neuesten einschlägigen Meldung im
Morgenjournal vom 25.7.2016

It's the economy, stupid

Gewaltexzesse häufen sich und die Orte der Straftaten kommen immer näher. Gerade sind sie in Bayern angelangt und der Deutschland-Korrespondent des ORF hat auch schon eine Erklärung parat: Die Täter haben nicht gelernt, mit Kränkungen und Demütigungen umzugehen.

Ob vielleicht unsere Ökonomie systematisch immer mehr Kränkungen und Demütigungen erzeugt, fragt er nicht. Und er spricht auch nicht davon, dass wir vor einer großen Alternative stehen: Entweder wir lernen, immer besser und noch besser mit Kränkungen und Demütigungen umzugehen, oder wir etablieren eine neue Wirtschaftsordnung, die weniger Kränkungen und Demütigungen erzeugt, weil sie die Welt nicht in Sieger und Verlierer spaltet.

--- 000 ---

Das profil vom 25.7.2016 glaubt zu wissen, warum Isolationismus und Nationalismus neuerdings bei den Wählern so gut ankommen.

Problemverfehlung

"Im Westen sehen sich immer mehr als Verlierer der Globalisierung und wollen raus. Der Glaube, dass die Zusammenarbeit mit anderen Ländern am Ende die westlichen Werte - freie Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie - befördert, ist geschwunden."

Wer so redet, hat das eigentliche Problem nicht verstanden. Hat verschlafen, dass es nicht mehr bloß um den Zweifel daran geht, ob die Globalisierung das richtige Instrument zur Stärkung der westlichen Werte ist, sondern um Infragestellung dieser Werte selbst. Die Zweifler auf der rechten Seite wollen raus aus weltweiter Marktwirtschaft, Rechtsstaat und Demokratie, um in einer autoritär gelenkten, nationalen Marktordnung Zuflucht zu suchen. Wir Zweifler auf der linken Seite dagegen weisen den Markt als solchen zurück und sehen in den aktuell praktizierten Spielarten von Demokratie und Rechtsstaat nur fragwürdige Instrumente der Legitimation und Stützung von illegitimer ökonomischer Macht.

--- 000 ---

Ich erhalte vom Jugendanwalt der Stadt
Wien Feedback zu einem von mir ver-
fassten Theaterstück.

Da kann man ja nur gratulieren

Der Herr Jugendanwalt hat Bedenken gegen ein Theaterstück, weil darin eine junge Kurdin als Zicke dargestellt ist. Wodurch erscheint sie ihm als Zicke? Durch ihr energisches Eintreten für Frauenrechte.

Herzliche Gratulation, liebe junge Wienerinnen, zu Eurem Anwalt!

--- 000 ---

Zum Leitartikel im Kurier
vom 19.8.2016

Ein Leitartikler entdeckt die Dialektik

Er hat spitz gekriegt, dass der Kapitalismus den Bach runtergeht, wenn er nur die oberste Einkommensgruppe bedient und die Mittelschicht zum sozialen Abstieg verurteilt. Und er weiß auch schon, was dem österreichischen Kapitalismus zu jener Dynamik verhelfen kann, die zur Befriedung der Mit-

telschichten erforderlich ist. Es gilt, das Blockadepotential der Lehrergewerkschaft zu brechen und den Arbeitsmarkt noch stärker zu deregulieren. Anders gesagt: Wir müssen erst einmal die letzten Widerstandsbastionen der Mittelschicht gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzverlust beseitigen, damit es ihr irgendwann vielleicht wieder besser gehen kann.

Derart zynischer Dialektik begegnete man einst nur bei stalinistischen Politkommissaren oder im "Neuen Deutschland", dem publizistischen Zentralorgan der SED. Wie schlecht muss es einem Weltbild gehen, wenn seine publizistischen Verteidiger solche Argumentationsfiguren bemühen müssen.

--- 000 ---

Nach dem Bekanntwerden von Problemen bei den Kuverts für die Briefwahl fordert der Verfassungsjurist Theo Öhlinger eine Verschiebung der Wiederholung des zweiten Durchgangs der Bundespräsidentenwahl

Und täglich grüßt der Bundespräsident

2016 hat gute Chancen, jenes Jahr zu werden, in dem ich viermal den Bundespräsidenten (und zwar immer denselben) wählen durfte. Das erste Mal im ersten Wahlgang. Das zweite Mal im zweiten Wahlgang. Das dritte Mal gestern, als ich im Amtshaus Hietzing meine Briefwahlstimme für die Wiederholung des zweiten Wahlgangs abgab. Und heute höre ich im Radio, dass ich bald ein viertes Mal für meinen Kandidaten stimmen darf, weil die (auf der Briefwahlebene bereits in Gang befindliche!) Wiederholungswahl wegen technischer Pannen bei den Briefwahlkuverts vermutlich verschoben werden muss.

--- 000 ---

Zu einem Interview im Kurier vom 23.9.2016 mit dem Politologen Peter Filzmaier

Er hört sich selbst nicht zu

Der Lieblingspolitologe der heimischen Medien glaubt zu wissen, was Ursache für die Unzufriedenheit der Wähler mit der Demokratie und der Politik ist: *"Keine Wirtschaftsbranche könnte sich leisten, was die Politik macht: Nämlich durch ein Klima der Negativität des permanenten Konflikts das Image einer ganzen Branche runterzumachen. Parteien konkur-*

rieren selbstverständlich um Wählerstimmen. Es konkurrieren aber auch Tourismusgemeinden um Gäste genauso wie Handyhersteller um Kunden. Trotzdem sagt keine Tourismusgemeinde, in der anderen schwimmt man nicht in Thermalwasser, sondern in der Kloake."

Filzmaier merkt nicht, dass sein eigenes Politikverständnis und seine auf diesem Politikverständnis fußenden Medienauftritte jene Denunzierung der Politik als eine umfassende Kloake auf die Spitze treiben. Wer nämlich politische Parteien mit Verkäufern von Waren und Dienstleistungen vergleicht, unterstellt ihnen ja implizit, dass sie in ihrem jeweiligen Programm nicht den Ausdruck ihrer Überzeugungen sehen, sondern eine Ware, die an den Mann gebracht werden soll. Wird aber Politik als Geschäft betrieben, haben wir es immer schon mit einem schmutzigen Geschäft zu tun, auch dann wenn keine Korruption im Spiel ist. Denn schmutzig ist allein schon die Behandlung von Überzeugungen als Waren.

Aber so wie jedes Volk die Politiker hat, die es verdient, haben wohl auch die Politiker stets die Politologen, die sie verdienen.

--- 000 ---

Zu einem Interview im Standard vom
1./2. 10. 2016 mit dem Obmann des
Österreichischen Verbands Gemeinnüt-
ziger Bauvereinigungen

Billiger geht nicht!

Als es 2005 zu Straßenschlachten in den Pariser Banlieues kam, zweifelte in Österreich niemand daran, dass dies zu einem guten Teil Resultat von wohnungspolitischen und städtebaulichen Fehlentwicklungen war. Fehlentwicklungen, die darauf hinausliefen, Haushalte mit niedrigem Einkommen in Großsiedlungen mit besonders billigen Sozialwohnungen zu konzentrieren und damit gezielt Armenghettos zu erzeugen. Wir waren damals noch stolz auf unser Wohnbauförderungssystem, das für ein ausreichend großes Angebot an leistbaren Qualitätswohnungen sorgte und sozial Schwache nicht auf Billigwohnschienen abschob. Und wir freuten uns über EU-Statistiken, die nachwiesen, dass Haushalte aller Einkommensschichten hierzulande vergleichsweise selten unter Vandalismus und Kriminalität in der unmittelbaren Wohnumgebung leiden.

Zehn Jahre später wichen in Frankreich die spontanen Gewaltausbrüche gezieltem Terror, der uns so sehr in Angst versetzt, dass wir viel zusätzliches Geld für die Aufrüstung von Polizei und Bundesheer flüssig machen. Zugleich wollen wir uns keine dem aktuellen Bevölkerungswachstum ent-

sprechende Aufstockung der Wohnbauförderungsmittel leisten. Der Obmann des Verbands der Gemeinnützigen fordert daher dringend *"eine Billigschiene innerhalb der Wohnbauförderung, die sich nur an der Bauordnung orientiert"* und die Förderung der Wohnversorgung von Haushalten mit darüber hinausgehenden Qualitätsansprüchen sogenannten *"High-Level-Qualitätsschienen"* überlässt. Bei Praktizierung eines solchen Zweiklassensystems könnte man nämlich auch mit dem aktuellen Subventionsvolumen das Auslangen finden.

Doskozil und Sobotka dürfen zufrieden absolutieren, denn damit werden die strukturellen Weichen für die Erzeugung von Armenghettos mit stark erhöhtem Bedarf an militärischer und polizeilicher Infrastruktur gestellt.

--- 000 ---

In Linz trafen sich am 29.10.2016 Vertreter der rechten Szene, um über die "Verteidigung Europas" zu beraten. Die Linke protestiert empört.

Recht gschicht eana

Bei ihrer Geburt im stürmischen Jahr 1848 war die Arbeiterbewegung universalistisch orientiert und wendete sich daher an die *"Proletarier aller Länder"*. Schon 1914 ließ man sich aber vor die verschiedenen nationalen Karren spannen, um dem jeweiligen Vaterland zum Sieg zu verhelfen. Zwei Weltkriege später besannen sich die Arbeiterparteien dann wieder auf den Internationalismus. Ihre Vertreter verwechselten dabei jedoch die Welt mit Europa und mutierten zu *"glühenden Europäern"*. Nun präsentiert ihnen eine auf der Höhe unserer Zeit agierende Rechte die Rechnung für diesen Irrtum. Europa ist eben nicht die Welt, sondern bloß das neue Vaterland im Zeitalter der Globalisierung, in dem nicht mehr einzelne Staaten sondern supranationale Machtblöcke mit einander konkurrieren. Wer einst bloß glühender Europäer wurde, anstatt zu begreifen, dass Internationalismus glühendes Weltmenschentum meint, der wird nun auf dem falschen Fuß erwischt von jenen, die dieses Europa gegen das Einströmen fremder Völker, Kulturen und Werte verteidigen.

--- 000 ---

Ein Volk ein Reich ein Donald (bzw. Dagobert)

Einer der wichtigsten Trümpfe Dagobert Trumps im vergangenen US-Wahlkampf war sein entschiedenes Auftreten gegen Freihandel und Globalisierung. Sein Sieg zeigt auf eine schmerzliche Wahrheit hin:

Freier Handel und Globalisierung unter den Bedingungen eines kapitalistischen Weltmarkts verbilligen zwar die Konsumgüter und erhöhen daher im Mittel unseren Konsumstandard. Sie vergrößern aber die Ungleichheit und setzen unsere sozialen Standards und Sicherheitsnetze einem mörderischen Wettlauf nach unten aus.

Also werden wir jetzt Gegner von Globalisierung und Freihandel. Also schotten wir uns ab gegen fremde Waren und Arbeitskräfte. Also suchen wir wieder Schutz bei den Vaterländern. Für alles, was dann immer noch schief läuft, wird man neue Sündenböcke finden müssen. Aber das ist den strammen Führern unserer Vaterländer ja noch nie schwer gefallen ...

--- 000 ---

Zu einer Meldung im profil
vom 14.11.2016

Van der Bellen: In bester Gesellschaft

Das nach der amerikanischen Präsidentenwahl erschienene profil widmet sich ausführlich (18 Seiten lang) der Analyse des Trump-Erfolgs und kommt dabei zu dem Schluss, dass er Resultat einer Abstimmung gegen jene Eliten ist, die unser Wirtschaftssystem an den Rand des Abgrunds führen. Unmittelbar nach diesen Analysen findet sich dann eine kleine aktuelle Meldung zum österreichischen Präsidentenwahlkampf. Sie teilt mit, dass Herr Kapsch, Chef der heimischen Industriellenvereinigung, nach anfänglicher Weigerung demnächst gemeinsam mit dem Bau-Tycoon Haselsteiner Werbung für Van der Bellen machen will.

Erleichterung bei der profil-Redaktion: *"Nun können die beiden doch auf Van der Bellen anstoßen ..."*.

Und wie reagiert Norbert Hofer auf diesen Schulterchluss? Er geht vermutlich sofort in den Keller, um schon mal den Sekt einzukühlen ...

--- 000 ---

Kleiner Deutschkurs für Inländer

Christian Rainer fordert im Gleichklang mit ÖVP und FPÖ "*Gerechtigkeit für Österreicher*", weil er es ungerecht findet, wenn erst kürzlich ins Land gekommene, anerkannte Flüchtlinge gleich hohe Mindestsicherung erhalten wie Österreicher, die ein Leben lang Sozialabgaben gezahlt haben.

Welchen Teil des Wortes *Mindestsicherung* haben ÖVP, FPÖ und Rainer noch nicht verstanden? *Mindest-* heißt das Mindeste, das für ein menschenwürdiges Leben nötig ist. Und *-sicherung* heißt **nicht** Versicherungsleistung auf Basis vorher eingezahlter Prämien.

--- 000 ---

Zu einer Diskussion zwischen Richard
David Precht und Harald Lesch in der
Sendung "Precht" vom 27.11.2016

Eine nur mittelprechtige Analyse

Wenn sich der diensthabende Kulturphilosoph des ZDF mit dem Astrophysiker seines Senders unter dem Titel "*Herrschaft der Zahlen*" über die zunehmende Quantifizierung der Welt unterhält, gibt es kaum Meinungsverschiedenheiten. Man einigt sich schnell darauf, dass hier etwas ganz grundsätzlich schief läuft und beklagt wortreich in immer neuen Anläufen ein "*Diktat des Messens*", das uns dazu zwingt, alle Vorgänge und Geheimnisse, die man einst bloß deuten und interpretieren konnte, zu vermessen und auszurechnen. Sogar unser eigenes Leben wird zunehmend der Herrschaft der Zahlen unterworfen. Denn wir sind aufgerufen uns selbst zu optimieren und werden immer öfter bloß als eine durch Algorithmen berechenbare Größe wahrgenommen. Wo früher Platz für Glauben, Weltanschauung, Individualität, Vermutungen und Werte war, stehen heute Zahlen, Statistiken, Rankings und Tortendiagramme. Der schlimmste Verlust aber, und auch darin ist man sich einig, ist jener der **Utopie**, fußte diese doch auf dem nun verloren gegangenen qualitativ interpretierenden Zugang zur Welt.

Bei der Analyse der Ursachen für diese Entwicklung sind die beiden Herren wesentlich weniger ausführlich, ja man könnte fast sagen schmähsad. Lesch, der nur im Universum wirklich zu Hause ist, kann über die schlimmen Entwicklungen auf seinem Heimatplaneten eigentlich bloß verzweifeln den Kopf schütteln. Und Precht hat nur im Rückblick auf die historischen Wurzeln des Übels etwas zu vermelden: Er weiß nämlich, dass die

neuzeitliche Geburt einer quantitäsorientierten Naturwissenschaft einiges mit der gleichzeitigen Entstehung und Entfaltung des Kapitalismus zu tun hat.

Wendet sich Precht dann aber der Gegenwart zu, wird ihm der Kapitalismus sehr schnell zu *der Ökonomie*. Und aus dieser veränderten Perspektive kann er natürlich keinen Bezug herstellen zwischen dem Quantifizierungswahn und der Profitgier der Kapitaleigner oder zwischen dem Zwang zur Selbstoptimierung und dem Konkurrenzdruck, der auf allen Verkäufern der Ware Arbeitskraft lastet. An die Stelle solcher historisch gehaltvoller Interpretationen tritt ein kulturpessimistisches Jammern über die *"Ökonomisierung"* unserer Welt. Dass es sich dabei um eine ganz besondere Art der Ökonomie handelt, fällt unter den Tisch und dort landet natürlich auch der Gedanke, dass sich hinter der *"Herrschaft der Zahlen"* eine ganz andere Form von Herrschaft verbirgt. Wer aber nicht mehr unterscheiden kann zwischen dem allgemeinen Begriff von Ökonomie und der Sonderform einer kapitalistischen Ökonomie, der kann auch keine Alternative zur kapitalistischen Ökonomie mehr denken und ist daher selbst Opfer des von ihm beklagten Verlusts der Utopie.

--- 000 ---

Zu einem Artikel von Isolde Charim in
der Wiener Zeitung vom 10./11.12.2016

Sie kennt keine Parteien mehr

Immer dann, wenn jemand keine Parteien mehr kennen will, schrillen bei mir die Alarmglocken. Denn dann muss ich an Kaiser Wilhelm II. denken, der beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs die Repräsentanten aller im Reichstag vertretenen Parteien um sich versammelte und in einer Thronrede erklärte: *"Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!"* In der Folge stimmten die zuvor antimilitaristisch und pazifistisch orientierten Sozialdemokraten fast geschlossen für die zur Kriegsführung benötigten Kriegskredite.

Nun ist es wiederum so weit. In der Wiener Zeitung erklärt uns Isolde Charim in einem euphorischen Rückblick auf die Van der Bellen-Wahlbewegung, dass es jetzt an der Zeit sei, die Parteien zu vergessen. *"Bislang kannten wir Parteipolitik. Das ist eine Politik entlang von inhaltlichen Vorgaben ... Es ist dies eine Politik von erkämpften (oder zu erkämpfenden) gesellschaftlichen Positionen."* Wer wissen will, was daran so schlecht sein soll, wird aufgeklärt, dass sich besagtes Politikkonzept der auch vom Rechtspopulismus vertretenen *"Freund-Feind-Logik"* unterwer-

fe. Diese Logik aber totalisiere das Feld der Politik. Sie *"zwingt diesem die Kategorien Freund-Feind auf. Da gibt es nur entweder-oder ... Aber: Demokratie ist nicht das Setting für solch eine Logik. Mehr noch: Die Freund-Feind-Logik bildet die äußere Grenze und damit die Gefährdung der Demokratie."*

An dieser Analyse ist nur der letzte Satz richtig - und auch das bloß in einer von Charim nicht intendierten Lesart: Demokratie ist das Bemühen, eine gewalttätige Raubtierökonomie, die systematisch Feindschaft erzeugt, durch ein auf Diskurs und Kompromissbildung fußendes Regime der Konfliktaustragung zu zähmen. Dieser Versuch ist so etwas wie ein zivilisatorischer Dressurakt - und damit tatsächlich immer schon in gänzlich unaufhebbarer Weise **gefährdet**. Wer die *"Überparteilichkeit ... zur neuen Parteilichkeit"* erklärt und dabei mit keinem Wort unsere in Ausbeuter und Ausgebeutete, Sieger und Verlierer spaltende Ökonomie erwähnt, trägt nicht bei zur Minderung dieser Gefahr. Im Gegenteil: Wer so argumentiert, bestärkt bei den Opfern dieser Ökonomie die dumpfe Ahnung, dass Demokratie ja doch nur eine verlogene Veranstaltung der politischen Eliten und ihrer Lügenmedien zur Beschwichtigung von berechtigter Wut sei, weshalb man es ruhig wieder einmal mit einer autoritären Lösung probieren sollte.

Auch nach einer anderen Seite hin leistet die von Charim entfaltete Argumentation der Demokratie einen schlechten Dienst:

Jede am emanzipatorischen Ideal einer herrschaftsfreien Gesellschaft orientierte Analyse von sozio-ökonomischen Antagonismen bewegt sich selbstverständlich immer auch ein Stück weit in der Freund-Feind-Dimension. Sie stempelt dabei aber niemanden per Geburt, Herkunft, Rasse oder Sprache zum Feind, sondern macht allfällige Gegnerschaft immer nur an bestimmten veränderbaren Verhaltensweisen fest. Wer diese Art von Parteilichkeit von vornherein als demokratiegefährdend denunziert, verrichtet ungewollt Vorarbeit für jene, die im vorgeblichen Interesse einer Verteidigung der Demokratie die Grenzen der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit immer enger ziehen wollen, weil *"Demokratie"* in ihren Augen nur das Codewort für reibungslose Kapitalverwertung ist und **tatsächlich gelebte Demokratie** sich eines Tages als größte Gefahr für eine solche *"Demokratie"* erweisen könnte.

2017

Zum Jahreswechsel 2016/17 häuften sich in den Mainstream-Medien Artikel, die sich kritisch mit dem Begriff der 'Lügenpresse' auseinandersetzten. Zum Beispiel der Leitartikel des profil-Herausgebers vom 12.12.2016

Die Lügen der Lügenpresse

Man ist sich keiner Schuld bewusst und sieht sich ungerecht behandelt. Denn man sei stets bemüht, *"penibel zu recherchieren, und dabei unterschiedliche Sichtweisen zu berücksichtigen, oft auch widersprüchliche Erkenntnisse auf einen Nenner zu bringen."* Angesichts dieser Realität sei *"das Wort 'Lügenpresse' mehr als nur eine Beleidigung"*. Denn das Wort 'Lüge' umfasse *"den Vorwurf, dass Journalisten wissentlich und heimlich die Unwahrheit veröffentlichen."* Dieser Vorwurf selbst sei freilich eine Lüge, oder zumindest ein Hirngespinnst.

Wer auf diese Weise die Rede von der Lügenpresse ins Reich der Verschwörungstheorien verweisen möchte, macht es sich allzu leicht. Es gibt Formen der Lüge die nicht so simpel gestrickt sind wie das absichtsvolle Äußern von Unwahrheiten mit dem Ziel andere hinters Licht zu führen. Man denke etwa an die Lebenslüge, mittels der jemand Selbsttäuschung betreibt, weil er Angst vor einer Wahrheit hat, die ihn zwingt sich radikal zu ändern. Das Beispiel mag weit hergeholt sein, entstammt es doch der Psychologie. Selbsttäuschung gibt es aber auch auf gesellschaftlicher Ebene. Wir begegnen ihr hier in Gestalt einer **Sprache**, die als solche jeden Sprecher täuscht, weil ihre Begriffe sein gesellschaftskritisches Denken vernebeln; oder in Gestalt eines **Weltbildes**, das seine Anhänger mit dem versöhnt, was sie kaputt macht.

Und hier sind wir dann beim Thema 'Lügenpresse'. Denn Mainstream-Medien verbreiten genau jenen zu Sprache und Weltbild geronnenen Selbstbetrug, der das Bestehende einzementiert und uns an seiner Veränderung hindert. Sie tun dies nicht im Rahmen einer groß angelegten, gezielten Verschwörung, sondern einfach dadurch, dass sie die Sprache des betreffenden Weltbilds sprechen und es damit immer fester in unserem Denken verankern.

Ein nettes Beispiel für diese Art einer Gehirnwäsche im Schonwaschgang ist die Verwendung des Begriffs der 'Reform'. In den Jahrzehnten wirtschaftlicher Prosperität hatten wir gelernt, dass er politische Aktivitäten bezeichnet, die uns bessere Teilhabe am Wirtschaftswachstum ermögli-

chen und die sozialstaatlichen Sicherungsnetze ausbauen. Seit gut 30 Jahren wird der Begriff aber in sämtlichen Mainstream-Medien in exakt gegenteiliger Bedeutung verwendet. Er bezieht sich nun auf Maßnahmen, die unsere Reallöhne senken und den Sozialstaat zurückbauen. Ähnlich sieht es mit Rede von den '*verkrusteten Strukturen*' aus. Bezeichneten sie einst das, was Chancengleichheit und breiten sozialen Aufstieg behinderte, so stehen sie in jenen Medien längst für noch nicht gekappte gesetzliche und institutionelle Barrieren gegen weitere Schritte des Abbaus von Chancengleichheit und der sozialen Deklassierung von immer breiteren Bevölkerungsschichten.

Das Weltbild, das hinter dieser Umpolung von Begriffen steht, ist die Lehre von der segensreichen Allmacht des freien Marktes, der auf lange Sicht besser als jeder Sozialstaat für allgemeine Wohlfahrt sorgt, und dessen Eindämmung letztlich nur zu Wachstumsverlusten und Positionsverschlechterungen in der internationalen Standortkonkurrenz führt. Ein Weltbild, das sich spätestens seit dem Zusammenbruch des Kommunismus an allen Universitäten und Schulen etablierte und von sämtlichen Mainstream-Medien als Inbegriff ökonomischer Rationalität verbreitet wird.

Mangels alternativer Interpretationsangebote müssen diejenigen, denen man im Namen dieser Rationalität die Lebensgrundlagen entzieht, in allerlei irrationalen Verschwörungstheorien nach Erklärung dafür suchen, was ihnen hier angetan wird. Die Geschichte von der Lügenpresse ist eine davon. Sie ist der hilflose Ausdruck ihres dumpfen Gefühls, von denen belogen zu werden, die ihnen einen brutalen Klassenkampf von oben als "*Reform*" bzw. Abbau von "*verkrusteten Strukturen*" schmackhaft machen wollen.

Die zweifach bittere Pointe dieses Geschehens:

Auf der einen Seite werden auch die Lügner selbst - also die in den Lügenmedien tätigen Journalisten - immer öfter zu Opfern jenes Klassenkampfes und fristen als marginalisierte Freelancer mit kontinuierlich sinkendem Zeilenhonorar eine immer kümmerlichere Existenz.

Auf der anderen Seite geht die Mehrzahl derer, die nun aufbegehren gegen das Belogenwerden, schon wieder neuen Lügnern auf den Leim. Jenen nämlich, die gegen das "*System*" und seine "*Systempresse*" hetzen, ohne selbst auch nur einen Augenblick ernsthaft eine Systemveränderung anzustreben.

Zu einem Bericht im profil vom
2.1.2017 über einen Wiener Theater-
regisseur

Bobo-Papa übt Fifty-Fifty

Er "studiert auch abseits des Theaters soziale Konstellationen, ihm wird alles zum Stoff. Seine Tochter wurde gerade eingeschult, vor einigen Wochen war er zum Elternabend eingeladen, wo er zunächst Angst hatte, es würde langweilig werden. 'Aber dann merkte man die Hackordnung: wer die Reicheren waren und wer die Ärmeren, wer die Führung übernahm und wer nur zuschaute. Das war ein unglaublich spannender gesellschaftlicher Raum.' Zu Hause habe ihn seine Frau dann gefragt, was an diesem Elternabend genau besprochen worden sei. Er habe keine Ahnung gehabt, hatte nur die Leute beobachtet, erzählte er amüsiert."

Ob da auch seine Frau amüsiert war? Und ob auch seine Tochter amüsiert gewesen wäre, würde sie schon verstehen, wie wichtig es für das Gelingen jeder Einschulung ist, dass die Eltern darüber Bescheid wissen, was in der Schule so läuft, was man dabei von ihnen erwartet und welche Mitsprachemöglichkeiten es für sie gibt? Mein Tip: Zum nächsten Elternabend soll besser wieder die Mama gehen.

--- 000 ---

Zu einem Interview im profil vom
9.1.2017 mit einem Quantenphysiker

Fürchtet Euch vor Forschungsbienen

Die Quantenphysiker hätten gern neues Spielzeug. Der große Teilchenbeschleuniger beim CERN in Genf hat seit der Entdeckung des Higgs-Bosons etwas von seinem Sexappeal verloren. Das Problem: Ein neuer, besserer, größerer kostet viel Geld. In China bauen sie jetzt einen um 14 Milliarden Dollar, aber man muss diese Investition dort in hitzigen Debatten gegen Zweifel an ihrer Sinnhaftigkeit verteidigen.

Die hiesigen Physiker möchten es sich da leichter machen. Wozu gibt es die Evolutionstheorie. Die ist zwar nicht ganz so eindrucksvoll empirisch bestätigt, wie das bis zur zehnten Nachkommastelle verifizierte Standardmodell der Teilchenphysik, aber manchmal kann man sie doch recht gut brauchen. Denn Evolutionstheorie sagt dem Menschen, was seine Bestimmung ist: *"Wenn wir uns fragen, ob wir Wissenschaft betreiben sollen, dann ist das genau so seltsam, als würde sich eine Biene fragen, ob sie tatsächlich den mühsamen Weg zur Blüte auf sich nehmen soll. Wir alle sind Forscher. Wissenschaft ist genau das, wofür die Evolution uns ausgestattet*

hat. Wir würden also schlicht unsere Spezies verleugnen, würden wir aufhören, nach immer neuen Antworten zu suchen und die Welt besser zu verstehen".

Blöderweise hat die Evolution unsere Spezies auch dafür ausgestattet, die Welt mit unsren technischen Fähigkeiten zu zerstören. Sollen wir es deshalb auch tun?

Anders gefragt: Hat uns die Evolution nicht ebenso mit der Fähigkeit ausgestattet, zu überlegen, ob wir etwas nur deshalb tun **müssen**, weil wir es tun **können** und weil es vielleicht auch Spaß macht? Sollte man nicht gerade als Physiker in diesem Punkt etwas weiter denken als die Bienen?

Ich jedenfalls fürchte mich vor Physikern, die sich als Forschungsbienen verstehen und misstraue Wissenschaftsjournalisten, die ihr Magazin zur Propagandabühne für solche Physiker machen.

--- 000 ---

Zu einer Meldung im Kurier
vom 25.1.2017 über eine Rede
von Kanzler Kern

Nachtigall, ick hör dir trapsen

Herbert Kickl (FPÖ):

"Unser Geld für unsere Leut"

Christian Kern (SPÖ):

"Unsere Unternehmen und Steuerzahler dürfen nicht übrig bleiben"

--- 000 ---

Zur Großrazzia der Polizei am
26.1.2017 in Wien und Graz gegen ein
Netzwerk salafistischer Extremisten.
Und zum Plan des Innenministers so-
nannte "Gefährder" mit Fußfesseln zu
überwachen

Zuständigkeitsüberlegungen eines Gefährders

"Sie wollten eine radikale Parallelgesellschaft in Österreich aufbauen"
sagt der Polizeisprecher nach Abschluss der groß angelegten Aktion mit
800 Beamten.

Ich mag auch keine Salafisten. Genau so wenig aber mag ich eine Polizei,
die sich für alles zuständig fühlt, was radikal und parallel ist.

Es gab schon einmal in Österreich eine radikale Parallelgesellschaft, und
sie war so großartig, dass wir noch heute stolz auf sie sind. Sie hieß das
"Rote Wien" und war ein mutiges marxistisches Experiment inmitten eines
bürgerlichen Staates, der sie schließlich mit Waffengewalt zerschlug.

Was, wenn vielleicht wieder einmal mitten unter uns soziale Experimente
entstehen, die diese traurige Demokratie auf sehr radikale Weise weiter
entwickeln? Werden dann Polizei und Heer auch wieder mit ihren Hun-
dertschaften anrücken?

Womöglich sieht die Justiz solches Phantasieren über radikale rote Paral-
lelgesellschaften schon demnächst als potentiell gefährlich an, und wo-
möglich gelten ihr dann Leute, die derartige Phantasien im Netz verbreiten,
als Gefährder, denen man besser vorsorglich Fußfesseln anlegt.

Du lieber Leser denkst, das sei sehr weit hergeholt. Sieh Dich bloß vor!
Auch Du als Leser solcher Gedanken bist eine potentielle Gefahr. Womög-
lich trägst auch Du eines Tages Fußfesseln.

--- 000 ---

Frei nach der Ballade von der Unzu-
länglichkeit menschlichen Planens aus
Brechts Dreigroschenoper

Ballade vom Drei-Groschen-Parteivorsitzenden

Ja, mach nur einen Plan! (*"Plan A"*)
Sei nur ein großes Licht!
Und mach dann noch'nen zweiten Plan (*"Koalitionspakt Neu"*)
Gehn tun sie beide nicht.
Denn im Vergleich zur FPÖ
Bist Du nicht schlecht genug.
Doch Dein höhres Streben
Ist ein schöner Zug.

Ja, renn nur nach den Wählern
Doch renne nicht zu sehr
Denn alle rennen ihnen nach
Und Du kriegst sie nicht mehr.
Denn für Deine Politik
Sind sie nicht anspruchslos genug.
Drum ist all Dein Streben
Nur ein Selbstbetrug.

--- 000 ---

Grenzschutz neu

Die Linzer ÖVP hat eine phantastische Idee zum Vergraulen von Sendlern, die das gute Einkaufsklima am Hauptbahnhof der Landeshauptstadt stören: Klassische Musik aus Lautsprechern soll *"herumlungernde Alkoholiker"* vom Bahnhofsgelände fernhalten.

Wirklich ein tolles Konzept. Genial um die Ecke gedacht. Und sicherlich auch ganz im Geiste von Ludwig van Beethoven, dessen Schöpfungen uns als Inbegriff aller klassischen Musik gelten. Als dieser nämlich die Schiller-Zeilen *"Seid umschlungen Millionen"* vertonte, meinte er natürlich nur Menschen mit festem Wohnsitz und ohne Alkoholproblem. Wie sinnvoll, dass man jetzt die anderen mit seiner Musik zu vertreiben versucht. Neuerlich zeigt die ÖVP unübertreffbare Meisterschaft bei der Verknüpfung der höchsten Werte des Abendlands mit den profanen Erfordernissen des Geschäftsbetriebes und beweist damit einmal mehr, wie zielsicher sie das Beste am Geist unserer Zeit erfasst.

Musik, die keine Grenzen kennt und Grenzen überwindet, war gestern. Heute brauchen wir Musik, die Grenzen setzt und ausgrenzt. Unverbesserliche Träumer wie jene jungen israelischen und palästinensischen Musiker, die mit dem *"West-Eastern Divan Orchestra"* gegen den Krieg ihrer beiden Völker annusizieren, wollen das zwar nicht wahr haben. Aber unsere Nazi-Rocker haben es längst erkannt, und nun ist auch die Linzer ÖVP draufgekommen.

Mutig weiterentwickelt und leicht modifiziert wird dieses Konzept vielleicht schon bald einen Weg zum gewaltlosen Schutz der österreichischen Staatsgrenzen vor neuen Flüchtlingsströmen weisen. Denn was könnte dieses Land wohl wirkungsvoller gegen das Einsickern kulturfremder Massen abschotten als eine bundesweite und flächendeckende Dauerbeschallung des gesamten öffentlichen Raumes mit den Hits von Andreas Gabalier und anderen Spitzenvertretern unserer modernen Volksmusik? Wer weiß: vielleicht sucht sich dann sogar der eine oder andere heimische Gutmensch ganz freiwillig eine neue Heimat ...

Zu einer Artikel von Christian Kern
im Standard vom 12.2.2017

Endlich!

"Wir müssen eine Gründernation werden", fordert der Bundeskanzler im Standard und macht damit einen alten Traum von mir wahr: Endlich ein SPÖ-Vorsitzender, der uns alle zu Unternehmern machen wird!

--- 000 ---

Der New Yorker Leitindex Dow Jones Industrial stieg am 1.3.2017 zum ersten Mal in seiner Geschichte über die Marke von 21.000 Punkten.

Kleiner Tipp für Spekulanten

Den weitsichtigsten Kommentar zum aktuellen Höhenflug der Börsen liefert der berühmte Aktienanalyst Rainer Maria Rilke in seiner ersten Duineser Elegie.

"Denn das Schöne ist nichts als des Schrecklichen Anfang" heißt es dort, und wer ahnt nicht, dass damit nur der Dow Jones Index gemeint sein kann.

--- 000 ---

Zu einer Meldung im Kurier
vom 3.3.2017

Danke für die Klarstellungen

Zur Verbesserung der *"Rückkehrquoten"* fordert EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos *"Anhaltelager"* für Personen, *"die sich weigern könnten, in ihre Heimat zurückzukehren oder sich unkooperativ zeigten."* Er möchte aber, dass *"diese Lager nie als Konzentrationslager gesehen werden."*

Danke Herr Kommissar, dass Sie etwas klarstellen, das offenbar nicht selbstverständlich ist.

Und danke vor allem für die Klarstellung, dass das, was hier klargestellt wird, 72 Jahre nach der Befreiung vom KZ-Regime schon wieder nicht mehr selbstverständlich ist.

--- 000 ---

Emanzipation als Ware

Achter März, Frauentag, und wie es sich gehört, ist der KURIER voll mit einschlägigen Artikeln. Darunter auf Seite 22 ein sehr guter Bericht über ein Buch der US-Feministin Andi Zeisler. Diese zeigt darin, wie die Wirtschaft den Feminismus fürs Profitmachen instrumentalisiert, indem sie *"Frauen das Kaufen von Dingen als Entscheidung zu mehr vermeintlicher Selbstbestimmung"* präsentiert. *"Vor zehn oder zwanzig Jahren wären solche Konsumgüter noch angepriesen worden, indem sie an die Unsicherheit oder Eitelkeit von Frauen appellieren, sagt Zeisler."*

Martina Salomon, Stellvertretende Chefredakteurin und Ressortleiterin Wirtschaft, ist schon einen Schritt weiter als die Werbestrategen des Handels und profiliert sich damit einmal mehr als Vordenkerin eines marktkonformen Menschenbilds. In ihren Augen beschränkt sich die Beziehung zwischen Selbstbestimmung und Warenwirtschaft nicht darauf, dass der Kauf bestimmter Waren als symbolischer Ersatz für reale Emanzipation fungieren kann. Nein, für sie ist die Emanzipation selbst bereits zu einer Ware geworden, die man sich ins Einkaufswagel legen kann, wie all die anderen Waren in den Regalen der Supermärkte. In diesem Sinne mahnt sie die Leserinnen in ihrem Leitartikel auf Seite 2 des Kurier, nicht immer bloß über Benachteiligungen zu jammern, denn *"Gleichberechtigung kann man sich 'holen'. Also eine Ausbildung absolvieren, die höheren Gehalt verspricht, Karrieremöglichkeiten nutzen und aushalten, dass der Wind weiter oben rauer sein kann ..."*.

Leider vergisst sie zu erwähnen, dass auch die zur Karriere befähigende Ausbildung eine Ware ist, die man mit großer Wahrscheinlichkeit nur dann abholen kann, wenn die Eltern über ausreichende Zahlungskraft verfügen, und dass man die Chance, sich dem rauerem Wind der höheren Karriereregionen zu stellen, meist nur dann bekommt, wenn man davor die jeweils erforderliche Ausbildung abholen durfte.

Zum Titelblatt des profil
vom 26.3.2017

Unseres oder ihres?

Einen Monat vor dem ersten Durchgang der französischen Präsidentschaftswahl macht das profil auf mit einem Bild von Marine Le Pen und der Frage "*Zerstört diese Frau unser Europa?*".

Wenn es wirklich **unseres** wäre, hätte sie wohl keine Chance, es zu zerstören.

--- 000 ---

Zum Bericht des Standard vom
3.4.2017 über eine hochkarätig besetzte
Podiumsdiskussion im Burgtheater zum
Thema "Populismus"

Die Ruhestifter

Man sieht in den Straches, Wilders, Le Pens, Trumps und Ihresgleichen immer nur Unruhestifter und potentielle Zerstörer. In Wahrheit ist aber das genaue Gegenteil der Fall. Sie sind in der aktuellen Krise des Kapitalismus die wichtigsten Garanten für dessen Fortbestand.

Wer das nicht glauben will, male sich aus, was geschähe, wenn all die berechtigten Wut, Zukunftsangst und Verzweiflung der Systemverlierer, die der Rechtspopulismus in Ressentiments gegenüber vermeintlichen äußeren und inneren Feinden jenes Systems ableitet, kapitalismuskritischen politischen Positionen zugutekäme.

--- 000 ---

Wenn es Frühling wird, strömen Wiener
und Wienbesucher in den Wurstelprater.
Die beste Gelegenheit für verhaltensbiologische Studien

Kurzfassung der Studienergebnisse

Primaten
sind nirgendwo primater
als im Wiener Wurstelprater

--- 000 ---

Zu einem Kommentar im
STANDARD vom 11.4.2017
mit dem Titel "Einseitige Jammerei".

Die Profiteure

Der Wirtschaftsredakteur des STANDARD hat wenig Verständnis für Nationalisten, die sich darüber beschwerten, dass *"die Konkurrenz aus Asien ... die eigene Industrie geschwächt und Millionen arbeitslos gemacht"* habe. Diese Jammerer sehen für ihn nämlich *"nur eine Seite der Medaille."* Sprechen doch die Nationalisten stets bloß *"über die Verluste des eigenen Landes, aber nie über dessen große Gewinne."* Und die liegen für den Herrn Wirtschaftsredakteur auf der Hand. Denn die *"Konsumenten in Europa wie in den USA profitieren ungemein, weil sie bei Elektronik- und Textilprodukten zwischen vielen in- und ausländischen Anbietern wählen können"*, und weil diese Konkurrenz dafür sorgte, *"dass Preise für Konsumartikel, besonders in der Unterhaltungselektronik, gesunken sind."*

Und zwar so weit, dass sich jeder Arbeitslose ein TV-Gerät mit supergroßem Flatscreen leisten kann, vor dem er dann in seinem superbilligen Jogginganzug die Zeit totschiessen darf - bis zum nächsten Termin am Arbeitsamt.

Beim Lesen solcher Kommentare beginnt man zu verstehen, wieso Arbeitslose lieber zur KRONE als zum STANDARD greifen: Genau so verlogen, aber handlicheres Format.

--- 000 ---

Zu einem Bericht im Kurier
vom 20.4.2017

Unsere neue Blut-und-Boden-Partei

Der SPÖ-Vorsitzende wünscht sich einen ehemaligen Polizeigeneral als Spitzenkandidaten für die nächste Landtagswahl in Niederösterreich. Der hat nur ein Manko: Sein Einfamilienhaus liegt im Burgenland. Aber der Stammbaum ist makellos. *"Meine **Blutwurzeln** sind in Niederösterreich"* bekennt der potentielle Kandidat mit Stolz und ich bin mir sicher, das mit dem Boden wird er auch noch regeln können. Niederösterreichische Gemeinden sollen ja gerade in Vorwahlzeiten sehr freigiebig mit der Anerkennung von Zweitwohnsitzen sein.

--- 000 ---

Zu einem Kommentar
im Spiegel vom 20.5.2017

Lügenpresse und Landwirtschaft

Im Spiegel gibt es eine Rubrik, die uns unter dem Titel *"Früher war alles schlechter"* Woche für Woche anhand von Statistikdaten faktenbasiert beweisen will, dass die vom Kapitalismus geschaffene Welt viel besser ist, als wir wissenschaftsfernen Dumpfbacken meinen. In der Nummer 73 dieser Rubrik geht es um die Arbeit in der Landwirtschaft, und wir erfahren, dass im Jahr 1900 noch 38% der arbeitenden Deutschen in der Landwirtschaft tätig waren, während das aktuell nur mehr auf 1,4% zutrifft. *"Heute ernährt ein Landmann 140 seiner Mitbürger, und er macht es in der Regel effizient und artgerecht"*.

Schade, dass man unsere so effizient gehaltenen Mastschweine, Legehennen und Turbokühe nicht fragen kann, ob sie auch dieser faktenbasierten Meinung sind.

Zu einem Kommentar
von Sven Gächter im
profil vom 22.5.2017

Utopie auf österreichisch

Unter Utopie versteht man überall auf der Welt das, was im Prinzip möglich wäre, aber unter den jeweils gegebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen als unmöglich erscheint. Nicht so in Österreich, denn hierzulande muss alles in Ewigkeit bleiben, wie es ist. Oder anders gesagt: Für den Österreicher ist das, was er als prinzipiell möglich ansieht, ident mit dem, was ohnehin ist.

Wie gering die Chancen für utopisches Denken in diesem Lande sind, zeigt sich nie deutlicher als in Zeiten, in denen es auf den ersten Blick so aussieht, als ob alles in Bewegung geriete. Gerade erleben wir in der heimischen Innenpolitik wieder eine solche Zeit. Und ein Journalist, der seit Jahren darauf drängt, dass endlich alles anders werde, möchte seine Begeisterung in Worte fassen. Dann aber wird ein Satz daraus, der ungewollt zeigt, wie sehr seine Fähigkeit zur Utopie verkümmert ist, weil sein Innerstes mit allen Fasern an den bestehenden Verhältnissen hängt:

*"Österreich ist nicht wiederzuerkennen. Die Republik, die über Jahrzehnte hinweg durch tonnenschwere Trägheitsmomente in einer prekären Balance gehalten wurde, hat es plötzlich atemberaubend eilig, sich neu zu erfinden. Alles ist in Bewegung geraten, **alles scheint möglich - insbesondere auch das Gegenteil dessen, was bisher als undenkbar galt.**"*

Zu einer am 25.6.2017 ausgestrahlten
Folge der Sendereihe "The Brain - das
menschliche Gehirn"

Mein seltsames Gehirn

Die Neurowissenschaft glaubt herausgefunden zu haben, dass *"das menschliche Gehirn von anderen Gehirnen abhängig ist, um erfolgreich zu sein und zu überleben."*

Sie spricht dabei aber sicherlich nicht über mein Gehirn. Das ist eine hellgraue, leicht schwabbelige Masse, die überhaupt nichts will und daher von nichts und niemandem abhängig ist, um irgendwelche Ziele zu erreichen. Ihr ist es auch völlig gleichgültig, ob sie überlebt oder krepirt.

Umso genauer weiß **ich**, dass **ich** überleben möchte und dabei von anderen **Menschen** abhängig bin, die ebenfalls von sich "**ich**" sagen und in mir ein "**Du**" sehen.

--- 000 ---

Zu einem Interview mit der Leiterin
eines Integrationsprojekts im Kurier vom
28.6.2017

Bestes Return on Investment

In dieses Integrationsprojekt sollte Österreich investieren, denn man kann *"leicht ausrechnen wie viel besser das Geld hier arbeitet"*. Der *"Social Return on Investment"* ist ganz ausgezeichnet. *"Für einen investierten Euro bekommt Österreich 4,60 Euro retour. So eine Rendite würde sich jeder Investor wünschen."*

Endlich haben wir die Menschlichkeit dort, wo sie in unserer Ökonomie hingehört: Auf den Knien vor der Rendite, um Anerkennung winselnd.

--- 000 ---

Zu einem Kommentar von Barbara
Kaufmann im Kurier vom 7.7.2017

Experten als Magier

Der Wahlkampf beginnt und die Kommentatorin fürchtet sich schon jetzt vor der nun auf uns zu kommenden Flut an Politiker-Homestories, die uns den jeweiligen Kandidaten als einfachen Nachbarn von nebenan näher bringen wollen. Sie ist nämlich *"für die **Magie der Homestories** nicht empfänglich (und) möchte lieber niemanden an der Spitze des Staates, der so ist wie" sie selbst. Sie "hätte da lieber einen Experten sitzen", denn sie hat "keine Ideen, wie wir das mit den Pensionen noch hinbekommen sollen", und ebenso fehlen ihr Konzepte für "die Verwaltungsreform, die Bildungsoffensive (und) die Gesundheitsreform."*

Die gute Frau merkt offenbar nicht, wie sehr sie für die **Magie des Expertentums** empfänglich ist.

--- 000 ---

Zu einem Kommentar
im profil vom 3.7.2017

Ein ausbaufähiger Plan

Franz Schellhorn, Direktor des neoliberalen Thinktanks Agenda Austria, bringt eine blendende Idee zur Finanzierung der auf uns zukommenden Pflegelawine ins Spiel. Er denkt an die *"Einrichtung eines individuellen Pflegekontos, auf das alle Bürger steuerfrei einzahlen. Das Geld bleibt auf dem Konto gesperrt, wird **auf den Kapitalmärkten veranlagt** und im Falle der Pflege aufgebraucht."*

So brillant dieser Plan auch ist, wäre er doch ausbaufähig. Man könnte ihn nämlich verknüpfen mit der gerade anlaufenden *"Aktion 20.000"*, bei der es um die Schaffung von Jobs für ältere Langzeitarbeitslose im gemeinnützigen Bereich geht. Eines der Hauptprobleme bei der Durchführung dieser Aktion ist ja der Mangel an geeigneten Arbeitsplätzen. Und dieses Problem ließe sich elegant dadurch beheben, dass man die Langzeitarbeitslosen in die heimischen Casinos schickt, wo sie täglich acht Stunden lang das angesparte Pflegegeld an den Spielautomaten der Casinos Austria AG veranlagen dürfen.

--- 000 ---

Vor hundert Jahren, am 28.7.1917
trat der erste Weltkrieg in sein
viertes Jahr

Zum 100. Jahrestag der Entscheidung

Nach drei Jahren Weltenbrand ward Gott vor Wut ganz wild
und wollt das Land, das ihn entfachte, vernichten.
Doch dann erschien ihm diese Strafe allzu mild,
und er beschloss, es zu verwichten.

--- 000 ---

Zur Titelgeschichte des profil
vom 7.8.2017 über "Die Lüge"

Es is olles ans

Erste Vorarbeiten für die Entwicklung des Lügendetektors leistete der an der Universität Graz wirkende Experimentalpsychologe Vittorio Benussi. In seiner Studie *"Die Atmungssymptome der Lüge"* beschrieb er schon 1914, wie Probanden *"vor einer wahren Aussage länger ein- und stärker ausatmen, während sie vor einer Lüge stärker aus- und länger einatmen."*

Wie jetzt? Hat der Mann gut hundert Jahre vor Donald Trump den experimentellen Beweis dafür erbracht, dass Lügen tatsächlich nichts anderes als 'alternative Fakten' sind? Oder haben die profil-Redakteure ernsthafte Probleme mit der Unterscheidung von Wahrheit und Lüge.

--- 000 ---

Zu einer Reportage im profil
vom 21.8.2017

Ö1 - die Erste

Der Programmchef des Kultursenders Ö1 beschwert sich im profil über Bauern, die trotz des Bezugs von EU-Förderungen radikal gegen die EU sind: *"Die Entkoppelung von Tatsachen und ihrer Interpretation ist verheerend. Ich frage mich, welchen Anteil die Medien daran haben."*

Die Antwort auf diese Frage hat sich der Herr Programmchef mit seiner eigenen Unterscheidung von *"Tatsachen"* und ihrer *"Interpretation"* gleich selbst gegeben. Er weiß offenbar nicht, dass etwas erst dadurch zur Tatsache wird, dass man es feststellt. Wer aber etwas feststellt, bedient sich erstens bestimmter Methoden (der Feststellung) und zweitens einer bestimmten Sprache, um zu formulieren, was er festgestellt hat. Kurz gesagt: Jede sogenannte *"Tatsache"* enthält immer schon ein großes Stück *"Interpretation"*.

Wer vermeintlich falsche Interpretationen so naiv mit vermeintlich objektiven Tatsachen bekämpfen will, darf sich nicht wundern, wenn die Landbevölkerung lieber Ö-Regional hört. Da sind alle Tatsachen und ihre Interpretation von vornherein immer schon mit dem Herrn Landeshauptmann bzw. der Frau Landeshauptfrau abgestimmt und können daher nie in Widerspruch geraten.

--- 000 ---

Zum Ö1-Abendjournal
vom 22.8.2017

Ö1 - die Zweite

Das Abendjournal berichtet zuerst von einer Pressekonferenz der Grünen über unfaire Handelsabkommen der EU mit afrikanischen Staaten und dann über eine Stellungnahme der Liste Pilz zu einer Frage der inneren Sicherheit. Ersteres ist für die Sprecherin ein *"eher exotisches"* Thema, während sie letzteres als *"zentral"* bezeichnet.

Wie sollen die Wähler je verstehen, dass die Ausbeutung der Entwicklungsländer Hauptursache unserer aktuellen Sicherheitsprobleme ist, wenn man es noch nicht einmal bei Ö1 begriffen hat.

--- 000 ---

Anlässlich des islamischen Opferfestes
vom 1.9. bis 4.9.2017, bei dem des Propheten Ibrahim (Abraham) gedacht wird

Zum Fest des bedingungslosen Gehorsams

Ich habe drei Fragen an alle drei Weltreligionen, die sich auf Abraham berufen. Der Schöpfer forderte von dieser als *"Stammvater"* verehrten Leitfigur aller Menschen jüdischen, christlichen und moslemischen Glaubens, das Leben seines eigenen Sohnes zu opfern. Und Gott stoppte die Realisierung dieses Plans erst in dem Augenblick, als sich zeigte, dass Abraham dazu bereit war, die von ihm geforderte Tat auszuführen.

Meine erste Frage lautet: Was sind die Unterschiede zwischen Abraham und fundamentalistisch orientierten Attentätern? Dass Gott die Tat des einen verhinderte, während er die Taten der anderen immer wieder zulässt, liegt in den Entscheidungen Gottes begründet, macht also keinen Unterschied aus zwischen den jeweils geplanten Taten bzw. den sie planenden Menschen. Man darf somit bei der Antwort auf diese Frage nicht darauf verweisen, dass Abraham seine Tat letztlich nicht ausführte. Denn es war ja Gott, der ihn stoppte, als er sah, dass Abraham mit bedingungslosem Gehorsam bereit war, seinem Befehl zu folgen.

Daher meine zweite Frage: Müssten sich nicht aufgeklärte Vertreter **aller** drei abrahamitischen Religionen von diesem **Stammvater des bedingungslosen Gehorsams** distanzieren? Oder anders gefragt: Was an Abrahams Verhalten kann uns heute noch Vorbild sein?

--- 000 ---

Zu einer Meldung der "Presse"
vom 5.9.2017

Da ist noch Luft nach oben

Die Methode ist altbewährt: Man bemäntle rücksichtslosen Klassenkampf mit verniedlichender Sprache. Die unmittelbar Betroffenen werden dadurch zwar nicht getäuscht, aber die, die es (noch) nicht trifft, schlucken's leichter. Ein diesbezüglicher Klassiker: die als *"Freisetzungen"* verharmlosten Massenentlassungen.

Herr Kurz präsentiert nun in seinem Wahlprogramm eine neue Variante derselben Taktik. Er fordert eine brutale Kürzung der Mindestsicherung für Flüchtlinge und spricht dabei von *"Mindestsicherung light"*.

Für eine politische Ausnahmebegabung wie Kurz ist das sicherlich erst der Anfang. In einem seiner nächsten Wahlkämpfe wird er sich vielleicht sogar an eine Wiedereinführung der Todesstrafe heranwagen. Unter dem Titel **'Todesstrafe light'** (mit besonders humanen Tötungsverfahren und natürlich nur für Flüchtlinge) wäre das eine Wunderwaffe gegen jede Form des Rechtspopulismus und daher womöglich sogar am Europarat vorbeizuschummeln.

--- 000 ---

Zur Schlagzeile der U-Bahn
zeitung 'Heute' vom 6.9.2017

Was wir immer schon einmal miterleben wollten

Die gute Nachricht des Tages findet sich diesmal in einer der beiden das Wiener U-Bahnnetz verschmutzenden Fake News-Schleudern. Das Blatt berichtet über einen Anfall. Aber wer nun an eine Meldung denkt, die vom Schlaganfall eines U-Bahnfahrers oder vom Tobsuchtsanfall eines besoffenen U-Bahnschlägers handelt, wird von der folgenden zum Träumen anregenden Schlagzeile überrascht sein:

"Orgasmus-Anfall einer Kundin in Drogeriemarkt".

--- 000 ---

Meine Gegenthese

Wiens Bürgermeister meinte einst, dass Wahlkämpfe stets *"Zeiten fokussierter Unintelligenz"* seien. Wenn es nun aber offenbar der Liste Kurz gelingt, den Wählern ihr Wahlprogramm mit Erfolg als Ausdruck der Idee einer *"neuen Gerechtigkeit"* anzudienen, dann ist das der schlagende Beweis des Gegenteils.

Kurz verspricht Senkungen der Lohn- und Einkommenssteuer, die nur der reicheren Hälfte der ÖsterreicherInnen etwas bringen. Er will für jedes Kind einen Steuerbonus gewähren, in dessen vollen Genuss nur die Besserverdienenden kommen. Und er möchte die Kapitalgesellschaften von der Körperschaftssteuer befreien, damit sie noch mehr Geld auf den Finanzmärkten verspekulieren können. Zum Ausgleich für die dadurch sinkenden Steuereinnahmen will er das Wachstum der Ausgaben des Staates auf die Inflationsrate beschränken, was letztlich auf eine reale Schrumpfung der für die ärmere Hälfte der Österreicher wichtigen Pflege-, Gesundheits- und Transferleistungen hinausläuft. Die radikalsten Einsparungen plant er bei der Mindestsicherung für die Ärmsten.

Wer es schafft, dieses Programm den WählerInnen als Versprechen einer *"neuen Gerechtigkeit"* aufzuschwatzen, verfügt offenbar über **höchste** soziale Intelligenz - allerdings in der schwarzen Variante jenes Vermögens. Denn es gibt weiße und schwarze soziale Intelligenz, so wie es weiße und schwarze Pädagogik gibt. Und schwarze soziale Intelligenz ist demzufolge die Fähigkeit, Menschen so zu manipulieren, dass sie sich gegen ihre eigenen Interessen verhalten. Sollten die WählerInnen einem solchen Programm tatsächlich auf den Leim gehen, dann wäre die These des Wiener Bürgermeisters zu modifizieren und man müsste formulieren:

"Wahltag sind manchmal Tage fokussierter Unintelligenz".

Denn wie unintelligent muss man sein, wenn man angesichts der Zuwanderung von mehr als hunderttausend Armen für den Rückbau gerade jenes sozialpolitischen Instrumentariums stimmt, das verhindern kann, dass ein beträchtlicher Teil dieser Zuwanderer in die Kriminalität abgedrängt wird? Und wie gering muss die Intelligenz sein, wenn man nicht kapiert, dass die großen Sparmeister genau das bewusst riskieren, damit sie im nächsten Schritt den Polizei- und Überwachungsstaat energisch ausbauen dürfen?

P.S.: Wer da meint, dass die WählerInnen prinzipiell nie irren, also apriori höchst intelligent agieren, wird sich schwer tun zu erklären, wie die NSDAP in der Weimarer Republik zu der mit Abstand stärksten Partei im Deutschen Reichstag werden konnte. Politische Dummheit muss beim

Namen genannt werden dürfen, wenn man Strukturen und Personen bekämpfen will, die zur Verdummung beitragen.

--- 000 ---

Mein Kommentar
zur Person des Wahlsiegers

Der Hoffnungsträger

Alles, was mir sonst noch zur Person des Herrn Kurz einfällt, hab ich schon vor mehr als zwei Jahren in eine schwarze Komödie hineingepackt. Sie trägt den Titel *"Heimat so weit, weit aus der Zeit"*, und unser nächster Bundeskanzler treibt dort im zweiten Akt sein Unwesen als *"Hoffnungsträger"*. Wer in das von der Zeitschrift **akin** veröffentlichte Stück hineinlesen möchte, klicke auf <https://erkenntnistheorie.at/wp-content/uploads/2024/10/Heimat-so-weit.pdf>

--- 000 ---

Zu Meldungen über Konflikte in der
SPÖ wegen einer möglichen Koalition
mit der FPÖ

Wunschträume und Albträume

In der Wahlnacht hatte ich einen Traum. Darin einigten sich die roten und blauen Parteispitzen auf eine Koalition. Dann gab es eine Urabstimmung in der SPÖ. Als die für Rot-Blau ausging, spaltete sich die Partei, und die ausscheidenden Linken vereinigten sich mit der Liste Pilz, linken Restgrünen und sonstigen versprengten Linken zu einer kraftvollen österreichischen Linkspartei, die meiner alt und lahmarschig gewordenen Sozialdemokratie ordentlichen Druck machte - nicht nur im Parlament, sondern auch auf der Straße und in den Betrieben ...

Jetzt aber ist Dokozi Bundeskanzler, Strache macht den Innenminister, Kickl den Sozialminister und die SP-Linke hat sich nicht abgespalten, weil sie glücklich ist, mit Kern wieder einen herzeigbaren Wiener Bürgermeister zu stellen. Die linken Grünen sind zufrieden, weil sie nun weiter mit der Wiener SPÖ koalieren dürfen, und die Liste Pilz ist erst recht zufrieden, weil ja mit den Blauen in der Bundesregierung wieder jede Menge Kontrollbedarf im Parlament besteht, sodass ihr Chef weiter den Kontrollzampano spielen darf.

Und ich? Ich sehe alldem mit großer Gelassenheit zu, denn ich weiß: das muss jetzt ein Albtraum sein, und gleich werde ich aufwachen.

--- 000 ---

Zu einem Artikel im Kurier
vom 20.10.2017

Die feine Art zu lügen

Beim Blick auf die Schlagzeile *"Österreichs Wirtschaft soll in die Top Ten"* kommt Freude auf beim Leser, weil auch er wieder ganz vorne mit dabei sein möchte. Darunter steht dann, dass wir zu diesem Zweck *"den Arbeitsmarkt radikal durchlüften"* müssen. Durchlüften ist super, denkt der Leser, denn er mag die Vorstellung, dass frische Luft dorthin bläst, wo es stickig ist und modrig riecht. Gespannt blättert er nun weiter zu Seite 11, wo man Näheres über die Methode der Durchlüftung erfahren soll. Und da liest er dann, dass sich eine *"wirtschaftsliberale Denkfabrik"* diese Methode ausgedacht hat, und dass sie unter anderem vorsieht, den Kündigungsschutz zu lockern, die Wohnbauförderung auszuhungern, das Beschäftigungsprogramm für ältere Arbeitslose zu beenden, und die Absicherung der Löhne durch Kollektivverträge zurückzudrängen.

Als er das gelesen hat, wird ihm wieder einmal bewusst, dass man nicht nur mittels Fake News lügen kann, sondern auch durch zuckersüße Worte, und dass das die Art des Lügens unserer hochseriösen Qualitätspresse ist.

--- 000 ---

Zu einer Äußerung von
Sigrid Maurer über Peter Pilz

Voll rehabilitiert

H.C. Strache wäre wohl in den Augen der grünen Noch-Abgeordneten Sigrid Maurer ein erbärmlicher Außenminister, weil er keine entsprechende innere Haltung zur EU hat. Wenn Maurer also ihrem Ex-Clubkollegen attestiert: *"Pilz ist ein erbärmlicher Sexist"*, dann ist der nun voll rehabilitiert.

--- 000 ---

Zu einem Kommentar
von G. Hoffmann-Ostenhof
im profil vom 6.11.2017

Alter und neuer Autoritarismus

Trotz der Ausbreitung autoritärer Regime im Osten und Südosten Europas möchte Georg Hoffmann-Ostenhof im Gegensatz zum Leiter des Instituts für Zeitgeschichte an der Universität Wien, Oliver Rathkolb, nicht vom Beginn eines neuen Zeitalters des Autoritarismus sprechen. Rathkolb übersehe nämlich bei dieser Einschätzung eine ganz wichtige Entwicklung, die dafür sorgen könnte, *"dass die momentane Rechtswende nur ein Intermezzo der Geschichte bleibt."*

GHO meint damit den Rückzug des autoritären Familienmodells. Letzteres ist die Basis jenes an Gehorsam und Disziplin orientierten **autoritären Persönlichkeitstyps**, dessen große Verbreitung im Deutschland der Zwischenkriegszeit wesentlich zum Aufstieg des Nationalsozialismus beitrug. Die nach Amerika emigrierten Soziologen der berühmten Frankfurter Schule erstellten die erste systematische Untersuchung dieses Sozialcharakter und fanden dabei heraus, dass Persönlichkeiten des genannten Typs ihre in der frühen Kindheit rigide unterdrückten aggressiv-triebhaften Impulse im Erwachsenenalter *"auf andere Menschen, Fremde, sozial Schwächere und Minderheiten"* richten und eine Sehnsucht *"nach starken Männern"* entwickeln. Da dieser Persönlichkeitstyp im Gefolge der Etablierung neuer Familien- und Erziehungsmuster allmählich ausstirbt, hofft GHO, dass sich der politische Autoritarismus langfristig nicht festsetzen kann, weil *"ihm ein nur schwaches sozialpsychologisches Substrat gegenübersteht"*.

GHO's Optimismus steht aus **drei** Gründen auf sehr wackeligen soziologischen Beinen: **Erstens** könnten sich einige der im Rahmen der neuen Familien- und Erziehungsmuster konstituierten Sozialcharaktere mit entsprechend neuen Formen des Autoritarismus verbinden, die zwar nicht mehr mit dem alten Führermodell arbeiten, aber doch sehr aggressiv auf alles Fremde und Unangepasste reagieren. Hier gäbe es jede Menge Forschungsbedarf für die Nachfahren der berühmten Frankfurter Schule...

Zweitens verläuft das Aussterben des autoritären Charakters nicht so reibungslos wie GHO sich das vorstellt. **Zum einen** setzen sich nämlich die neuen Familien- und Erziehungsmodelle nicht in allen Bevölkerungsschichten mit der gleichen Geschwindigkeit durch. So wäre etwa zu fragen, ob die diesbezügliche Entwicklung nicht gerade in jenen Bevölkerungssegmenten besonders langsam vor sich geht, die zu den wichtigsten Hoffungsgebieten des Rechtspopulismus zählen. **Zum anderen** ist zu beachten, dass auch jeder der neuen, demokratiefreundlicheren Charaktertypen, die nach und nach an die Stelle der klassischen autoritären Persönlichkeit treten, mehr oder weniger starke autoritäre Restbestände enthält. Denn das von GHO unterstellte **Schwarz-Weiß-Bild** (hie der rabenschwarze autoritäre Charakter, dort dessen blendend weiße Gegenstücke) ist eine Simplifizierung, die keine Entsprechung in der Realität findet.

Der **dritte** Einwand betrifft einen Argumentationsfehler, der bei einem studierten Soziologen wie GHO doch sehr verwundert. Er schließt nämlich den Sozialcharakter unmittelbar kurz mit dem politischen Handeln und unterschlägt seinen Lesern dabei, dass gewisse frühkindlich angelegte Verhaltenspotentiale nur unter ganz bestimmten gesellschaftlichen Umständen zum Tragen kommen. In diesem Sinne funktionierten etwa die klassischen

autoritären Persönlichkeiten im gesellschaftlichen 'Normalbetrieb' des deutschen Kaiserreichs häufig als brave Rädchen großer hierarchisch strukturierter Organisationen und wurden erst in dem Augenblick zu gehorsamsblinden Führeranbetern und Kriegsverbrechern, als die historischen Entwicklungen in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts die sozio-ökonomische Basis ihrer Lebensentwürfe gefährdete bzw. gar zum Einsturz brachte.

Wenn man also die Gefahr der Etablierung eines neuen Autoritarismus realistisch beurteilen möchte, gilt es nicht nur auf die dominierenden Erziehungsmodelle und Sozialcharaktere zu achten, sondern zu fragen, ob ähnlich wie in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts Entwicklungen im Gange sind, die aus dem Blickwinkel relevanter Gesellschaftsgruppen eine Bedrohung der sozio-ökonomischen Basis ihrer Lebensperspektiven darstellen. Und wer diese Frage untersucht, wird zu dem Schluss kommen, dass genau das der Fall ist.

Im Deutschland der Zwischenkriegszeit brachten ein verlorener Krieg, der Siegeszug der kapitalistischen Massengüterproduktion und die bald darauf einsetzende Weltwirtschaftskrise die alte Ordnung zum Einsturz und warfen dadurch zahllose mit ihr verknüpfte Existenzen aus der Bahn. Heute ist es die Globalisierung, die in den alten Metropolen des Kapitals bei vielen Menschen Angst erzeugt, weil sie Arbeitsplätze vernichtet und soziale Sicherungsnetze destabilisiert, während sie zugleich an der Peripherie des weltweiten Systems der Kapitalverwertung zu verheerenden sozialen, ökologischen, ökonomischen und politischen Verwerfungen führt. Diese setzen dann jene Flüchtlingsströme in Gang, welche die ohnehin verunsicherte Bevölkerung der Metropolen als eine zusätzliche Bedrohung erlebt, auf die man mit nationalistischen Abschottungstendenzen und Ausgrenzungsreaktionen antwortet. Spitzen sich die eben beschriebenen Problemlagen weiter zu, dann muss dies fast zwangsläufig bei noch mehr Menschen als bisher zu einem Wiedererwachen des nach wie vor in vielen von uns schlummernden autoritären Restpotentials führen.

Auf einer sehr wichtigen Ebene ist die Situation heute sogar **gefährlicher** als in der Weimarer Republik. Während nämlich damals noch große Teile der Wähler im Sozialismus eine Alternative zur krisengeschüttelten Gegenwart sahen, ist heutzutage jede Form der gesellschaftlichen **Utopie** aus dem Weltbild der Demokraten verbannt. Wenn aber die politische Phantasie kastriert ist und technokratische Rationalität an der Bewältigung der sich zuspitzenden Systemprobleme scheitert, entsteht breiter Raum für das Einströmen irrationaler Impulse in die Köpfe und Herzen des Wahlvolks. Und genau darauf warten Demagogen und Verführer.

GHO's Zuversicht in Ehren. In ruhigen Zeiten lebt man als Optimist vermutlich leichter als die ängstlichen Skeptiker. Wenn's aber brenzlich wird, könnte doch ein gewisses Mindestmaß an Realismus nicht schaden.

--- 000 ---

Zu einem Artikel im
Kurier vom 15.11.2017

Der Bringer

In meiner Randnotiz zu einer Meldung der "Presse" vom 5.9.2017 über die von Sebastian Kurz geplante "*Mindestsicherung light*" äußerte ich Bewunderung für die Fähigkeit unseres künftigen Kanzlers, notwendige aber unschöne Maßnahmen sprachlich einfühlend abzufedern. Und im Titel besagter Randnotiz ("*Da ist noch Luft nach oben*") gab ich der Hoffnung Ausdruck, dass dieses politische Ausnahmetalent die genannte Fähigkeit bald an noch größeren einschlägigen Projekten beweisen werde.

Als Kurz das las, war ihm sofort klar, dass er jetzt **liefern** musste. Und schon gut zwei Monate danach kann der Kurier mit einer beeindruckenden Vollzugsmeldung aufwarten. "*ÖVP plant einen Pflegeregress light*" lesen wir da und ahnen sofort, dass unser aller Hoffnungsträger da ein schönes Weihnachtsgeschenk für die in Seniorenheimen lebenden älteren MitbürgerInnen vorbereitet hat. Überließ man ihnen bisher 20% ihrer monatlichen Pension sowie den 13. und 14. Pensionsbezug als Taschengeld, sollen sie diese beiden Sonderzahlungen künftig in die Finanzierung der Heimkosten einbringen. Damit werden sich dann die HeimbewohnerInnen die von der ÖVP mitbeschlossene Abschaffung des Pflegeregresses zum größten Teil **selbst finanzieren**, indem sie auf nahezu die Hälfte ihres bisherigen Taschengelds verzichten.

Was für eine wunderbare und wirklich originelle Neuinterpretation des **Subsidiaritätsprinzips**.

--- 000 ---

Zu einer Schlagzeile im
Kurier vom 15.11.2017

Ihr Königsweg führt in unsere Altersarmut

Pensionsexperten der sogenannten "*Generationen-Aktion*" haben überlegt, wie man sicher stellen könnte, dass die Staatsausgaben für unser Pensionsystem bei weiterer Alterung der Gesellschaft nicht aus dem Ruder laufen. Unschöne Maßnahmen wie Pensionskürzungen oder Beitragserhöhungen seien vermeidbar, wenn man den "*Königsweg*" aller Pensionsreformen beschreite. Der bestehe einerseits in der Einführung einer "*Pensionsautomatik*", die das Pensionsantrittsalter an die steigende Lebenserwartung binde.

Andererseits gestatte er dem einzelnen Arbeitnehmer, selbst den Zeitpunkt des Pensionsantritts - und damit die Höhe seiner Abschläge - zu bestimmen.

Wer in diesem Vorgehen den Königsweg unter allen möglichen pensionspolitischen Varianten sieht, plädiert für eine Politik der Scheinheiligkeit, die alle Probleme auf den einzelnen Arbeitnehmer abwälzt und die eigenen Aktivitäten darauf beschränkt, ihre Hände in Unschuld zu waschen. Wenn sich nämlich dieser Arbeitnehmer entschließen sollte, beim automatischen Anstieg des Antrittsalters nicht mitzuspielen und früher in Pension zu gehen, wäre er **selbst schuld** an entsprechend hohen Abschlägen. Dass er in sehr vielen Fällen gar keine andere Wahl haben wird, als vorzeitig in Pension zu gehen, weil der Arbeitsmarkt für Leute wie ihn schon lange keine Stelle mehr bereit hält, oder weil ihn mörderischer Arbeitsstress vorzeitig altern ließ, wird dabei ausgeblendet. Und unter den Tisch gekehrt wird auch jegliche Mitverantwortung der Politik für ein besseres Funktionieren des Arbeitsmarkts sowie die Sicherstellung menschenfreundlicher Arbeitsbedingungen.

--- 000 ---

Zu einer Meldung im
Kurier vom 22.11.2017

Von der ANmutung zur VERmutung

Die Liste Sebastian Kurz glänzt mit prominenten QuereinsteigerInnen. Eine davon, ist eine ehemalige Spitzensportlerin, die nun von der Firma Opel einen Insignia im Wert von 40.000 Euro geschenkt bekam und sich dafür in einer Aussendung des Automobilkonzerns mit folgenden Worten bedankt: *"Ich bin begeistert, dass Opel Österreich mich mit einem brandneuen Insignia beschenkt - neben der gewohnten deutschen Qualität überzeugt mich die sportliche Limousine vor allem durch ihre **Wertanmutung** ..."*.

Und bei uns entsteht sofort die **Vermutung**, dass diese neue Abgeordnete bei allen Abstimmungen im Parlament stets bestrebt sein wird, nicht gegen die ökonomischen Interessen von Opel Österreich zu votieren.

P.S.:

Am darauf folgenden Tag meldet der Kurier, dass dieses Geschenk den **ÖVP-Ethikrat** auf den Plan rief, und dass die Sportlerin das Auto nun selbst kaufen wird.

Was sagt eigentlich dieser Ethikrat zu den Kürzungen der Mindestsicherung für Flüchtlinge in den schwarz bzw. schwarz-blau dominierten Bundesländern Nieder- und Oberösterreich?

--- 000 ---

Zu einem Artikel im profil
vom 27.11.2017

Nicht nur die Krone ...

Im ersten Satz eines Artikels über die Armut in unserem Land erfahren wir, dass "*angeblich*" mehr als 1,2 Millionen Österreicher arm oder armutsgefährdet sind. Im weiteren Verlauf des Textes belehrt man uns dann,

- dass die statistischen Armutsindikatoren nicht beim Wort genommen werden dürfen, weil sie das Problem überschätzen,
- dass die Armut zum Teil durch den Sozialstaat verursacht wird, weil er zu gute Karenzregelungen und zu strengen Kündigungsschutz gewährt,
- dass ein immer größerer Teil der sichtbaren Armut in Gestalt der Bettler importiert ist,
- und dass viele heimische Obdachlose selbst Schuld an ihrer misslichen Lage sind, weil sie Alkoholmissbrauch treiben oder freiweillig auf der Straße schlafen.

Umrahmt wird dieser Artikel von einem Kommentar mit dem Kampftitel "*FPÖ? Zumutbar*" und einem Bericht über die Versuche einiger schwarzer Landeshauptleute, den Reformeifer der türkis-blauen Koalitionsverhandler beim Rückbau des Sozialstaats einzubremsen.

Läse man das alles in der Krone, käme man sofort auf die Idee, dass hier für Türkis-Blau kampagnisiert wird ...

--- 000 ---

2018

Das Jahr der Ernte

Der Jänner geht seinem Ende zu und mir fällt auf, dass ich mir noch keine einzige Randnotiz gemacht habe. Es wird wohl daran liegen, dass viele der Neuigkeiten, die da jeden Tag über die Medien auf uns einströmen, bei näherer Betrachtung nicht ganz so überraschend sind und daher schon in der Vergangenheit mit vorausschauenden Randnotizen bedacht wurden. Hier nur zwei Beispiele von vielen:

Beispiel 1: Die Sozialdemokraten sind nach der verlorenen Wahl in eine Krise geschlittert und haben Startschwierigkeiten in der Opposition. Es war aber schon vor zwei Jahren klar, dass eine Fortsetzung des Regierungsbündnisses mit dieser ÖVP nicht anders enden konnte, weshalb eine Randnotiz vom Frühjahr 2016 feststellte: *"Bei unveränderter Fortführung der aktuellen Koalition kann sich die Partei noch maximal zwei Jahre an der Regierung halten und muss sich dann gedemütigt, zerstritten und orientierungslos für lange Zeit von der politischen Macht verabschieden."*

Beispiel 2: Der FPÖ-Innenminister möchte Asylwerber „konzentriert an einem Ort halten“ und bekennt sich damit zur Realisierung einer schon 2015 in meinen Randnotizen vorgeschlagenen aufrüttelnden Gedenkaktion der besonderen Art, bei der Asylwerber die Rolle von KZ-Insassen übernehmen sollten.

Die kindische Freude, alles schon kommen gesehen zu haben, ist zwar da, hält sich aber in Grenzen.

--- 000 ---

Zu einem Artikel im Kurier
vom 6.2.2018 über Lebensmittel-
verschwendung in Wien

Wir Verschwender

Die Wiener Spitalsküchen reduzierten zwischen 2011 und 2016 den Anteil der Speisereste an ihrem Müll um 13%, und die Wiener Pensionistenhäuser verringerten ihren Lebensmittelabfall zwischen 2009 und 2016 sogar von 1.500 auf bloß 600 Tonnen pro Jahr. Nur die Privathaushalte sind laut Kurier in Wien so wie in der gesamten EU unverbesserliche Abfallproduzenten.

Wer aber die Hauptursache dieses betrüblichen Umstands in der Verschwendungssucht der privaten Verbraucher vermutet, irrt. Denn sie liegt vermutlich viel eher darin, dass der Lebensmittelhandel ein chaotisches Dauerspektakel von Sonderangeboten und Aktionen inszeniert, das den preisbewussten Konsumenten permanent dazu verleitet (wenn nicht gar zwingt), vom einzelnen Produkt mehr zu kaufen als er unmittelbar benötigt.

War die realsozialistische Planwirtschaft durch unkontrollierbare Lebensmittelengpässe gekennzeichnet, so führt der Konkurrenzkampf am freien Lebensmittelmarkt des Kapitalismus unvermeidlich zu Lebensmittelverschwendung in großem Stil. Wer hier aus ökologischen und/oder ethischen Gründen Abhilfe verschaffen will, kommt nicht darum herum, über alternative Organisationsformen der Lebensmitteldistribution nachzudenken.

--- 000 ---

Zu einem Artikel in der Wiener Zeitung
und einem im profil erschienenen Inserat

Brechreiz beim Abonnenten

Meldung der Wiener Zeitung vom 7.2.2018: *"Die Österreichischen Lotterien haben im Wiener Prater 50 sogenannte Video-Lotterie-Terminals (VLT) aufgestellt. Die Geräte seien ohne Absprache mit der Stadt platziert worden, berichteten mehrere Zeitungen am Mittwoch. Die zuständige Stadträtin Ulli Sima (SPÖ) ist empört und befürchtet die Rückkehr des seit 2015 in Wien verbotenen Kleinen Glücksspiels durch die Hintertür. ..."*

Die Geschäftspolitik der Österreichischen Lotterien wird über komplex verschachtelte Eigentümerstrukturen wesentlich von der **Novomatic AG** (mit-)bestimmt. Und die aktuelle Opernballwoche ist für dieses Unternehmen der optimale Zeitpunkt, um im profil durch ein ganzseitiges Inserat darauf hinzuweisen, dass die den kleinen Spielsüchtigen abgeknöpften Gewinne auch der Hochkultur zugutekommen. Vor einem Bildhintergrund, der die zarten Füße einer ihre Ballettschuhe schnürenden Elevin zeigt, lesen wir im Haupttext des Inserats, dass *"Novomatic - Partner der Ballett-akademie der Wiener Staatsoper - der Kunst und Kultur verbunden"* ist.

Natürlich profitiere auch ich als Profilabonnent von diesem Inserat, weil es dazu beiträgt, den Abo-Preis niedrig zu halten. Ich bezahle für diesen Vorteil aber mit akuten psychosomatischen Beschwerden.

--- 000 ---

Der große Plan im Hintergrund

Der ehemalige Außenminister Deutschlands kritisiert die Kurzsichtigkeit der von Österreichs neuer Rechtsregierung verfolgten Abschottungspolitik:

"Es ist ein großes Defizit, dass wir nicht begreifen, dass wir Zuwanderung brauchen. Wer wird Herrn Strache pflegen, falls er mal ein Pflegefall sein wird. Das Leben ist lang."

Ja weiß denn Herr Fischer nicht, dass Strache zugleich mit der Grenzschließung eine energische und höchst wirkungsvolle Maßnahme zur Verhinderung des Anwachsens der Zahl hochbetagter Pflegefälle setzt? Denn was könnte den drohenden weiteren Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung wohl wirksamer bekämpfen als Straches RAUCHER-Politik?

Merke: Rechtzeitiger Lungenkrebs schützt vor Pflege-Elend und erspart unerwünschte Zuwanderung.

--- 000 ---

Im April werden weitere Pläne
der Rechtspopulisten bekannt

Think Big

Auch die allgemeine Kritik am Plan der FPÖ-Gesundheitsministerin, die Unternehmerbeiträge zur Finanzierung der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt um rund 40% zu senken, zeugt von kleingeistigem Unverständnis für das große Design hinter dem Regieren unserer sozialen Heimatpartei. Denn man muss diesen Plan natürlich vor dem Hintergrund der epochalen Ideen des Strache-Stellvertreters Manfred Haimbuchner sehen. Der möchte das abgedroschene Prinzip *"Krankheit unterbricht Urlaub"* im Sinne einer kopernikanischen Sozialwende endlich von den Füßen auf den Kopf stellen und fordert deshalb, dass der erste Krankenstandtag künftig automatisch als Urlaubstag gelte. Und welches Unfallopfer wird dann wohl diesen wunderbaren ersten posttraumatischen Urlaubstag auf einer Intensivstation verbringen wollen? Man könnte also sofort entsprechende Personal- und Betteneinsparungen bei den Intensivstationen der Unfallkrankenhäuser vornehmen und würde dadurch weitere noch größere Einsparungen ermöglichen. Wer nämlich den ersten Tag nach seinem Unfall mit einigen Vierterln grünen Veltliners anstatt mit ein paar Liter Blutkonserven feiert, fährt wohl in den meisten Fällen direkt in den Himmel und hilft auf diese Weise nicht nur bei einer weiteren Reduktion von Unfallbetten sondern spart auch lästige Reha-bilitationskosten und Rentenzahlungen. Wäre doch gelacht, wenn sich auf diese Weise nicht die angepeilte 40%ige Reduktion der Unternehmerbeiträge für die Unfallversicherung erzielen ließe.

--- 000 ---

Zu einer Meldung im Kurier
vom 9.5.2018

Zu wenig natürliche Intelligenz

Auf der jüngsten I/O ("*Innovation in the Open*"), einer der wichtigsten Konferenzen für Software-Entwickler, teilte Google mit, dass der vom Unternehmen entwickelte digital Assistent künftig in der Lage sein wird, Friseurtermine für seine jeweiligen Nutzer zu vereinbaren.

Ich bin demgegenüber der Ansicht, dass Menschen, die keine Zeit haben, ihre Friseurtermine selbst zu vereinbaren, nicht ein Mehr an künstlicher Intelligenz (KI) benötigen, sondern etwas öfter von ihrem gesunden Menschenverstand Gebrauch machen sollten, um hin und wieder in Ruhe über einige grundsätzliche Änderungen in ihrem Leben nachzudenken.

--- 000 ---

Das Morgenjournal vom 23.5.2018
berichtet von einem Roman mit dem
Titel "*Die Zukunft der Schönheit*"

Prognose

Die Zukunft der Schönheit
wird abhängen von
der Schönheit der Zukunft.

--- 000 ---

Ende Mai 2018 machen die Experten aller Sozialhilfeorganisationen darauf Aufmerksam, dass die zur Abschreckung von Flüchtlingen geplanten Kürzungen bei der Mindestsicherung vor allem Kinder aus einheimischen Familien treffen werden.

Dumm, dümmer, am dümmsten

Ursprünglich waren die Bürger von Schilda für ihre große Klugheit bekannt, weswegen die Könige und Kaiser dieser Welt sie als Ratgeber begehrt. Da sich ihre Stadt auf diese Weise langsam, aber sicher entvölkerte, ersannen die Schildbürger eine List: Sie stellten sich dumm, und das mit so großer Konsequenz, dass die Dummheit allmählich zu ihrer zweiten Natur wurde, für die sie alle Welt verlachte.

Nun ist Dummheit zwar keine sehr gute Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg, sie schließt ihn aber nicht grundsätzlich aus, weil manchmal auch die Dummen Glück haben. Und so gab es in der Geschichte von Schilda eine Epoche, in der es dieser Stadt besser ging als den meisten anderen ihrer Umgebung. Damals zogen viele Arme aus jenen Nachbargemeinden nach Schilda in der Hoffnung, dort leichter über die Runden zu kommen. Da aber die Schildbürger ihren Wohlstand nicht mit diesen Armen teilen wollten, stockten sie ihre Stadtmauern auf und verstärkten deren Bewachung.

Das führte dazu, dass immer mehr Arme vor den Toren der Stadt lagerten und auf Einlass drängten, was den Schildbürgern Angst machte. Da hatte ihr pfiffiger Jungbürgermeister eine Idee: Wir sind einfach noch nicht dumm genug, erklärte er seinen Mitbürgern. Wir müssen noch dümmer werden. Beschließen wir doch ein Gesetz, das alle Bürger unserer Stadt dazu zwingt, **sich einmal pro Jahr ins Knie zu schließen**. Dann will keiner mehr zu uns kommen, um Schildbürger zu werden.

Als seinem Vizebürgermeister diese Idee zu Ohren kam, wollte er nicht nachstehen und präsentierte einen Verbesserungsvorschlag. Wenn etwas so richtig dumm ist, erklärte er seinen Mitbürgern, dann muss es auch böse sein. Und so regte er an, dass die Schildbürger im Zuge ihres Selbstbeschädigungsrituals jeweils **auch ihren Kindern** ins Knie schießen sollten. Dieses Konzept entsprach nun genau der Geistes- und Gemütsverfassung des durchschnittlichen Schildbürgers, weshalb man den Bürgermeister und seinen Vize mit dem für wirklich unfassbare Dummheit reservierten, höchsten Orden Schildas auszeichnete und bei den drei nächsten Bürgermeisterwahlen mit überwältigender Mehrheit wieder wählte.

Die in den Augen ihrer Wähler geniale Taktik des Bürgermeisterduos konnte übrigens aus verschiedensten Gründen die Zahl der vor den Toren der Stadt lagernden Armen nicht vermindern. Die Schildbürger verstanden keinen dieser Gründe. Aber sie ließen sich deshalb keine grauen Haare wachsen, denn sie waren schon längst viel zu dumm, um nach den eigentlichen Ursachen ihrer Probleme zu fragen.

Zu einer Glosse im Kurier
vom 5.6.2018

Das Problem liegt nicht im Niveau

Ein FPÖ-Landesrat beschwert sich darüber, dass Köter mit Migrationshintergrund den inländischen Hunden die Plätze in den Tierheimen streitig machen, worauf eine Kurier-Kommentatorin derart *"fatale Niveauabstürze"* beklagt. Ich dagegen freue mich, wenn das geistige Niveau der Politik ihrem moralischen Level entspricht. Oder soll ich mir etwa eine menschenverachtende Politik **mit** Niveau wünschen?

--- 000 ---

Zum Leitartikel im Kurier
vom 7.6.2018

Die Regierung als Marketingmaschine

Während die Regierung ihren Ministerrat in Brüssel zelebriert, fragt Martina Salomon nach den Vor- und Nachteilen eines hochprofessionell betriebenen Politik-Marketings und kommt dann zu einer für sie offenbar überraschenden Einsicht: *"Interessanterweise setzen speziell VP/FP-Regierungen stark auf Inszenierung."*

Hat hier irgendjemand etwas zu verbergen?

--- 000 ---

Zur Berichterstattung der Medien
über den BUWOG-Prozess

Was wir vergessen sollen

Vor Gericht steht eine blau-schwarze Freunderlpartie, die dringend verdächtigt wird, im Jahr 2003 bei der Privatisierung der BUWOG 10 Millionen € auf ihre privaten Konten umgeleitet zu haben. Die künstliche Aufregung, mit der die Medien Woche für Woche über diesen Prozess berichten, soll uns vergessen lassen, was damals tatsächlich geschah.

Tatsächlich hat man damals rund 60.000 Wohnungen, die zuvor im Besitz eines der öffentlichen Hand gehörenden gemeinnützigen Bauträgers standen und damit einer unbefristeten Preiskontrolle unterlagen, für einen Schleuderpreis von rund 16.000 € pro Wohnung (!) der Immobilienspekulation überantwortet. Die bei dieser Privatisierung von einem heimischen Konsortium um eine knappe Milliarde € erworbene BUWOG wurde mitt-

lerweile um schlanke 5,2 Milliarden € an den größten deutschen Immobilienkonzern weiter verkauft. Hinter dem Käufer verstecken sich finanzkapitalistische Heuschrecken-Fonds (an der Spitze BlackRock, die weltweit größte Schattenbank), und er selbst ist bekannt dafür, die Rendite seiner Anleger mit allen Mitteln auf Kosten der Mieter zu erhöhen.

Fassen wir zusammen: Auf der einen Seite ist privaten Investoren ein sattes Plus von 4,2 Milliarden € entstanden. Auf der anderen Seite wurde der heimische Bestand an gemeinnützigen Mietwohnungen, der als Ruhepol auf einem überhitzten Wohnungsmarkt fungiert, um rund 10% geschrumpft. Dieser Verlust an leistbarem Wohnraum entspricht in seiner Größenordnung etwa

dem gesamten Wohnungsbestand einer Stadt wie Klagenfurt.

Berthold Brecht fragte einst: *"Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?"* Und ich frage mich nun, ob wir uns nicht lächerlich machen, wenn wir jemandem, den wir einst straflos ein so gigantisches Schurkenstück an uns vorbeischieben ließen, nun wegen einer vergleichsweise kleinen Gaunerei den Prozess machen. Oder, um es in Anlehnung an Brecht zu sagen: *"Was ist schon das Mitschneiden beim Abwickeln der Verschönerung von Volksvermögen gegen deren politische Durchsetzung?"*

--- 000 ---

Nachtrag vom 2.11.2018
zur vorangehenden Notiz

Es geht immer noch schlimmer

Mit Entsetzen erfahre ich aus aktuellen Pressemeldungen, dass der Chef des Aufsichtsrats der deutschen Sparte von BlackRock, Friedrich Merz, als aussichtsreicher Kandidat für die Merkel-Nachfolge gilt, und nun frage ich mich: *"Was ist schon die Einverleibung von 60.000 Sozialwohnungen gegen den direkten Zugriff auf die Regierung von Europas führender Wirtschaftsmacht?"*

--- 000 ---

Die Integration der syrischen Flüchtlinge macht große Fortschritte.

Voraussetzende Integration durch Spracherwerb

Ein von uns betreuter Syrer besucht einen durch das Arbeitsamt finanzierten Deutschkurs für Anfänger. Diese Woche (Anfang Juli) steht dort das Formulieren von Zeitangaben auf dem Stundenplan. Einer der dabei von ihm auswendig zu lernenden Dialoge lautet:

- *Arbeitest Du von acht bis acht?*
- *Ja, ich arbeite von acht bis acht.*

So übt sich unser Syrer zugleich mit dem Erlernen von Zeitangaben in die schöne neue Welt des Zwölfstundentages ein. Und das bereits **vor** dem Inkrafttreten des diesbezüglichen Gesetzes. Das erhöht natürlich seine Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Denn schon bald wird ihm der Satz "*Ich arbeite von acht bis acht.*" leichter über die Lippen gehen als vielen heimischen ArbeitnehmerInnen.

--- 000 ---

Zur Titelgeschichte im profil
vom 30. Juli 2018

Lügen durch Skandalisierung

Die Mainstream-Medien wehren sich verbissen und ohne jegliche Schuld-einsicht gegen den Lügenpresse-Vorwurf. Sie haben dabei nicht ganz unrecht, denn ihre Form der Verbreitung von Unwahrheit ist weniger ein plattes Lügen als ein Verschleiern von Grundwidersprüchen der herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Eine ihrer wichtigsten einschlägigen Methoden ist die Skandalisierung. Diese greift die allgemeine Unzufriedenheit mit dem jeweiligen Übel auf, lenkt sie aber von dessen eigentlichen Ursachen ab und fokussiert sie auf Missstände, die bloß Nebenfolgen des betreffenden Systemversagens sind.

Ein Musterbeispiel für dieses Vorgehen lieferte zuletzt der heimische Wissenschaftsjournalismus. Die Probleme der Wissenschaft, über die man **nicht** berichten möchte, sind eine immer öfter an ihre Grenzen stoßende technische Rationalität, ein allzu eng in die Profitlogik des Kapitalverwertungsprozesses eingebundener Ausbildungs- und Forschungsbetrieb, sowie ein Wettbewerbs- und Begutachtungsunwesen, das den Zugang zu Forschungsgeldern und Publikationsmöglichkeiten davon abhängig macht, wie weit es einem Forscher gelingt, sich in die Netzwerke der akademischen Elite einzuklinken. Hauptfolgen des letztgenannten Missstands sind eine verminderte Bereitschaft des Systems 'Wissenschaft', sich für neue,

unkonventionell gedachte Ideen zu öffnen bzw. umgekehrt ein übersteigertes Beharrungsvermögen der von jener Elite bevorzugten theoretischen Konzepte und Problemzugänge.

Eine relativ unbedeutende Nebenfolge des herrschenden Wettbewerbs- und Begutachtungselends besteht darin, dass manche unter Publikationsdruck stehende Jungwissenschaftler kommerziellen Pseudojournalen oder Kongressveranstaltern auf den Leim gehen, die Publikations- und Referatsmöglichkeiten ohne vorangehende Qualitätsprüfung anbieten. Eine Rechercheplattform, der wichtige Mainstream-Medien wie die Süddeutsche Zeitung, die ARD und der ORF angehören, bläst das zu einem Skandal auf und bietet dadurch der Wissenschaftsredaktion des profil die Möglichkeit noch eins draufzusetzen, indem man eine Titelgeschichte über einen entsprechenden **Skandalisierungs-Skandal** verfasst. In ihr **feiert** man dann die Effizienz und Selbstreinigungskraft des Systems 'Wissenschaft', indem man ausführlich die geringe quantitative Bedeutung der fragwürdigen Publikationskanäle belegt, ohne auch nur einen einzigen Nebensatz auf die oben erwähnten tatsächlichen Strukturdefizite zu verschwenden.

--- 000 ---

9. August 2018, am Ende einer
zweiwöchigen Hitzewelle

Wunder werden wahr

Der Apfelbaum duftet herrlich nach Bratäpfeln. Und tatsächlich hängt goldbraun gebratenes Obst an seinen Zweigen. Träume ich? Bin ich im Schlaraffenland? Ging ein Zauberer durch den Garten? Nein, das macht der Klimawandel.

--- 000 ---

Linke SozialwissenschaftlerInnen
räsonierten in der Sommer-Ausgabe
des Augustin über Probleme und
Versäumnisse beim Entwerfen
progressiver Weltbilder

Willkommen in der Welt der alternativen Fakten

Der Siegeszug der neuen Rechten sei zum Teil die Folge davon, dass die Systemverlierer nicht mehr die Sprache der Regierten sondern die der Regierenden sprechen. Gelungen sei dieses Kunststück unter anderem durch erfolgreichen Einsatz des sogenannten "*Framing*". Das ist *"eine Technik, die von der kognitionswissenschaftlichen Erkenntnis ausgeht, dass Menschen viel stärker durch die Assoziationen beeinflusst werden, die ein Wort*

in ihnen auslöst, als vom Inhalt, der mit diesem Wort formuliert wird." Um die durch derartiges Framing erzeugte Meinungsblase von links her anzu- stechen, bedürfe es "starker eigener Narrative. Die brauchen keine Erklä- rungen und keine Argumente, bloß eine von klaren Werthaltungen gepräg- te Erzählung ... mit entsprechenden Metaphern, Bildern und Frames".

Wenn eine postmodern daher kommende Linke sich so strikt von der auf- klärerischen Methodik des Argumentierens und Erklärens verabschiedet, erzeugt sie selbst auch nur mehr Meinungsblasen. Wer manipulatives Fra- ming bloß durch Gegenframing ersetzen möchte, ist schon angekommen in Trumps schöner neuer Welt der alternativen Fakten, in der es nicht mehr um Wahrheit, Irrtum oder Lüge geht, sondern bloß darum, sich jene Erzäh- lung auszudenken, die in den Ohren der WählerInnen am besten klingt.

--- 000 ---

Zum Titelblatt des Kurier
vom 17.10.2018

Lügen mit Bildern

Die Schlagzeile am Titelblatt lautet: *"Arbeitslose sollen mobiler werden".* Darunter, etwas kleiner, die Erläuterung: *"Von Ost nach West. Arbeitssu- chende sollen in Österreich dorthin, wo sie gebraucht werden. Die schrittweise Kürzung des Arbeitslosengeldes soll laut Experten Mazal den Druck erhöhen."* Die große Grafik zu diesem Text zeigt eine am linken Bildrand, also im Westen, positionierte Hand, die einen Magneten hält, der eine am rechten Bildrand, also im Osten, positionierte Gruppe von Men- schen anzieht, was dadurch illustriert wird, dass die Menschen zum Mag- neten hinlaufen.

Die Botschaft dieser Grafik ist eine glatte Lüge. Denn eine der Wahrheit näher kommende Illustration der obigen Meldung müsste eine am rechten Bildrand positionierte Hand zeigen, welche an der Kurbel eines Schraub- stocks dreht und dadurch den Druck der beiden Backen des Schraubstocks auf die in ihm eingespannten Menschen so stark erhöht, dass ein Teil von ihnen nach Westen zu hinausgedrückt wird.

Würde eines der heimischen Schmuddelblättchen die Meldung über eine Vergewaltigung mit dem erotisch knisternden Foto eines im Liebesspiel verschlungenen Paares illustrieren, dann wäre der Kurier wohl eines der am lautesten aufschreienden Qualitätsmedien. Bei der Wirtschaftsbericht- erstattung nimmt man es selbst aber offensichtlich bei weitem nicht so ge- nau mit der Korrektheit der Bildsprache.

--- 000 ---

Zu einer Meldung im oberösterreichischen Volksblatt vom 2.11.2018

Rätsel

Welcher Politiker formulierte wann und aus welchem Anlass folgenden Apell: „*Migration ist und darf auch kein Menschenrecht werden!*“

A) Walter Ulbrich, 1961,

anlässlich des Baues der Berliner Mauer

B) H.C. Strache, 2018,

anlässlich Österreichs Nein zum globalen Migrationspakt

LÖSUNG: Schriftlich zu erfragen bei Regierungssprecher

Peter Launsky-Tieffenthal (E-Mail: peter.launsky@bka.gv.at)

--- 000 ---

Zu einer Meldung im Standard vom 3.11.2018

Mein Vorurteil über Algorithmen

"Der Ausgangspunkt bei der Entwicklung der neuen Algorithmen ist, bestehende menschliche Vorurteile mithilfe eines Programms zu besiegen",

sagt der Informatiker - und ich ergänze:

... indem man sie durch methodisch legitimierte und dadurch unangreifbar gemachte Vorurteile der Wissenschaft ersetzt.

--- 000 ---

Zu einem Bericht im ImmobilienStandard desselben Datums

Markt stimuliert Intelligenz

Dass der auf dem Markt institutionalisierte Wettbewerb die menschliche Intelligenz befeuert, weiß heutzutage jedes Kind, und dass sich diese Intelligenz umso ungehemmter entfalten kann, je weniger der Wettbewerb durch Förderungen verzerrt oder durch Regulierungen eingeengt wird, lernt das Kind spätestens in dem an unseren Schulen praktizierten Wirtschaftskundeunterricht.

Die segensreichen Auswirkungen des Intelligenzstimulators 'Markt' zeigen sich aktuell besonders deutlich im heimischen Immobiliensektor: Hier hat die fast ungehemmte Preisentwicklung mittlerweile ein Niveau erreicht, das die Anbieter von Neubauwohnungen ernsthaft fürchten lässt, auf letzteren sitzen zu bleiben. Da natürlich weder die Bodeneigentümer, noch die Bauwirtschaft oder gar die Bauträger selbst ihr gesundes Gewinnstreben zügeln wollen, passiert, was auch früher schon am Höhepunkt eines jeden Baubooms passierte: Man weicht immer öfter aus auf einen Billigwohnbau, bei dem die Reduktion der Wohnqualität an die Stelle von reduzierten Gewinnerwartungen tritt. Im Zentrum der einschlägigen Bemühungen stehen *"intelligente Wohnungsgrundrisse"*, die Mietern und Wohnungseigentümern dabei helfen sollen, unnötige Quadratmeter einzusparen. Besonders intelligent sind die Grundrisse der Firma *"Immobilienrendite AG"* (Nomen est omen). Stolz berichtet der Vorstand dieses Unternehmens über ein aktuelles Bauvorhaben, bei dem günstige Verkaufspreise *"vor allem durch schlaue Grundrisse erzielt werden."* Die Schlafzimmer dieses Projekts seien nur so groß wie ein Doppelbett. *"Man kann am Fußende nicht vorbeigehen, dafür gibt es auf jeder Seite des Raumes eine Tür."*

So etwas fällt einem vermutlich erst ab einem Intelligenzquotienten von mindestens 180 ein.

--- 000 ---

Anfang November mehren sich Zeitungsmeldungen und Kommentare zu den hohen Gehältern und Rolex-Uhren bekannter Links-Politiker.

Der kleine Unterschied

Wenn sich bei den Wählern Unmut breit macht angesichts von Spitzenvertretern der Sozialdemokratie, die mit einer Rolex am Handgelenk in die Kameras winken, dann rücken die Kommentatoren der heimischen Mainstream-Presse auf breiter Front zur Beruhigung aus. Das Wacheln mit Symbolen bürgerlichen Wohlstands sei völlig in Ordnung, weil ja die Anführer des Proletariats immer schon aus dem gehobenen Bürgertum kamen und über beträchtlichen Reichtum verfügten. Man verweist dabei gern auf Friedrich Engels, der aus einer Industriellenfamilie stammte und auf Viktor Adler, der von seinem Vater ein Immobilienvermögen erbte.

Diese Argumentation übersieht einen kleinen, aber entscheidenden Unterschied zwischen damals und heute:

Die Arbeiterführer des neunzehnten Jahrhunderts, besaßen ihr Vermögen schon **VOR** ihrem Kampf für die Besserstellung des Proletariats, und setzten es für diesen Kampf ein. So unterstützte etwa Engels jahrzehntelang die Familie des brotlosen Gelehrten Karl Marx, während Adler mit dem Verkauf des väterlichen Immobilienerbes die Gründung der Wochenzeitung "Gleichheit", des Vorläuferblatts der späteren Arbeiter-Zeitung, finanzierte.

Die heutigen Spitzen der Sozialdemokratie dagegen werden meist erst **IM GEFOLGE** ihres politischen Engagements reich, weil sie die während ihrer politischen Tätigkeit geknüpften Netzwerke nach der Zurücklegung ihrer Regierungsfunktionen mehr oder weniger geschickt zu Geld machen. So lese ich etwa im Kurier vom 7.11.2018, dass Alfred Gusenbauers Projektentwicklung & Beteiligung GmbH Ende 2017 einen kumulierten Reingewinn von rund 10 Millionen Euro ausweist, und das von Werner Faymann gegründete Beteiligungsunternehmen bereits am Ende seines ersten vollen Geschäftsjahrs einen Reingewinn von rund 200.000 Euro meldet. Angesichts solcher Nachrichten braucht es keine rechtspopulistischen Einflüsterer mehr, um in dem seit Jahren immer wieder mit Reallohnsenkungen konfrontierten Arbeitsvolk das Gefühl entstehen zu lassen, man werde von der Sozialdemokratie verraten.

Oder dürfen wir darauf hoffen, dass einer dieser feinen Genossen sein Vermögen demnächst in den Aufbau eines großen Medienprojekts in der Nachfolge der 1991 verbliebenen Arbeiter-Zeitung investiert? Ich glaub es ehrlich gesagt nicht, lass mich aber gerne überraschen.

--- 000 ---

Zu einer Aussage unseres Bundeskanzlers anlässlich der Kür von Manfred Weber zum Spitzenkandidaten der Europäischen Volkspartei bei der nächsten EU-Wahl

Auch Herr Kurz liebt es ordentlich

Sebastian Kurz in der ZIB 1 vom 9.11.2018: *"Manfred Weber steht für ein starkes Europa, hat ein **ordentliches** Wertefundament, ist gegen den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union und für eine **ordentliche** Sicherung unserer Außengrenzen."*

Ich hoffe inständig, dass das, was der Herr Bundeskanzler unter einem ordentlichen Wertefundament und einer ordentlichen Sicherung unserer Außengrenzen versteht, möglichst wenig zu tun hat mit jener Form von Ordentlichkeit, die einst zu der *"ordentlichen Beschäftigungspolitik"* führte, von der unser seliger Jörgl schwärmte.

--- 000 ---

Arbeitszeitverkürzung auf gut österreichisch

Franz Schellhorn, der als Kolumnist die Hirne der LeserInnen des profil im Zweiwochenrhythmus mit neoliberalen Wirtschaftsmärchen vernebeln darf, stand Mitte November vor einem echten Problem. Jener Teil seines Publikums, der neben dem profil auch den Standard liest, hatte dort nämlich soeben erfahren, dass laut Daten der EU-Kommission der durchschnittliche reale Bruttoverdienst der heimischen ArbeitnehmerInnen trotz eines zuletzt sehr guten Konjunkturverlaufs seit 2010 stagniert. Ergänzend war man vom Standard darüber informiert worden, dass Österreich mit dieser Entwicklung hinter allen westeuropäischen EU-Staaten liegt und nur noch von den südlichen Krisenländern der Eurozone unterboten wird. Wenn solche Nachrichten ausgerechnet am ersten Höhepunkt der aktuellen Kollektivvertragsrunde hereinplatzen, dann ist Feuer am Dach und Schellhorn, im Hauptberuf Direktor der 'wirtschaftsnahen' Denkfabrik Agenda Austria, muss ausrücken, um diese hässlichen Fakten schön zu reden, was er in seiner Kolumne vom 19.11.2018 redlich versucht.

Zunächst relativiert er den Bericht des Standard durch den *"subjektiven Eindruck, dass der Lebensstandard der breiten Masse zu keiner Zeit der Geschichte so hoch war wie heute. Dass sich eine wachsende Zahl von Menschen immer mehr leisten kann, vom Zweitauto über den Mehrfachurlaub bis hin zur Vorsorgewohnung für den Nachwuchs."* Möglichen Skeptikern, die argwöhnen könnten, es handle sich bei dieser breiten Masse vielleicht gar nicht um die Mehrheit der ÖsterreicherInnen, sondern bloß um das Gros der Menschen im persönlichen Bekanntenkreis des wohlbestallten Leiters eines 'wirtschaftsnahen' Thinktanks, verabreicht Schellhorn vorsichtshalber auch noch eine statistische Beruhigungspille. Letztere besteht in dem Hinweis, dass in den vom Standard zitierten Zahlen *"die Entwicklung der Bruttolöhne nicht um die Teilzeitbeschäftigung bereinigt wird. Und in Österreich ist der Trend in Richtung Teilzeit so hoch wie in kaum einem anderen Land. Wer Teilzeit arbeitet, verdient naturgemäß weniger als eine Vollzeitkraft. Mehr Menschen arbeiten, aber sie arbeiten durchschnittlich weniger Stunden, wodurch auch das Median-Einkommen nach unten gezogen wird."*

Diese Erklärung ist im Prinzip richtig, muss aber dringend durch einige von Schellhorn unterschlagene Fakten und Interpretationen ergänzt werden. Zunächst ist auf den jüngsten Europäischen Tarifbericht des dem Deutschen Gewerkschaftsbund nahestehenden WSI hinzuweisen. Er zeigt, dass in Österreich seit 2010 auch die von den Veränderungen beim Arbeitsvolumen völlig unabhängigen **realen Tariflöhne** nahezu stagnieren.

Setzt man das Jahr 2010 mit 100 an, dann beträgt der diesbezügliche Vergleichswert für 2017 gerade einmal 101,7. Die heimischen ArbeitnehmerInnen schneiden damit schlechter ab als ihre KollegInnen aus vergleichbaren Hochlohnländern wie Schweden, Deutschland oder Frankreich. Neben diesem eher kümmerlichen Anstieg der Tariflöhne ist der sehr dynamische Arbeitsmarkt für die Stagnation der Einkommen verantwortlich. Seit 2010 ist die Zahl der unselbständigen Erwerbstätigen in Österreich um rund 300.000 gewachsen, und die dabei ganz neu oder nach längerer, mehr oder weniger 'freiwilliger' Arbeitspause ins Spiel kommenden Arbeitskräfte starten häufig zu schlechteren Tarifbedingungen als ihre seit längerem durchgängig beschäftigten KollegInnen.

Abgesehen von den bisher erwähnten realen Bruttoverdiensten ist es für die Entwicklung des Lebensstandards entscheidend, wie viel vom Lohn für den Konsumbedarf ausgegeben werden kann. Und hier denkt einer wie Schellhorn natürlich sofort an den bösen Staat. Denn *"es sind eben leider nicht die Arbeitnehmer, die von den jährlichen Lohnerhöhungen am meisten profitieren, es sind die staatlichen Kassen"*, weshalb aus seiner Sicht eine Lösung unserer Einkommensprobleme nur dann möglich sein wird, *"wenn der Einnahmenhunger des Staates gebremst wird, ohne die Qualität der angebotenen Leistungen zu schmälern"*. Was das konkret bedeutet, wird gerade ziemlich eindrucksvoll von der Regierung vorführgeführt, weshalb ich hier nicht näher darauf eingehen muss.

Erwähnenswert ist aber ein anderer Aspekt der Frage des für Konsumbedarf verfügbaren Einkommens. Letzteres wird nämlich in Zeiten boomen-der Immobilienmärkte ganz empfindlich durch die sich immer schneller drehende Wohnkostenspirale beschränkt. Vor allem im Einzugsbereich der größeren Städte kommt es angesichts der bei Neuvermietungen zahnlosen Mietpreisregulierung zu einer kontinuierlichen Reduktion der für die Dinge des täglichen Bedarfs bereit stehenden Einkommensbestandteile. So zeigt etwa eine im Februar publizierte AK-Studie, dass zwischen 2008 und 2016 die privaten Hauptmietzinse bei Neuvermietungen im Bundesdurchschnitt um 13 Prozentpunkte und in Wien sogar um 21 Prozentpunkte stärker anstiegen als die Löhne. Hauptopfer dieser Entwicklung sind die jüngeren Haushalte, weil sie einerseits über relativ niedrige Einkommen verfügen und andererseits (nicht zuletzt auch wegen des hohen Anteils von nur befristet angebotenen Mietverträgen) eine hohe Wohnmobilität zeigen. Die eingangs erwähnte Stagnation der realen Einkommen seit dem Jahr 2010 läuft unter solchen Bedingungen zwangsläufig auf eine massive Reduktion des für den Konsum verfügbaren Realeinkommens hinaus.

Nun noch einige Worte zu Schellhorns Erklärung der Stagnation der realen Bruttoverdienste durch die starke Zunahme von Teilzeitarbeitsverhältnis-

sen. Es handelt sich bei dieser Zunahme um eine besondere Spielart der **Umverteilung** von Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung. Betrug 2005, also vor dem Ausbruch der großen Finanzkrise, die von einem unselbständig Erwerbstätigen tatsächlich geleistete Arbeitszeit im Schnitt noch rund 33 Stunden, so sank dieser Wert bis 2017 im Gefolge des Teilzeittrends um 10% auf 30 Stunden. Ohne diese Entwicklung wäre es nicht möglich gewesen, nach 2010 die oben erwähnten 300.000 zusätzlichen Erwerbstätigen in den Arbeitsprozess zu integrieren. Wir haben es dabei also mit einer an sich sinnvollen Antwort auf die aus Automation und Rationalisierungen resultierenden Arbeitseinsparungen zu tun, welche außerhalb von Hochkonjunkturphasen aus der Arbeit ein zunehmend knappes Gut machen. Die **Art**, wie diese wichtige und auch von der Linken geforderte Umverteilung von Arbeit hierzulande abläuft, ist allerdings in zweifacher Weise höchst problematisch und spiegelt die Spaltung unserer Gesellschaft nicht nur wider, sondern trägt zu ihrer Vertiefung bei.

Denn zum einen erfolgt die Arbeitszeitverkürzung hierzulande **nicht möglichst gleichmäßig** bei allen Arbeitsverhältnissen, sondern betrifft vor allem Frauen, die in die Teilzeitarbeit gedrängt werden und dann auch deren unangenehme Nebenfolgen, wie geringere Aufstiegschancen, laufende Einkommensverluste und fehlende Altersabsicherung, tragen müssen. Zum anderen handelt es sich beim heimischen Teilzeittrend um eine Arbeitszeitreduktion **ohne** Lohnausgleich. Diese wirkt sich angesichts gleichzeitig kontinuierlich wachsender Produktivität negativ auf den Anteil der Lohnabhängigen am Volkseinkommen aus und hat damit hochproblematische konjunkturpolitische Effekte (Stichwort: Zurückbleibende Inlandsnachfrage).

Üblicherweise werden derartige volkswirtschaftliche Überlegungen durch Experten vom Schlag eines Franz Schellhorn mit Verweis auf die betriebswirtschaftliche Unmöglichkeit eines derartigen Lohnausgleichs zurückgewiesen. Demgegenüber ist festzuhalten, dass eine Arbeitszeitreduktion mit vollem Lohnausgleich bei steigender Arbeitsproduktivität rein rechnerisch **kostenneutral** ist. Wenn also etwa die Menge der pro Arbeitsstunde erzeugten Güter um zwei Prozent steigt, kann man die Arbeitszeit entsprechend verringern und den Stundenlohn um den gleichen Prozentsatz erhöhen, **ohne** einen Anstieg der Lohnstückkosten zu verursachen. Es ist aber klar, dass im Vor- und Umfeld einer solchen Arbeitsumverteilung auf der Seite der Arbeitskräfte begleitende Umschulungs- und Mobilisierungsmaßnahmen erforderlich wären, während seitens der Betriebe zusätzlicher Organisationsaufwand anfiel, den man nicht zur Gänze den Unternehmen aufbürden dürfte. Und ebenso klar ist leider auch, dass all diese flankierenden Maßnahmen im Sinne eines **kollektiven Projekts** nur im Rahmen einer solidarisch agierenden Gesellschaft mit starken Arbeitnehmervertretungen realisierbar wären - anders gesagt: im Rahmen einer Uto-

pie, von der wir uns angesichts der aktuellen politischen Trends zurzeit wohl immer weiter entfernen.

--- 000 ---

Zur Wahl einer neuen Parteivorsitzenden am Parteitag der SPÖ in Wels am 24./25.11.2018

Hurra!

Meine Partei hat eine neue Vorsitzende und 97,8% der Parteitagsdelegierten haben für sie gestimmt. Sie hat vor lauter Freude über dieses Ergebnis einen Luftsprung gemacht und in ihrer Parteitagsrede auch gleich gezeigt, was sie kann: „*Schaffen wir die Mehrwertsteuer auf Mieten ab!*“ hat sie gerufen und netterweise nichts von einer Gegenfinanzierung durch höhere Vermögensbesteuerung gesagt. Das hat vermutlich nicht nur die Parteitagsdelegierten zu Jubelstürmen hingerissen. Mindestens ebenso sehr wird man in den Parteizentralen von ÖVP und FPÖ jubiliert haben. Entspricht doch die Logik besagter Forderung punktgenau dem steuer- und einkommenspolitischen Masterplan der Regierungskoalition. Der möchte ja die unteren bis mittleren Einkommensschichten durch Steuerreduktionen entlasten, weil solche Reduktionen der wichtigsten Klientel dieser Regierung (den Unternehmen und Vermögenden) nicht weh tun und bei fehlender Gegenfinanzierung nur jenen Sozialstaat schwächen, der aus türkis-blauer Perspektive ohnehin überdimensioniert ist.

Bei so einer Opposition muss das Regieren eine reine Freude sein.

--- 000 ---

Zu einem Kommentar der OÖ-Nachrichten vom 18.12.2018 zur UNO-Klimakonferenz in Kattowitz

Radikalität und geistige Gesundheit

Star der UNO-Klimakonferenz in Kattowitz ist Greta, ein 15-jähriges Mädchen aus Schweden, dem es nach jahrelanger Beschäftigung mit dem Thema 'Klimawandel' reichte: Es begann, die Schule zu schwänzen, um stattdessen vor dem Parlament zu demonstrieren. Nun durfte das Mädchen vor den Delegierten der Klimakonferenz reden und es sagte, "*wenn Lösungen in dem System so schwer sind, dann sollten wir das System ändern*".

So viel Wahrheit aus dem Mund eines Kindes ist vielleicht für manchen Leser der OÖ-Nachrichten verstörend. Deshalb beruhigt der Kommentator sogleich: *"Gretas tiefste Überzeugung liegt zum Teil auch am Asperger-Syndrom, einer Form von Autismus."*

Völlig logisch. In der heilen Welt der Oberösterreichischen Nachrichten und ihrer Leser kann der Gedanke an einen Systemwechsels nur in einem kranken Hirn entstehen.

--- 000 ---

2019

Eine Ansage des Innenministers vom
23.1.2019 löst helle Empörung aus

Recht und Politik

Unser unsäglicher Innenminister möchte die heimische Abschiebep Praxis aus den lästigen Fesseln der Europäischen Menschenrechtskonvention befreien und rechtfertigt diese Absicht mit folgender Äußerung: *"Ich glaube immer noch, dass der Grundsatz gilt, dass das Recht der Politik zu folgen hat und nicht die Politik dem Recht."*

Es folgt ein vielstimmiger, entrüsteter Aufschrei, der zwar aus sehr berechtigten Anliegen resultiert, aber von **gefährlicher Naivität** zeugt. Berechtigt sind der Einwand gegen die vom Innenminister beabsichtigte Ausweitung der Abschiebemöglichkeiten und der mit diesem Einwand verbundene Wunsch, den Rechtsstaat vor möglichen weiteren Angriffen seitens der Kickl-Partie in Schutz zu nehmen. Äußerst naiv ist jedoch die in der Argumentation vieler Empörter durchschimmernde Ansicht, das Recht stehe über aller Politik. Rein sachlich ist nämlich die oben zitierte Äußerung des Innenministers weitgehend korrekt. Zurückweisen muss man bloß seine Berufung auf einen Grundsatz. Tatsächlich ist nämlich der Vorrang der Politik vor dem Recht nicht in irgendeiner Maxime begründet, welche die Politik über das Recht stellt, sondern schlicht und einfach ein gesellschaftliches Faktum.

Denn woher kommt das Recht? Von Gott (wenn ja, von welchem)? Aus der Natur? Na hoffentlich nicht, denn da haben immer nur die Stärkeren und besser Angepassten recht! Also suchen wir es wohl doch lieber bei uns selbst. Wenn das Recht aber in uns Menschen wurzelt, ist es ein Resultat unseres politischen Handelns, das als solches politische Motive und Kräfteverhältnisse widerspiegelt, die ihrerseits in ökonomischen Interessen und Machtpositionen fundiert sind. Und all das gilt selbstverständlich auch für unsere Verfassung sowie die Europäische Menschenrechtskonvention.

Ein solcherart **realistischer** Blick auf den gesellschaftlichen Stellenwert des Rechts wird nicht nur helfen bei der Verteidigung dessen, was wir an unserer Verfassung und am Rechtsstaat schätzen. Er ist auch unerlässliche Voraussetzung für erfolgreiches politisches Agieren bei allen notwendigen Weiterentwicklungen des rechtlichen Rahmens unseres Wirtschafts- und Sozialsystems.

--- 000 ---

Nur ein paar Schritte

Angesichts des Versuchs von Türkis-Blau, den Haftgrund *"Gefährdung der öffentlichen Ordnung"* in der Verfassung zu verankern, erinnert Peter Pilz zunächst daran, dass die Schutzhaft eines der Markenzeichen des Dollfuß-Regimes war, um dann folgende Warnung auszusprechen: *"Es ist ein Weg raus aus Europa und ab nach Visegrád. Raus aus der Charta der Grundrechte und rein in erste Ausnahmestände"*.

Und der Weg ist nicht so weit, wie wir immer dachten. Es sind offenbar nur ein paar Schritte vom Ständestaat in den Ausnahmeständestaat.

--- 000 ---

Zur Präsentation einer Antisemitismus-Studie durch den Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka und die Staatssekretärin Karoline Edtstadler

Sobotka sorgenvoll

Die kontinuierliche sozialwissenschaftliche Beobachtung der Entwicklung des Antisemitismus in unserem Land ist in Zeiten einer weltweiten Hochkonjunktur xenophober und autoritärer Einstellungsmuster von größter Bedeutung. Und selbstverständlich muss diese Beobachtung angesichts des explosiven Konflikts zwischen Israel und einem erheblichen Teil der Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit ganz besonderes Augenmerk auf die Ermittlung von Stärke und Art des Antisemitismus bei den muslimischen Zuwanderern legen. Werden diesbezügliche Beobachtungsergebnisse allerdings durch 'Antifaschisten' vom Schlage eines Wolfgang Sobotka und einer Karoline Edtstadler⁷ präsentiert, dann schrillen bei mir einige Alarmsirenen.

Möchte man sich womöglich bei der befreundeten rechtspopulistischen Regierung Israels einschleimen, damit sie endlich ihre Sperre von Kontakten zum blauen Koalitionspartner aufgibt? Oder geht es etwa um eine neue Schmutzkübelkampagne gegen die muslimischen Zuwanderer als Begleitmusik zum derzeit noch im Stadium der Vorbereitung befindlichen Verfassungsputsch (Stichwort: Sicherungshaft für gefährliche Asylwerber)? Der letztgenannte Verdacht wird durch den Umstand bestärkt, dass Sobotka bei seiner Vorstellung der aktuellen Antisemitismus-Studie des IFES mit besonders sorgenvollem Gesichtsausdruck auf eine erhöhte Antisemitismus-

⁷ Offiziell wurde die Studie durch Sobotka vorgestellt. Edtstadler versendete aber schon zwei Wochen vor dem Präsentationstermin eine Vorinformation, in der sie schwerpunktmäßig auf die weite Verbreitung des *"Antisemitismus bei Menschen, die zu Hause Türkisch oder Arabisch sprechen"*, hinwies.

anfälligkeit von türkisch bzw. arabisch sprechenden Menschen hinwies, was im Online-Auftritt der Kronen Zeitung sofort zu einer entsprechend sorgenvollen Schlagzeile führte (*"JUDENHASS VOR ALLEM UNTER ZUWANDERERN AUSGEPRÄGT"*).

Zur Überprüfung des eben skizzierten Ausgangsverdachts begab ich mich auf die eigens für die Präsentation der Studie eingerichtete Webseite, um mich über die Methodik der Untersuchung zu informieren. Wie dem dort abrufbaren Studienbericht zu entnehmen ist, ermittelte man den Antisemitismus anhand des Grads der Zustimmung zu einer größeren Anzahl von vorgegebenen antisemitischen Stereotypen, welche sich auf sieben Dimensionen bzw. Spielarten des Antisemitismus beziehen. Es handelt sich dabei um

- den traditionellen Antisemitismus, bei dem es vor allem um das Bild von den Juden als übermächtiger Instanz geht,
- den sekundären Antisemitismus, der den Juden ein Ausnützen der Opferrolle unterstellt,
- den Vorwurf der Assimilationsverweigerung
- den im engeren Sinne rassistischen Antisemitismus
- die Holocaust-Leugnung
- den religiös bestimmten Antijudaismus
- und den israelbezogenen Antisemitismus.

Vor dem Hintergrund meines eingangs geschilderten Argwohns wollte ich vor allem wissen, wie die Autoren der Studie mit der vermutlich gerade bei muslimischen Menschen höchst relevanten Dimension des israelbezogenen Antisemitismus umgehen. Betrachtet man jede Kritik an der Politik des Staates Israel als Ausdruck von zugrunde liegendem Antisemitismus? Oder hält man es für möglich, dass derartige Kritik auch Resultat einer nicht-antisemitischen Einstellung zu Israel sein kann?

Laut Studienbericht sind dem fraglichen Thema die folgenden drei von den Befragten zu bewertenden Stellungnahmen gewidmet:

- *„Wenn es den Staat Israel nicht mehr gibt, dann herrscht Frieden im Nahen Osten.“*
- *„Die Israelis behandeln die Palästinenser im Grunde genommen auch nicht anders als die Deutschen im Zweiten Weltkrieg die Juden.“*
- *„Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“.*

Jeder dieser drei Sätze spricht ein reales Problem an, bemüht sich aber nicht um eine ausgewogene Auseinandersetzung mit ihm und ist deshalb zweifellos Ausdruck eines antisemitischen Einstellungsmusters. Die genannten Stellungnahmen sind daher als solche prinzipiell geeignet zur Ermittlung eines etwa vorhandenen israelbezogenen Antisemitismus. Was

hier aber völlig fehlt, ist die Vorgabe von israelbezogenen Sätzen, in denen sich eine **nicht-antisemitische Israelkritik** äußern kann. Dadurch wurden vermutlich viele Befragungsteilnehmer, denen solche Kritik unter den Nägeln brennt, dazu verleitet, gleichsam 'mit Bauchweh' einem oder mehreren der eben zitierten antisemitischen Statements zuzustimmen.

Ich komme daher zu folgendem Urteil über das der vorliegenden Studie zugrunde liegende Konzept eines "*israelbezogenen Antisemitismus*": Dieses Konzept klammert durch die Art seiner Operationalisierung **von vornherein** aus, dass es so etwas wie eine nicht-antisemitische Israelkritik gibt. Ließe man nämlich offen, ob ein derartiges Einstellungsmuster existiert, müsste man den Befragten Sätze präsentieren, die es messen können. Es gäbe dann wohl eine Reihe von Interviewpartnern, die nur diesen Sätzen zustimmen, die drei oben zitierten antisemitischen Stellungnahmen jedoch ablehnen. Die Tatsache, dass solche nicht-antisemitische Items fehlen, führt mich zu dem Schluss, dass für die Autoren der Studie prinzipiell jede Kritik an der aktuellen Politik des israelischen Staates als Ausdruck von israelbezogenem Antisemitismus gilt.

Infolge dieses Fehlers beim Konzept des "*israelbezogenen Antisemitismus*" überschätzt der Studienbericht das Gewicht antisemitischer Einstellungsmuster bei muslimischen Menschen. Das beeinträchtigt seine Glaubwürdigkeit in einem entscheidenden Punkt. Denn eines seiner Hauptergebnisse besteht ja in der an sich sehr wichtigen Aussage, dass die genannte Bevölkerungsgruppe eine verstärkte Tendenz zum Antisemitismus zeigt. Fehler bringen aber nicht nur Nachteile mit sich. Der vorliegende etwa ist gut für die Schlagzeilenformulierer der Kronen Zeitung, gut auch für Wolfgang Sobotkas Bemühungen, bei der Präsentation einen möglichst sorgenvollen Gesichtsausdruck hinzukriegen. Und nicht zuletzt auch gut für Benjamin Netanjahu, den nach dem Erscheinen solcher Studien niemand fragt, was seine Politik zum negativen Israel-Bild vieler Muslime beiträgt. Aber im Moment hat Bibi wahrscheinlich ganz andere Sorgen ...

Am 21.3.2019 veranstaltete die Julius Meinl Industrie Holding ein weltweites Poetry Event. Unter dem Motto "*Bezahle deinen Kaffee mit einem Gedicht*" kam man an diesem Tag in 1.153 Kaffeehäusern in 27 Ländern in den kostenlosen Genuss einer Tasse Julius Meinl Kaffee. Das ist der mit dem Mohrenkopf auf dem Packerl und der Kaffeetasche.

Julius und sein Moor

Der Mohr auf der Tasse
ist eine eigene Rasse:

Immer brav
wie ein Schaf,

immer putzig,
nie schmutzig,

immer allein auf der Tasse
und nie in der Masse,

immer vergeltsgott und Handkuss
ganz nach dem Geschmack von Julius

--- 000 ---

Bei der Pressekonferenz nach dem Ministerrat am 1. Mai weist Vizekanzler Heinz-Christian Strache die Kritik am Gebrauch des Wortes "*Bevölkerungsaustausch*" zurück.

Bevölkerungsaustausch - eine verlogene Wahrheit

Strache musste zuletzt einige Mal notgedrungen zur Mitte hin blinken, weil Parteifreunde rote Linien überschritten hatten. Zum Ausgleich setzt er nun mit seinem Beharren auf dem von den Identitären ins Spiel gebrachten "*Bevölkerungsaustausch*" einen sehr geschickten Rechtsblink. Denn mit ihm befriedet er einerseits den Rechtsrand seiner Partei, der jetzt nicht nur die Identitären gerechtfertigt sieht, sondern auch in seligen Erinnerungen an jene Zeiten schwelgen darf, in denen man von einer "*Umvolkung*" sprach. Andererseits lockt Strache damit die bürgerlichen Medien in eine der klassischen rhetorischen Fallen des Rechtspopulismus. Besagter Begriff ist nämlich Wahrheit und Lüge zugleich. Wenn dann die Medien nur die in ihm steckende Lüge kritisieren, kann Strache bei seinen Anhängern und Sympathisanten mit der von ihnen allen dunkel gefühlten Wahrheit punkten. Dieses mit vielen Begriffen spielbare Spiel gehört zu den Lieb-

lingstricks sämtlicher Rechtspopulisten. Und die einzige Möglichkeit, es zu stören, besteht in einer sauberen Scheidung der in allen einschlägigen Wortschöpfungen mehr oder weniger kunstvoll vermischten Anteile von Wahrheit und Lüge. Überlegen wir also, was von beidem sich in der Rede vom "*Bevölkerungsaustausch*" verbirgt.

Wichtigstes Element der Lüge ist die Unterstellung einer gezielten und umfassenden demographischen Strategie, hinter der bestimmte Interessengruppen oder gar einzelne Drahtzieher stehen sollen. Bekannte Beispiele dafür sind die Vorwürfe von Ungarns Premier Viktor Orbán an den Investor George Soros und die Hasskampagne von Pegida und AfD gegen Merkel. Eine weitere, zwar nicht ausgesprochene, aber unterschwellig umso mehr irrationale Ängste schürende Lüge beinhaltet die dem Wort "*Austausch*" anhängende Assoziationsbrücke zur Vorstellung von wechselseitigen Deportationen: Als ob man neue, besser brauchbare Menschen ins Land holte, um dann irgendwann im Gegenzug andere, nicht mehr so gut brauchbare Menschen abzutransportieren.

In jeder dieser beiden Lügen steckt ein Körnchen Wahrheit. Dieses ist jedoch nicht so einfach zu benennen, denn Wahrheit ist immer eine recht komplexe Angelegenheit, die von den Rechtspopulisten stets nur bruchstückhaft und verzerrt angesprochen wird. Beginnen wir mit der Feststellung, dass es tatsächlich starke weltweite Migrationsbewegungen gibt, die vor allem in den heimischen Großstädten zu einem ziemlich dramatischen demographischen Wandel führen. Eine verzerrte Wahrheit verbirgt sich auch in der zuvor erwähnten Assoziation mit Deportationen. Denn es findet zwar nirgendwo ein Abtransport der alteingesessenen Bevölkerung statt. Sehr wohl kommt es jedoch im Gefolge der Migration zu realen Verdrängungsprozessen auf den Arbeits- und Wohnungsmärkten, in deren Verlauf die Zuwanderer als Konkurrenten um leistbaren Wohnraum und Arbeitsplätze erlebt werden. Selbst der Verdacht, die Migrationsbewegung sei Ergebnis einer bewusst verfolgten Strategie, transportiert eine grob entstellte Wahrheit. Denn die vom "*Bevölkerungsaustausch*" angesprochenen Migrations- und Verdrängungsprozesse resultieren zwar nicht aus einem von einzelnen Gruppen oder Individuen bewusst verfolgten Plan, sind aber zwangsläufige Folge der jüngeren Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems - eines Systems, das wir gemeinsam täglich reproduzieren und damit letztlich in all seinen Konsequenzen zu verantworten haben.

Die diesbezüglichen Entwicklungen wurden schon oft beschrieben, weshalb ich sie hier nur in aller Kürze stichwortartig in Erinnerung rufe. Ihr Ausgangspunkt war ein in der Mitte der Neunzehnsiebzigerjahre einsetzender Rückgang der durchschnittlichen Profitrate, auf den das Kapital mit forcierter Globalisierung aller Produktions- und Vermarktungsprozesse re-

agierte. Wo neue Produkte, Produktionsweisen und Lebensstile in zuvor vom internationalen Kapital kaum berührte Regionen vordrangen, zerstörten sie die dort etablierten ökonomischen Kreisläufe und Lebensgrundlagen, weckten Bedürfnisse bzw. Unzufriedenheiten und setzten dadurch den zweistufigen Prozess einer neuen, erstmals weltumspannenden Völkerwanderung in Gang. Der erste Schritt dieser globalen Migrationsbewegung führte die aus den traditionellen landwirtschaftlichen Produktionszusammenhängen herausgerissenen Opfer des Weltmarktes in die in den Großstädten der peripheren Staaten gelegenen neuen Zentren der Kapitalverwertung. Der zweite Schritt trieb viele der dort überzähligen Arbeitskräfte weiter in die alten westlichen Metropolen des Kapitalismus. Ergänzende Impulse erhielt der so in Gang gesetzte weltweite Migrationsstrom ab den neunziger Jahren durch den vom Wachstumszwang der kapitalistischen Ökonomie heraufbeschworenen Klimawandel und den Zusammenbruch des Kommunismus, sowie durch die sich in seinem Gefolge verschärfenden kriegerischen Konflikte an den Grenzen der Einflusszonen alter und neuer Groß- und Mittelmächte.

Die im Zuge der Globalisierung stattfindende Integration einer riesigen Zahl neuer Billigstarbeitskräfte in den Kapitalverwertungsprozess steigerte zwar die mittlere Mehrwertrate, was den weltweiten Durchschnittsprofit und damit das kapitalistische Weltwirtschaftssystem als solches stabilisierte. In den alten westlichen Metropolen jedoch geriet die Rendite durch die neue Konkurrenz aufstrebender peripherer Staaten stark unter Druck. Und vor diesem Hintergrund verknüpfte sich nun die von den Zwängen der Kapitalverwertung ausgelöste weltweite Migrationsbewegung ein weiteres Mal aufs Engste mit den ökonomischen Erfordernissen möglichst ungestörter Kapitalakkumulation. Denn das vom Weltmarkt in die alten Metropolen des Kapitalismus gespülte Menschenmaterial wurde aufgrund geringerer Ansprüche, ungesicherter Aufenthaltstitel und anderer struktureller Handicaps zu einem willkommenen Hebel bei den Bemühungen des Kapitals, die Mehrwertrate auch hier wieder zu erhöhen.

Dass ein von uns allen zu verantwortendes Wirtschaftssystem nicht nur chaotische Bevölkerungsströme verursacht, sondern diese dann auch noch für die Verschärfung der Ausbeutung unserer Arbeitskraft und die Beschleunigung ökonomischer Verdrängungsprozesse instrumentalisiert, ist keine sehr angenehme, gern gehörte Wahrheit. Ihr in die Augen zu sehen, ist offenbar viel unbequemer als die Kultivierung eines Zorns auf dunkle Drahtzieher von gesteuertem *"Bevölkerungsaustausch"*. Und von der Bequemlichkeit dieser verlogenen Wahrheit lebt der Rechtspopulismus.

Der Zwang zum Überschreiten aller Grenzen

Der Mensch ist das einzige aller Lebewesen, das die ihm jeweils vorgegebenen 'natürlichen' Grenzen überschreiten **kann**. Der Kapitalismus machte dann aus ihm ein Wesen, das all seine Grenzen überschreiten **muss**. Wer sie nämlich nicht überschreitet, wird nicht zu den sogenannten "*Siegern*" gehören und untergehen im Konkurrenzkampf aller gegen alle. Im Sport sollen wir dieses Grundgesetz der Marktwirtschaft schon als Kinder und Jugendliche lernen. Und wer es da noch nicht kapiert hat, lernt es dann spätestens durch die Sportberichterstattung der Medien.

Extremalpinismus ist die neue Königin aller Sportarten. Als würdige Nachfolgerin des einst mörderischen, inzwischen aber zahm gewordenen Autorennsports lehrt uns diese Disziplin, dass am Ende sogar der Sieger untergehen muss, weil er bereit ist, dem mörderischen Grundgesetz unseres Gesellschaftssystems mit letzter Konsequenz zu folgen. Die Spitzenalpinisten glauben zwar, das Bergsteigen sei "*eine Projektionsfläche für Grundfragen der menschlichen Existenz*". Tatsächlich aber leben sie uns nur den Jammer der menschlichen Existenz unter der Herrschaft des Konkurrenzprinzips vor. Und das **Pathos**, mit dem sie davon schwärmen, "*sich Ängsten zu stellen, obwohl man eigentlich gar nicht bedroht ist; selbstgewählte Herausforderungen zu schaffen*" hat dieselbe **Funktion** wie jenes Pathos mit dem einst die Opfer der beiden Weltkriege in ihre Schlachten zogen: Es soll das Denken und mit ihm alle Zweifel an einem mörderischen System ausschalten, das schon bald auch ihr Leben fordern wird.

--- 000 ---

Zu Ibizzagate

Mindestens einmal in seinem Leben ...

... sagt jeder Politiker die Wahrheit. Manche nur **genau** einmal.

Norbert Hofer schon 2016:

"Sie werden sich noch wundern, was alles geht."

Heinz-Christian Strache dann erst 2017:

"Zack, Zack, Zack."

--- 000 ---

Eine vielsagende Relation

Nachdem ich mich in diesen Randnotizen immer wieder über die Lügen der Mainstream-Medien, insbesondere über ihr Lügen mit irreführenden oder falsch interpretierten Statistiken hergemacht habe, möchte ich hier nun einmal zwei vom Kurier berichtete Zahlen würdigen, die völlig korrekt beleuchten, wie grundsätzlich falsch unsere Ökonomie läuft.

In einem Artikel über das neue Massenphänomen der Fettleibigkeit bei Kindern, kommt der Präsident des Österreichischen Instituts für Ernährungsmedizin zu Wort. Er spricht von einer gefährlich tickenden gesundheitspolitischen Zeitbombe und fordert die Politik auf, Druck auf die Lebensmittelindustrie zu machen. Dann zitiert er eine Statistik, welche schlaglichtartig die erschütternden Relationen zwischen der gewaltigen Destruktionskraft unseres Wirtschaftssystems und den geradezu lächerlich schwachen Anstrengungen zur Gegensteuerung offenbart. Beim großen Nachbarn Deutschland *"werden jährlich 30 Milliarden Euro für Lebensmittelwerbung ausgegeben, und die Regierung soll mit einem Budget von gerade einmal 30 Millionen Euro dafür sorgen, dass Kinder nicht zu Chips und Limonade greifen."*

Auf dem Ernährungssektor steht also das Match Profit gegen Vernunft derzeit 1000 : 1.

--- 000 ---

Wer tut am effizientesten nichts?

Unter dem Titel *"Die Kunst der Effizienz"* will mir DIE ZEIT über eine ganze Seite ihrer großformatigen Druckausgabe hinweg beweisen, dass Frauen das schwierige Handwerk der Spitzenpolitik viel besser, weil effizienter beherrschen als Männer. Erst im allerletzten Absatz erfahre ich dann, dass es im Gefolge der zunehmenden Verweiblichung der Spitzenpolitik *"vor allem der Stil zu sein (scheint), der sich ändert, die Art des politischen Redens."*

Das deutsche Feuilleton hat noch immer nicht kapiert, dass das Hauptproblem unseres politischen Systems nicht die Art der in ihm etablierten Kommunikation ist, sondern seine Unfähigkeit, grundlegende Richtungsänderungen auf den Weg zu bringen.

--- 000 ---

Zu einem Kommentar von Eric Frey
im Standard vom 3./4.8.2019

Nochmals: Recht und Politik

In der ersten Randnotiz des heurigen Jahres kritisierte ich die gefährliche Naivität des Glaubens an den unbedingten Primat des Rechts vor der Politik. Nun weist Eric Frey im Standard überzeugend nach, dass die Republikaner in den USA seit mehr als zwei Jahrzehnten die Chancen für die Durchsetzung einer den Interessen der Konservativen zuwider laufenden Politik systematisch reduzieren, indem sie ihren Einfluss auf die Bestellung aller Bundesrichter, von den Bezirksgerichten bis hinauf zum Supreme Court geltend machen.

Wie sagte so schön unser Innenminister a.D.? *"Ich glaube immer noch, dass der Grundsatz gilt, dass das Recht der Politik zu folgen hat und nicht die Politik dem Recht."*

Da wartet offensichtlich eine große politische Aufgabe auf Kickl in den USA. Schicken wir ihn doch rüber - eine klassische Win-win-Situation für die USA und Österreich.

--- 000 ---

Zu einem Interview mit der ehemaligen
SPD-Familienministerin Renate Schmidt
im Zeitmagazin vom 1.8.2019

Die Sozialdemokratie und die Systemfrage

Renate Schmidt ist eine sehr sympathische und kluge Frau mit sicherem Gespür für einige der wichtigsten Ursachen des aktuellen Abwärtstrends bei den Sozialdemokraten: *"Wir haben uns gesellschaftspolitisch ein ganzes Stück nach links bewegt. Das ist gut. Aber wir haben uns gleichzeitig sozialpolitisch ein Stück zu weit nach rechts bewegt."* Deshalb gelte es jetzt, *"die neue Systemfrage zu stellen"*. Und sie sagt auch klar, was sie damit meint. Es geht ihr dabei um die Frage, *"wem die Globalisierung eigentlich nutzt und was man tun müsste, damit sie möglichst allen nutzt und nicht nur einigen wenigen."*

Damit bleibt sie in schlechter sozialdemokratischer Tradition bei der Verteilungsfrage stehen und macht deutlich, nicht verstehen zu können, dass es **vor** aller Verteilung von Nutzwerten um deren **Produktion** geht. Denn die eigentliche Systemfrage ist die nach der Steuerung dieser Produktion, die in unserem System nur der **Logik des Profits** folgt. Einer mörderischen Logik, die zerstörerische Konkurrenz zwischen Staaten, Regionen und Menschen etabliert, und einen alle natürlichen Grenzen dieses Planeten sprengenden Wachstumszwang etabliert.

--- 000 ---

Zu einem Interview mit dem
Psychiater Reinhard Haller
im Kurier vom 28.8.2018

Kapital und Wertschätzung

Man sollte meinen, dass 'Kapital' und 'Wertschätzung' nicht sehr viel mit einander zu tun haben. Der eine Begriff beschreibt eine ökonomische Kategorie, das andere eine zwischenmenschliche Haltung. Das neue Buch des Psychiaters Reinhard Haller zeigt aber, dass beides nach dem gleichen Prinzip funktioniert. Was ist nämlich der eigentliche Witz des Kapitals? - Es ist etwas, das sein Eigentümer nur deshalb hergibt, weil es mit Zinsen wieder zu ihm zurück kommt und dadurch seinen Wert steigert.

Und worin besteht laut Haller das Wunder der Wertschätzung?

"Wertschätzung kommt immer zurück mit Zinsen. Und steigert dadurch den Selbstwert."

Wir lernen daraus, dass der zwischenmenschliche Anstand mittlerweile zwar noch nicht auf den Hund, aber immerhin schon auf das Kapital gekommen ist.

Anders gesagt, hat sich die Logik des Kapitals bereits so tief in unserem Innersten eingenistet, dass wir **uns selbst** nur mehr als ein sich selbst verwertendes Kapital begreifen.

Haller wäre ein großartiger Zeitdiagnostiker, wenn ihm bewusst wäre, was er mit solch einer Formulierung sagt. Ich fürchte aber eher, dass er nur **Symptomträger** ist.

--- 000 ---

Zu Florian Aigners Ausführungen über
die Chaostheorie in der Radiosendung
'Salzburger Nachtstudio' am 25.9.2019

Vorsicht beim Klatschen!

Einer unserer beliebtesten Physik-Erklärer verdeutlicht die Einsicht der Chaostheorie, dass in vielen physikalischen Systemen selbst minimale Ursachen zu riesigen Wirkungen führen können, anhand des folgenden Beispiels: *"Wenn ich jetzt in die Hände klatsche, kann es sein, dass dieses Händeklatschen langfristig den Lauf der Welt verändert hat."*

Bei Gesellschaftssystemen beobachtete man derartige Effekte schon lange vor der Entwicklung der Chaostheorie. Zeigten doch die historischen Erfahrungen in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, dass Händeklatschen bei bestimmten Parolen sogar zu Weltkriegen führen kann.

--- 000 ---

Wer oder was ist schuld am Wachstumszwang

Es hat sich inzwischen allgemein herumgesprochen, dass der Kapitalismus irgendwie Schuld trägt an dem schnurstracks in die Klimakrise führenden Wachstumszwang. Unterschiedlich sind bloß die Ansichten darüber, was damit genau gemeint ist. Die meisten Leute scheinen zu denken, dass die **Gier** der Manager, Banker und Anleger Verantwortung trage für die permanente Steigerung des Produktions- und Dienstleistungsvolumens. Eine Minderheit von besonders gescheiten Querdenkern ist aber (wie immer) der Überzeugung, dass genau das Gegenteil der Mehrheitsmeinung zutreffe. So formuliert etwa der bekannte Deutsche Großsoziologe Hartmut Rosa: *"Es ist nicht die Gier nach mehr, sondern die Angst vor dem Immerweniger, die das Steigerungsspiel aufrecht erhält"*. Und in der jüngsten Ausgabe der ZEIT findet sich eine besonders gefinkelte Lösungsvariante dieses unterhaltsamen Wer-ist-schuld-Spiels:

Marc Brost und Bernd Ulrich kommen hier in einem mit *"Mehr oder Weniger"* betitelten Artikel zu dem Schluss, dass der Wachstumszwang letztlich nur Resultat unseres **misanthropischen Menschenbilds** ist. Denn wir alle haben Angst vor unserer eigenen Reaktion auf das Fehlen ständigen Überflusses: *"Wenn wir (die Mehrheit) nicht mehr in Saus und Braus leben, sondern nur in Hülle und Fülle", flüstert uns diese Angst zu, "dann, ja dann kommen wir nicht mehr gewaltlos aneinander vorbei, dann reiben uns Neid und Knappheit auf, dann stirbt die Solidarität, weil sich das egoistische Individuum derlei Altruismus angeblich nur mehr im stetigen Mehr abzurufen vermag"*. Nach Ansicht der beiden Autoren hält diese Vorstellung, die Solidarität könnte ohne permanente Fütterung durch immer mehr Konsumgüter in den gefürchteten Kampf aller gegen alle münden, *"die Gesellschaft in latenter Panik. Wenn das Wachstum ausbleibt, sind wir alle verloren."* Das Wachstum ist also gar nicht so unvermeidlich, wie wir in panischer Angst vor dem in uns steckenden Egoisten meinen. Und erst dann, wenn wir diese Angst überwinden, wird das Wachstumsproblem beherrschbar. Denn *"am Ende kann über Wachstum nur rational diskutiert werden, wenn auch über das ihm zugrunde liegende negative Menschenbild gesprochen wird. Können wir wirklich nur im Überfluss solidarisch sein?"*

Tatsächlich aber sind weder die Gier, noch die Angst vor dem Abstieg oder vor unserem inneren Egoisten verantwortlich für den mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung etablierten Wachstumszwang. Zwar erzeugt der Kapitalismus tatsächlich Gier, Abstiegsangst und in seinen jüngsten

Entwicklungsphasen auch immer mehr Egoismus und Gewaltbereitschaft. All dies sind aber bloß sozialpsychologische **Effekte** eines Wirtschaftssystems, das nicht nur Waren produziert sondern auch die Charaktere seiner Produzenten systemkonform zurechtet. Die eigentlichen Ursachen für Fehlentwicklungen wie den Wachstumszwang sind daher nicht auf der Ebene der von diesem System produzierten Charaktermasken zu suchen, sondern **in seinen Spielregeln**, d.h. in den Regeln, nach denen es die Produktion organisiert.

Die wichtigste dieser Regeln ist die Institutionalisierung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Sie ist gleichbedeutend damit, dass man die große Masse der arbeitenden Menschen von diesen Produktionsmitteln trennt. Die Arbeitskräfte können daher nicht gemeinsam über die Verwendung des von ihnen produzierten Mehrwerts entscheiden, oder gar beschließen, ihre Arbeit so stark zu verkürzen bzw. zu entschleunigen, dass ein verringertes Mehrprodukt entsteht. Denn alle Entscheidungen über Produktion und Verwendung des Mehrwerts liegen bei den privaten Eigentümern der Produktionsmittel, die aufgrund dieses Eigentums auch über sämtliche damit erzeugten Werte einschließlich des Mehrwerts verfügen. Jene Eigentümer sind aber ihrerseits nicht frei in ihrer Entscheidung. Wollen sie nicht im Konkurrenzkampf untergehen, also mit anderen Worten aus der privilegierten Eigentümerklasse ausscheiden, dann müssen sie möglichst viel Mehrwert akkumulieren, um anschließend einen neuen Produktionszyklus auf erweiterter Stufenleiter starten zu können - mit noch produktiveren Maschinen, noch größerem Ausstoß an Produkten und entsprechend größerem Verbrauch von Rohstoffen und sonstigen Umweltressourcen.

Es gibt also eigentlich keine bestimmte Gruppe von "*Schuldigen*" innerhalb dieses Spiels. Schuld sind nur **wir alle**, die wir akzeptieren, dass unser kollektives Produzieren, auf Basis solcher Spielregeln organisiert ist.

--- 000 ---

Wahlkampfpoesie

Im Finale des Wahlkampfes wird die Dauerberieselung durch eine Endlosschleife von Rededuellen und Elefantenrunden mit anschließender *"Analyse"* durch Politik- und Kommunikationsexperten so unerträglich, dass ich beschließe, mit ganz persönlicher Wahlkampfpoesie einen gänzlich undiskursiven, nicht-analytischen Kontrapunkt zu setzen. Ich habe die zwei folgenden Gedichte in Kooperation mit einem **Gedichte-Algorithmus** erzeugt. Dieser würfelte auf der Basis von Zufallszahlen Worte und Satzstrukturen aus, kombinierte und ergänzte sie mit meiner Vorgabe von jeweils drei bis vier Sprachbausteinen und mixte daraus ein „Gedicht“, das ich anschließend noch ein wenig überarbeitete.

Vorgegebene Sprachbausteine:
Norbert Hofer, Hass, Stöckchen
schwingen, schleimig

Kleine Huldigung für Norbert Hofer

Du Stöckchen schwingender Hass.
Dein Hassen ist schleimig,
ein schleimiger Brei
aus Hass und Verbindlichkeit.
Norbert Hofer. Ja, schleimiges Früchtchen du!
Schwing Dein Stöckchen.
Du musst es leben - gichtig in Raum und Zeit!
Wie dein Hassen und dein Schleimen
und meine zischende Verachtung.

Vorgegebene Sprachbausteine:
Sebastian Kurz, Wahlkampfmaschine,
aalglatt

Wahlkampfmaschinen und Wichte

Wahlkampfmaschinen sind reich,
reich und somit grausam.
Wären sie
nicht aalglatt, vielleicht nur grausam,
wie streng wären die Wichte.
Lasst euch nicht knacken, Wichte,
von Wahlkampfmaschinen
wie Sebastian Kurz.

WählerInnenströme zwischen den politischen Lagern

Kaum ist die Wahl geschlagen, zieht es mich wieder so stark zurück zum analytischen Denken, dass ich beschließe, mir meine eigene Wählerstromanalyse zu machen. Alle am Wahlabend und an den Tagen danach publizierten Untersuchungen der WählerInnenströme bezogen sich nämlich nur auf die einzelnen Parteien und nicht auf die beiden großen Lager Links-Grün einerseits und Rechts andererseits. Ich bastelte mir daher auf Basis der von SORA publizierten Wählerstromtabelle eine eigene Tabelle, welche diese Lücke schließt, wobei sie die Neos als potentiellen Partner einer derzeit (noch?) nicht möglichen links-liberalen Regierungskoalition gesondert darstellt. Sie zeigt, wie sich die innen- und weltpolitischen Entwicklungen der beiden letzten Jahre auf Volumen und Struktur der großen WählerInnengruppen ausgewirkt haben, und ich möchte hier kurz über ihre wichtigsten Aussagen berichten.

Zunächst zur **Veränderung des Volumens der beiden politischen Lager**: Hier belegt meine Tabelle eine ganz leichte Zunahme von Links-Grün (von 37% auf 39%). Zusammen mit dem etwas stärkeren Zuwachs der Neos (von 5% auf 8%) ergibt das ein Anwachsen des Links-liberalen Gesamtlagers (Links+Grün+Neos) von 42% auf 47%. Komplementär dazu ist der Gesamtanteil des Rechtslagers von 57% auf 53% zurückgegangen. Zwei Jahre Erfahrung mit einer rechtspopulistischen Regierungspolitik gewürzt mit zahllosen Einzelfällen und zwei Skandalen (Ibiza und Spesen) haben also dazu geführt, dass der Vorsprung der rechtspopulistischen Regierungskoalition vor dem links-liberalen Gesamtlager sehr deutlich geschrumpft ist (von rund 15 auf rund 6 Prozentpunkte).

Beziehe ich auch die jeweiligen NichtwählerInnen in die Betrachtung ein, dann ist zu erkennen, dass dieses 'dritte' Lager seit 2017 deutlich größer wurde (Anstieg von 21% auf 25% aller Wahlberechtigten). Die Analyse der WählerInnenströme beweist, dass sich der Zuwachs jener Gruppe von (vorübergehend?) Resignierten/Uninteressierten vor allem aus dem WählerInnenreservoir des rechtspopulistischen Lagers speist: von den Rechts-Wählern des Jahres 2017 gaben 2019 gut 280.000 keine Stimme ab, während sich von den Links-Grün-WählerInnen des Jahres 2017 nicht einmal halb so viele (137.000) der Stimme enthielten. Parallel dazu gelang der Regierungskoalition im Vergleich zum Links-Grün-Lager auch nur eine schwächere Mobilisierung ehemaliger Nichtwähler (38.000 gegenüber 88.000). Der Zuwachs des Lagers der NichtwählerInnen ist also wohl eher ein Effekt der Enttäuschung über die Regierungspolitik (plus Einzelfälle und Skandale) als Resultat einer Enttäuschung über das Verhalten der Opposition.

Und nun zum **Wechsel zwischen den politischen Lagern**. Hier zeigt meine Tabelle nur relativ geringe Wanderungsbewegungen zwischen den beiden großen Gruppen von WählerInnen (Links-Grün und Rechts): Von den rund 2,9 Millionen RechtswählerInnen des Jahre 2017 wählten bei der aktuellen Wahl 162.000 (das sind knapp 6%) links-grün, während von den rund 1,9 Millionen Links-Grün-WählerInnen zuletzt 139.000 (das sind gut 7%) rechts wählten. Es gelang also weder der rechten Regierung noch der links-grünen Opposition in großem Ausmaß AnhängerInnen des Gegners auf ihre Seite zu ziehen. Die Gegenrechnung beider Ströme ergibt einen ganz kleinen Gewinn des Links-Grün-Lagers (plus 23.000).

Viel größere Bedeutung haben die WählerInnenströme innerhalb der liberalen Zone des Links-liberalen WählerInnenpotentials: Von den gut 370.000 WählerInnen der Neos im Jahr 2019 kommen 111.000 aus dem Rechtslager des Jahre 2017 und 98.000 aus dem vormaligen Links-Grün-Lager. Zugleich musste man nur 6.000 WählerInnen an das Rechtslager abgeben, während aber 96.000 Wählerinnen nach Links-Grün hin abflossen. Bei einer Gegenrechnung dieser Zu- und Abflüsse bleibt den Neos vom WählerInnenstrom innerhalb des gesamten linksliberalen Lagers ein minimales Plus von nur 2.000 WählerInnen, während sie aus dem WählerInnenaustausch mit dem Rechtslager als großer Sieger aussteigen. Das diesbezügliche Plus liegt hier bei 105.000 WählerInnen, was 28% des gesamten aktuellen Stimmvolumens der Neos entspricht. Es ist dies wohl der Preis den die ÖVP für ihre unter Kurz vollzogene rechtspopulistische Wende an das liberale Lager zahlen musste.

--- 000 ---

Zu einem Artikel in
DIE ZEIT vom 10.10.2019

Die Wohlstandskatastrophe

Unter dem Titel *"Klimaschutz ist nicht lieb"* diagnostiziert Jens Jessen den Klimakollaps als unausweichliche Folge der in der Menschheitsgeschichte erstmals sich anbahnenden Tendenz zur Etablierung eines weltweiten **Massenwohlstands**. *"Der Wohlstand weniger war für die Erde über Jahrtausende nie das Problem, solange die Masse in Armut lebte. Aber die Masse in Wohlstand - das ist die eigentliche Formel der Klimakatastrophe. Auch wenn unter Gleichheitsaspekten nichts wünschenswerter ist, wird man sagen müssen: Die soziale Gerechtigkeitsfrage wurde und wird bis auf den heutigen Tag auf Kosten der Umwelt gelöst. Und wenn dies nicht mehr geht? Dann wird entweder Armut für alle sein (die kommunistische Lösung) oder Wohlstand für wenige (die feudalistische Lösung). Aber Wohlstand und Gerechtigkeit zusammen werden sich niemals im globalen Maßstab verwirklichen lassen ..."*

Eine Diagnose, die, wenn sie denn zuträfe, äußerst deprimierend wäre. Zumal die Bezeichnung der zweiten Alternative als "*feudalistische Lösung*" sehr verharmlosend ist. Denn Wohlstand für wenige könnte es weltweit in Zukunft wohl nur im Rahmen eines universellen Ökofaschismus geben. Und auch die erste der beiden Alternativen, eine zwar gerechte, aber bitterarme Weltgesellschaft ist wohl keine Utopie, für deren Realisierung man sich engagieren möchte.

Die einzige Chance für ein positiveres Zukunftsbild sehe ich darin, dass die diesem Artikel zugrunde gelegte Vorstellung von "*Massenwohlstand*" falsch ist, weil sie Wohlstand primär als das individuelle Verfügen über eine möglichst große Anzahl von **Konsumgütern** definiert. Meine Hoffnung auf die Möglichkeit eines universellen umwelt- und klimakompatiblen Massenwohlstands geht demgegenüber davon aus, dass ...

- einerseits ein erheblicher Teil der uns als unentbehrlich erscheinenden Konsumgüter nur der Befriedigung von Scheinbedürfnissen dient, die man uns erfolgreich einredet, um die Wirtschaft in Schwung zu halten
- während andererseits ein weiterer großer Teil der aktuell tatsächlich unentbehrlichen Konsumgüter überflüssig wird, sobald wir uns zu einem wesentlich großzügigeren Ausbau der öffentlichen Angebote etwa im Verkehrssektor (aber nicht nur hier) entschließen.

Vor allem aber erwarte ich, dass in einer solidarischen, nicht durch Konkurrenz und Klassenschränken gespaltenen Gesellschaft an die Stelle des aktuell von uns angestrebten **Reichtum des Habens** so etwas wie ein **Reichtum des Seins** treten kann. Und das ist für mich keine verbrämte Umschreibung von "*Glück trotz Armut*", sondern Chiffre für eine neue Qualität des Lebens im Kontext einer neuen Ökonomie.

--- 000 ---

Zu einem Plakat der
Wiener SPÖ im 2019

Interpretationsprobleme

Auf der linken Hälfte des Plakats ein strahlender junger Mann, auf der rechten Hälfte ein strahlender Michael Ludwig. Darunter der Text "*Was mich fördert, fördert Michael Ludwig*"

Mir fallen nur vier möglichen Interpretationen ein:

1. Wiens Bürgermeister Michael Ludwig leidet unter einer schweren Identitätsstörung und glaubt, er sei Ludwig XIV ("*L'État c'est moi*")
2. In der Werbeagentur bzw. der beauftragenden Wiener SPÖ pflegt man ein entsprechend absolutistisches (d.h. seit drei Jahrhunderten überhol-

tes) Gesellschaftsbild; kleine Korrektur: auch in der Gegenwart gibt es noch ein paar absolutistische Staaten. Wikipedia nennt hier unter anderem den Vatikan, Brunei, Saudi-Arabien, Oman und Katar. Sollte man etwa auch das Bundesland Wien in diese Liste aufnehmen?

3. Michael Ludwig leidet unter Geständniszwang und will der Öffentlichkeit verschlüsselt mitteilen, dass er bei jeder vom Land Wien erteilten Förderung auf irgendeine Weise persönlich mitschneidet.
4. In der Werbeagentur bzw. der beauftragenden Wiener SPÖ sitzt ein Maulwurf der Opposition, der ein entsprechendes Gerücht in Umlauf bringen möchte.

Das Schlimme ist, mir fallen wirklich keine anderen möglichen Interpretationen dieses Plakats ein. Oder sitz ich da auf der Leitung?

--- 000 ---

Zum Leitartikel im Kurier
vom 19.11.2019

Fallensteller

Vor dem Hintergrund des im Gefolge von Ibiza aufpoppenden Sittenbilds der heimischen Kultur des Postenschachers gibt Daniela Kittner im Kurier einen sehr plausiblen Rückblick auf die Geschichte des Proporz: Ursprünglich war er eine der Lehren, die ÖVP und SPÖ nach 1945 aus Bürgerkrieg und Austrofaschismus zogen: *"Keine Partei sollte überproportional im Staatsapparat vertreten sein, ein Parteiengleichgewicht sollte die Demokratie festigen."* Bis in die achtziger Jahre hinein hatte er dann eine gesellschaftsstabilisierende Wirkung. Denn die heimische Wirtschaft war bis zu jener Zeit eine klassische *"National-Ökonomie"* mit hohem Staatsanteil und geschützten Märkten, in der die Sozialpartner lenkend auf Preise, Löhne und die Geldpolitik Einfluss nehmen konnten. Daniela Kittner ist auch zuzustimmen bei ihrer Feststellung, dass es *"diese Welt des geschlossenen österreichischen Systems"* heute nicht mehr gibt, und dass wir in einer Welt des globalisierten Konkurrenzkampfs leben, *"in der sich von den Schülern angefangen jede und jeder internationalen Benchmarks, PISA-Studien und Produktivitätsvergleichen stellen muss."*

Zurückweisen möchte ich aber die von ihr aus dieser Situationsbeschreibung abgeleitete Schlussfolgerung. Denn die besagt, dass in dieser neuen Welt des globalisierten Konkurrenzkampfs *"eine Personalrekrutierung wie in den 1950er-Jahren vielleicht doch etwas outgedatet (ist)"* und dass die Grünen jetzt *"die Jahrhundertchance (haben), das zu tun, was die FPÖ zwar stets versprochen, aber nie gehalten hat: zumindest auf Bundesebene das Postenschachern abzustellen."*

Das klingt unheimlich überzeugend, ist aber eine Falle! Man muss sich nämlich fragen, wer denn dann nach welchen Kriterien die zu besetzenden Posten vergeben wird. Die Antwort ist ernüchternd: Es werden dann (im besten Fall!) interne und externe 'Experten' bestimmen, die ihr Expertentum in den Kaderschmieden jener ökonomischen Leitkultur erworben haben, welche gerade dabei ist, den gesamten Planeten an die Wand zu fahren.

Wenn man (bloß zum Spielen!) einmal kurz annimmt, dass es den Grünen ein Anliegen ist, gegen die Herrschaft dieser Leitkultur anzukämpfen, dann müssen sie weiterhin auf sehr altmodische Weise um jeden Posten ringen - in der vagen Hoffnung, dass sie dies nicht nur für die KarrieristInnen des eigenen Lagers tun, sondern dabei auch den einen oder anderen kritischen Geist in Stellung bringen können, der sich nicht sofort und umstandslos jenen scheinbar unausweichlichen 'Sachzwängen' unterwirft, die besagte Leitkultur täglich über alle Medienkanäle von A (wie Angebotspolitik) bis Z (wie Zinsentief) für uns durchbuchstabiert.

Apropos Fallenstellen: einer der gefährlichsten Steller einschlägiger Fallen ist Franz Fiedler, Ehrenpräsident des Beirats von Transparency International Österreich. In einer ORF-Diskussion zur Postenschacher-Thematik spricht er sich dagegen aus, dass politische Wechsel an der Spitze von Ministerien auch zu entsprechenden politischen Umfärbungen bei den in deren Einflussbereich stehenden Unternehmen führen. *"Denn dann werden in Wahrheit nicht die Interessen des Eigentümers, der Republik, sondern einer politischen Partei zum Durchbruch kommen."*

Diese Begründung lässt tief blicken auf das Staats- und Politikverständnis bei Transparency International. Auf der einen Seite verklärt Fiedler hier den Staat zur frei über allen Sonderinteressen schwebenden Agentur eines fiktiven Allgemeininteresses. Und auf der anderen Seite negiert er die Möglichkeit, dass die von einer politischen Partei vertretenen Ziele so etwas wie ein gesamtgesellschaftliches Interesse verkörpern könnten. Ob dies im Einzelfall zutrifft, muss natürlich diskutiert werden. Man darf es aber doch nicht von vornherein ausschließen - und mit diesem Ausschluss den Parteien prinzipiell das Recht absprechen, dem von ihnen jeweils vertretenen Anliegen durch entsprechende Personalpolitik zum Durchbruch zu verhelfen. Wer so argumentiert, gibt sich als Agent jener Sonderinteressen zu erkennen, die sich hinter einer an 'Sachzwängen' orientierten 'Sachpolitik' verstecken, welche dem fiktiven Allgemeininteresse *"der Republik"* zu dienen vorgibt.

Lernverweigerung

Zum fünfundzwanzigjährigen Jubiläum des Mauerfalls im Jahr 2014 schrieb ich einen Artikel, in dem ich auf eine Leerstelle praktisch aller damaligen Kommentare und Reden des Gedenkens hinwies.⁸ Die rückblickende Empörung der Redenschreiber und Kommentatoren vergaß damals nämlich auf eine gebührende Betonung der Tatsache, dass das an der DDR beklagte Unrecht in veränderter Form weiterlebt. So kommen neuere Forschungen zum DDR-Grenzregime auf Opferzahlen, die (je nach Art der Zählung) im Bereich von 1.500 bis 2.000 Toten liegen. An den Grenzen der Festung Europa starben demgegenüber allein zwischen 1988 und 2014 schon mehr als 17.000 Menschen, davon rund 13.000 im Mittelmeer oder im Atlantischen Ozean.

Auch beim heurigen Gedenken zum dreißigjährigen Jubiläum zog keiner der Reden- und Kommentarschreiber einen diesbezüglichen Vergleich. Gewiss, es gibt heute keinen Schießbefehl, weshalb niemand mehr an Stacheldrähten verblutet. Wir lassen aber die Menschen ertrinken, sehen zu dabei und waschen unsere Hände in Unschuld. Ist das moralisch höher stehend als das damalige Verhalten des "*Unrechtsstaats*" DDR? Die Parallelen zwischen dessen Grenzregime und jenem der EU werden noch deutlicher, wenn man sich vor Augen führt, dass beide Male ein sehr ähnliches Motiv hinter der Unmenschlichkeit steckt:

- Zwischen der DDR und dem Westen bestand ein Wohlstandsgefälle. Dieses übte eine Sogwirkung auf die im ökonomisch schwächeren Bereich lebenden Menschen aus, welche eine Bedrohung für den sozialen Zusammenhalt und die ökonomische Entwicklung der DDR darstellte.
- Nun besteht das Wohlstandsgefälle zwischen der EU und ihrem südlichen Umfeld. Und es übt wieder eine Sogwirkung auf die im ökonomisch schwächeren Bereich lebenden Menschen aus, was in diesem Fall den sozialen Zusammenhalt und die ökonomische Entwicklung der EU bedroht.

2014 fand ich daher, wir sollten unser Gefühl der moralischen Überlegenheit zügeln, wenn wir auf die DDR zurückzublicken. Nun stelle ich fest, dass wir diesbezüglich in den letzten fünf Jahren nichts dazugelernt haben.

P.S.: Inzwischen ist auch das Gefälle der Lebenschancen zwischen Westeuropa und den Nachfolgestaaten des 'realen' Sozialismus so stark, dass

8 Der Artikel mit dem Titel "*Verlust der Utopie*" erschien in der Nummer 12/2014 der sozialdemokratischen Zeitschrift „Die Zukunft“ und kann auch auf meiner Webseite nachgelesen werden. Hier der Link dazu:
http://www.erkenntnistheorie.at/wp-content/uploads/2015/07/verlust_der_utopie

letztere genau das erleben, wovor sich die DDR mit ihrer unseligen Mauer schützen wollte: Sie bluten ökonomisch aus durch massenweise Abwanderung ihrer jungen, qualifizierten Arbeitskräfte.

Und was lesen wir dazu in der ZEIT vom 7.11.2019? Man reibt sich die Augen, weil man nicht glauben kann, wie bössartig die Ironie der großen Lehrmeisterin 'Geschichte' ist: *"Nach Angaben des Thinktanks European Council on Foreign Relations würden 50 Prozent der Polen und 49 Prozent der Ungarn eine Gesetzgebung befürworten, die es 'für die eigenen Bürger illegal macht, für längere Zeit ihr Land zu verlassen'. Ähnliche Einstellungen finden sich in mehreren anderen Ländern Osteuropas."*

Mit einem Wort: Die wünschen sich eine Art MAUER-LIGHT.

--- 000 ---

2020

Poesie zum Jahreswechsel

Schon die Randnotizen zum Jahr 2019 enthielten zwei Maschinengedichte, die von einem **Algorithmus** erzeugt wurden. Dieser mixt einige von seinen Nutzern vorzugebende Sprachbausteine mit Worten und Satzstrukturen, die er nach einem Zufallsprinzip selbst auswählt.⁹ Zum Jahreswechsel habe ich die Gedichtemaschine nun wieder angeworfen. Während ich die beiden im Vorjahr vom Algorithmus 'ausgespuckten' Texte im Anschluss noch ein wenig überarbeitete, wurde das folgende Gedicht ganz allein von der Maschine fabriziert. Und mir ist ziemlich unheimlich zumute beim Gedanken daran, wie gut sie mich zu kennen scheint ...

Vorgegebene Sprachbausteine:
Karl, Zukunft, Gestalten

Ein letzter Wink dem Genossen

Ach Karl, verirrtes Wesen du,
Wozu die Welten jetzt bewahren?
Der Herbst erglüht,
Es gestalten die drallen Zukünfte,
Und ewig droht dir Verderben!

--- 000 ---

Zum 'erfolgreichen' Abschluss der Regierungsverhandlungen zwischen Türkei und Grün am Beginn des Jahres 2020

Was geschah an diesem Tisch?

Am Anfang saßen sie einander gegenüber. Am Ende waren alle um Basti versammelt. Die Frage ist nun: Wie kamen die Grünen über den Tisch? Viele Leute sagen, sie seien von Basti übergezogen worden. Ich dagegen bin mir sicher: sie sind übergekrochen.

--- 000 ---

Zu einem Interview des ORF-Brüsselkorrespondenten Peter Fritz mit dem Bundeskanzler; gesendet auf Ö1 im Morgenjournal vom 6.2.2020

⁹ Vgl. im Jg. 2019 die Randnotiz mit dem Titel "*Wahlkampfpoesie*"

Die neue Transparenz

ÖVP und Grüne haben mit ihrem Koalitionsabkommen ein Transparenzpaket auf den Tisch gelegt, das aus Sicht der Grünen ein *"großer, kompromissloser Wurf"* ist, welcher *"der Stärkung der Demokratie dient"*. Schon vor Beschluss der diesbezüglichen Gesetze verdeutlicht der Bundeskanzler durch vorbildlichen Stil der Gesprächsführung bei Interviews, was er unter der neuen Transparenz versteht.

REPORTER: *Herr Bundeskanzler, Sie haben in einem Hintergrundgespräch angeblich beklagt, dass Katzen zu viele Vögel fressen.*¹⁰

BUNDESKANZLER: *Nein, das hab ich so nicht formuliert. Ich sagte aber, dass es katzenartige Haustiere gibt, die immer wieder versuchen, Exemplare jener Klasse der Wirbeltiere zu erhaschen, deren Vertreter als gemeinsame Merkmale unter anderem Flügel, eine aus Federn bestehende Körperbedeckung und einen Schnabel aufweisen. Und das ist ja, glaub ich, in Österreich immer mal wieder schon vorgekommen und in anderen Ländern auch.*

REPORTER: *Sagen Sie damit indirekt, dass Hauskatzen eine Gefahr für Vögel sind?*

BUNDESKANZLER: *Nein, das sag ich nicht, sonst hätt ich Ihnen das grad so gesagt.*

REPORTER: *Was wollen Sie dann damit sagen?*

BUNDESKANZLER: *Es gibt Ihre Möglichkeit Fragen zu stellen, und ich beantworte Ihre Fragen sehr gern und hab versucht sie zu beantworten. Wenn Sie noch weitere Fragen haben, können Sie die gern stellen.*

REPORTER: *Haben Sie volles Vertrauen in die heimischen Hauskatzen?*

BUNDESKANZLER: *Ich hab volles Vertrauen in die heimischen Haustiere in Summe.*

REPORTER: *Zur Präzisierung: Sie haben volles Vertrauen in die heimischen Haustiere in Summe. Das heißt, Sie nehmen die heimischen Hauskatzen aus diesem Vertrauen ausdrücklich aus?*

BUNDESKANZLER: *Ich bitt Sie, dass Sie mich nicht missinterpretieren, und ich glaube, dass das nicht ein guter Stil wäre, wenn Sie das täten.*

--- 000 ---

Zu Zeitungsmeldungen vom 1.3.2020
über die neue Flüchtlingskrise an den
süd-östlichen Außengrenzen der EU

¹⁰ Alle kursiv gedruckte Passagen sind wörtliche Interview-Zitate. Der tatsächliche Inhalt des Interviews betraf aber nicht Vögel fressende Katzen, sondern den von Kurz in einem Hintergrundgespräch geäußerten Vorwurf, bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft gebe es rote Netzwerke, die einseitig in Richtung ÖVP ermitteln.

Was kommt als nächstes dran?

Der türkische Staatspräsident Erdogan schickt Flüchtlinge an die Grenze zu Griechenland, weil die EU zögert, den Flüchtlingspakt mit der Türkei für weitere vier Jahre zu erneuern. Eine solche Erneuerung würde bedeuten, dass die Türkei stellvertretend für die EU weitere vier Jahre lang mehr als drei Millionen syrische Flüchtlinge beherbergt und dafür sechs Milliarden Euro erhält. Pro Jahr entspricht das 0,1 Promille des jährlichen Bruttoinlandsprodukts der EU.

Anstatt sich diese Ausgabe zu leisten, lässt man lieber Griechenland für einen Monat das Menschenrecht auf Asyl aussetzen, um in diesem Zeitraum mittels Polizei- und Militärgewalt jeden Flüchtling ungeprüft abweisen zu können.

Wenn der Wert eines Menschenrechts in der EU weniger als 0,1 Promille ihres Bruttoinlandsprodukts beträgt, fragt man sich, welches Menschenrecht wohl bei den nächsten ins Haus stehenden Krisen suspendiert wird. Die Meinungsfreiheit? Oder vielleicht die Versammlungsfreiheit?

Vorerst sicherlich einmal nur für ein paar Monate ...

--- 000 ---

Zu Meldungen vom 14.3.2020 über
die Maßnahmen der Regierung gegen
die Ausbreitung der Corona-Epidemie

Und schon ist sie weg

Wer? Na die Versammlungsfreiheit.

Jetzt steht die Welt nimmer lang!

Ein ausgeglichener Haushalt sei wichtig, „*aber die Gesundheit der Österreicher, die Arbeitsplätze und der Standort ist wichtiger*“ sagt der Finanzminister bei Vorstellung des ersten Maßnahmenpakets der Bundesregierung für die Unterstützung der Wirtschaft in der Coronavirus-Krise.

Dass ich das noch erleben darf! Einen ÖVP-Finanzminister, dem ein paar Milliarden Schulden weniger Kopfzerbrechen bereiten als ein paar hunderttausend Arbeitslose.¹¹

--- 000 ---

16.3.2020 Erster Tag von
"Österreich auf Notbetrieb"

Gedankenspiele in der Quarantäne

11 Das berühmte Kreisky-Zitat im Wortlaut: "Und wenn mich einer fragt, wie denn das mit den Schulden ist, dann sage ich ihm das, was ich immer wieder sage: dass mir ein paar Milliarden Schulden weniger schlaflose Nächte bereiten, als mir ein paar hunderttausend Arbeitslose mehr bereiten würden."

Ich stehe derzeit in meinem zweiundsiebzigsten Lebensjahr. Damit zähle ich zu jener privilegierten Bevölkerungsgruppe, um derentwillen man nun die globalisierte Ökonomie in eine Weltwirtschaftskrise schickt, die sich gewaschen hat. Danke, ich fühle mich geschmeichelt! Darüber hinaus bin ich ziemlich erleichtert, weil langsames Ersticken eine der schlimmsten für mich vorstellbaren Todesarten ist und sich nun meine Chance erhöht, nicht schon demnächst auf diese Weise mein Löffel abzugeben. Denn durch die jetzt getroffenen Maßnahmen kann die Verlaufskurve der Pandemie vermutlich so deutlich gestreckt werden, dass jederzeit genügend Intubationsgeräte vorhanden sind.

Dann fällt mir ein, dass derselbe Herr Kurz, der jetzt mich und viele andere SeniorInnen vor dem Erstickungstod bewahrt, ohne mit der Wimper zu zucken, tausende Flüchtlinge (im Vorjahr waren es 1.900) im Meer erstickern (sprich: ersaufen) lässt, weil andernfalls angeblich ein für unseren Staat nicht verkraftbarer Migrantenzustrom droht. Und abermals fühle ich mich geschmeichelt. Wie unglaublich hoch muss der Wert meiner Person sein, wenn die nur mehr verhältnismäßig kurze Spanne des mir noch verbleibenden Lebens um so viel schützenswerter ist als das potentiell noch sehr lange Leben eines in ein Flüchtlingsboot steigenden Kindes.

Noch meditiert meine rechte Gehirnhälfte über diese Werterelation, als die linke schon wieder mit neuen Berechnungen beginnt. Die gehen davon aus, dass künftig womöglich alle paar Jahre eine Pandemie über die Welt fegt und der Staat jedes Mal die Spendierhose anziehen muss (Stichwort: "*Whatever it takes*"), was nur möglich sein wird, wenn er sich entsprechend hoch verschuldet. Weil aber die berühmten "*Märkte*" allzu hoch verschuldete Staaten so gar nicht mögen, wird man dann wohl wieder rigorose Sparprogramme im Sozialsystem starten, um für die nächste Pandemie gerüstet zu sein. Keine besonders rosigen Aussichten für das Leben zwischen den Pandemien ...

--- 000 ---

Zu einer Radiomeldung
vom 21.3.2020

Es lebe der kleine Unterschied

Auch in den USA kommt es nun zu coronabedingten Hamsterkäufen. Dort decken sich die Bürger aber nicht mit Klopapier ein, sondern mit Waffen und Munition.

--- 000 ---

Zu einem Kommentar von Michael
Nikbakhsh im profil vom 29.3.2020

Steile Lernkurve?

Jüngst fragte man den Chef der Wiener Börse, *"ob es denn in Ordnung sei, dass Firmen, die vom Staat Millionen für Kurzarbeit bekommen, gleichzeitig auch Gewinne an die Aktionäre ausschütten"*, und er gab darauf folgende Antwort: *"Der Staat schüttet hier aus Töpfen aus, die vorher durch die jetzigen Empfänger befüllt wurden, nämlich die Unternehmen und ihre fleißigen Mitarbeiter."*

Eine wenig überraschende Antwort also auf eine recht naive Frage. Äußerst überraschend dann aber die Reaktion der profil-Wirtschaftsredaktion auf diese Rechtfertigung. Denn deren Leiter stellt nun seinerseits die empörte Frage *"Inwieweit legitimiert dies (nämlich die vorangehende Befüllung der Töpfe) die Zahlung von Dividenden an die Aktionäre?"*

Langjährige Leser der profil-Wirtschaftsberichterstattung antworten darauf wie aus der Pistole geschossen: *"Das Kapital der Aktionäre musste **arbeiten**, damit die Unternehmen in die Fördertöpfe einzahlen konnten. Und diese Arbeit ihres Kapitals legitimiert nun die Finanzierung von Dividendenzahlungen aus jenen Töpfen."*

Dass Kapital 'arbeitet', haben bisher nur die Marxisten bezweifelt. Nun zweifelt offenbar auch die profil-Wirtschaftsredaktion daran. Erstaunlich, welche Lernprozesse bereits die ersten zwei Wochen der Corona-Krise bei unseren Nachhilfelehrern für das kleine Einmaleins des Kapitalismus auslösen. Was ist wohl der nächste Lernschritt? Wird man schon bald Verstaatlichungen fordern?

--- 000 ---

Zum Abschluss eines neuen Kollektivvertrags für die Angestellten in der Sozialwirtschaft

Unsere Helden

Brummt der Wirtschaftsmotor ordnungsgemäß vor sich hin, vergessen wir gern auf die große Masse jener kleinen Leistungsträger, die ihn am Laufen halten. Erst die Corona-Krise rückt sie nun ins Zentrum der Aufmerksamkeit, und schnell erklären wir sie zu *"unseren Helden"*. Wie peinlich, wenn am Höhepunkt des Pandemiegeschehens zufällig ein neuer Kollektivvertrag mit einem Kerntrupp jener neuen Helden auszuhandeln ist. Es geht dabei um die 125.000 Beschäftigten im privaten Pflege-, Gesundheits- und Sozialbereich, und das Verhandlungsergebnis zeigt, was sie uns wirklich wert sind, *"unsere Helden"*.

Wegen des enormen Arbeitsdrucks hatten die Arbeitnehmer eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 38 auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich gefordert. Nach mehr als dreimonatigen Verhandlungen samt kleineren Streiks haben wir ihnen dann statt der geforderten Ver-

kürzung um drei Stunden eine einzige Stunde nachgelassen. Und die erst ab 2022.

Schäbig und daher beschämend, wie wir mit *"unseren Helden"* umgehen.

--- 000 ---

Am höchsten ist die Todesrate
angeblich in den Altenheimen

Die Alten sind ja so bescheiden

Junge Menschen rufen einander derzeit beim Abschied oft ein aufmunterndes *"Gsund bleiben!"* zu. Unter den chronisch maladen Hochrisikopatienten der Altenheime ist der entsprechende Abschiedsgruß vermutlich ein herzhaftes *"Krank bleiben!"*

--- 000 ---

Zu zwei Stürmen im heimischen
Wasserglas im Juni

Die hohe Kunst der Unmutsäußerung

Bei der Äußerung von Unmut über Kontrahentinnen in der politischen Arena sind strenge Regeln zu beachten. Wenn Sie diese wissentlich oder unwissentlich übertreten, müssen Sie mit unangenehmen Folgen rechnen.

FALSCH: Bezeichnung des jeweiligen Gegenübers als *"widerwärtiges Luder"*. Die so Angesprochene wird mit Recht beleidigt sein, und Sie müssen sich mit Rücktrittsaufforderungen aus allen politischen Lagern herum-schlagen.

RICHTIG: Sendung einer Ich-Botschaft, bei der Sie nur über Ihre eigene Befindlichkeit sprechen, wie zum Beispiel: *"Die geht mir am Oasch."* Die Auslöserin ihres Unmuts wird umgehend selbst zurücktreten und Sie sind aus dem Schneider.

--- 000 ---

Zu einem Kommentar von Franz
Schellhorn im profil vom 12.7.2020

Jedem das ihm Nächstliegende

Profils oberster Einpeitscher von neoliberaler Lehrbuchweisheit ist irritiert vom Plan der Wiener Grünen, für Gemeindebedienstete die 35-Stunden-Woche einzuführen, um einen Beitrag im Kampf gegen die massiv gestiegene Arbeitslosigkeit zu leisten. Er übt sich in Sarkasmus und fragt: *"Gäbe es Näherliegendes, als in der schwersten Wirtschaftskrise der Zweiten Republik die ohnehin schon teure und aufgeblähte Wiener Stadtverwaltung weiter zu verteuern und aufzublähen?"*

Schellhorns Lehrbücher legen in dieser Situation etwas ganz anderes nahe. Empfehlen sie doch für derartige Fälle eine weitere Aufblähung des ohnehin schon aufgeblähten Volumens der Arbeitslosengelder.

--- 000 ---

Im Urlaub geht es heuer coronabedingt
leider nicht ans Meer. Da kommt Weh-
mut auf bei uns in Weng im Innkreis ...

Meer oder weniger

Weng im Innkreis
is a weng weng.

Weng am Mea
warat a weng mea.

--- 000 ---

Collage auf der Basis eines Berichts im
Standard vom 23.8.2020 über die Aus-
sagen eines Polizisten im Zuge von
Ermittlungen in einer Grazer Polizeiin-
spektion

Wer beschützt unsere Synagogen?

Nach Angriffen auf eine Synagoge lässt der Innenminister den Schutz jüdischer Einrichtungen verstärken. Wer sind die Leute, die nun in erhöhtem Ausmaß jüdische Einrichtungen schützen sollen?

Einer davon werde vielleicht ich sein. Meine Dienststelle liegt ja ganz nahe bei dieser Synagoge, die sie da letzte Woche beschädigt haben. Sie wollen wissen wer ich bin? Vielleicht fang ich am besten mit meinem Hund an. Der heißt Idolf. Manche sagen, dass ich Ihn in Wirklichkeit Adolf nenne. Aber das ist eine Lüge. Ich werde demnächst per Notariatsakt bezeugen,

dass er Idolf heißt, weil er genau so aussieht wie dieser Ikea-Stuhl, der Idolf heißt. Jetzt kursiert da zwar so ein SMS an meine Schwester, in der ich gefragt hab *"Wo sind die Entwurmungstabletten für Adolf?"*. Aber da hab ich mich natürlich nur vertippt. Auch dafür, dass meine Schwester früher mal Kontakt zu dem angeblichen Neonazi Gerd Honsik hatte, kann man mich doch wohl nicht verantwortlich machen. Wir haben ja keine Sippenhaftung. Gut, ich geb's zu, ich hab auf meinem PC mehr als vierhundertmal den Namen *"Adolf Hitler"* gegoogelt. Aber was heißt das schon. Ich bin eben sehr interessiert an Zeitgeschichte. Jetzt wollen sie mir sogar einen Strick daraus drehen, dass ich einen Pullover mit dem Aufdruck der *"Schwarzen Sonne"* hab, die von der SS benutzt worden ist. Woher soll denn ich das wissen? Ich bin doch bloß ein Fan von Shakira. Die kennen Sie nicht? Na diese Pop-Sängerin. Im Fan-Shop von der gibt's Ketterln mit der Schwarzen Sonne. Und dann erst die Sache mit der Gruppeninspektorin R. Was kann ich dafür, dass diese Frau mir ein Hitlerbild mit dem Aufdruck: *"Du bist lustig, dich vergas' ich als letzten"* schickt? Erstens ist das Versenden von Hitlervideos bei uns in Polizeikreisen Usus. Das wird ihnen jeder Experte bestätigen. Und zweitens ist die R. doch eine alte Drecksau, die die Pappn halten soll, weil sie selbst vergast gehört. Tschuldige, das ist mir jetzt so rausgerutscht. Sowas sag ich normal höchstens nach ein paar Vierterln beim Heurigen. Da hab ich vielleicht auch schon mal gesagt, dass Frauen dem 3. Reich nach nur Rasse zweiter Klasse sind. Aber so würd ich am Arbeitsplatz nie reden. Das weiß jeder, der mich kennt. Beim Prozess, den sie mir jetzt wegen dieser alten Drecksau machen, haben neun Kollegen ausgesagt. Und alle haben bezeugt, dass sie bei mir von Rechtsextremismus oder Frauenfeindlichkeit nichts, aber auch schon gar nichts mitbekommen haben.

--- 000 ---

Nachdem im August in Weißrussland gewählt wurde, beginnt im September in den USA der Wahlkampf für die im November stattfindende Präsidentenwahl.

Pseudodemokratie versus Musterdemokratie

Noch sind wir empört darüber, dass Weißrusslands Präsident Lukaschenko nichts von Fälschung der vorangehenden Wahl wissen will. Da erfahren wir auch schon, dass Präsident Trump seine Anhänger auffordert, ihre Stimme bei den kommenden Wahlen zunächst per Briefwahl und danach auch persönlich abzugeben: Natürlich nur um zu testen, ob das System tatsächlich gegen doppelte Wahl gesichert ist.

Was lernen wir daraus über die Merkmale von guten und schlechten Demokratien?

In Pseudodemokratien bestreiten deren oberste Repräsentanten den Wahlbetrug, der ihnen ihr Amt für eine weitere Regierungsperiode sichert. In Musterdemokratien dagegen fordern deren oberste Repräsentanten zum Wahlbetrug auf, um sich ihr Amt für eine weitere Regierungsperiode zu sichern.

--- 000 ---

Zu einem Artikel von Reinhard Heinisch in der Wiener Zeitung vom 5.9.2020 über die Dauerkrise der liberalen Demokratie

Liberaler Demokratie am Ende?

Reinhard Heinisch beginnt seinen Streifzug durch die internationale Literatur zur Krise der liberalen Demokratie mit einem Hinweis auf linke Demokratiekritik. Einer ihrer Repräsentanten ist der britische Soziologe Colin Crouch. Er vertritt laut Heinisch die These, die westliche Demokratie sei *"zu einem reinen Spektakel verkommen. Werbestrategen und Kommunikationsexperten lenkten dabei unter Aufbietung aller PR-Tricks die Aufmerksamkeit der Wählerschaft auf Oberflächliches. Politische Inhalte wären weitgehend ausgeblendet und würden entweder von gutvernetzten Lobbys oder einem technokratischen Expertentum vorgegeben."*

Da ist was Wahres dran. Und am Ende dieses Zitats geht's dann zum Kern der Sache: Das Spektakel bezweckt nicht bloß die einfache Ausblendung politischer Inhalte. Entscheidend ist vielmehr die **Hinlenkung** der politischen Willensbildung auf Forderungen und Inhalte, die kompatibel sind mit den ökonomischen Interessen des hinter den Politiker- und Expertenstellern stehenden Machtkartells.

Ergänzend ist hier auf die Funktion des **Rechtspopulismus** beim eben skizzierten Spektakel hinzuweisen. Er ist nämlich trotz seines heftigen Protests gegen dieses Schmierentheater selbst einer seiner Hauptdarsteller. Denn ihm kommt die Aufgabe zu, keine Fundamentalkritik an den ökonomischen Grundlagen jenes Machtkartells aufkommen zu lassen. Dies gelingt ihm, indem er die immer größer werdende Unzufriedenheit des Demos (Volk) mit der Kratos (Herrschaft) auf vermeintliche äußere und innere Feinde hinlenkt (Stichworte: Fremden- und Minderheitenhass, Bonzenkritik, usw.). Wenn er hierzulande dieses ihm vorgegebene Ziel verfehlt, wird er schnell zurückgepfiffen und durch einen machtkompatibleren Sa-

lonpopulismus der Marke 'Kurz' ersetzt. Ob derartiges Zurückpfeifen auch bei einem Trump so reibungslos glückt wie bei unserem HC, wird sich schon demnächst bei bzw. nach den US-Wahlen zeigen.

Eine zweite wichtige Ergänzung der These vom verkommenen Spektakel besteht im Hinweis auf den **Grund** für jene Degeneration der liberalen Demokratie. Heinisch bemerkt an diesem Punkt, dass linke Demokratiekritiker *"die Ursachen vor allem im Siegeszug des Kapitalismus"* sehen, *"der nach dem Mauerfall konkurrenzlos agieren konnte."* Würde die Linke wirklich so denken, läge sie völlig falsch. Tatsächlich verhält es sich nämlich genau umgekehrt: Ihre Hochblüte erlebte die liberale Demokratie in der Nachkriegszeit, als der durch keynesianische Wirtschaftspolitik gesteuerte Kapitalismus seinen Siegeszug feierte, indem er kontinuierlich für kräftiges Wachstum sorgte und so Spielraum für weitgehend konfliktlos erringbare Verteilungserfolge von Gewerkschaften und Sozialdemokraten schuf. Denn in dieser Situation konnte man **Zuwächse** verteilen, **ohne** die in den Eigentumsverhältnissen liegende strukturelle Basis aller Ungleichheit von Lebensmöglichkeiten in Frage stellen zu müssen.

Je schlechter nun aber der Wachstumsmotor läuft, je offensichtlicher sich die unausweichliche Krisenhaftigkeit dieses Wirtschaftssystems zeigt, desto gefährlicher wird die Situation für die Eigentums- und Machtelite. Desto wichtiger werden für sie die Täuschungsmanöver der von ihr ausgehaltenen ExpertInnen und die Ablenkungsbemühungen des gezähmten oder ungezähmten Rechtspopulismus. Hat der Demos in dieser dem Verfall preisgegebenen Demokratie überhaupt noch die Chance, einen offenen und fairen Kampf für seine Interessen zu führen? Muss er nicht viel eher auf sein historisches Recht pochen, jene zum Legitimationsspektakel verkommene Regierungsform mit ihren eigenen Waffen der Täuschung und Unehrllichkeit zu schlagen, um sie schließlich zu überwinden?

Ein Gedankenexperiment

Um deutlich zu machen, worauf ich hinaus will, drehe ich das Rad der Zeit kurz einmal nach vor bis zu einer der nächsten Finanz-, Umwelt- oder Gesundheitskatastrophen. Nehmen wir an, dass bei den dann stattfindenden Wahlen aufgrund einer neuerlichen Selbstausschaltung des Rechtspopulismus (Stichworte: Knittelfeld II, oder Ibiza II) ein Bündnis von mittlerweile radikalisierten linken und grünen Parteien eine knappe Mandatsmehrheit im Parlament erringt. Und nehmen wir ferner an, dass dieses Bündnis ein Regierungsprogramm vorlegt, das alle grünen und linken Herzen höher schlagen lässt, aber den ökonomischen Interessen unseres dann noch immer die Strippen ziehenden Machtkartells widerspricht.

Man kann sicher sein, dass in dieser Situation der gesamte im Einfluss von Raiffeisen und co stehende und vom Annoncengeschäft abhängige Me-

diensektor sowie der weitaus größte Teil der durch einschlägige Drittmittel mitfinanzierten HochschulexpertInnen aus allen ihnen zur Verfügung stehenden Rohren gegen dieses Programm schießen. Und kaum hätte die neue Regierung erste gesetzliche Weichenstellungen zur Realisierung ihres Programms getroffen, würden sämtliche oberste Gerichtsinstanzen, angefangen von unserem Verfassungsgerichtshof bis hin zum Europäischen Gerichtshof, mit messerscharfer juristischer Logik darlegen, dass viele der geplanten Maßnahmen zentralen Paragraphen des Europäischen Rechts und unserer angeblich wunderschönen Verfassung widersprechen.

Müsste die links-Grüne Regierung dann nicht in ihrem Verhalten gegenüber Medien, Hochschulen, Justiz- und EU-Institutionen zu Strategien und Tricks Zuflucht nehmen, die gar nicht so unähnlich jenem Verhalten sind, das derzeit von den rechts-autoritären Verfechtern des Modells einer illiberalen Demokratie praktiziert wird? Müsste sie nicht versuchen, Medien, Hochschulen und oberste Gerichte *"umzufärben"* und die EU-Institutionen im Paragraphendschungel des Europäischen Rechts im Kreis zu schicken?

Eine bittere Wahrheit und eine kleine Hoffnung

Vielleicht sollten wir Autokraten wie Orban etwas weniger wegen ihrer Missachtung formaldemokratischer Prinzipien kritisieren, dafür aber viel mehr wegen der wirtschafts-, gesellschafts- und sozialpolitischen **Ziele** tadeln, die sie mit Hilfe dieser Strategie verfolgen. Und vielleicht zeigt sich an der Leichtigkeit, mit der sie die Grundsätze der liberalen Demokratie aushebeln, eine historische Wahrheit, um die wir uns gern herumdrücken möchten, weil die von dieser Regierungsform verkörperten Ideale so gut in unseren Ohren klingen. Wie alle Ideale gelten sie immer und ewig. Die bittere Wahrheit könnte aber lauten, dass die liberal-demokratische Form des Abgleichs unterschiedlicher Interessen nur für jene historischen Situationen taugt, in denen die vom jeweiligen Wirtschaftssystem kontinuierlich produzierte Verteilungsmasse groß genug ist, um die elementaren Bedürfnisse des größten Teils der Bevölkerung abzudecken.

Immer dann, wenn dies nicht der Fall ist, tun sich **zwei Perspektiven** auf: Entweder degeneriert die liberale Demokratie zu jenem eingangs skizzierten Legitimationsspektakel, das ständig in Gefahr läuft, von rechtspopulistischen Schmierenkomödianten bzw. scheinbar seriöseren Salonpopulisten gekapert zu werden. Oder es gelingt dem Demos im störrischen Beharren auf seinen vom System immer schlechter befriedigten Bedürfnissen **neue Formen der gemeinsamen Willensbildung und Partizipation** zu entwickeln, die den Übergang zu einem anderen Wirtschaftssystem ermöglichen. Im gewiss nicht sehr wahrscheinlichen, aber doch nicht ganz ausgeschlossenen Idealfall könnten diese innovativen demokratischen Elemente während der wohl stürmischen Übergangsphase in fruchtbare Konkurrenz

zu den erstarrten Institutionen der liberalen Demokratie treten. Letztere wären dadurch herausgefordert sich zu erneuern und könnten so zu einem Bestandteil der sich neu konstituierenden Gesellschaftsordnung werden.

Die Hoffnung stirbt zuletzt.

--- 000 ---

Zu einem Artikel im Kurier
vom 2.10.2020

Kleiner Vorgeschmack

In der vorangehenden Randbemerkung fragte ich mich, was wohl geschähe, wenn eines Tages eine Links-Grüne Regierung ernsthafte Schritte zur gesellschaftlichen Transformation setzte. Ich gab mir selbst die Antwort, dass in diesem Fall einerseits die etablierte Wissenschaft und die Mainstream-Medien Sturm dagegen liefen und andererseits sämtliche oberste Gerichtsinstanzen ihr Veto dagegen einlegten, weil die geplanten Regelungen vermutlich zentralen Paragraphen des Europäischen Rechts und unserer angeblich wunderschönen Verfassung widersprächen.

Heute nun finde ich im Wirtschaftsteil des Kuriers einen ganzseitigen Bericht, der eine Ahnung davon vermittelt, was sich in der von mir ausgemalten Situation abspielen könnte. Gegenstand des Berichts ist ein Plan des burgenländischen Landeshauptmanns Doskozil. Dieser berüchtigte Linksextremist möchte nämlich im Zuge einer Raumordnungsreform festlegen, dass Flächen ab 100 Quadratmetern künftig nur vom Land Burgenland bzw. hundertprozentigen Tochtergesellschaften für die Produktion von Sonnenstrom genutzt werden dürfen.

Der Kurier informiert über dieses sinistere Vorhaben unter der Schlagzeile *"Doskozil will Solarenergie verstaatlichen"* und meldet sogleich, dass ein von der Solar-Branche beauftragtes Rechtsgutachten über den Gesetzesentwurf *"schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken"* konstatiert. *"Die Regelung verstoße gegen den Gleichheitsgrundsatz und wäre außerdem ganz klar unsachlich."*

Der in dem Bericht in Dienstkleidung (Steireranzug) abgebildete Vorstandsvorsitzende des Bundesverbands Photovoltaic Austria, Ex-ÖVP-Politiker Herbert Payerl, wird angesichts der geschilderten Pläne laut Kurier gar von der Sorge geplagt, dass sich *"Orban-Legisten in Eisenstadt eingeschlichen"* haben.

--- 000 ---

Die Zaubertricks des Thinktanks

Qualitätsjournalismus unterscheidet sich von der Boulevardpresse unter anderem durch seinen korrekten Umgang mit Zahlen. Österreichs führendes Nachrichtenmagazin bemüht mit Franz Schellhorn sogar den Direktor eines veritablen THINKTANKS, um uns im 14-Tagesrhythmus vorzuführen, wie man Statistiken auf seriöse Weise interpretiert. Zum heimischen Pensionssystem etwa legt jener Denkfabriksleiter folgendes Zahlenmaterial vor: *"Allein um die jährlichen Defizite im staatlichen Pensionssystem abzudecken, werden in den kommenden fünf Jahren 64 Milliarden Euro benötigt. Weitere 54 Milliarden Euro fallen an, um die Beamtenpensionen auszahlen zu können. Macht in Summe 118 Milliarden Euro, die bis 2024 unter dem Kapitel 'Alterssicherung' fällig sind."*

Im Anschluss an die Präsentation dieses Datenbefunds, folgt dann sofort dessen Interpretation, die in einer Kritik an der Bundesregierung verpackt ist. Letztere habe es nämlich *"verabsäumt, diese atemberaubende Kostendynamik mit einer Anpassung des gesetzlichen Pensionsalters an die steigenden Lebenserwartungen einzubremsen."*

Tatsächlich **atemberaubend** ist allerdings nur der im Zentrum der vorliegenden Deutung stehende **Interpretationstrick**. Der Herr Direktor benötigt für ihn nur ein einziges, unscheinbares Wörtchen. Es lautet *"diese"* und suggeriert den Lesern, dass die davor präsentierten Zahlen jene Kostendynamik belegen, deren Einbremsung sein Thinktank fordert.

Der Witz dabei: die genannten Zahlen mögen zwar sehr hoch sein, belegen jedoch keinerlei Dynamik, weil sie nicht durch entsprechend geringere Vergleichswerte aus vorangegangenen Jahren ergänzt werden. Das ist aber nicht notwendig, denn bei allen guten Zauberern und Trickbetrügern, sind es ja die Zuschauer bzw. Opfer selbst, die in ihren Hirnen ergänzen, was die Realität nicht hergibt. Und hier werden wir durch gekonnten Einsatz minimaler sprachlicher Mittel dazu gebracht, selbst zu ergänzen, was die uns vorgelegten Zahlen nicht aussagen.

Ende Oktober berichtet das Braunauer Regionalmagazin TIPS über eine Sitzung des Gemeinderats, vor deren Beginn mit einer Bürgerinitiative über die geplante Umwidmung einer großen Waldfläche für die Erweiterung eines Industrieparks diskutiert wurde. In der Sitzung selbst beschloss man dann eine minimale Ausweitung des innerstädtischen Baumbestands.

Preisrätsel für TIPS-LeserInnen

Angenommen, der Braunauer Gemeinderat würde eines Tages zugleich mit der Zubetonierung von 72 Hektar Wald im Umland der Gemeinde die Erhöhung des innerstädtischen Baumbestands um 20 Bäumchen beschließen.

Mit welcher Schlagzeile würde das Regionalmagazin TIPS von der betreffenden Gemeinderatssitzung berichten?

Hinweise für die Antwort finden sich in der jüngsten Ausgabe von TIPS, die mit dem Aufmacher *"Braunau soll 'grüner' werden"* erschien. Unter den richtigen Einsendungen werden 10 Jahresabos für ein wöchentliches Zweitexemplar von TIPS verlost.

--- 000 ---

Verblüfft berichten die Medien, dass es dem jungen Dschihadisten, der am 2.11. 2020 in Wien vier Menschen erschoss, gelungen war, sämtliche Mitarbeiter des Deradikalisierungsprogramms über seine wahre Haltung zu täuschen.

Es musste so kommen

Schreibt einer seit Jahrzehnten Randbemerkungen zum Zeitgeschehen, ist es nicht weiter verwunderlich, wenn er dabei hin und wieder ins Schwarze getroffen hat. Es zeigt nicht von besonderer Klar- oder Weitsicht, sondern ist bloß Ausdruck jener wahrscheinlichkeitstheoretisch begründeten Notwendigkeit, die jedem bewusst ist, der die Rede vom blinden Huhn, das auch einmal ein Körnchen findet, verstanden hat. In mein Entsetzen mischt sich daher kein bisschen Stolz, wenn ich nun feststelle: Ich hab's gewusst. Wer's nachlesen möchte, klicke auf https://www.erkennntnisstheorie.at/wp-content/uploads/2016/12/kurztext_zu_heimat_so_weit.pdf

--- 000 ---

Im Lockdown gelesen

Geld will nicht nur verdient sein

Im profil vom 22.11.2020 weist die unnachahmliche und unersetzliche Elfriede Hammerl auf eine fundamentale Ungerechtigkeit in unserem Lohngefüge hin: *"Manche Menschen können Dachrinnen reparieren, Lichtleitungen legen, Polsterbezüge nähen, Druckverbände anlegen, Kindern das Alphabet beibringen. Mehr Geld als Dachrinnenreparierer und Lichtleitungsleger machen jedoch diejenigen, die deren Fähigkeiten und Fertigkeiten verwalten und ihre Leistungen an dritte verkaufen."*

Herr W. aus Klosterneuburg ist empört und rügt Frau Hammerl auf der Leserbriefseite der nächsten Nummer des profil: *"Wieder einmal bejammern Sie die ach so armen Mitarbeiter, die in 'einfachen' Berufen tätig sind und schüren gleichzeitig den Neid gegen Besserverdiener, denen Sie subtil unterstellen, eigentlich viel Geld für Unnützes einzusacken. ... Ja, manche Menschen können Dachrinnen reparieren, Verbände anlegen oder im Supermarkt die Kassa bedienen. Alles zweifellos (auch) notwendig, aber das meiste davon kann man binnen kurzer Zeit lernen. Um hingegen höhere Bildung zu erwerben, bedarf es wesentlich mehr: jahrelanges Lernen an höheren Schulen und/oder Universität, Fachhochschulen etc. Das ist mit viel Aufwand, Disziplin, Geld- und Freizeitverzicht in jungen Jahren verbunden. Das kann, will und schafft nicht jeder!"*

Man darf Herrn W. nicht böse sein. Wahrscheinlich sieht die Welt wirklich so aus durch die leicht getönten Scheiben der Panoramafenster einer an den Hängen des Kahlenbergs gelegenen Villa mit Blick auf das blaue Band der Donau und den Steffel. Und ich würde ihn gern darauf aufmerksam machen, dass das wohl wichtigste Argument für seine Sicht der Dinge das folgende ist: Erst auf der höchsten Ebene unseres Bildungssystems wird dem Menschen jenes Wertefundament vermittelt, das ihn befähigt, seinen wohlverdienten Mehrverdienst in kulturell angemessener Weise wieder an die Gesellschaft zurückzugeben.

Empirisch untermauert wird dieses Argument durch eine Kurzmeldung im Kurier vom 27.11.2020. Hier lesen wir, dass ein *"Wiener Akademikerpaar"* dem Leopold Museum ein Klimt-Gemälde schenkt, welches es zuvor im Dorotheum um **475.064 Euro** ersteigert hat. Selbst bei bester Vermögenslage wäre Ähnliches wohl von keinem Dachrinnenreparateur zu erwarten.

Höhere Gerechtigkeit

Acht Jahre für Grasser, und alle zerbrechen sich den Kopf darüber, wie gerecht dieses Urteil ist angesichts des Ablaufs der Verhandlung über den von der Staatsanwaltschaft erhobenen Korruptionsvorwurf. Kein Wort wird mehr darüber verloren, was im Vor- und Umfeld des nun amtlich bestätigten Korruptionsgeschehens ablief. Ich hab's aber nicht vergessen und freu mich angesichts des nun vorliegenden Urteils darüber, dass es in diesem Fall vielleicht doch so etwas wie eine höhere Gerechtigkeit, jenseits der juristischen Maßstäbe, geben wird.

Wer sich nicht mehr so genau erinnern kann, was damals geschah, aber eben **nicht** Gegenstand des vorliegenden Gerichtsverfahrens war, klicke auf meine Randnotiz ["Was wir vergessen sollen"](#) aus dem Sommer 2018.

--- 000 ---

In der Sendung "Kulturzeit" am
18.12.2020 bemühten sich der
Moderator Gert Scobel und der
Philosoph Wolfram Eilenberger
um einen philosophischen Rück-
blick auf das Jahr 2020

Der Philosoph als Orakel

MODERATOR: *Was ist die nächste große Aufgabe für Philosophen?*

PHILOSOPH: *Wir müssen den Menschen erklären, dass es die Weltgeschichte nicht persönlich mit ihnen meint, und dass es schwere Zeiten gibt, an denen niemand schuld ist. Diese Frage 'Wer ist jetzt daran schuld?' ist eine politisch sehr gefährliche Frage. Und wir sind in einer Situation, in der diese Frage der Therapie bedarf.*

Eine weise Antwort. Sie fokussiert die Philosophie sehr richtig auf ein Therapieren unseres Fragens. Philosophieren ist tatsächlich weniger ein Antwortgeben als ein Fragenkorrigieren. Und tatsächlich trägt auch niemand im herkömmlichen Sinne 'Schuld' am Elend der Menschen. Diese umfassende Absolution hat aber etwas von einem Orakelspruch. Hier bleibt so viel offen, dass viele falsche Interpretationen möglich sind.

Natürlich sind Wirtschaftszusammenbrüche, Flüchtlingselend, Pandemien usw. nicht unmittelbare Folgen gezielten Handelns bestimmter Bösewichte bzw. böswilliger Eliten. Und selbstverständlich ist auch der Klimawandel kein von irgendjemandem mit böser Absicht in die Welt gesetztes Lügengespinnst. Es gibt also keine Schuldigen im Sinne diverser Verschwörungs-

theorien. Wer ihnen anhängt, überschätzt die Einflussmöglichkeiten einzelner Individuen, hat also nicht begriffen, dass die vermeintlichen Strippenzieher nur Agenten der ihnen Macht verleihenden sozio-ökonomischen Strukturen sind.

All diese Katastrophen sind ebenso wenig Resultate eines hinter unserem Rücken waltenden, von höheren Mächten zu verantwortenden Geschicks. Die Schuld trifft daher auch nicht die Weltgeschichte oder gar die Götter. Um es am Beispiel der uns aktuell quälenden Pandemie auf den Punkt zu bringen: Götter haben vielleicht die Viren erschaffen, sind aber sicher nicht verantwortlich für jenes weltweit vernetzte Produktions- und Austauschsystem, das ihnen beste Ausbreitungsmöglichkeiten bietet. Wir selbst entwickelten diese von einer gnadenlosen Profitlogik gesteuerte Organisation der gesellschaftlichen Arbeit, die den Ausbruch von Pandemien begünstigt, ihren Verlauf dramatisch beschleunigt und die von ihnen verursachten gesundheitlichen und sozio-ökonomischen Probleme drastisch verschärft. Analog verhält es sich bei allen anderen weltweit drohenden Krisen. Stets trifft die Schuld am größten Teil des von ihnen erzeugten Elends letztlich **uns alle**. Denn niemand anderer als wir selbst hat unsere Elend produzierende und Elend potenzierende Art des Wirtschaftens etabliert und niemand anderer als wir selbst duldet ihren Fortbestand.

Die Schuld an diesem Fortbestand trifft uns aber auf ganz unterschiedliche Weise. Denn zum einen hat jeder von uns verschieden geartete und verschieden große Möglichkeiten, Beiträge zur Veränderung jener Organisation der gesellschaftlichen Arbeit zu leisten. Und zum anderen profitieren wir von ihr in ganz verschiedenem Ausmaß und auf ganz verschiedene Art. Der eine kann sich über sein fettes Bankkonto freuen, der andere darf bloß froh sein, dass es ihm immer noch besser geht als seinem langzeitarbeitslosen Nachbarn, und der wieder muss sich damit begnügen, dass er's richtig gut hat im Vergleich zu dem von Ratten benagten Flüchtlingskind im Zeltlager auf Lesbos.

Angesichts dieser hochkomplexen Verantwortungs- und Begünstigungslage darf sich Philosophie bei der Therapie unseres Fragens nach der Schuld am Elend unserer Welt nicht mit weisen Orakelsprüchen begnügen. Sie sollte vielmehr dabei helfen, die diesbezüglichen Fragen so differenziert zu stellen, dass entsprechend differenzierte Antworten möglich werden. Denn nur sie führen weder zu einer Versöhnung mit dem Elend noch zu seiner Abwälzung auf Sündenböcke, sondern eröffnen Perspektiven für die Auflehnung gegen seine strukturellen Ursachen.

2021

Alle Jahre wieder: Verlautbarung des
neuen Preisindex durch die Statistik
Austria

Perpetuum Mobile der vierten Art

Die Physik kennt drei Arten des Perpetuum Mobile. Allen ist gemein, dass sie nicht existieren, da dies jeweils einem der drei Hauptsätze der Wärmelehre widerspräche.

Die Immobilienwirtschaft ließ sich davon nicht entmutigen und hat eine vierte Art des Perpetuum Mobile erfunden. Das Wunderbare dabei: Ihr gelang, was die Physiker für unmöglich halten: die Ingangsetzung eines sich selbst bis zum Ende aller Zeiten in Schwung haltenden Motors.

Er heißt "*Indexanpassung*" und sein Funktionsprinzip ist ganz einfach, aber keineswegs simpel, sondern einfach genial: Denn einerseits wissen wir alle, dass die Mieten aus Wertsicherungsgründen steigen müssen, wenn der Preisindex steigt. Andererseits weiß aber bei weitem nicht jeder von uns, dass eine der Hauptursachen für den Anstieg des Preisindex der Anstieg der Mieten ist. Und deshalb kann im Immobiliensektor funktionieren, was in der Physik unmöglich wäre.

--- 000 ---

Zu den Medienberichten über den
Sturm auf das Kapitol am 6.1.21

Versuch einer Ehrenrettung des Mobs

Das Entsetzen über den gestrigen Sturm auf das Kapitol in Washington ist geprägt von Abscheu und Angst vor einem durch Verschwörungstheorien aufgeheizten und nun durch die ehrwürdigen Hallen dieses Gebäudes rennenden "*Mob*". Ich ersuche all jene, die sonst immer so großen Wert auf die politische Korrektheit ihrer Sprache legen, um etwas mehr Selbstreflexion bei der Verwendung dieses Begriffs.

'Mob' ist die abwertende Bezeichnung einer ohne klare Organisations- und Führungsstruktur handelnden Gruppe von Menschen mit überwiegend niedrigem Bildungs- und Sozialniveau, die sich kurzfristig zu gemeinsamen Aktionen gewaltsamen Charakters zusammengefunden haben. Und Verschwörungstheorien sind der Versuch dieser Menschen mit niedrigem Bildungs- und Sozialniveau jene meist nicht so leicht begreifbaren, weil hochkomplexen Prozesse zu verstehen, die dazu führten, dass man ihnen die Zukunft raubte, bzw. eine solche von vornherein nie zugestand.

Gewiss, es war ein durch rassistische Verschwörungstheorien aufgeheizter Mob, der einst durch die fürchterliche Reichspogromnacht tobte und auch im Zentrum der ausländerfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda stand. Andererseits feiern wir noch heute den 14. Juli 1789, an dem die Bastille von einem Mob erstürmt wurde, der unter dem Einfluss von Verschwörungstheorien gegen die verhasste Marie Antoinette agierte. Und demnächst werden wir wehmütig daran denken, dass vor genau zehn Jahren der Mob der ägyptischen Hauptstadt Kairo die Sturmtruppen der Polizei des Diktators Mubarak in die Flucht schlug - wobei man getrost vermuten darf, dass auch dieser Mob sein Wissen über die Untaten des ägyptischen Diktators nicht ausschließlich aus evidenzbasierten politologischen Studien bezog.

Schlussfolgerung aus alledem: Die Aktionen des Mobs und die hinter diesen Aktionen stehenden Verschwörungstheorien sind immer nur Resultate eines geistigen Klimas, hinter dem auch viele der sich vom Mob distanzierenden Bürger stehen. Ist dies Klima von Hoffnung auf mehr Demokratie und Freiheit geleitet, wird sich die Gewalt des Mobs gegen die Symbole und Bollwerke der Macht richten. Ist es gekennzeichnet von Angst vor einem Zuviel an Demokratie und dem damit potentiell einhergehenden Verlust von Besitztümern und Privilegien, wird sie sich gegen deren wirkliche oder vermeintliche Gefährder richten. Die gewaltsamen Aktionen des Mobs drücken also immer nur aus, was die Bürger empfinden, aber nicht auszuagieren wagen, weil sie zu wenig verzweifelt sind, oder zu viel zu verlieren haben, und weil sie erkennen, dass die Dinge um einiges komplizierter liegen als die Verschwörungstheorien glauben machen wollen.

--- 000 ---

Lehrstück über den Segen der privaten Marktwirtschaft für das Distance Learning im Fach Wirtschaftskunde fußend auf dem Wissensstand vom 26.1.2021. Die Dinge sind im Fluss, nächste Woche kann alles schon wieder ganz anders aussehen. Die Lehren bleiben aber. Und auf die kommt es an.

Lehrstück Covid-19-Impfstoff

Gesegnet sei die liberale Marktwirtschaft. Nur privater Wagemut und eine von der Konkurrenz zum Äußersten gepeitschte Innovationskraft konnten die Entwicklung des COVID-19-Impfstoffs im sensationell kurzen Zeitraum von nicht einmal einem Jahr schaffen.

Autoritäre Oststaaten, die ihr Pharmakapital in strikte Planvorgaben einbinden, waren zwar noch um einiges schneller - aber man kann sich ja

denken, um welchen Preis das geschah. Unsereins darf sich jedenfalls glücklich schätzen, nicht auf derartige 'Impfstoffe' angewiesen zu sein.

Selbstverständlich reichte der Wagemut unseres Unternehmertums und seiner privaten Geldgeber nicht ganz aus, um die zu bewältigende Herkulesaufgabe ganz allein zu stemmen. Es brauchte auch entsprechend großzügige Förderungen, Garantien und Abnahmeverträge mit der EU.

Im Gegenzug muss uns nun der mittels öffentlicher Unterstützung entwickelte Impfstoff zu einem richtigen Schnäppchenpreis verkauft werden, obwohl auf dem Weltmarkt viel größere Gewinnspannen erzielbar wären.

Betrüblicherweise sind da jetzt einige Produktionspannen passiert, die verhindern, dass uns das Pharmakapital die volle vereinbarte Impfstoffmenge zum vereinbarten Schnäppchenpreis liefern kann. Wir werden uns fürs erste mit einem guten Drittel davon begnügen müssen.

Das gibt ein paar unverbesserlichen Verschwörungstheoretikern die Gelegenheit zur Behauptung, dass besagte Pannen gar nicht passiert sind. Die Verzögerungen sollen angeblich nur daher rühren, dass man lieber an Staaten liefert, die nicht auf vorher vereinbarten Schnäppchenpreisen beharren.

Die EU-Kommission darf sicherlich schon demnächst die Bücher der betroffenen Konzerne prüfen, um sich davon zu überzeugen, dass diese Gerüchte nicht stimmen.

Sie wird die Verschwörungstheoretiker dann aber leider nicht widerlegen dürfen, indem sie veröffentlicht, was in den Büchern steht, weil das dem Betriebsgeheimnis widerspräche. Das Betriebsgeheimnis ist nämlich der wichtigste Schutz für das klaglose Funktionieren der Konkurrenz. Und die Konkurrenz ist überlebenswichtig für uns, weil ... - siehe ganz oben.

Das alles ist aber nicht so schlimm, wie es auf den ersten Blick aussieht. Denn unser Pharmakapital arbeitet schon an einem Kooperationsvertrag mit dem Pharmakapital eines der autoritären Oststaaten, damit dieses den Lieferengpass mit seinem Impfstoff beenden kann.

Natürlich muss dieser davor das superstrenge Prüfverfahren der EU durchlaufen. Das wird aber ganz, ganz schnell gehen. Inzwischen haben nämlich so viele russische und argentinische Versuchspersonen die an ihnen durchgeführten Tests überlebt, dass keinerlei Gefahr für die heimische Population besteht.

Außerdem wird ab jetzt, wie ein Brüsselkorrespondent aus sehr verlässlicher Quelle meldet, alles so transparent ablaufen, dass Verschwörungstheoretiker nicht den Zipfel einer Chance haben, böse Gerüchte in die Welt zu setzten.

Für Thomas Bernhard

Eine Würdigung in angemessener Diktion

Er war ein Arschloch, das in Wahrheit selbst gern Teil des von ihm attackierten Großbürgertums gewesen wäre, sich aber mit der Rolle des Hofnarren begnügen musste. Er war jämmerlich, weil er keine Sekunde an Widerstand im realen Leben dachte und sich nicht einmal präzise formulierte Kritik abrang. Wie alle Arschlöcher, speziell die jämmerlichen, war er daher zu bemitleiden. Er konnte aber wie kein anderer über unser aller jämmerliches Arschlochsein schimpfen. Und seine rhythmischen Tiraden waren eine nie davor gehörte Wortmusik, die uns zu seinen Lebzeiten in zwei Lager teilte. Das eine der beiden nahm die Beschimpfungen beim Wort, fühlte sich ertappt in der eigenen Jämmerlichkeit und protestierte aufs schärfste gegen dieses Arschloch, das sich über alle anderen Arschlöcher erheben wollte, indem es ihnen seine Tiraden sang. Die andere Hälfte der Arschlöcher, und zwar die mit den Allerjämmerlichsten, beschloss, nur auf die musikalische Qualität der Schimpftiraden dieses Arschlochs zu achten und liebte es dafür. Wenn wir schon allesamt jämmerliche Arschlöcher sind, dachte man, ist es doch ein gewisser Trost, zum Gegenstand so schöner Wortmusik zu werden. Und wie immer in diesem Arschlochland setzte sich die jämmerlichere Hälfte gegen die etwas weniger jämmerliche durch. Deshalb lieben wir heute alle diesen Arschlochpoeten und sonnen uns in dem Bewusstsein, dass nur ein Land von unfassbarer Jämmerlichkeit und geradezu überirdischer Arschlochhaftigkeit eine derart jämmerliche Arschlochpoesie hervorbringen konnte.

Deren Genialität zeigte sich ja nicht nur und nicht einmal in erster Linie in ihrer bezwingenden Rhythmik, sondern darin, dass sie auch uns, die ganz gewöhnlichen Arschlöcher jahrzehntelang dazu provozierte, in unnachahmlicher, auch schon wieder fast genialer Jämmerlichkeit über diese Poesie zu lästern. So konnte man zum Beispiel jüngst in einer der vielen Gedeksendungen zum neunzigsten Geburtstag unseres Arschlochpoeten hören, wie sich ein anonym bleibendes Mitglied jener Ohlsdorfer Stammtischrunde, in welcher unser Jubilar regelmäßig verkehrte, zu folgendem Urteil über seine Arschlochpoesie aufschwang: *"Er wäre vielleicht ein besserer Schriftsteller gewesen, wenn er sich ein bisserl anders ausgedrückt hätte."*

Man kann das Banausentum der heimischen Stammtische wohl nicht jämmerlicher auf den Punkt bringen als dieses Arschloch.

Stoßseufzer eines lockdown-
geschädigten Wiener

Wann gilt endlich wieder das Original?

Auf der letzten Seite des in allen Öffis aufliegenden VORMagazins bittet man uns um Beachtung der Corona-OIDA-Regel:

Obstand hoidn

Imma d'Händ' woschn

Daham bleiben

A Maskn aufsetzn

Ich freu mich ja schon sooo auf das Ende der Pandemie! Dann gilt endlich wieder der altvertraute §1 der Wiener Stadtverfassung - oiso die Original-OIDA-Regl von de Leit, wos in dera scheenan Weanastodt es Aschaffn ham:

Ollas schluckn

Imma schee brav sei

Die Goschn hoidn

Auf kaan Foi aufmuckn

--- 000 ---

Auf einem abgeernteten Stoppelfeld
im Innviertel steht einsam ein Plakat
von Landeshauptmannstellvertreter
Dr. Manfred Haimbuchner

Zukunft mit Ausschlussmengen

"Wir.gestalten.Zukunft

*Mit allen, die Leistung
bringen. Und für alle,
die sie bringen wollen."*

Keine Zukunft gibt es für die schon Abgeernteten und das Unkraut:

Die, die leisten wollen, jedoch nicht mehr leisten können

Die, die nicht mehr leisten können wollen

Und die, die nicht einmal mehr leisten wollen können

--- 000 ---

Trauriger alter weißer Mann

Ich bin nicht der klassische *"alte weiße Mann"*. Denn das ist einer, der die eigenen Privilegien unter den Tisch kehrt und die strukturelle Diskriminierung anderer kleinredet oder nicht einmal mitbekommt. Einer für den Grapschereien, sexistische und rassistische Witze kein Problem sind. Ich dagegen bin mir der Vorteile wohl bewusst, die mir jenes Glückslos verschaffte, das ich vor rund 73 Jahren bei der großen Zeugungslotterie zog und bemühe mich daher, die Augen offen zu halten für die Benachteiligungen derer, die weniger günstige Lose in ihren Händen halten. Ich mag auch Machogehabe nicht verniedlichen und mache einen Bogen um politisch inkorrekten Humor.

Trotzdem darf man mich mit Fug und Recht einen *"alten weißen Mann"* nennen. Es gibt nämlich verschiedene Species dieser Gattung. Ich bin ein Exemplar jener Sonderform des *"alten weißen Mannes"* für den das System, das ihm zwar keine Machtposition zubilligt, aber doch einen gewissen Wohlstand bietet, ein **Scheißsystem** ist. Und zwar deshalb, weil es ihm sein angenehmes Dasein auf Kosten umso schlechterer Lebensbedingungen der meisten anderen Menschen dieses Planeten ermöglicht. Ich weiß, dass das eine moralisch angreifbare Position ist. Denn es zwingt mich ja niemand, die Vorteile, die mir unser System gewährt, weiterhin zu genießen. Aber wegen dieser moralischen Zweifelhaftigkeit bin ich eben letztlich auch nur ein Exemplar der Gattung der *"alten weißen Männer"*.

Diesen alten weißen Mann macht es sehr traurig, dass viele der jungen bunten Benachteiligten jeglichen Geschlechts, die sich jetzt so lautstark zu Wort melden, scheinbar um nichts anderes kämpfen, als um einen besseren Platz in diesem Scheißsystem. Damit sie eines fernen Tages, wenn auch sie alt sind, von ihm in all Ihrer Vielfalt anerkannt werden als in Ehren verblasste Repräsentant*innen seiner dann vermutlich unübertrefflichen Buntheit.

--- 000 ---

Es gibt neuerdings viele Problemworte,
die man nur mehr mit ihren Anfangs-
buchstaben nennen darf. Das führt oft
zu peinlichen Verwechslungen ...

Warum gibt es so viele Ja-Sager?

Weil alle Angst vor dem N-Wort haben.

--- 000 ---

Ö1: Wie immer völlig ideologiefrei

Aktuelle Nachrichtenlage: Der ÖGB-Präsident protestiert nachdrücklich gegen den Vorschlag des Wirtschaftsbundpräsidenten, das Arbeitslosengeld zu kürzen, die Notstandshilfe zu begrenzen und die Zumutbarkeitsbestimmungen zu verschärfen.

In dieser heiklen Situation weiß Franz Renner, Moderator des Mittagsjournals vom 10.5.21 einen vielversprechenden Ausweg: *"Wenn zwei sich streiten, fragt man am besten einen Dritten, am besten einen nicht so Arbeitsmarktideologieüberfrachteten. In unserem Interviewstudio begrüße ich Helmut Hofer vom Institut für Höhere Studien. Guten Tag, danke fürs Kommen."* - *"Grüß Sie Gott!"*

"Na Servas" kann man da nur fortsetzen, wenn man an die letzten drei Direktoren dieses völlig ideologiefreien Forschungsinstituts denkt:

1991-2012: Bernd Felderer, ein in der Tradition Friedrich August von Hayeks stehender Neoliberaler, von dem einmal die ihrerseits legendäre ÖVP-Finanzministerin Maria Fekter sagte, dass ohne ihn das Land *"im Keynesianismus versunken"* wäre.

2012-2014: Christian Keuschnigg, der sich selbst ganz in der Tradition seines IHS-Vorgängers Felderer als ein *„liberaler Ökonom“* sah und in Sachen Eurokrise rigorose Budgetdisziplin und Schuldenbremsen forderte.

2016-2021 (nach einem kurzen interimistischen Zwischenspiel): Genau der Martin Kocher, der nun als Arbeitsminister, eben jene 'Reform' durchpeitschen soll, die der Wirtschaftsbundpräsident fordert.

--- 000 ---

Zu einer Meldung im profil vom
9.5.2021

Gutes Gewissen im Preis inbegriffen

Wie profil berichtet, beläuft sich der Fixpreis für das Menü in dem seit kurzem veganen New Yorker Sternelokal Eleven Madison Park auf 335 US-Dollar. Die Getränke sind da nicht inkludiert, wohl aber das gute Gewissen der Gäste. Denn *"für jedes Menü im Restaurant werden über das Sozialprogramm Rethink Food fünf Mahlzeiten für Bedürftige gespendet."*

Im Vergleich zum Gaumen muss das Gewissen der hier speisenden Gourmets ziemlich unterentwickelt sein, wenn seine Beruhigung so billig ist.

--- 000 ---

Der Wissenschaftsverklärer

Im Kurier gibt es eine Kolumne des Physikers und selbsternannten "Wissenschaftserklärers" Florian Aigner. Heute erklärt er uns darin anhand der aktuellen Pandemie-Erfahrungen, was Wissenschaft ist.

Zunächst erinnert Aigner daran, dass Ärzte im Verlauf der Pandemie so manchen Schwachsinn von sich gaben (Es werde keine zweite Welle geben, Corona sei harmloser als die Grippe, die Infektionszahlen stiegen nur, weil mehr getestet werde, usw.). Dann schreibt er: *"So glaubwürdig Ärzte auch sind: Es gibt eine Instanz, die viel vertrauenswürdiger ist: Die Wissenschaft. Und die ist nicht die Meinung einer einzelnen Person mit Dokortitel, sondern ein dicht geknüpftes Netz aus Fakten, die logisch zueinander passen. Viele Leute verwechseln medizinische Wissenschaft mit dem, was ein Hausarzt macht."*

Und Aigner selbst verwechselt offenbar die Wissenschaft mit dem, worüber sie spricht. Tatsächlich ist nämlich die Wissenschaft KEIN *"Netz aus Fakten, die logisch zueinander passen"*, sondern eine gesellschaftliche Institution, deren Aufgabe darin besteht, kontinuierlich logisch zu einander passende **Aussagen über** Fakten zu produzieren, zu überprüfen und gegebenenfalls wieder zu verwerfen. Denn nur dadurch wird uns ein Handeln ermöglicht, das wegen seines korrekten Faktenbezugs hohe Erfolgswahrscheinlichkeit hat. Wer den Unterschied zwischen dieser Faktenaussagen produzierenden sozialen Institution und den jenen Aussagen zugrunde liegenden tatsächlichen Fakten verwischt, betreibt nicht Erklärung sondern VERklärung der Wissenschaft. Und das in zweifacher Hinsicht:

Erstens verwischt er damit die Differenz zwischen unserem immer vorläufigen und ungesicherten Wissen über die Realität und dieser Realität selbst. Dadurch wird unser Wissen verklärt in dem Sinne wie man etwas verklärt, um es schöner, besser, leuchtender erscheinen zu lassen, als es tatsächlich ist. Zweitens verfehlt er damit das von ihm angestrebte Erklären der Wissenschaft, wodurch aus seinem Erklären ein Verklären im Sinne von Versemeln, Verpatzen oder Verhunzen wird.

18.5.2021: Der Konflikt zwischen Juden und Palästinensern spitzt sich wieder einmal zu und Österreichs Regierung hisst israelische Fahnen zur Demonstration ihrer Solidarität mit Israel. Das erzürnt unter anderem den türkischen Staatspräsidenten Erdogan.

Hoch die Fahnen! Hurra! Hurra!

Erdogan verflucht den österreichischen Staat, da der scheinbar wolle, "*dass die Muslime den Preis dafür zahlen, dass er die Juden einem Genozid unterzogen hat*". Dieser wenig sympathische Mann hat nicht ganz unrecht in seinem Zorn. Die historische Letztschuld am Konflikt zwischen Palästinensern und Juden liegt tatsächlich bei uns. Denn die Idee des Zionismus entstand hierzulande. Unmittelbaren Anstoß zur Publikation seines Buchs "*Der Judenstaat*" erhielt der österreichisch-ungarische Journalist Theodor Herzl zwar durch die französische Dreyfus-Affäre, den Boden dafür bereitete aber unsere jahrhundertealte Tradition des Antisemitismus.

Wie alle Ideen war selbstverständlich auch die Idee des Zionismus ein Kind ihrer Zeit. Und da sie im Zeitalter des Kolonialismus entstand, war sie von kolonialistischem Geist geprägt. Dass diese Idee sich dann in den Dreißigern und Vierzigern des vorigen Jahrhunderts erfolgreich entfalten konnte, schließlich zur Basis eines von der Weltgemeinschaft anerkannten Staates wurde und dessen Selbstverständnis bis zum heutigen Tag mit kolonialistischen Tendenzen belastet, ist abermals zu einem guten Teil unser 'Verdienst'. Denn jetzt kommt der von Erdogan erwähnte Genozid ins Spiel, an dem wir Österreicher in vorderster Reihe und nicht bloß als Mitläufer beteiligt waren. Erst im Lichte der Holocaust-Erfahrung etablierte sich nämlich weltweit und vor allem im Judentum selbst die Überzeugung, dass eine dauerhafte Lösung der sogenannten "*Judenfrage*" nur in einem eigenen, äußerst wehrhaften Staat bestehen könne, der sich im Zweifelsfall lieber auf militärische Gewalt verlässt, als das Risiko eines Zugehens auf seine Gegner zu wagen.

Doch die Geschichte meinte es offenbar gut mit uns Verursachern der humanitären Nah-Ost-Katastrophe. Denn schon vor einigen Jahren erteilte sie uns an einer ganz wichtigen Frontlinie zwischen Israel und seiner feindlichen Umgebung die Rolle des Gastgebers für diplomatische Friedensbemühungen. Es handelt sich dabei um die Wiener Gespräche über einen Atomdeal mit dem Iran. Sie haben im Jahr 2015 zu einem Atomwaffenabkommen geführt, das den Iran im Gegenzug gegen die Aufhebung von davor geltenden Sanktionen verpflichtete, sein Atomprogramm zu beschränken und keine Atomwaffen zu bauen. Das mittlerweile durch Trumps Querschüsse nahezu gescheiterte Abkommen soll nun gerettet werden

durch Neuaufnahme der Wiener Gespräche. Eine wunderbare Gelegenheit für Österreich, als vorbildlicher neutraler Gastgeber einen winzig kleinen Wiedergutmachungsbeitrag zu leisten.

Und was tut die völlig vertrottelte heimische Diplomatie in dieser Situation? Man zieht Fahnen auf den Dächern des Bundeskanzleramts und des Außenministeriums auf, die für die iranischen Gesprächspartner und die gesamte muslimische Welt Symbole eines Besatzungsregimes sind. Weil man nicht begreift, dass der wichtigste Dienst, den Österreich aktuell für das wohlverstandene Interesse der jüdischen wie auch nichtjüdischen Bevölkerung Israels leisten kann, nicht in toxischen Solidaritätsgebärden besteht, sondern in besonnenem Spiel der Gastgeberrolle bei den Atomgesprächen.

--- 000 ---

8.7.2021: Temperaturen bis zu 37 Grad in Ostösterreich. Seit 2019 können Bau-firmen ihren Arbeitern bei 60%iger Lohnfortzahlung durch die Bauarbeiter-Urlaubskasse ab 32,5 Grad hitzefrei geben. Nur jedes zweite Unternehmen macht jedoch von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Unsere S(k)laven

Die meisten Hackler, die in Wien bei 37 Grad im Schatten ihre Krampen schwingen oder Kübel voll mit dampfendem Asphalt schleppen, stammen in erster oder zweiter Generation aus dem östlichen oder südöstlichen Europa. Es ist dies das historische Siedlungsgebiet jener großen Gruppe von Völkern, die man seit dem Mittelalter als Slawen bezeichnet. Die Sprachwissenschaft kam bei ihrer Erforschung der Wurzeln des Wortes "*Sklave*" zu dem Ergebnis, dass es aus der lateinischen Bezeichnung "*sclavus*" für Angehörige dieser Ethnien hervorging und auf die damals sehr große Anzahl slawischer Sklaven verweist. Die von uns bedenkenlos der Gefahr des Hitzetods ausgesetzten Hackler zeigen, dass die ethnischen Strukturen unseres Systems der Arbeitsteilung schon wieder (oder noch immer?) mittelalterliche Verhältnisse spiegeln.

P.S.: Fiakerpferde dürfen in Wien ab 35 Grad im Stall bleiben. In Anlehnung an den mit dem Elend der Arbeitslosen in der Weltwirtschaftskrise befassten Filmklassiker "*Nur Pferde gibt man den Gnadenschuss*" könnte der Titel dieser Randnotiz daher auch lauten: "*Nur Pferde gibt man Hitzeferien*"

--- 000 ---

In der Nacht auf den 26. Juni 2021 starb die dreizehnjährige Leonie, nachdem man sie davor mit bis zu elf Ecstasy-Tabletten betäubt und mehrfach vergewaltigt hatte. In dringendem Tatverdacht stehen nun vier junge Afghanen.

Mehr abschieben oder besser integrieren?

Die Diskussion um mögliche Konsequenzen aus diesem schrecklichen Verbrechen wogt im Spannungsfeld zwischen zwei Standpunkten, die gegensätzlicher nicht sein könnten. Während die einen vermehrtes und zügigeres Abschieben von nicht-integrationswilligen Asylwerbern befürworten, fordern die anderen früher einsetzende und intensivere Integrationsbemühungen. Ich möchte hier einen **Vergleich zwischen beiden Positionen** anstellen, der den ewigen Streit zwischen rechten Sicherheitsfetischisten und linken Gutmenschen kurz beiseitelässt und sich dem Sicherheitsthema mit nüchternem **Effizienzdenken** nähert. Aus dieser Perspektive geht es nur um zweierlei. Erstens um die Frage, welche der beiden zur Diskussion stehenden Strategien künftig zu einer stärkeren Reduktion der Anzahl derartiger Verbrechen führen könnte. Und zweitens um eine Kosten-Nutzen-Bilanz bei den gesellschaftlichen Nebenfolgen der jeweils gewählten Sicherheitsstrategie.

Meinem Vergleich liegt eine kriminalsoziologische Modellierung zugrunde, welche die komplexe Ausgangslage zwar stark vereinfacht, dafür aber die Sicht auf den in vielen einschlägigen Diskussionen zu wenig beachteten Effizienzaspekt erleichtert. Vor dem Hintergrund der Kriminalstatistik der Jahre 2019 und 2020 unterstellt diese Modellierung, dass von den etwa 45.000 in Österreich lebenden Afghanen rund 1 Promille, also 45 Personen, in den letzten 5 Jahren eine Vergewaltigung begangen haben. Eine bloße Unterstellung ist diese Annahme aus zwei Gründen: einerseits überschätzt sie die tatsächliche Anzahl einschlägiger Straftaten, weil die Kriminalstatistik nur Verdächtigungen (also keine durch Gerichtsurteil bestätigten Tatbestände) zählt. Andererseits sind in ihr die bereits vor 2019 gerichtlich bestätigten Vergewaltigungen nicht mehr enthalten.

Ferner geht die Modellierung davon aus, dass die seit dem Abschluss eines Rückführungsabkommens mit der afghanischen Regierung im Oktober 2016 durchgeführten rund 1.500 Abschiebungen von Afghanen weitere fünf Vergewaltigungen verhindern konnten. Diese Zahl ist natürlich nicht empirisch belegbar, da ja kriminelle Handlungen, die nicht stattgefunden haben, nicht beobachtet bzw. gezählt werden können. Sie resultiert vielmehr aus der Annahme, dass in der Gruppe der Abgeschobenen eine im Vergleich zur Gesamtheit aller Afghanen deutlich höhere Tendenz zum Begehen einer Vergewaltigung besteht. Setzt man einen auf das Dreifache

erhöhten Wert an, dann resultieren (bei entsprechender Rundung) die genannten fünf durch Abschiebung verhinderten Straftaten.

Der so modellierten Entwicklung der vergangenen fünf Jahre stelle ich nun **zwei alternative Abläufe** gegenüber, die eingetreten wären, wenn entweder die Sicherheitsfetischisten oder die Gutmenschen vermehrt Einfluss auf das Geschehen genommen hätten.

Bei der **ersten** Variante wäre die Anzahl der Abschiebungen im allerbesten Fall doppelt so hoch gewesen, wodurch man nicht bloß fünf, sondern zehn Vergewaltigungen verhindert hätte, sodass statt 45 nun 40 Verbrechen des genannten Typs zu beklagen wären.

Bei der **zweiten** Variante hätte man die Integrationsbemühungen derart intensiviert und verbessert, dass bei der Gesamtgruppe der in Österreich lebenden Afghanen ein leichtes Sinken der Wahrscheinlichkeit von Vergewaltigungsdelikten eingetreten wäre - vielleicht von derzeit 1 auf 0,9 oder 0,8 Promille. Die relative Häufigkeit dieses Delikts bei den Afghanen, die aktuell rund 10 Mal so hoch ist wie bei der inländischen Bevölkerung, wäre damit zwar auf das bloß 9- bzw. 8-fache des Vergleichswerts bei den Inländern reduziert. Beim Zählen der absoluten Häufigkeiten würde das aber nur einem Rückgang von 45 auf 41 bzw. 36 einschlägige Delikte entsprechen.

Selbstverständlich hätte keine der zwei hier verglichenen Strategien das an Leonie begangene Verbrechen mit Sicherheit verhindert. Das Ergebnis dieser Gegenüberstellung zeigt jedoch, dass im Prinzip beide Vorgehensweisen die Wahrscheinlichkeit für das Auftreten derartiger Untaten **in ähnlichem Ausmaß reduzieren** können. Zumindest kurz- und mittelfristig ist dieses Ausmaß leider auch bei der die Probleme an ihrer Wurzel packenden Integrationsstrategie nicht sehr groß. Deren **wesentlicher Vorteil** gegenüber der Abschiebe-Variante besteht allerdings darin, dass es bei ihr ausschließlich **an uns selbst** liegt, in welchem Ausmaß wir unsere Sicherheitsbemühungen intensivieren. Während wir nämlich jederzeit eine Verstärkung unserer Integrationsanstrengungen beschließen können, wird unser Aktionsspielraum bei den Abschiebungen ganz wesentlich von der politischen Entwicklung im jeweiligen Herkunftsland der Asylwerber und von den durch die Menschenrechte gesetzten Schranken eingeengt. In diesem Sinn ist es höchst zweifelhaft, ob es überhaupt möglich gewesen wäre, die in der ersten Variante unterstellte Verdoppelung der Abschiebehäufigkeit zu realisieren.

Ebenso wichtig wie die unmittelbaren Resultate einer bestimmten Strategie zur Kriminalitätsbekämpfung ist das jeweilige Bündel an gesellschaftlichen **Nebeneffekten**. Und hier stoßen wir dann auf **drei weitere große Vorzüge der Integrationsstrategie**.

Der **erste** zeigt sich beim Blick auf die **Empfänger** der Gelder, die jeweils fließen müssen, um die gewünschte Ausweitung der Sicherheitsaktivitäten in die Wege zu leiten. Bei der Beschleunigung von Abschiebungen fließen diese Gelder in die Kassen jener oft sehr düsteren Gestalten, welche die Herkunftsländer der abzuschiebenden Asylwerber regieren. Handelt es sich dabei um Afghanen, werden das schon demnächst die kurz vor der Machtübernahme stehenden Taliban sein. Im Fall vermehrter Integrationsbemühungen kommen die zusätzlich fließenden Gelder dagegen zur Gänze unserem eigenen Wirtschafts- und Sozialgefüge zugute. Daran sind vor allem die Anhänger von Herbert Kickl zu erinnern, aus dessen Feder der Slogan *"Unser Geld für unsere Leut"* stammt.

Der **zweite** Vorteil der Integrationsstrategie wird deutlich beim Blick auf die **sozialen und ökonomischen Effekte**, welche mit den bei beiden Strategien einzusetzenden Finanzmitteln erzielt werden. Während diese Effekte bei der Abschiebestrategie ausschließlich in den jeweiligen Herkunftsländern der Abgeschobenen zum Tragen kommen, profitieren im anderen Fall wir selbst. Denn hier werden Potentiale des sozialen Zusammenhalts auf verschiedensten Ebenen mobilisiert und die Einkommensmöglichkeiten von in Österreich lebenden Menschen verbessert, sodass sich die in der aktuellen Krisenzeit so wichtige Widerstands- und Regenerationsfähigkeit unserer Gesellschaft erhöht.

Der **dritte** Vorteil der Integrationsstrategie folgt unmittelbar aus dem zweiten: Wo sich die Integration von Zuwanderern und der soziale Zusammenhalt einer Gesellschaft verbessern, sinkt auch die Gefahr von **islamistischer Radikalisierung**, was in weiterer Folge zu einem entsprechenden Rückgang der **Terrorgefahr** führt.

Damit muss ich aber am Schluss nun doch noch einmal auf den Streit zwischen linken Gutmenschen und rechten Sicherheitsfetischisten zurück kommen. Zeigt doch die Gesamtbilanz des nüchternen Effizienzvergleichs, dass erstere die bei weitem effizienteren Sicherheitsmanager sind.

--- 000 ---

Zu einer Bildgeschichte auf der Titelseite von 'Heute' am 2.9.2012

Schau kurz hin und bleib dumm

So lautet offenbar das unausgesprochene Leitbild dieser U-Bahnzeitung. Heute etwa fängt sie unseren Blick mit dem Luftbild einer großen Wiese, die übersät ist mit unzähligen roten und blauen Punkten. Fast könnte man denken, es handle sich um eine Blumenwiese. Wenn da nicht in das große

Bild eine kleine Nahaufnahme montiert wäre. Ihr ist zu entnehmen, dass es sich bei all den bunten Punkten um leer stehende Zelte samt dazugehörendem Campingkram handelt. Der Bildtext erläutert, dass man hier das Gelände eines Musikfestivals am Tag danach sehen kann.

Unter der höhnischen Überschrift *"Schau einmal, Greta!"* lesen wir dann: *"Klima- und Umweltschutz ist ein zentrales Thema für viele junge Menschen. Aber bei der Praxis klappt es zuweilen noch nicht so, wie es Aktivistin Greta Thunberg und ihre Anhänger gern hätten. Nachdem die 90.000 Besucher des Musikfestivals im englischen Reading drei Tage Party hinter sich gebracht hatten, ließen sie Tausende Zelte (die nur 30 Euro kosten), Sessel und tonnenweise Müll am Gelände zurück."*

Schuld am Wegwerfwahnsinn sind also Greta und ihre verkommenen jugendlichen Anhänger. Nicht aber die Produzenten von Wegwerfzelten, Wegwerfsesseln, Instant-Fraß in Wegwerfgeschirr und Coffee-to-go in Wegwerfbechern. Und schon gar nicht eine Wirtschaftsordnung, die im Gegensatz zu allen Nachhaltigkeitsbeteuerungen ihrer Werbegurus, nach wie vor vom ständigen Ankurbeln des Konsums lebt.

--- 000 ---

Am 1.10.2021 informiert uns OE1 im Mittagsjournal und in der Dimensionen-Sendung über den neuen Beruf des Faktencheckers

Zur Fiktion der Fakten

Wer von Faktencheckern spricht, gibt zu erkennen, dass er an die Existenz von 'objektiven Fakten' glaubt.

Als ob die Welt in zwei Sphären geteilt wäre. Eine der objektiven Fakten und eine der subjektiven Meinungen über diese Fakten.

Und als ob die Faktenchecker privilegierten Zugang zu dieser Welt der objektiven Fakten hätten.

Als ob schließlich Kant nicht schon vor 250 Jahren erkannt hätte, dass es so etwas wie objektive Fakten für uns nicht geben kann, weil Erkennen kein völlig passives Abspiegeln ist sondern auch aktives Gestalten enthält.

--- 000 ---

Am 4.10.21 stellt die Regierung ihre Pläne für den Einstieg in eine CO2-Besteuerung vor. Die Einnahmen aus der neuen Steuer sollen zur Abfederung der Teuerungseffekte als Klimabonus zurück zur Bevölkerung fließen. Dort, wo das Öffi-Angebot schlecht ist, wird der Klimabonus deutlich höher sein.

Vergelt's Gott

Wenn man uns, die wir wegen jahrelanger Versäumnisse beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs auch weiterhin auf das Auto angewiesen sind, die nun ins Haus stehende Benzinpreiserhöhung abfedert, dann haben wir das nicht der besonderen sozialen Sensibilität des Herrn Kurz zu verdanken, sondern niemand anderem als den französischen **Gelbwesten**. Die haben Kurz und co. schon im Winter 2018/19 eindrucksvoll vorgeführt, was passieren kann, wenn man Spritpreise ohne flankierenden Pendlerschutz erhöht.

Im Finale der Regierungsverhandlungen zur Steuerreform hat dann vielleicht das **Grazer Wahlergebnis** die letzten türkisen Zweifler überzeugt. In diesem Sinne daher auch ein kleiner Dank auch an unsere lieben Grazer*innen.

--- 000 ---

Zum ersten großen Interview von Kanzler Schallenberg am 13.10.21

Blaues Blut und Geständniszwang

Noch fällt die politische Einschätzung unseres neuen Kanzlers schwer: Graf Bobby? Graf Rudi? Oder vielleicht doch eher der Baron Mucki?

Ich tendiere momentan am ehesten zu Graf Bobby.

Der hat im November 1918 bei einem Schalerl Ersatzkaffee gesagt: „*Das versteh I net! Na, I versteh's wirklich net! So eine schöne Armee hamma g'habt. Husaren, Dragoner, die Prachtrösser! Helm! Federbusch! Und erst die Fahnen mit den schönen Stickereien. Die Kaiserjäger, die Hoch- und Deutschmeister! Und die Regimentsmusik! Was für eine Gloria! Da kann man sagen, was man will, das war die schönste Armee der Welt! Und was haben's g'macht mit dera Armee? In Krieg ham sie's g'schickt!*“

Der Bobby vom 13. Oktober 2021 klang zwar nicht wörtlich, aber doch sinngemäß ungefähr so: „*Das versteh I net! Na, I versteh's wirklich net! So einen super Kanzler hamma g'habt. Message Control, volles Durchgriffsrecht in der Partei und Prätorianergarde. Allerbeste Meinungsumfragen!*

Und erst die Wahlergebnisse! Was für ein Triumph! Da kann man sagen, was man will, das war der beste Kanzler der Welt! Und was haben's g'macht aus ihm? An Marionettenspieler mit mir als sein Hampelmann!“

P.S.: Wer in einem Interview jeden zweiten Satz mit *"Offen gestanden"* beginnt, gibt zu erkennen, dass er in Wahrheit überhaupt nichts sagen will und sich deshalb jede noch so belanglose Äußerung wie ein Geständnis abringen muss. Das ist dann das einzige Geständnis, über das man sich als Zuseher freuen darf.

--- 000 ---

Zum Stand der Pandemie am
25.10.2021

Unsere neuen Burgenländer

Bezirk Braunau:

Zweimal geimpft: 52% der Gesamtbevölkerung

7-Tage-Inzidenz: 610

Burgenland:

Zweimal geimpft: 70% der Gesamtbevölkerung

7-Tage-Inzidenz: 165

Was macht ein Braunauer, wenn im Bezirk die 7-Tage-Inzidenz steigt?

Er lässt sich nicht impfen, weil ...

... er der Welt zeigen will, wie gut sein Immunsystem ist

... der Obmann seiner Lieblingspartei nichts von der Impfung hält

... die Energetikerin seines Vertrauens eher zu Bachblüten rät.

Was macht ein Braunauer, wenn er Covid-19-Symptome spürt?

Er geht auf möglichst viele Zeltfeste, damit es sein Bezirk endlich

wieder einmal in die Schlagzeilen der Hauptnachrichten schafft

(mit neuem Österreich-Rekord bei der 7-Tage-Inzidenz).

Vielleicht tauchen bald auch ganz neue Fragen auf. Zum Beispiel:

Wieso trinkt ein Braunauer die Milch immer schon im Geschäft?

Weil auf der Packung steht: "Hier öffnen!"

Was macht ein Braunauer in einem Boot am Inn, wenn es untergeht?

Er bohrt ein Loch hinein, damit das Wasser wieder abfließen kann.

usw. usw. ...

--- 000 ---

Verlogene Begriffe

Der Autor dieses Leitartikels befasst sich mit dem aktuellen Anstieg der Inflation und benennt zunächst völlig richtig die zwei dafür verantwortlichen Hauptgründe:

"Erstens: Der Trend zur De-Globalisierung" (Stichworte: Handelskriege, abreißende Lieferketten)

"Zweitens: der Kampf gegen die Erderwärmung" (Stichworte: Energie muss verteuert werden, Erschließung alternativer Energiequellen befeuert Rohstoffnachfrage)

Dann nennt er auch noch einen dritten Grund: *"Steigt die Inflation, fordern die Beschäftigten höheren Lohn."* Bei dieser Beschreibung ist völlig korrekt dargestellt, dass die höheren Lohnforderungen **Folge** und nicht **Ursache** des stärkeren Preisanstiegs sind. Die vom Autor für diesen dritten Grund gewählte Überschrift insinuiert jedoch das komplette Gegenteil. Sie lautet nämlich: *"Drittens: die Lohn-Preis-Spirale"*.

Es ist natürlich nur reiner Zufall, dass sich beim Erscheinen dieses Leitartikels gerade die Lohnverhandlungen der Metallarbeiter ihrem ersten Höhepunkt nähern ...

--- 000 ---

Zu den Medienberichten über den ersten
Jahrestag des Terroranschlags in Wien

Dem Genitiv sein Tod

Fast alle Medien melden, dass wir heute *"den Toten gedenken"*.

Als ob ihnen der Wahnsinnstäter des 2.11.2020 nicht schon genug angetan hätte, glauben wir, ihnen noch nun noch einmal etwas antun zu müssen. Nicht wirklich, denn sie sind ja schon tot. Aber mit den Erzählungen über unser Gedenken. Da geht das noch einmal. Mit Hilfe des Mordinstruments DATIV.

--- 000 ---

Professor Kickls Kampf gegen das **WIRUS**

Der Kapitalismus fürchtet Krisen nicht wegen der von ihnen angerichteten Schäden. **Im Gegenteil** er lebt von ihnen. In den Konjunkturkrisen werden beträchtliche Teile des Kapitals durch Konkurs entwertet, sodass wir in alle Ewigkeit weiter wachsen können. In den Umweltkrisen werden Teile unserer natürlichen Umwelt, im Idealfall sogar unser gesamtes Klima, aus dem Gleichgewicht gebracht. Da entstehen dann riesige Märkte für neue Produkte und enormer Bedarf an neuen Technologien, mit denen sich ausgezeichnet verdienen lässt. Und das Beste, was dem Kapitalismus überhaupt passieren kann, ist eine Krise, die in einen Krieg mündet. Da werden nicht nur viele bloß auf dem Papier existierende ökonomische Werte vernichtet, sondern massenweise auch materielle Güter wie Häuser, Wohnungen, Fabriken, Straßen usw. Im zweiten Weltkrieg ist das so perfekt gelungen, dass danach eine dreißigjährige Prosperität mit traumhaften Wachstumsraten einsetzte ...

Das **einzige**, was der Kapitalismus beim Ausbruch einer Krise wirklich fürchten muss, ist das Entstehen von **Empörung** bei den von all jenen Krisenschäden betroffenen Menschen. Denn die kann dazu führen, dass sie sich fragen, *"Warum lassen WIR UNS das gefallen?"*. Besagte Frage ist deshalb so gefährlich, weil sie womöglich weiterführt zu dem Gedanken *"Übernehmen WIR doch diesen ohnehin nur von UNS selbst am Laufen gehaltenen Laden"*.

Und genau an diesem Punkt treten die rechtspopulistischen **Ruhestifter** auf den Plan. Ihre Aufgabe ist es, zu verhindern, dass Fragen und Gedanken entstehen, die sich auf jenes gefährliche **WIR** und seinen Begleiter, das nicht minder gefährliche **UNS** beziehen.

Wie schafft der Rechtspopulismus dieses Kunststück? Ich erkläre es mir mit einem Bild, das sich heutzutage aufdrängt:

Immer dann, wenn eine massenhafte Infektion der Menschen mit dem für den Kapitalismus so gefährlichen **WIRUS** droht, startet der Rechtspopulismus eine Impfkampagne mit einem völlig harmlosen Pseudo-**WIR**, das die damit Geimpften immun gegen die gefährlichen **WIR**-Gedanken macht. Je nach Art des jeweiligen Krisenphänomens mixt das Laborteam von Prof. Kickl seinen Impfstoff nach einer etwas anderen Formel. Denn er soll ja in jedem Fall andere Arten von Empörung auf unbedenkliche Weise ableiten. Bei der jüngsten Migrationskrise etwa präsentierte sich jenes Pseudo-**WIR** als *"WIR Österreicher"*, stets begleitet von *"UNSERER Heimat"*.

Bei der Finanzkrise bangten *"WIR Sparer"* um *"UNSER Geld"*, und für die bei weiterer Zuspitzung der Klimakrise drohenden Auseinandersetzungen um ein klimagerechtes Verkehrssystem werden *"WIR Autofahrer"* auf Angst um *"UNSERE Straßen"* eingeschworen.

Besonders delikater ist die Situation in der aktuellen Gesundheitskrise. Denn diejenigen, die davor jahrzehntlang alles unternommen haben, um uns als Konsumenten und mit einander konkurrierende Ich-AGs zu **vereinzeln**, müssen nun plötzlich von uns den Eintritt in ein ganz großes *WIR* fordern. *WIR* alle sollen uns impfen lassen, damit Herdenimmunität entsteht und das davor jahrzehntlang kaputtgesparte Gesundheits- und Pflegesystem nicht überfordert wird. Das ist heikel für den Kapitalismus. Denn in dieser Situation könnten viele der Opfer jenes Kaputtsparens denken, *"WIR fordern als Gegenleistung von euch auf der Stelle Ersatz für all die finanziellen und Personellen Ressourcen, die ihr UNSEREM Gesundheits- und Pflegesystem in den letzten Jahren verweigert habt."* Das wäre wieder einer jener gefährlichen *WIR*-Gedanken. Könnten sich doch aus ihm weitere, womöglich noch viel gefährlichere *WIR*-Phantasien entwickeln. Da muss der Rechtspopulismus wieder Krisenfeuerwehr spielen und ganz schnell ein neues Pseudo-*WIR* aus dem Hut zaubern. Es darf wie immer jede Menge Schaden anrichten, soll aber für das System selbst völlig ungefährlich sein.

Die Formel des neuen Impfstoffs lautet: *"WIR wollen selbst über UNSERE Körper entscheiden. WIR lassen UNS diese Freiheit nicht durch eine Impfpflicht nehmen."*

--- 000 ---

Zu einem Kommentar vom 17.11. und einem Bericht vom 18.11.2021 im Kurier über die konstituierende Sitzung des neuen Grazer Gemeinderats

Hetzerischer Vogelgesang

Der Geschäftsführer eines christdemokratischen Think Tanks namens *"Karl-von-Vogelsang-Institut"* gibt der künftigen kommunistischen Bürgermeisterin von Graz die folgende Zeilen mit auf den Weg in ihre erste Legislaturperiode:

"Kommunismus bedeutet, permanent umzuverteilen, Leistung zu unterbinden, Neid zu schüren und die Verbrechen, die im Namen der eigenen Ideologie begangen wurden, von sich zu weisen und zu bagatellisieren. Schließlich geht es immer und überall gegen den Klassenfeind. Gibt es im Moment keinen, dann muss einer gefunden werden: Also 'Feindbilddenken'."

Die vorangehenden Zeilen sind natürlich nicht das Resultat von Feindbilddenken, sondern Ausdruck einer völlig ideologiefreien Geschichtsbetrachtung. Letztere ist sicherlich auch der Hintergrund für die Skepsis der Grazer ÖVP angesichts der neuen Stadtregierung. Man ist irritiert, weil im Programm dieser *"linkslinken Koalition ... die Distanzierung der KPÖ von den kommunistischen Regimen"* fehlt.

Dabei folgt die KPÖ hier bloß dem guten Beispiel der ÖVP. Die hat sich auch in keinem der Programme der vielen Koalitionsregierungen, an denen sie in den letzten Jahrzehnten beteiligt war, vom austrofaschistischen Regime ihrer Vorgängerpartei in der Ersten Republik distanziert.

Übrigens distanziert sich auch das Karl-von-Vogelsang-Institut weder auf seiner Homepage noch in jedem der Kommentare seiner Geschäftsführung vom Feindbilddenken seines Namenspatrons Karl Freiherr von Vogelsang. Dieses äußerte sich zum Beispiel in dem folgenden Gedankengang: *"Das wahrhaft christliche Volk wird die Juden in sich aufnehmen und absorbieren können, ohne zu verjuden; das vom Christentum in Glauben, Recht und Sitte Abgefallene aber muß rettungslos unter dem kaudinischen Joch¹² der Knechtschaft hindurchkriechen, es wird von den Juden ausgeplündert, beherrscht, zum Paria gemacht."*

Da lob ich mir doch den Klassenfeind der Linkslinken in Graz.

--- 000 ---

Zu dem am 19.11.2021 gefassten Beschluss einer Impfpflicht ab dem 1.2.2022

Fällt endlich der Groschen?!

Jetzt ist sie da, die erwartete Impfpflicht für alle. Und gleichzeitig mit Ihr erreicht mich und viele andere Menschen, deren Daten irgendwann in den Adresslisten der Grünen gelandet sind, ein Schreiben der Herren Kogler und Mückstein. Darin wird zunächst beklagt, dass die Impfquote zu langsam steige. Weiter heißt es dann: *"Daher hat sich die Bundesregierung mit den Landeshauptleuten auf eine allgemeine Impfpflicht für die Corona-Schutzimpfung geeinigt. Diese Einigung wird von uns Grünen, der ÖVP und der SPÖ getragen. In den nächsten Wochen wird diese Verordnung gemeinsam mit Sozialpartnern und Vertreter*innen aus breiten Schichten der Zivilgesellschaft erarbeitet."*

12 Diese Redewendung bezeichnet laut Wikipedia eine schmachvolle Erniedrigung.

Auf gut Deutsch: Diese Regierung steht mit dem Rücken zur Wand da und ist dringend auf die Mithilfe der Gewerkschaft und der von ihr nicht so ganz unabhängigen SPÖ angewiesen.

Wenn jetzt bei diesen beiden Organisationen nicht **endlich** der Groschen fällt, wenn man also nicht ...

- blitzschnell und ganz breit für die Forderung einer umfassenden Sanierung des kaputtgesparten Gesundheits- und Pflegesystems mobilisiert,
- und die verbindliche Zusage unverzüglicher Umsetzung aller Punkte dieser Forderung als PREIS für unsere Unterwerfung unter die geplante Impfpflicht deklariert,

... dann wird wieder einmal nur die FPÖ von all der derzeit gärenden Wut profitieren.

Mit anderen Worten: Es gibt eine der seltenen Gelegenheiten, jener **Spaltung** der Gesellschaft, die schon lange vor Corona da war, und vom Rechtspopulismus immer wieder für seine Zwecke genutzt wird, eine neue, **produktive** Wendung zu geben:

Statt Spaltung in Impfbefürworter und -gegner, Spaltung in Befürworter und Blockierer einer Sanierung des kaputtgesparten Gesundheits- und Pflegesystems.

--- 000 ---

Zur Sendung 'Klartext' am 24.11.2021
und zu ersten Meldungen am 26.11.
2021 über das Auftauchen einer neuen
Variante des Coronavirus in Südafrika

Wer ist hier der oder die Dumme?

Adelheid Kastner, Bestsellerautorin und personifiziertes Elend der Psychiatrie, hat ein neues Buch geschrieben, das von der Dummheit handelt. Der ORF lud sie deshalb ein zu einer Diskussion über die Auseinandersetzung ums Impfen, und sie lieferte ab, was von ihr zu erwarten war: eine mit schwer erträglichem Hochmut formulierte Diagnose des Verhaltens bestimmter Bevölkerungsgruppen - in diesem Fall der Impfgegner, die sie einfach für dumm hält. Ich muss ihr dankbar sein für diesen peinlichen Auftritt, denn er wirkte auf mich wie ein Spiegel und zwang mich, darüber nachzudenken, ob ich nicht selbst vielleicht genau so überheblich bin wie sie. Auch mich regte nämlich das Pandemiegesehen der letzten Monate zu Reflexionen über Fragen der Intelligenz an. Ich schwang mich dabei auf zu einer Kritik am herkömmlichen Verständnis dieses Begriffs, die ich hier kurz erläutern möchte.

Das klassische Intelligenz-Konzept bezog sich bloß auf das kognitive Leistungspotential. In den 1980er Jahren entwickelte man dann die **Theorie der multiplen Intelligenzen**, welche auf die Gesamtheit aller Fähigkeiten abstellt, die Voraussetzungen für ein gelingendes Leben sind. Zusätzlich zu den von herkömmlichen Intelligenztests gemessenen sprachlichen und logisch-mathematischen Begabungen kamen dabei die musikalisch-rhythmische, die bildlich-räumliche und die körperlich-kinästhetische Intelligenz in den Blick. Darüber hinaus interessierte man sich nun auch für die intrapersonale und die interpersonale Intelligenz. Erstere steht für das Vermögen zur Selbstreflexion. Letztere wird auch als **soziale Intelligenz** bezeichnet und meint die Fähigkeit, Gefühle und Absichten anderer Menschen zu verstehen und zu beeinflussen.

Hier setzt nun meine Kritik an. Denn das Konzept der sozialen Intelligenz greift zu kurz, um das Gelingen bzw. Scheitern von sozialem Handeln zu erklären. Es bezieht sich nämlich nur auf die Interaktionen in unserem unmittelbaren sozialen Umfeld, also in der Familie, im Freundeskreis, usw. Wir agieren aber nicht bloß in den auf dieser Ebene angesiedelten Institutionen. Ist doch jeder von uns auch Mitgestalter von gesellschaftlichen Strukturen und Prozessen, die den Abläufen in seinem jeweiligen sozialen Umfeld zugrunde liegen. Und das Verständnis für die auf dieser gesellschaftlichen Ebene angesiedelten Vorgänge ist zwar nicht ganz unabhängig von der zuvor skizzierten sozialen Intelligenz, aber doch eine eigenständige Fähigkeit. Ich nenne sie die **gesellschaftspolitische Intelligenz** und kenne nicht wenige Zeitgenossen, bei denen sich hohe soziale Intelligenz mit deutlichen Defiziten im letztgenannten Intelligenzbereich verbindet.

Wer über ausreichende gesellschaftspolitische Intelligenz verfügt, denkt zum Beispiel in der aktuellen Situation der Pandemie darüber nach,

- ob wir nicht manchmal mit denen, die uns beherrschen, doch an einem Strang ziehen, weil sie vorübergehend am selben Ast wie wir sitzen,
- ob die von den Herrschenden finanzierte, also grundsätzlich mit großer Skepsis zu beobachtende Wissenschaft, nicht doch auf gewissen Gebieten Leistungen erbringt, von denen auch wir profitieren können,
- ob wir nicht trotz des Festhaltens an unserem langfristigen gesundheitspolitischen Ziel (der nachhaltigen Stärkung unserer Immunsysteme durch Etablierung einer mit der Umwelt und uns selbst in Einklang befindlichen Ökonomie) in einer weltumspannenden Gesundheitskrise auf die Problemlösungsangebote von Hightech-Medizin und Pharmaindustrie zurückgreifen sollten, weil sie zwar nicht nachhaltig, aber kurzfristig doch sehr hilfreich sind.

Das aktuelle Pandemiegeschehen wirft nicht nur ein Schlaglicht auf die große Bedeutung der gesellschaftspolitischen Intelligenz. Es bietet auch

guten Einblick in ihr Wesen. So wird etwa deutlich, dass sie keine reine Verstandesangelegenheit ist, weshalb z.B. Befürworter und Gegner des Impfens einander nicht mit Argumenten überzeugen können. Schließlich mahnen mich mein Aha-Erlebnis beim Radioauftritt von Adelheid Kastner sowie die doch sehr begrenzten und durch immer neue Mutationen des Virus infrage gestellten Impf-Erfolge, sehr vorsichtig mit meiner Erweiterung des Intelligenz-Konzepts umzugehen:

Vor kurzem neigte ich zur Vermutung, dass die Höhe der Impfquote jedes Bundeslands Rückschlüsse auf die mittlere gesellschaftspolitische Intelligenz seiner Bevölkerung zulässt. Nun plagen mich Zweifel. Vielleicht werden wir erst in einigen Jahren beurteilen können, wer den besseren 'Riecher' für die Langzeiteffekte dessen hat, was wir gerade durchleben. Sind es wirklich die Impfbefürworter mit ihrem großen Vertrauen in die Stabilität des demokratischen Systems und die Fähigkeiten der modernen Medizin? Oder womöglich doch die Impfgegner mit ihrer Angst vor einer drohenden Gesundheitsdiktatur und ihrem tiefen Misstrauen gegen alle von Hightech-Medizin und Pharmaindustrie entwickelten Problemlösungen? Oder scheitern gar **beide** Gruppen an mangelnder gesellschaftspolitischer Intelligenz? Und zwar deshalb, weil man in den verbissenen Auseinandersetzungen um die Impfpflicht viel zu wenig beachtet, dass in einer durch die Globalisierung eng vernetzten Welt selbst die beste und sicherste Impfung versagt, solange sie nur in den reichen Staaten zur Verfügung steht.

--- 000 ---

Zu einer Passage der Titelgeschichte
des profil vom 5.12.2021 über den
Rückzug von Sebastian Kurz aus der
Politik.

Die feine Art zu lügen

Meine ersten Randnotiz des Jahres 2017 trug den Titel "*Die Lügen der Lügenpresse*". Darin stellte ich fest, dass die sogenannten Qualitätsmedien weniger durch Fake News als vielmehr durch ihre bei der Interpretation des politischen Geschehens verwendete Sprache lügen. Als diesbezügliches Beispiel nannte ich den Gebrauch des Begriffs der Reform. Dieser bezeichnete ursprünglich Maßnahmen, welche bestehende Lücken im sozialen Sicherheitsnetz schließen und damit die Lebenssituation der Menschen verbessern. Seit einigen Jahren jedoch, schrieb ich damals, verwende man diesen Begriff unter der Hand in völlig anderer Bedeutung. Denn als Reformen bezeichne man nun Maßnahmen, welche dem **Rückbau** des Sozialstaates dienen, womit man unausgesprochen die Lüge verbreite, dass neoliberale Sparprogramme nur zum Besten von uns allen seien.

Ein nettes Beispiel dieser Praxis liefert nun wieder das Profil bei seinem Rückblick auf die Ära Kurz. Hier wird nämlich mitgeteilt, dass es bei Kurz *"Zu beinhardtem Neoliberalismus, wie ihm manche Kritiker vorwarfen,"* nie kam. *"Kurz hatte aus der Abwahl von Wolfgang Schüssel den Schluss gezogen, dass Reformen die Wähler verschrecken. Also pflegte er eine spezielle Art des Sozial-Populismus ..."*.

Hier werden implizit die beiden folgenden Gleichungen postuliert:

1. Reform = beinhardter Neoliberalismus
2. Die einzige Alternative zu Reform = Sozial-Populismus.

Dass es so etwas wie nicht-neoliberale und zugleich nicht-populistische Reformen des Sozialstaats geben könne, Reformen also, die diesen Sozialstaat zukunftsfit machen, ohne zu einer massiven Verschlechterung unserer Lebensbedingungen zu führen, wird damit als unmöglich hingestellt.

Und weil man sich nicht explizit zu dieser Meinung bekennt, sondern sie bloß zwischen den Zeilen des Gesagten als unausgesprochene Faktenbehauptung mittransportiert, haben wir es hier wieder einmal mit einer faustdicken Lüge zu tun.

--- 000 ---

Zur Sendung des Salzburger Nachtstudios auf Ö1 vom 15.12.2021

Wer wird ziehen?

Ein keynesianisch orientierter Ökonom (Stefan Schulmeister) und eine neoliberale Ökonomin (Monika Köppl-Turyna) diskutieren die Frage *"Killt der Kapitalismus das Klima?"* Kein Problem mit der Antwort auf diese Frage hat Frau Köppl-Turyna, die Direktorin des mit Unterstützung der Industriellenvereinigung gegründeten Eco-Austria-Instituts: *„Wir leben in der besten aller Zeiten“*, und zwar aufgrund der *"Verdienste von Kapitalismus und Freihandel, die der Menschheit dieses Wohlstandsniveau gebracht haben."* Deshalb wird ihrer Ansicht nach auch niemand anderer als genau jenes Zweigespann von Kapitalismus und Freihandel eine Bewältigung der Klimakrise ermöglichen.

Schulmeister ist da skeptischer. Für ihn ist der Kapitalismus wegen seiner ungeheuren Dynamik wie ein Tiger, den man zwar zähmen, aber nicht vor den Pflug spannen kann.

Da sich aber auch Herr Schulmeister keine sozialistische Ökonomie vorstellen mag, muss man ihn fragen, wer denn dann unseren Pflug ziehen soll.

--- 000 ---

Zu Weihnachten erfuhren wir dann auch
noch von einem Fund der Staatsanwälte
auf dem Handy von Thomas Schmidt

Endlich amtlich bestätigt!

Thomas Schmidt, mein Mann des Jahres, an einen Mitarbeiter im Ministerkabinett des Finanzministeriums, der nicht gleich hab acht stand, als ein Millionär steuerliche Sonderbegünstigungen verlangte:

"Vergiss nicht - du hackelst im ÖVP Kabinett!!

Du bist die Hure für die Reichen."

DANKE THOMAS SCHMIDT! WIR WERDEN DICH VERMISSEN!

--- 000 ---

2022

Zur Situation eine Woche nach dem
Ausbruch des Krieges in der Ukraine

Pathos statt Nachdenken

Es ist ein Menschenrecht, die Pfeife selbst zu wählen, nach der man tanzt. Man hat daher zu akzeptieren, dass die meisten Ukrainer*innen offenbar die Pfeife des westlichen Kapitals jener der russischen Oligarchen vorziehen. Es ist auch sehr gut zu verstehen, dass sie lieber in einer liberalen Demokratie tanzen als in Putins Demokratie.

Ich frage mich aber, ob der Unterschied zwischen diesen beiden Tänzen wirklich so groß ist, dass ich bereit wäre, mich für ihn von Granaten zerfetzen zu lassen. Oder anders gefragt, ob der Unterschied nicht kleiner ist, als uns die Kampfaufrufe ukrainischer Politiker glauben machen wollen. Es beschleicht mich der Verdacht, dass ihre leidenschaftliche Rhetorik diesen Unterschied so weit aufbläst, damit er möglichst viele Menschen zur Selbstaufopferung motiviert.

Leider kann ich über all das nicht richtig nachdenken, weil mir von der auf mich einströmenden Inbrunst speiübel ist. Da reicht die Konzentration nur für zwei weitere Fragen:

Wieso transportieren die westlichen Medien dieses Pathos so undistanziert weiter? Soll es vielleicht verhindern, dass wir uns fragen, nach wessen Pfeife **wir selbst** tanzen, und wie viel Gängelung in unserer liberalen Demokratie steckt?

Ich kann aber auch darüber nicht nachdenken, weil eine neue Welle der Übelkeit hochschwappt. Denn soeben ist mir eingefallen, wie reflexartig vormals besonnene Sozialdemokrat*innen und Grüne nun Waffen in die Ukraine senden. Genau wissend, dass das nichts am Ausgang dieses Krieges ändert, sondern nur seine Dauer verlängert und die Zahl seiner Menschenopfer erhöht.

Ja richtig, je länger dieser Krieg dauert und je mehr Opfer er fordert, desto stärker kommt Putins Demokratie ins Wanken. Endlich verstehe ich: Die Ukrainer*innen opfern in diesem Krieg ihre jungen Leben für die Verteidigung **unserer** Art des Tanzens nach den uns vorgespielten Melodien. Wir selbst können leider nicht mit ihnen kämpfen, weil sonst ein Weltkrieg ausbricht. Wir können nur von den Balkonen aus applaudieren. Unser Pathos ist also der Balkonapplaus für ihr Opfer.

Tschuldigung, da geriet jetzt etwas durcheinander. Balkonapplaus war ja bei der letzten Krise. Vor lauter Kriegspathos habe ich vergessen, welche Krise das war. Möglicherweise irgendetwas mit Gesundheit. Vor dem

Hochsteigen der nächsten Übelkeitswelle noch rasch zwei weitere Fragen und ein abschließender Gedanke.

Die erste Frage möchte wissen, ob unser Modell der liberalen Demokratie nicht besser zu verteidigen wäre durch Investition all des nun in Waffenlieferungen und eigene Aufrüstung fließenden Geldes in die Stärkung des Sozialstaats und in den Kampf gegen den Klimawandel.

Bei der zweiten geht es wieder ums Pathos: Soll die feierliche Ergriffenheit, mit der die EU-Gremien auf den Beitrittswunsch der Ukraine reagierten, vielleicht bloß unseren dringenden Wunsch verdecken, dass sie um Gotteswillen bitte, bitte draußen bleiben mögen? Weil wir doch ganz genau wissen, in welcher Situation wir uns spätestens zehn Jahre nach ihrem Beitritt befänden: Die Ukrainer*innen hätten dann all ihre Illusionen über eine bessere Zukunft verloren, was mit unausweichlicher Konsequenz eine Stärkung des Rechtspopulismus in ihrem Land und damit letztlich auch in der gesamten EU zur Folge hätte. Dies aber würde zwangsläufig zu einem weiter und weiter gehenden Abbau der liberalen Elemente unserer demokratisch verfassten EU führen - mit dem Endergebnis einer Angleichung an Putins Konkurrenzmodell der Demokatur.

Die Schlussfolgerung aus dieser Vision ist deprimierend. Denn sie besagt, dass der Kampf der Ukrainer*innen für ihren Beitritt zu einer liberal-demokratischen EU im Falle seines Erfolgs einen wesentlichen Beitrag zur Beschleunigung des Untergangs der so verfassten EU leisten würde.

--- 000 ---

Zu den Schlagzeilen
am Internationalen Frauentag

Der Test zum Tag

Hegel wollte komplexe Problemlagen noch *auf den Begriff bringen*. Heutzutage haben wir uns frei gemacht von so viel intellektueller Überheblichkeit. Wir bringen die Dinge bestenfalls noch auf den Punkt. Bei Zeitungsleuten ist dieser Punkt die Schlagzeile. Sehen wir uns an, wer es in der Disziplin der punktgenauen Schlagzeile am weitesten gebracht hat.

Testteilnehmer: die Kronen Zeitung, der Kurier, der Standard und die Presse

Testaufgabe: 8. März 2022, Internationaler Frauentag **und** Ukraine-Krieg; es gilt beide Themen in einer Schlagzeile punktgenau zu vermantschen.

Testergebnisse:

- PRESSE: Sie schafft überhaupt keine Schlagzeile mit Bezug zu beiden Themen, wird also disqualifiziert und muss den Test bei nächster Gelegenheit wiederholen
- STANDARD: **Keine gute Zeit für Frauen.** Wo bleibt denn da der Optimismus, den wir in Zeiten wie diesen alle so dringend brauchen. Das ergibt ein glattes Nicht Genügend.
- KURIER: **Frauen und der Krieg.** emotionsloses Wischiwaschi; bestenfalls Genügend, aber mit einem dicken Minus davor
- KRONEN ZEITUNG: **Frauen greifen für ihre Heimat zur Waffe.** Hier ist alles drin, was wir von einer guten Schlagzeile erwarten. Von der Kriegsbegeisterung über eine Emanzipation, die uns Männer nix kostet, bis hin zur Heimatliebe.
Daher: Sehr gut mit Sternderl!

--- 000 ---

Bei einer Benefiz-Lesung für die Ukraine wurde am 11. März dieses Jahres ein Text von Elfriede Jelinek vorgetragen.

Elfriede und der Krieg

Wie froh war die Elfi, als sie eines Tages endlich alle Elfriede nannten. Manchmal kam es allerdings noch vor, dass man sie mit der feuerroten Friederike verwechselte, weil sie in ihren Texten der Sprache alle modischen Fetzen vom Leib riss, bis sie pudelnackt vor uns da stand. Das ist längst vorbei. Wer wird nicht verstehen, dass die Elfi mit 75 nicht mehr so unerbittlich ist. Geht es jetzt in der Ukraine um die Wurst, lässt sie sich gerne erbitten und bittet uns alle um großzügige Spenden. Sie spendet auch selbst das Kostbarste, was sie geben kann. Einen Text, in dem sie das derzeit wabernde Kriegspathos so geschickt zelebriert, dass ihm möglichst sogar Pazifisten auf den Leim gehen und spenden. Einen Text, in dem sie jene Elfriede raushängen lässt, die wir immer so gern gehabt hätten, auf die wir immer so gern stolz gewesen wären. Eine Elfriede, die ihren Frieden mit der Sprache gemacht hat, und die gefeierten Helden des ukrainischen Widerstandes nicht bis auf ihre Unterhosen auszieht, um abzuchecken, ob die auch ein Tarnmuster haben.

Ja wie geht denn das? Wie schafft das die Elfriede? Für sie ist das ganz einfach. Sie versetzt sich gedanklich zurück in jene Zeit als sie noch die kleine Elfi war. Denn die war äußerst pfiffig. Und mit dieser Pfiffigkeit der kleinen Elfi fällt der alten Elfriede sofort ein, dass sie jenes Wunder feiern könnte, das jeder Krieg so ganz nebenbei vollbringt. Das Wunder des Zu-

sammenfindens der Unterlegenen. Ein Text über dieses Wunder tut niemandem weh und schreibt sich praktisch von selbst. Als Anknüpfungspunkt bringt man ein kleines Zitaterl von der Hannah Arendt, das die *umfassende Vereinzelung und Verlorenheit des Menschen inmitten kontaktloser Individuen ohne Bezug zueinander* konstatiert. Vor diesem dunklen Hintergrund glänzen dann die Heldentaten der Ukrainer*innen umso heller. *Denn diese Gottverlassenheit, von der Hannah Arendt schreibt, diese Verlassenheit inmitten eines unübersehbar massenhaften Getriebes ... usw. blabla ... ist von der Führung und den Bewohnern der Ukraine jetzt aufgehoben, diese Grenzen sind niedergerissen worden. Sie sind füreinander da, diese Bewohner, sie helfen einander, sie leisten Widerstand.*

Zieht man den hochtrabenden Hannah-Arendt-Hintergrund ab, dann ist das genau dieselbe Hymne des Für-einander-Daseins, mit der die Generation von Elfriedes Eltern ihre Weltkriegs-Erfahrungen gefeiert hat. Das Für-einander-da-sein und Für-einander-Einstehen war in ihren Augen das Beste an jener schrecklichen Zeit des Krieges. Wenn aber das Kollateral-Wunder der Aufhebung unserer existenziellen Vereinsamung sogar durch den von Nazi-Deutschland gegen die Alliierten geleisteten Widerstand hervorbracht wurde, was ist dann an diesem Wunder so bewundernswert?

Für die Klärung dieser diffizilen Frage reicht die Piffigkeit der kleinen Elfi nicht aus. Dafür hätte die alte Elfriede schon ein wenig von ihrer langjährigen Lebenserfahrung und ihrem sprachkritischen Potential mobilisieren müssen. Dazu konnte sie sich aber offensichtlich nicht aufraffen. Es war ja nur ein simpler Spendenaufruf für irgendeine Benefizveranstaltung angefragt und keine schillernde Textfläche fürs Burgtheater.

--- 000 ---

Zur Berichterstattung der Medien
über den Ukraine-Krieg

Der Unterschied

Auf den ersten Blick ist alles wie am Vorabend des Ersten Weltkriegs: Kapitalistische Großmächte kämpfen mit Waffengewalt um Ausdehnung ihrer Einflussphären, vermeiden aber vorläufig noch die direkte Konfrontation. Und unsere Medien begleiten das politisch-militärische Geschehen mit konsequenter Stilisierung der Konkurrenzkräfte als Böslinge und Feinde der Freiheit, während sie die auf unserer Seite stehenden Frontkämpfer als Helden feiern.

Halt. Etwas ist doch ganz anders: Weit und breit kein Karl Kraus, der dieses hohle Freiheits- und Heldengeschwafel mit spitzer Feder zerlegt.

--- 000 ---

Zum Servus-Talk im Hangar vom
24.3.22; Thema: Russland bombt wei-
ter: Wie stoppen wir Putin?

Pokern mit Putin

Einer der Gäste die Schriftstellerin Marjana Gaponenko. In ihren Augen ist Putin ein Massenmörder, der die Demokratie weltweit gefährdet. Sie glaubt, dass die russische Armee diesen Krieg nicht gewinnen wird und ruft den Westen dazu auf, ihr Heimatland mit Waffen zu beliefern. Angesprochen auf den von Putin angedrohten Einsatz von A-Bomben kontert sie kühl: Der Mann blufft nur. Und der Westen fällt rein auf diesen Bluff.

Wer so argumentiert, hat sich auch selbst auf das Spiel mit dem Bluff eingelassen, hat also Putin gegenüber Platz genommen und ist bereit um den auf dem Tisch liegenden Einsatz zu pokern.

Blöderweise liegt bei diesem Spiel die ganze Welt, die menschliche Zivilisation auf dem Tisch.

--- 000 ---

Zum Leitartikel von Robert Treichler
im profil vom 27.3.2022

Muss der Westen wirklich siegen?

In der ersten Randnotiz dieses Jahres habe ich mich gefragt, ob die Vorzüge des westlichen vor dem russischen Gesellschaftsmodell wirklich so groß sind, dass man sich für sie von Granaten zerfetzen lassen möchte. Nun lese ich im aktuellen profil unter dem Titel "*Warum der Westen siegen muss*", ein glühendes Bekenntnis zur heldenhaften, also Granatenzerfetzung in Kauf nehmenden Verteidigung jenes westlichen Gesellschaftsmodells. Hier daher nochmals mein Appell: sehen wir mit Realismus und nicht mit der Brille des kalten Krieges auf unsere Welt. Und realistisch betrachtet, sind die Differenzen zwischen den zwei in diesem Krieg einander gegenüberstehenden Gesellschaftsmodellen nicht sehr groß.

In ökonomischer Hinsicht handelt es sich in beiden Fällen um kapitalistische Regime, die um Märkte und Einflusszonen ringen. Bleibt die Frage der Demokratie. Hier dürfen wir nicht in den Fehler verfallen, die **Realität des Westens** mit dem gleichzusetzen, was wir alle als **Idealvorstellung** einer liberalen Demokratie ansehen, und was in einigen Staaten Westeuropas vorübergehend ansatzweise verwirklicht wird. *Der Westen*, das sind auch die knapp vor dem Absturz stehenden autoritären Demokratien Polens und

Ungarns, die Korruptionsparadiese Bulgarien und Rumänien, der failed state Bosnien und Herzegowina, Erdogans Türkei, Bolsonarios Brasilien und das Amerika von Trump I, dem sehr bald schon, wenn wir Pech haben, das Amerika von Trump II folgen wird, usw., usw.

Ist also die demokratische Realität *des Westens* meilenweit von jenem Idealbild entfernt, das wir unausgesprochen mit *dem Westen* verbinden, woraus speist sich dann die Überzeugung, dass dieser *Westen* *siegen muss*? Ist sie vielleicht nur deshalb so glühend, weil wir mit den Ukrainer*innen Stellvertreter*innen gefunden haben, die sich an der Stelle von uns und unseren Kindern als Kanonenfutter hergeben?

--- 000 ---

Zu einem Bericht im
Kurier vom 8.4.2022

Er ist wieder da, und diesmal machen wir ihn

Anlässlich der Präsentation der jährlichen Bewertung der Sicherheitslage im Jahresbericht der "Direktion für Verteidigungspolitik und internationale Beziehungen" sagt Brigadier Peter Vorhofer, einer der Autoren der Analysen:

*"Prinzipiell muss alles gedacht werden, was denkbar erscheint. ... Dazu gehört auch, ... dass Europa einen **Eisernen Vorhang 2.0** aufzieht."*

--- 000 ---

ebenfalls am 8.4.2022
aufgeschnappt

Sie sagen nie, was es ist

In einer heute von ZDF-Info ausgestrahlten Doku über den Afghanistankrieg, an dem Deutschland an der Seite der Amerikaner seit 2002 kämpfte, sah ich ein Interview aus 2010 mit dem damaligen deutschen CDU-Verteidigungsminister Guttenberg. Darin sagt der, dass er nun (2010) erstmals ausspreche, was niemand in Deutschland bisher offen eingestehen wollte - dass es sich nämlich bei den Aktivitäten in Afghanistan um die Beteiligung an einem **Krieg** handelt.

Anders gesagt: Dieselben Deutschen, die nun dem Aggressor Putin vorwerfen, seinen Angriff auf die Ukraine, nicht als Krieg zu bezeichnen, haben bei dem letzten Krieg, in dem deutsche Einheiten auf der Seite der

Angreifer agierten, acht Jahre gebraucht, bis sie ihrem Volk erstmals eingestanden, dass es einen Krieg führt.

Übrigens: Bevor man sich 2010 endlich dazu durchrang, von einem Kriegseinsatz zu sprechen, hieß das Ding genau wie nun bei Putin "*Operation*". Damals sprach man aber nicht von einer "*Spezialoperation*", sondern von der "*Operation Enduring Freedom*".

--- 000 ---

Das Mittagsjournal vom 19.4.22 berichtet, dass Rechtsradikale in Schweden Koranverbrennungen veranstalten und die Schwedische Regierung dies im Namen der Meinungsfreiheit toleriert.

Halb so schlimm

- Es gibt schon wieder Bücherverbrennungen.
 - Wo?
- Eh nur in Schweden.
 - Welche Bücher werden verbrannt?
- Eh nur der Koran.
 - Na dann. Halb so schlimm

--- 000 ---

Zu einem Bericht
im Mittagsjournal
am 5.5.2022

Wir waren schon mal besser

Bei einer Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag der Befreiung des KZ Mauthausen zieht Nationalratspräsident Sobotka eine Parallele zur heutigen Situation in der Ukraine: "*Wir werden auch dabei zu Zeugen. Zeugen von neuerlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Zeugen von Grausamkeiten, die der Zivilbevölkerung angetan werden.*"

Bis zur Affäre Waldheim waren wir **Opfer** der Nazis. Dann wurden wir zu **Mittätern**. Jetzt sind wir offenbar wieder bloß **Zeugen**.

--- 000 ---

De mortuis nihil nisi bene

Na gut, dann also keine schlechte Nachrede für den Vater von Red Bull, sondern ein paar Worte zu seinen heimischen Trauerrednern.

Da entdeckt ein Mann irgendwann das Marktpotential eines Produkts mit extrem hohem Zucker- und Koffeingehalt, dessen Genuss die Menschen bei langfristiger Beschädigung ihrer Gesundheit zu jenen Höchstleistungen anspornt, die unsere Leistungsgesellschaft von ihnen fordert. Er vermarktet dieses Produkt so genial, dass er damit Milliarden scheffelt, mit denen er dann Aktivitäten fördert, die ihrerseits jenes mörderische Rekord- und Konkurrenzdenken zelebrieren, das die Menschen an das Leistungsprinzip bindet. Zum Drüberstreuen verherrlicht ein nicht unwesentlicher Teil dieser von ihm finanzierten Betätigungen das Automobil, jene zentrale Technologie des motorisierten Individualverkehrs, ohne dessen Zurückdrängung ein Erreichen der Klimaneutralität völlig illusorisch ist.

Was lernen wir über den geistigen Zustand Österreichs, wenn die politischen Spitzen dieses Landes, vom grünen Bundespräsidenten bis zum schwarz-türkisen Bundeskanzler, beim Tod dieses Mannes vor seiner tolen Lebensleistung bewundernd in die Knie gehen?

--- 000 ---

Zu einem Bericht im Kurier über die
nächste Woche stattfindende Halbzeit-
Wahl in den USA

Und jetzt bitte noch die Streichhölzer

Im KURIER vom 2.11.2022 lese ich, die Washington Post habe im Vorfeld der nächste Woche stattfindenden Halbzeit-Wahl zum US-Kongress ermittelt "dass unter den 552 antretenden Republikanern (für den Kongress in Washington und die Führungsposten in den Bundesstaaten) rund 300 hinter Trumps Lüge von der 'gestohlenen' Wahl 2020 stehen und Biden für einen illegitimen Präsidenten halten." Dann wird ein bekannter US-Politologe zitiert der folgendes meint: "Kämen sie ans Ruder, würde das gesamte demokratische System ausgehebelt."

Die Pointe dieser Geschichte kommt aber erst jetzt: "Bei den parteiinternen Vorwahlen haben Wahlkampf-Organisationen der Demokraten rund 44 Millionen Dollar in Wahlwerbung für diese Extremisten gesteckt - in der

Annahme, diese seien bei der echten Wahl am 8. November leichter zu schlagen als moderate Konservative."

Das ist wie in Max Frischs Theaterstück "Biedermann und die Brandstifter", wo der Biedermann den Brandstiftern samt ihren Ölfässern in seinem Haus Quartier gibt und ihnen dann sogar auch noch die Streichhölzer reicht, damit sie das Öl anzünden können. Bisher dachte ich immer Frisch hätte da übertrieben. Nein, der war nur hellichtig genug, schon in den 1950er Jahren zu erkennen, wohin sich die Wahlkampflogik der liberalen Demokratie einst entwickeln wird.

Nachbemerkung zur vorangehenden
Notiz am Tag nach der Halbzeit-Wahl

Es ist noch einmal gut gegangen. Die Brandstifter haben bloß ihr eigenes Haus angezündet. Ich frage mich aber: Wie sehr muss ein System schon in die Enge getrieben sein, wenn es sich nur mehr mit solchen Mitteln seiner Feinde erwehren kann?

--- 000 ---

Zur Ö1-Sendung "Kinderuni"
vom 10.11.2022

Frage an die Wissenschaft

Eine der wenigen Sendungen von Ö1, die ich überhaupt nicht mag, ist die Kinderuni: Lauter ultrakluger Kinder aus bildungsnahen Elternhäusern, die ultrakluger Fragen an Wissenschaftler stellen und dadurch ihre ohnehin schon unerträgliche Klugheit noch weiter steigern.

Die heutige Sendung zum Thema "Bananen" war eine wohltuende Abweichung von diesem schwer erträglichen Sendungsschema. Endlich ein Kind, das noch fragen kann, wie Kinder fragen. Endlich eine Wissenschaftlerin, die zugibt, dass die Wissenschaft nichts, aber auch schon gar nichts über unsere Welt weiß.

Kind: *Wie viele Bananen gibt es auf der Welt?*

Wissenschaftlerin: *Phuuuh! ... (Nachdenkpause) ... Also ich glaube, das variiert.*

--- 000 ---

Europaministerin Edtstadler verteidigt
im Kurier vom 21.12.2022 das Österrei-
chische Veto zum Schengenbeitritt von
Rumänien und Bulgarien

Die Dialektik der Humanität

Beim Asylthema gebe es nach dem Veto-Knaller erste Fortschritte, sagt die Frau Europaministerin. *"Und sie ist überzeugt: Humanität könne es nur geben, wenn an den Außengrenzen Ordnung herrscht."*

Da hat sie sich ungenau ausgedrückt. Tatsächlich meinte sie: Humanität im inneren der EU könne es nur geben, wenn an den Außengrenzen Inhumanität herrsche.

Zur Selbstgleichschaltung der Medien

Die Gleichschaltung der Medien durch die KP war eine der abstoßendsten Erscheinungsformen stalinistischer Diktatur. Ich hatte Gelegenheit, diese Form der kollektiven Gehirnwäsche selbst zu beobachten, als ich in den frühen Siebzigern in Westberlin lebte und an jedem Wochenende meine im kommunistisch regierten Osten der Stadt lebende Freundin besuchte. Die von der KP ausgegebenen Parolen hingen dort an großen, roten Spruchbändern über den Straßen und hämmerten aus allen Zeitungen, Radio- und TV-Stationen auf die Menschen ein. Als Bewohner des Westteils der Stadt war ich immun gegen derlei Indoktrinierung. Sie widerte mich so sehr an, dass ich künftig hellhörig war für alle in meinem jeweiligen Umfeld wahrnehmbaren Gleichschaltungstendenzen. Schon seit einigen Jahren habe ich nun den Verdacht, dass solche Tendenzen auch in unserer liberalen Demokratie immer stärker werden. Selbstverständlich nicht in 'klassisch' diktatorischer Form, sondern auf eine unserem politischen System entsprechende Weise.

Der Philosoph Richard David Precht und der Soziologe Harald Welzer scheinen ebenfalls diesen Verdacht zu hegen. Sie widmeten ihm ein im September letzten Jahres erschienenenes Buch mit dem Titel *"Die vierte Gewalt-: Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird – auch wenn sie keine ist"*. Im Vorfeld seiner Veröffentlichung sprachen die beiden noch von einer *"Selbstgleichschaltung"*. Sie mussten diesen äußerst treffenden Begriff dann aber schnell wieder zurücknehmen und reden jetzt nur mehr von *"Selbstangleichung"*. Das klingt weniger brutal nach *"Selbstzensur"* und mehr nach *"Erkennen des eigenen Irrtums aufgrund von Einsicht in die von der Mehrheit erkannte Wahrheit"*. Für mich ist dieser geschmeidige Rückzug der beiden Autoren ein Indiz dafür, dass sie mit ihrer ursprünglichen These ganz richtig lagen, dass also der schleichende Wandel unserer Medienöffentlichkeit viel eher den Charakter von Selbstgleichschaltung als von Selbstangleichung hat.

Wie wenig die bei diesem Wandel in den Köpfen der Journalist*innen ablaufenden Vorgänge mit Einsicht und Selbstreflexion zu tun haben, zeigt sich etwa am Beispiel der bei jeder Thematisierung des Ukrainekriegs unvermeidlichen Rede vom *"Russischen Angriffskrieg"*. Allein schon der Begriff des *"Angriffskriegs"* ist problematisch. Denn erstens beginnt jeder Krieg mit dem Angriff einer der beiden Konfliktparteien. Und zweitens versteht jeder dieser Angreifer seinen Angriff als bloße Verteidigung (ge-

gen eine in der Zukunft lauernenden Bedrohung oder eine in der Vergangenheit erlebte Verletzung der Ehre, der territorialen Integrität seines Landes, usw.). Der Angriffskrieg ist daher aus der Sicht des Angreifers stets ein Verteidigungskrieg. Wer einen Krieg als "*Angriffskrieg*" bezeichnet, drückt damit also zunächst nur aus, dass er den Begründungen des jeweiligen Angreifers keinen Glauben schenkt. Er gibt aber darüber hinaus auch zu verstehen, dass er wenig Bereitschaft hat, sich mit den Argumenten jenes Angreifers auseinanderzusetzen.

Und damit sind wir bei der politischen Funktion der Formulierung vom "*Russischen Angriffskrieg*". Ihre geradezu **zwanghafte** Verwendung soll sicherstellen, dass wir möglichst wenig über die Vorgeschichte des russischen Angriffs auf die Ukraine nachdenken. Andernfalls müssten wir uns nämlich mit unserer eigenen Rolle im Vorfeld des schrecklichen aktuellen Geschehens auseinandersetzen. Das würde zwar den Angreifer nicht von seiner moralischen Schuld entlasten, uns jedoch eine Mitschuld aufbürden. Und das wollen wir keinesfalls zulassen. Gut und Böse sollen möglichst einfach überschaubar verteilt sein. Dann kann man nämlich Waffenlieferungen und Sanktionen viel leichter argumentieren ...

Die Formulierung vom "*Russischen Angriffskrieg*" wurde so zu einem sprachlichen Automatismus, der die Reflexion von Sprechern und Zuhörern ausschaltet. Das zeigt sich etwa daran, dass man ihr manchmal auch dort begegnet, wo sie rein **grammatikalisch** gar nichts zu suchen hat. Selbst der eine oder andere in der Grammatik sattelfeste Sprecher lässt sich von ihr aufs Glatteis locken, um dann dort auszurutschen. Cornelius Hell etwa ist studierter Germanist und war in seinem Berufsleben unter anderem als Universitätslektor für deutsche Sprache sowie als Verlagslektor tätig. Er weiß natürlich, dass man jegliche Art von Krieg (also auch einen Angriffskrieg) **gegen** und nicht **auf** ein Land führt. Als er dann aber heute Morgen in der Sendung "*Gedanken für den Tag*" irgendetwas über den Angriff Russlands auf die Ukraine sagen möchte, bringt er den "*Angriff*" nur mehr in seiner Verschmelzung mit dem "*Krieg*" über die Lippen und spricht daher vom "*Russischen Angriffskrieg auf die Ukraine*".

Wie alle Gleichschaltungsversuche ist auch der Mechanismus der Selbstgleichschaltung letztlich kontraproduktiv. D.h. er erzeugt das Gegenteil von dem, was seiner systemischen Funktion entspräche. Auch dies zeigt sich sehr schön am Beispiel der zwanghaften Rede vom "*Russischen Angriffskrieg*". Tatsächlich weiß ohnehin jeder Mensch, der seine fünf Sinne beisammen hat, dass Putin in diesem Krieg den ersten Angriff startete. Wer mit der Anerkennung dieser Tatsache kein Problem hat, der wird die gebetsmühlenartige Erinnerung daran als lästige Bevormundung empfinden. Wer aber dazu tendiert, diese Tatsache zu verdrängen, weil sie nicht

in sein putinfreundliches Weltbild passt, dem liefert die permanente Berieselung mit dieser zur Propagandalosung erstarrten Formulierung das beste Argument für seine These, dass es in unserer liberalen Demokratie auch nicht viel besser um die Meinungsfreiheit bestellt ist als in Putins Demokratie.

--- 000 ---

Zur Wahrheitskultur in der Redaktion
des Nachrichtenmagazins 'profil'

Wie Aufdecker und Faktenchecker lügen

Vor vielen Jahren analysierte ich als ein mit dem Wiener Wohnungsmarkt befasster Sozialforscher den Wahrheitsgehalt von Wohnungsannoncen. Dabei fand ich heraus, dass es in diesem Bereich sehr verschiedene Arten des Umgehens der Wahrheit gibt. Die am häufigsten praktizierte Strategie des Lügens war damals das **Verschweigen** von wesentlichen Aspekten des jeweiligen Wohnungsangebots. Ein ähnliches Verhältnis zur Wahrheit wie die damals von mir kritisierten Immobilienmakler hat offenbar die Redaktion des Nachrichtenmagazins 'profil'.

Als die Eigentümer des Magazins um den Jahreswechsel den leitenden Investigationsjournalisten kündigten und den Herausgeber abgesägten, weil der eine seine Nase zu tief in die weit gespannten Korruptionsnetze der ÖVP gesteckt und der andere dies nicht verhindert hatte, wartete ich gespannt auf die erste Ausgabe des Magazins im neuen Jahr. Wie würde das auf seine Aufdecker- und "Faktenchecker"-Qualitäten stolze Magazin wohl über diese Vorgänge auf seiner eigenen Hinterbühne berichten?

Beim Durchblättern des Hefts von der ersten bis zur letzten Seite erlebte ich dann eine Überraschung. Illusionslos wie ich seit Jahren im Hinblick auf die Wahrheitsliebe des heimischen Journalismus bin, hatte nämlich erwartet, dass man beschönigende Worte für das Geschehen finden würde. Tatsächlich aber kapitulierten offenbar selbst die geübtesten Schwurbler der Redaktion vor der Unmöglichkeit, hier etwas schön zu reden. So entschied man sich für die Methode des Verschweigens und verlor darüber kein einziges Wort.

--- 000 ---

Zu einem Interview mit Arbeitsminister
Kocher im Kurier vom 14.2.2023

Reden wir doch endlich Klartext

Auf die Frage, ob er die Zukunft der EU als *"eine 'Festung Europa', gepaart mit qualifiziertem Zuzug"* sehe, antwortet der Herr Minister:

"So würde ich das nie bezeichnen. Durch die Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte gibt es für alle Bereiche die Option, nach Österreich zu kommen. Und zwar über ein Punktesystem für qualifizierte Arbeitskräfte, ähnlich wie in Kanada. Was schwierig ist: Zum Beispiel als Tellerwäscher ohne große Qualifikation nach Österreich zu kommen. Dann könnte weltweit jeder kommen. Das funktioniert weder gesellschaftlich noch volkswirtschaftlich. Kein Staat der Welt hat so ein System."

Anders gesagt: Rot-Weiß-Rot-Karte für die Mittelschichten, Festung Europa für die Armen.

--- 000 ---

Nach einem Besuch
des Parlaments

Einsicht in die Besitzverhältnisse

Heute ging ich zu einer Führung durch **unser** neu renoviertes Parlament. Als ich wieder herauskam, hatte ich **deren** Parlament von innen gesehen.

So viele Sicherheitsschleusen
So viele durchgeschleuste Besucherschafe
So viele Belehrungen,
 was Demokratie sei,
 wer sich Demokrat nennen dürfe
 und wie sich echte Demokraten zu verhalten haben

--- 000 ---

Zu einem Interview der SPÖ-
Vorsitzenden am 6.3.2023 in
der ZIB-2

Der wahre Grund der SPÖ-Krise

Nach der krachenden Wahniederlage in Kärnten beklagt die gute Pam im ZIB-2 Interview mit Armin Wolf, dass nur die ständigen Querschüsse aus dem Burgenland am schlechten Abschneiden der SPÖ schuld seien.

Mitnichten. Schuld ist die Wischiwaschi-Oppositionspolitik der von ihr geführten Partei, mit der man nichts zu melden hat gegen das rechtspopulistische Strohfeuer. Warum etwa verzichten nicht Großstädte wie Wien und Graz, in denen Koalitionen mit dominanter bzw. starker SPÖ-Beteiligung regieren, auf die volle Inflationsanpassung der kommunalen Mieten? Sie könnten so die türkis-grüne Regierung bis auf die Knochen blamieren. In Graz hätte die SP-Fraktion nur dem entsprechenden Vorschlag der KP-Bürgermeisterin zuzustimmen, während in Wien der rosarote Hund bloß verhindern müsste, dass sein neoliberaler Schwanz mit ihm wedelt.

Und was hindert den rosarot dominierten Teil der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft daran, entsprechende Zeichen zu setzen? Beschämend, wenn etwa der Geschäftsführer der mehrheitlich im Besitz der Wien Holding befindlichen Arwag seine Mieter mit einer Einmalzahlung von 100 € abspeisen will. Das ist um keinen Deut besser als der einst vom unseligen Jörgl in Kärnten persönlich aus der Handkasse verteilte Teuerungsausgleich für sozial Schwache. Mehr sei nicht möglich sagt der Arwag-Geschäftsführer Thomas Rolex Drozda im Kurier-Interview, denn er könne das Geld des Unternehmens nicht verschenken, das wäre Untreue. Ja und was wäre, wenn alle rosarot dominierten Gemeinnützigen kollektiv Untreue begingen, weil sie treu zu ihren Mietern stehen? Und was wäre, wenn es im Falle von entsprechenden Anklagen zu breiter Solidarisierung dieser Mieter mit den Funktionären der rosaroten Gemeinnützigen käme?

Alles völlig unvorstellbar in der heilen Welt unserer sozialdemokratischen Kommunalpolitiker und Wohnungsfunktionäre. So etwas geht doch nicht, sagen diese rosaroten Biedermänner und -frauen. Die SPÖ trägt doch Verantwortung für unsere Republik. Sie muss sich doch staatstragend verhalten. Schon wieder ganz falsch. Denn mittlerweile fordern nicht mehr bloß linksextreme Organisationen wie die Arbeiterkammer eine Verteilung der Mietanhebungen auf mehrere Jahre. Nun appellierte sogar (auch wieder in einem ZIB-2 Interview) der Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts an die Regierung, in dieser außergewöhnlichen ökonomischen Situation im Interesse der Stabilität unseres Sozialgefüges die Preisbremse bei den Mieten zu ziehen. Und damit ist quasi von höchster Stelle wissenschaftlich bestätigt, dass entsprechende Maßnahmen der Kommunen und Gemeinnützigen staatstragend bzw. höchst verantwortungsbewusst wären.

Aber leider: Die rosarote Nomenklatura ist zu bieder, um in einer außergewöhnlichen Situation, in der auch vom staatstragenden Verhalten Außergewöhnliches gefordert ist, außergewöhnlich zu handeln. Denn Biedermänner und -frauen hassen alles Außergewöhnliche wie die Pest.

Vielleicht folgt die Strafe auf dem Fuß. Diese Geschichte könnte nämlich schon bald mit einer bitteren Pointe für die SPÖ enden. Womöglich erhört

die Regierung den Appell unseres obersten Wirtschaftsforschers und beschließt in letzter Sekunde doch noch eine Dämpfung des ins Haus stehenden Mietenanstiegs. Was heute noch eine mutige Protesthandlung gewesen wäre, die sich die Wähler merken würden, wäre dann morgen schon ein braves Vollziehen der von oben kommenden Weisung. Die SPÖ hätte wieder einmal eine Chance auf kantige Oppositionspolitik versäumt, und die FPÖ dürfte sich wieder einmal ins Fäustchen lachen.

24.4.2023

Nachbemerkung:

Die Strafe folgte tatsächlich auf dem Fuß - doch anders als von mir erwartet. Die Regierung konnte sich nämlich nicht auf eine Dämpfung des Mietenanstiegs einigen. Dafür erzielte die KPÖ bei den kurz darauf folgenden Landtagswahlen in Salzburg einen Erdrutschsieg, der die SPÖ auf Platz drei hinter die FPÖ zurückfallen ließ.

--- 000 ---

Besinnliches zum Osterfest 2023

Neues von der Achtsamkeit!

Wir alle wollen achtsam sein
und sind doch meist nur siebsam.
Doch einst lebte einer,
der war sogar neunsam.
So neunsam,
dass sie ihn ans Kreuz nageln mussten.

--- 000 ---

Zu der am 24.4.2023 beginnenden parteiinternen Wahl des/der künftigen Parteivorsitzende(n) der SPÖ

Die Qual der Wahl

Ab morgen darf ich meine/n künftige/n Parteivorsitzende/n wählen. Ich weiß immerhin schon, wen ich nicht wählen werde (siehe die Randbemerkung mit dem Titel "Hurra!" vom 24./25.11.2018)

--- 000 ---

Zum Bericht der "Zeit im Bild" über die
Veranstaltung der FPÖ zum 1. Mai

Herzeigbarer Subtext

Drei ausgestreckte Finger gehen in Bierzelten als Handzeichen für die Bestellung von drei Bieren durch, weshalb sie als unverfänglicher Code für den Hitlergruß gelten. Und der oberösterreichische Landeshauptmannstellvertreter Dr. Manfred Haimbuchner geht in Bierzelten als seriöser Redner durch, weshalb er als das herzeigbare Gesicht der FPÖ gilt. Bei der heutigen Veranstaltung der FPÖ zum Ersten Mai sagte er zu dem vor ihm in einem Linzer Bierzelt versammelten Publikum:

*"Trinkt's fleißig Bier, das ist gut für unsere Bauern. **Drei Bier geh'n immer!**"*

--- 000 ---

Zur Kolumne von Isolde Charim
im Falter Nr.23/23

Marx, Babler und das Elend der Philosophie

Einst kritisierte Karl Marx ein vom französischen Philosophen Pierre-Joseph Proudhon verfasstes Werk. Es trug den Titel *"System der ökonomischen Widersprüche oder: Philosophie des Elends"*, weshalb der gern mit Worten spielende Marx seine dagegen gerichtete Streitschrift *"Das Elend der Philosophie"* nannte. Seit jenen Tagen sind nun schon 176 Jahre vergangen, aber das Elend der Philosophie ist um nichts geringer geworden. Es verbindet sich inzwischen nur mit anderen Namen.

Hierzulande muss man dabei etwa Isolde Charim denken. Sie ist zwar kein so großes Kaliber wie der als Ahnherr des Anarchismus geltende frühsozialistische Denker Proudhon, aber mit zwei Kolumnen (in taz und Falter) immerhin eine fixe Größe in den linken Diskursen des deutschen Sprachraums. Die Philosophin widmete ihre jüngste Falter-Kolumne dem neuen SPÖ-Vorsitzenden Andreas Babler und warb darin um Verständnis für dessen Bekenntnis, der Marxismus sei *"eine guten Brille, um auf die Welt zu schauen"*. Diese Absicht Charims ist sehr lobenswert. Leider aber steht das gedankliche Niveau ihrer Argumentation in so krassem Gegensatz zur Bedeutung ihres Anliegens, dass der erwähnte Text nur zum Beweis der These vom fortgesetzten Elend der Philosophie taugt.

Einleitend hält Charim in ihrer Kolumne fest, dass es ihr nicht um eine Kurzdarstellung der Lehren und Anliegen des Marxismus gehe. Ziel sei vielmehr zu erläutern, *"welche Funktion"* das Festhalten an Marx für diejenigen habe, die sich auf ihn berufen. Um diese Funktion verständlich zu

machen, thematisiert Charim zunächst eine in den letzten zwanzig Jahren von ihr beobachtete Verschiebung bei den zentralen Themen der Politik: Für den politischen Erfolg sei es immer weniger wichtig geworden, ökonomischen Wohlstand zu schaffen. *"Gerade rechte Populisten führen vor, dass man mit Kulturkampf, mit Nationalismus, kurzum: mit Identität punkten kann. Wahlentscheidungen scheinen sich von wirtschaftlicher Rationalität, von ökonomischen Interessen ein Stückweit zu entkoppeln. Mehr noch: Themen aller Art greifen erst, wenn sie identitätsmäßig aufgeladen werden."*

Die adäquate linke Antwort auf diese Verschiebung ist Charims Meinung nach nicht die Rückkehr zu einer Betonung von wirtschaftlichen Fragen und sozialen Maßnahmen. *"So funktioniert das nicht"*. Denn in der Ökonomie gehe es doch immer nur *"um Verteilungsfragen, um ein Mehr-oder-weniger, um das also, was verhandelbar"* sei. Man müsse sich der Rechten vielmehr auf jenem Kampffeld stellen, auf dem es um das geht, was die Menschen als absolut und unteilbar erleben. Und dieses Feld sei eben das der Identitäten. Die *"Antworten der Linken auf die Rechte"* dürfen daher, *"wollen sie erfolgreich sein, nie nur ökonomisch sein. Sie brauchen also ein Moment des Unteilbaren. Ein Moment von Identität."* Und genau darin liege die politische Funktion der Berufung auf Marx. Sie stehe *"für das, was man früher Klassenbewusstsein genannt hat"*, denn der Name 'Marx' sei ein *"Identitätsmarker"* in zweifachem Sinne: Einerseits für die Identität des sich jeweils auf ihn berufenden Politikers im Sinne von Entschiedenheit, Unversöhnlichkeit und Nichtkorrumpierbarkeit. Andererseits für die Identität der von ihm vertretenen *"Leute"*, denen er so etwas *"Unteilbares wie Würde und Respekt"* verschaffen will.

Lässt man sich von diesen Überlegungen Charims auf das von der Rechten beherrschte Feld der Identitätskämpfe locken, ist der Kampf schon verloren, bevor man zu kämpfen beginnt. Denn das hier von ihr vorgetragene Argument zeigt, dass sie nichts aber auch schon gar nichts von der Rolle der Ökonomie in unserer Gesellschaft versteht - oder anders gesagt, dass sie vielleicht viele Texte von Marx gelesen, aber keinen davon auch nur ansatzweise kapiert hat. Auch Marx ging es nämlich letztlich um jene von Charim betonten unteilbaren Qualitäten wie Würde und Respekt. Er hatte aber im Unterschied zu ihr erkannt, dass diese unverzichtbaren Bestandteile des Menschseins in einer vom Prinzip der Profitmaximierung gesteuerten Ökonomie zwangsläufig vor die Hunde gehen. Im Gegensatz zu Charim waren daher für ihn ökonomische Auseinandersetzungen nie ein bloßes Ringen um Umverteilung, sondern immer Elemente eines Kampfs, in dem es letztlich ums Ganze, sprich: um die Überwindung des profitgesteuerten Wirtschaftens geht. Und diese Orientierung am Systembruch gibt seinem ökonomischen Denken genau jenes Moment des Unteilbaren, Ab-

soluten, das Charim in einer von der Ökonomie losgelösten (bzw. nur oberflächlich an sie angebundenen) Identitätspolitik sucht.

Am Schluss noch ein Wort zu Andreas Babler: Ich selbst bin seit mehr als fünfzig Jahren SPÖ-Mitglied und habe bei der Mitgliederbefragung für ihn gestimmt, weil ich hinter seinem Bekenntnis zur *"Brille des Marxismus"* die Andeutung einer den Systembruch nicht von vornherein ausschließenden Haltung zu erkennen glaube. Sollte er diese Berufung auf Marx aber als ein identitätspolitisches Statement im Sinne Charims verstanden haben, wird er mit Sicherheit bloß ein weiteres Kapitel in einer ganz anderen Elendsgeschichte schreiben - in jener des Elends der Sozialdemokratie.

Noch ist alles offen, und die Hoffnung stirbt zuletzt.

--- 000 ---

Zum Leitartikel des profil
vom 9.7.2023

Der Homo austriacus und die Wissenschaft

Anlässlich der Diskussionen um den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Regulierung der *"neuen Gentechnik"* (NGT) wirft sich Anna Thalhammer als Chefredakteurin des profil für den Fortschritt ins Zeug und geißelt die dumpfe Wissenschaftsfeindlichkeit der Österreicher*innen:

Gentechnik sei in der Landwirtschaft ohnehin bereits weit verbreitet. *"Es heißt nur nicht so, wenn es um künstlich herbeigeführte Mutationen geht, die auch auf natürliche Weise in der Natur stattfinden könnten."* Das von der NGT entwickelte Verfahren der Genschere führe zum selben Ergebnis wie jene künstlich herbeigeführten Mutationen, arbeite aber *"schneller, präziser und kostengünstiger"*. Wieso da die grüne Umweltministerin Leonore Gewessler "eine Gefahr für den österreichischen Weg der Landwirtschaft" wittert, kann Thalhammer nicht verstehen. Denn die neue Methode ist *"vielfach getestet, hat Zulassungsverfahren durchlaufen - und schließlich haben ihre Erfinderinnen sogar den Nobelpreis für Chemie bekommen."* Durch solch *"emotionale Abwehrreflexe"* befeue die Politik die vom Eurobarometer nachgewiesene katastrophale Wertschätzung der Wissenschaft durch die Österreicher*innen. Deren Misstrauen sei unberechtigt. *"Zu glauben, gescheiter als Experten zu sein, ist schlicht vermessen. Man muss nicht alles selbst verstehen, um es für sinnvoll zu halten. Man muss nicht jedes Detail der Wirkungsweise einer Chemotherapie kennen, um sie als probates Mittel im Kampf gegen Krebs anzuerkennen. Wir wissen, dass da lange daran geforscht wurde. Dass dahinter Qualitätssicherungs- und*

Zulassungsverfahren stehen - und dass es wohl auch nur für den Moment das Beste ist, was wir haben, bis etwas Besseres gefunden wird."

Ja, die Gattung 'Mensch' war so intelligent, sich mit der Wissenschaft ein äußerst mächtiges Instrument zur kontinuierlichen Erweiterung ihrer Handlungsspielräume zu schaffen. Leider ist die in Österreich heimische Spezies dieser Gattung (der Homo austriacus) nicht klug genug, um eine vernünftige Einstellung zu diesem Instrument zu entwickeln. Während nämlich die hierzulande dominante Wissenschaftsskepsis aus Angst vor den mit den neuen Aktionspotentialen verbundenen Risiken auch die durch sie eröffneten Chancen negiert, verschließen unkritische Wissenschaftsapostel*innen wie Thalhammer ihre Augen vor ganz offensichtlichen Gefahren und verstärken damit nur die Abwehrreflexe der Skeptiker*innen. Ihr naiver Wissenschaftsglaube ist somit bloß die Kehrseite des dumpfen Misstrauens und kann keinen sinnvollen Beitrag zu dessen Überwindung liefern.

Wesentliche Gefahrenquellen für ein Handeln, das sich an der Wissenschaft orientiert, resultieren aus deren Einbettung in die bestehenden ökonomischen und politischen Herrschaftsverhältnisse. Wer sie im Blick behält, will nicht *"gescheiter sein"* als die Forscher*innen, sondern bloß einen nüchternen Blick auf deren Tun werfen. Den von Thalhammer phantasierten idealen Experten, der nur der Wahrheit verpflichtet und von keinen materiellen Interessen abhängig ist, gibt es nämlich in der Realität überhaupt nicht - schon gar nicht an den angeblich 'freien' Universitäten. Und das wissen wir nicht erst seit dem 7. Juli 2023, als die Sigmund Freud Uni (SFU) einen dort lehrenden Gesundheitsökonom feuerte - nachdem dieser wenige Stunden zuvor in einem Interview eine These vertreten hatte, die das Missfallen des führenden Gesundheitspolitikers der eng mit der SFU kooperierenden Stadt Wien erregte.

Die von der Neuen Gentechnik ausgehenden Gefahren wurzeln aber nicht in etwas so Trivialem wie der ökonomischen Abhängigkeit der einzelnen Forscher*innen. Auch nicht in der schon etwas weniger trivialen Abhängigkeit der jedem Forschungsprogramm zugrunde liegenden Forschungsziele von den Interessen der jeweiligen Geldgeber. Im vorliegenden Fall geht es vielmehr um die fatalen Folgen des tief in den Grundregeln der kapitalistischen Wirtschaft verankerten und durch die Rechtsinstitution des **Patents** geschützten Prinzips der **privaten Aneignung von gesellschaftlich erzeugtem Wissen**.

Der Gesetzesentwurf der EU-Kommission zur NGT beendet die bisher praktizierte Unterscheidung zwischen den mit herkömmlicher Züchtung und mit Neuer Gentechnik hervorgebrachten Pflanzen und Produkten. Er entspricht damit genau der von den Lobbyisten der Agrochemie verbreite-

ten und von Thalhammer nachgeplapperten Behauptung, dass die neue Gentechnik im Grunde nichts anderes hervorbringe als herkömmliche Züchtung. Dabei wird aber unterschlagen, dass es für das Patentrecht gar nicht um das jeweils Hervorgebrachte geht, sondern darum, **wie** dieses Resultat zustande kommt. Bei der NGT geschieht das durch ein **technisches Verfahren**, und genau dieser Unterschied zur herkömmlichen Züchtung ist für das Geschäftsmodell der Konzerne entscheidend. Denn pflanzliche Eigenschaften können nur dann patentiert werden, wenn die Erzeugung durch ein technisches Verfahren möglich ist. Trifft das zu, fallen **alle** Sorten mit den jeweils patentierten Eigenschaften, also **auch die herkömmlich gezüchteten**, unter das Lizenzsystem der Agrochemie. Wird daher der Gesetzesentwurf der EU-Kommission vom EU-Parlament durchgewinkt, bedeutet das starken Rückenwind für die Bemühungen der Agrochemie-Konzerne, alles Saatgut zu monopolisieren und so ihre schon jetzt sehr weit gehende Kontrolle der landwirtschaftlichen Betriebe und unseres gesamten Ernährungssystems noch weiter auszubauen.

Nebenbei bemerkt: Das war kein Plädoyer für oder gegen die neue Gentechnik, sondern bloß eines für stärkeren Realitätsbezug der Diskussionen über dieses Thema.

--- 000 ---

12. 9.2023

Die Zukunft des Kinos ist interaktiv

Heute flatterte mit der Post das Exemplar einer Zeitung ins Haus, die offenbar bereits seit Längerem ihre Leserschaft beglückt, aber nun zum ersten Mal bei uns ausgeliefert wurde. Sie nennt sich "Unser Magazin - die positive Gratiszeitung", und schon die Titelseite ist so positiv, dass es einem den Atem verschlägt. Es geht los mit einer Frage, die aufs Ganze geht:

*Bereit für ein unvergessliches Abenteuer in Österreichs modernstem
SCHIESSKINO?*

Wer darauf eine positive Antwort in sich findet, ist gespannt auf die Seiten 14 und 15, wo es einen Bericht über die Eröffnung dieses Kinos gibt. Beim Weiterblättern wird man durch neue, durchwegs positive Schlagzeilen aufgebaut, sodass Spannung und Vorfreude ins Unermessliche steigen.

Schon Seite 2 offenbart eine unumstößliche und gerade deshalb so tröstliche Wahrheit:

Der Glaube verbindet Menschen

Darunter ein Bild mit vier glücklich lachenden Männern, von denen einer am glücklichsten ist. Es handelt sich um den Propst der Augustiner Chorherren in Stift Reichersberg, der sich über eine großzügige Spende eines Unternehmers zur Sanierung des Dachs seiner Klosterkirche freut.

Auch Seite 3 hält das Niveau, denn hier erfährt man unter dem Titel

Die Kraft der Musik,

dass Singen bei der Rieder Liedertafel *Musik für die Seele* ist.

Und so geht das weiter mit dem *Badezimmer der Zukunft*, einem *Expertenteam für die Mobilität der Zukunft*, einer *Partnerschaft mit Zukunft*, einem *Tag voller Genuss und Nachhaltigkeit* und vielen weiteren durchwegs positiven Höhepunkten, bis wir dann endlich die Seiten 14 und 15 aufschlagen dürfen.

Hier erfahren wir nun, dass Österreichs modernstes Schießkino im Schießzentrum Innviertel steht, und dass wir hier die Möglichkeit haben, *mit scharfen Waffen auf eine Panorama-Leinwand zu feuern und aus einer umfangreichen Auswahl von über 200 Filmen und interaktiven Szenarien auszuwählen*. Das Logo des Schießkinos legt zwar nahe, dass uns als Interaktionspartner auf der Panorama-Leinwand häufig Wildschweine gegenüber treten. Aber da geht doch sicherlich mehr. Interaktion ist ja etwas so Positives. Ganz besonders positiv fänden wir Interaktionen mit Terroristen, Kinderschändern und KlimakleberInnen, die Rettungswägen an der schnellstmöglichen Fahrt zum nächsten Krankenhaus hindern. Wir wissen nicht, ob uns solche Interaktionen geboten werden, dürfen es aber schon demnächst überprüfen, denn *Interessierte können ihren Termin im Schießkino unter www.schiesskino.cc buchen*.

--- 000 ---

Zu einem Bericht im Kurier
vom 13. 10.2023

Was steckt hinter dem Verteufeln von Teufeln?

Palästinenser brechen aus dem eingekesselten Gaza-Streifen aus und richten als Vergeltung für jahrzehntelange Unterdrückung ein schreckliches Blutbad unter Israelis an. Nach dem Massaker droht ein neuer Krieg im Nahen Osten. Und wegen der schuldhaften Verstrickung unserer Vorfahren in die Wurzeln des ihm zugrunde liegenden Konflikts empfindet man den dringenden Wunsch, sich ganz auf die Seite Israels zu stellen - was dann aber nicht, oder nur unter allergrößten inneren Verrenkungen gelingt, weil dort seit Jahrzehnten so Vieles völlig falsch läuft.

Wer angesichts dieser Verunsicherung Orientierung bei den heimischen Medien sucht, wird enttäuscht. Die in einem einzigen Wort verdichtete Kurzformel ihrer ersten Reaktionen auf die aktuellen Ereignisse im Nahen Osten finde ich heute in einem Bericht von Armin Arbeiter im Kurier. Es geht darin um von Russland gestreute Fake News, in denen die Ukraine beschuldigt wird, Waffen an die Palästinenser verkauft zu haben. Arbeiter rückt pflichtgemäß aus zur Verteidigung der Ukraine und schreibt: *"Falschmeldungen wie diese, die in einschlägigen, auch prorussischen Telegrammgruppen auf fruchtbaren Boden fallen, sollen die von der Hamas verübten Massaker in Israel und die Regierung in Kiew miteinander verbinden, und die Ukraine diskreditieren. Die Realität ist aber eine andere: Kiew hat die Attacken umgehend verteufelt ..."*.

Kiew ist somit in den Augen von Arbeiter aus dem Schneider, weil es die Palästinenser zu Teufeln stempelt - denn genau dies wird hierzulande von einer politisch korrekten Reaktion auf die jüngste Zuspitzung des palästinensisch-israelischen Konflikts erwartet. Wer dazu nicht bereit ist, verrät die westliche Wertegemeinschaft und huldigt vermutlich einem israelbezogenen Antisemitismus. Offen bleibt allerdings die Frage, wieso Arbeiter vom **Verteufeln** spricht. Wenn ich etwas verteufle, werte ich es ja ab, so dass es schlechter erscheint, als es tatsächlich ist. Werden also die palästinensischen Attacken auf Israelis von Arbeiter in Wahrheit gar nicht als bloße Teufelei abgetan? Ist er womöglich so verunsichert wie ich selbst und sieht jahrzehntelang aufgetürmtes Leid und Schuld auf beiden Seiten, glaubt aber, dies **jetzt** nicht so sagen zu dürfen, wie er es empfindet? Wo es doch gerade **jetzt** ganz besonders wichtig wäre, ausgewogen und geschichtsbewusst zu urteilen.

--- 000 ---

Zu einer Notiz im Kurier
vom 17. 10.2023

Droht die Wiederauferstehung des Zwischenreichs?

Einst zog der Mensch zwischen sich und dem Tier eine strenge Grenze. Tiere wurden juristisch als bloße Sachen und naturwissenschaftlich als komplizierte Maschinen betrachtet. Vor gar nicht allzu langer Zeit weichte man diese Grenze hierzulande auf schreckliche Weise auf, indem man Teile der Menschheit als *Untermenschen* in ein zwischen Mensch und Tier angesiedeltes Zwischenreich verbannte. In den letzten Jahren endlich relativierten wir dann die Grenze zwischen uns und dem Tier auf eine erfreulichere Weise. Denn wir entdeckten immer mehr menschliche Eigenschaften an den Tieren. Als ich daher heute im Kurier eine kurze Wissenschaftsnotiz mit der Überschrift *"**Menschen träumen anders**"* las, vermutete ich,

dass es hier um eine in dieser Tradition stehende Tierstudie gehe, in der man Unterschiede zwischen menschlichem und tierischem Träumen herausgefunden hat. Der erste Satz des Berichts belehrte mich eines Besseren, denn er lautete: *"Die indigene Bevölkerung Afrikas träumt anders als die Menschen in Europa und Nordamerika"*.

Im ersten Augenblick dachte ich, es könne sich dabei nur um eine sprachliche Unachtsamkeit des Journalisten handeln. Denn es ist doch heutzutage nicht mehr möglich, zwischen *"Menschen "* und *"indigenen Bevölkerungen"* zu unterscheiden. Dann fiel mir ein, dass kürzlich der israelische Verteidigungsminister die palästinensischen Terroristen als *"menschliche Tiere"* bezeichnete, und nun bin ich mir nicht mehr ganz so sicher, ob wir nicht wieder auf Zeiten zugehen, in denen es ein unterhalb des Menschen angesiedeltes Zwischenreich gibt, in dem sich neben diversen indigenen Bevölkerungen auch andere Arten von Unter- und Halbmenschen tummeln.

--- 000 ---

21.10.2023
Zur jüngsten Zuspitzung
des Nahostkonflikts

Der Berg

Die Frage nach den Ursachen der Ereignisse des 7. Oktober 2023 an der Grenze des Gazastreifens lässt mich nicht los. Je länger ich über sie nachdenke, desto deutlicher sehe ich in diesem Geschehen die (vorläufige?) Spitze eines riesigen, immer weiter anwachsenden Berges von Schuld.

Er ist so groß, dass sich seine Basis meinem vom Gipfel nach unten gerichteten Blick in dichtem Nebel verbirgt. Schemenhaft tauchen aus ihm erste tiefe Ablagerungen von Schuld auf. Es sind die antisemitischen Pogrome vergangener Jahrhunderte, die bei den Juden die Sehnsucht nach einer Geborgenheit und Schutz gebenden Heimat weckten. Dass sich diese Sehnsucht gegen Ende des 19. Jahrhundert im Gefolge der französischen Dreyfus-Affäre und neuer Pogrome in Osteuropa zur Idee der Gründung eines kolonialistischen Staates verdichtete, ist keine den Juden anzurechnende Verfehlung, sondern Kollektivschuld einer damals vom Geist des Kolonialismus geprägten europäischen Gesellschaft.

Auch der Aufstieg dieser Idee zur ideologischen Basis eines von der Weltgemeinschaft anerkannten Staates, die dessen Selbstverständnis bis zum heutigen Tag mit dem Makel des Kolonialismus belastet, geht nicht auf das jüdische Schuldkonto. Er ist vielmehr den Vorfahren von uns nichtjüdischen Österreichern und Deutschen anzulasten. Denn sie haben jenen Ge-

nozid an den Juden geplant und vollzogen, der schließlich in großen Teilen der Welt und vor allem im Judentum selbst die Überzeugung festigte, dass eine dauerhafte Lösung der sogenannten "*Judenfrage*" nur in einem eigenen, äußerst wehrhaften Staat bestehen könne.

Nach dem zweiten Weltkrieg kommt es dann zu weiteren Einzahlungen auf die Schuldkonten von Österreich und Deutschland. Denn nun erweist es sich als sehr bequem für uns, dass viele jüdische Emigranten nicht in die alte Heimat zurückkehren, sondern sich in Israel eine neue suchen - so löst sich das Problem des heimischen Antisemitismus quasi von selbst und es bleibt nur der Antizionismus der aus dem arabischen Raum zu uns geflüchteten Menschen, den wir hurtig und pauschal zu einem Antisemitismus umdeuten und aufs strengste verurteilen. Geplagt von schlechtem Gewissen wegen der einst von unseren Vorfahren an den Juden begangenen Verbrechen drücken wir nun dem Staat Israel beide Daumen für sein Überleben und halten die Augen fest verschlossen vor all dem Unrecht, das in seinem Namen geschehen muss, damit er gegen den Willen der auf seinem Gebiet ansässigen palästinensischen Bevölkerung und inmitten einer feindlich gesinnten arabischen Umwelt überleben kann.

Denn jetzt laden auch die Juden Schuld auf dem **bis dahin nur von unseren Vorfahren aufgetürmten** Schuldgebirge ab. Sie klammern sich trotz an die als Lehre aus dem Holocaust gezogene Parole eines "*Nie wieder*", das ihnen alles Nachgeben gegenüber den Palästinensern als Rückfall in grausam bestrafte Schwächlichkeit und Vertrauensseligkeit erscheinen lässt und wollen mehrheitlich nicht sehen, dass sie, die einst Ausgegrenzten, nun selbst ein Regime errichten, das deutliche Züge der Ausgrenzung zeigt. Darüber hinaus sind seit dem im Sechstagekrieg des Jahres 1967 erzielten Landgewinnen viele von ihnen Anhänger einer religiös-nationalistischen Siedlerbewegung, die bis heute ein schier unüberwindliches Hindernis auf dem Weg zu einer Zweistaatenlösung des israelisch-palästinensischen Konflikts darstellt.

Der rechtsgerichtete religiöse Fanatismus jener Bewegung leitet über zum palästinensischen Anteil der Schuld an den furchtbaren Ereignissen im Grenzgebiet zum Gaza-Streifen. Denn hinter ihnen steht mit der Hamas eine radikalislamistische Organisation, deren menschenverachtender religiöser Fanatismus das Pendant des jüdischen Fundamentalismus ist. Genau wie bei der Entstehung des Zionismus gilt es aber auch im vorliegenden Fall die im **Umfeld** der Bewegung angesiedelten Aspekte von **Mitschuld** zu beachten.

So wie die an der Wiege des Zionismus stehende Verzweiflung der Juden in jahrhundertelanger Ausgrenzung wurzelte, war die Verzweiflung der palästinensischen Massen, die 2006 entscheidend zum Sieg der Hamas bei

den Wahlen im Gazastreifen beitrug, Resultat einer fortgesetzten Ausgrenzung - in diesem Fall durch den Staat Israel. Und so wie die kolonialistischen Züge des Zionismus von einem allgemeinen Zeitgeist geprägt waren, der seinerseits in einer menschenverachtenden Ökonomie mit unstillbarem Hunger nach Rohstoffen, Arbeitskräften und neuen Absatzgebieten wurzelte, ist auch beim Islamismus der Hamas auf die Einbettung in einen übergreifenden Zeitgeist und dessen ökonomische Grundlage zu achten. Dabei kommt dann weltweite Mitschuld an der aktuellen Zuspitzung des Nahostkonflikts ans Tageslicht.

Zum einen denke ich hier an die universelle Hochkonjunktur des religiösen Fundamentalismus als Reaktion auf die vom Untergang der Sowjetunion ausgelöste Krise aller säkularen Utopien. Der Aufstieg der Hamas und das ihn bedingende Versinken der PLO (einstige Vorkämpferin für einen palästinensischen Staat) in Korruption und politische Bedeutungslosigkeit sind nur zwei kleine regionale Episoden im Rahmen jenes von der gesamten Menschheit zu verantwortenden Geschehens. Zum anderen denke ich dabei an die extreme Aggressivität, mit der sich der neue religiöse Fundamentalismus in großen Teilen Nordafrikas und des Nahen Osten gegen die gesamte westliche Kultur (für die auch Israel steht) richtet. Diese Aggressivität ist Antwort auf die enge Verknüpfung jener Kultur mit einer von den Metropolen des Westens dominierten, also auch von uns Europäern mitzuverantwortenden Ökonomie, die für die übergroße Mehrzahl der Menschen der genannten Region keine anderen Rollen bereit hält als die von ausgebeuteten, oder an den Rand gedrängten Verlierern und Flüchtlingen.

Die Aufzählung der aufeinander geschichteten und ineinander verschachtelten Ablagerungen von Schuld wäre unvollständig, wenn sie die Mitverantwortung der Umwelt für die Konflikte der Juden mit ihren unmittelbaren Widersachern bloß unter Stichworten wie 'Zeitgeist' und 'Ökonomie' erwähnen wollte. Denn selbstverständlich wird die furchtbare Dynamik dieser Konflikte seit ihrer mit der Gründung des Staates Israel einhergehenden Verlagerung in eine der Bebenzonen der Weltpolitik auch auf **politischer** Ebene von außen beeinflusst. Die im Hintergrund agierenden Drahtzieher der Nachbarländer und Regionalmächte sowie der auf noch höherer Ebene fuhrwerkenden Weltmächte machen sich schuldig, weil ihre Art des Umgangs mit diesem Konflikt zeigt, dass es ihnen offensichtlich nicht um das Wohl der unmittelbar von ihm betroffenen Menschen geht, sondern bloß um ihre eigenen Interessen (die in den seltensten Fällen mit denen der großen Mehrzahl der Bürger Ihres jeweiligen Landes ident sind). Begreife ich den Nahostkonflikt in der eben skizzierten Weise als riesiges Gebirge von Schuld, dann erscheinen mir die vor zwei Wochen begange-

nen Verbrechen um nichts geringer als sie sind. Sie werden aber besser verstehbar für mich, wobei dieses Verstehen nicht zum Entschuldigen führt. Es bewahrt mich bloß davor, die für die Massaker verantwortlichen Palästinenser als Ungeheuer, oder Teufel zu sehen. Denn ich erkenne in ihrem Tun, so schrecklich es war, auch ein Moment des Freiheitskampfes gegen jahrzehntelange Ausgrenzung. Und diese Sichtweise führt mich weiter zu der Frage, ob wohl auf dem nun erreichten Gipfel zahlloser Ablagerungen von Schuld auch künftighin Schuld um Schuld abgelagert wird - oder ob die Untaten des 7. Oktober 2023, gerade **wegen** ihrer Monstrosität, dieses Gebirge von Schuld womöglich **gesprengt** haben. Denn sie zeigten den Irrwitz der tödlichen Spirale von Untat und Vergeltung mit unüberbietbarer Drastik auf und machten so deutlich, dass es eine lebenswerte Zukunft für Palästinenser und Juden nur dann geben wird, wenn sie aus dieser Spirale ausbrechen und aufeinander zugehen.

--- 000 ---

Zu Martin Gebharts Leitartikel
im Kurier vom 30.10.2023

Unser Beitrag zum neuen Antisemitismus

Womit haben wir uns das nun wieder verdient?! Wir haben doch im Bewusstsein der schrecklichen Verbrechen unserer Vorfahren alles richtig gemacht!

Der Leitartikler des Kurier ist ratlos angesichts des Aufbrandens einer Welle des Antisemitismus unter jungen Muslimen im Gefolge der jüngsten Zuspitzung des Nahostkonflikts. *"Genauso wie man sich jetzt deutlicher als manch anderer EU-Staat an die Seite von Israel gestellt hat, genauso konsequent wird seit Jahren der Kampf gegen Antisemitismus geführt. ... Mittlerweile gibt es eine nationale Antisemitismus-Strategie, seit 2018 einen ständigen Antisemitismus-Bericht und gezielte Schulexkursionen in das ehemalige Konzentrationslager Mauthausen, um nur einige Beispiele zu nennen. In diesem Bereich kann man dem offiziellen Österreich keinerlei Vorwürfe machen."*

Leider leistete genau jene tausendprozentige Unterstützung Israels, derer man sich nun rühmt, einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Entstehung des neuen Antisemitismus. Indem sich nämlich das offizielle Österreich in den letzten Jahrzehnten von Kreiskys Strategie einer solidarischen und konstruktiven Kritik am Agieren des Staates Israel verabschiedete, erzeugte es ein offizielles Bild von den Juden und ihrem Staat, das sich zu wenig um Unterscheidung zwischen der palästinenserfeindlichen Regierungspoli-

tik und den ihr kritisch gegenüberstehenden Oppositionsströmungen bemühte und sich stets bedingungslos auf die Seite der israelischen Regierung schlug. Dieses undifferenziert-unkritische Israelbild des offiziellen Österreich findet nun sein **Spiegelbild** in entsprechend undifferenzierter Wut auf "Israel" und "die Juden". Anders gesagt: Der israelbezogene Antisemitismus ist (bei weitem nicht nur, aber eben auch) Reaktion auf israelbezogenen Philosemitismus.

--- 000 ---

Zu zwei Meldungen von Ö1
am 3.11.2023

Den Terror eliminieren

Bericht im Morgenjournal vom gestrigen Lichtermeer am Heldenplatz für die von der Hamas entführten Geiseln: Ein Angehöriger einer der Geiseln meinte dort in seiner Rede, man müsse sich in diesem Konflikt gar nicht gegen eine der beiden Seiten entscheiden, sondern nur gegen den Terror. Wie das zu verstehen ist, erfährt man im selben Morgenjournal vom Sprecher der israelischen Armee. Er gibt bekannt, dass man bei der Einkesselung von Gaza Stadt 110 Kämpfer der Terrororganisation "*eliminiert*" habe.

Das Problem dabei: Wer Terror durch Eliminierung der Terroristen beenden will, erzeugt immer nur neuen Terror. Denn durch das Eliminieren von Menschen, und seien es auch sogenannte Monster, wurde noch nie ein tragbarer Friede zwischen Konfliktparteien erzielt.

--- 000 ---

Zu dem von Ö1 am 24.11.2023
gesendete Ö1-Essay

Jenseits von identitärer und nichtidentitärer Politik

Der am 24.11.2023 gesendete Ö1-Essay befasste sich mit **zwei Arten der Politik**. Bei einer der beiden handelt es sich um die vom Autor des Essays, Ernst Stegmann, kritisch durchleuchtete **Identitätspolitik**. Für ihn ist dies *"die älteste Form von Politik und zugleich die aktuell erfolgreichste. Sie ist die älteste Form von Politik, da sie das einzelne Interesse an eine Gruppenidentität bindet und daraus eine robuste Waffe formt. Von der Urhorde über den Clan bis zur neuzeitlichen Nation definiert sich die Stellung des Einzelnen über sein Verhältnis zu etwas Größerem. Mit der Formel 'Ich als*

...' macht sich der Einzelne zum Teil einer Gruppe und schließt sein Wollen an eine höhere Macht an.'

Aktuell sei die Identitätspolitik so erfolgreich, *"weil sie die Sehnsucht des Menschen nach Anerkennung zu erfüllen verspricht. In einer zersplitterten Welt scheint die Sehnsucht jedes Einzelnen, gesehen und gehört zu werden, unerfüllt zu bleiben. ... Und in einer multikulturellen Gesellschaft ist eine Politik, die die Interessen einer Identität vertritt, durchsetzungsstark, da sie im Chaos der Bruchlinien eine klare Orientierung bietet. Identitätspolitik nutzt die archaischen Energien der gekränkten Ehre und der Entgegensetzung von Freunden und Feinden. Darum ist sie in einer komplexen Welt wirksam, da sie hilft, einen Überblick zu behalten."*

Stegmanns Misstrauen gegen diese Art der Politik speist sich aus der historischen Einsicht in ihre fatalen Folgen. *"Die Forderung 'Wir als Nation ...' hat die Geschichte Europas durch Kriege geprägt. Völker wurden zu Kampfeinheiten zusammengeschweißt. Und den wenigen Menschen, die vom Krieg nicht überzeugt waren, wurden mit der identitätspolitischen Propaganda, das notwendige Ressentiment gegen den Feind und der blinde Zusammenhalt mit der Nation eingebläut. In der deutschen Vergangenheit hat die Rhetorik des Nationalsozialismus das Ausmaß identitätspolitischer Regression exemplarisch vorgeführt."* Das Wiederaufleben dieser Art der Politik macht Stegmann Angst, denn er sieht in ihr *"eine Politik für tribalistische Gemeinschaften, die sich in einer feindlichen Umwelt behaupten müssen. Wird ihre Methode in ausdifferenzierten Gesellschaften angewendet, so führt sie zu einer Retribalisierung, da aus sachlichen Widersprüchen wieder Stammeskämpfe werden."*

Stegmann konfrontiert diesen gefährlichen Politiktypus mit der von ihm bevorzugten **nichtidentitären Politik**, die sich darum bemühe, *"Konflikte als sachliche Widersprüche verhandelbar zu machen. So wurden in der BRD von Jürgen Habermas eine auf universalistischen Normen beruhende Politik oder von Niklas Luhmann eine auf geregelten Verfahren basierende Legitimation ausgearbeitet. Beide Modelle stellen einen kategorischen Fortschritt zu dem alten Modell der Identitätspolitik dar. Sie befreien aus dem Zwang, alle Widersprüche als Konflikte zwischen feindlichen Parteien zu betrachten, und sie formulieren die Interessen neutral und nicht als eine Frage der Identität, womit sie dabei helfen, Kompromisse zu finden. Die geflügelten Worte vom 'zwanglosen Zwang des besseren Arguments' und einer 'Legitimation durch Verfahren' wurden zum Kennzeichen eines solchen nüchternen Politikstils."*

So berechtigt diese im Ö1-Essay vorgetragene Kritik an der Retribalisierung von politischen Auseinandersetzungen auch ist, so entschieden muss man doch Einspruch erheben gegen das hier präsentierte allzu simple **dua-**

le Begriffsschema von zwei gegensätzlichen Politikverständnissen. Es stellt nämlich den Blick auf einen **dritten höchst aktuellen Politiktypus**. Dieser ist zwischen der Identitätspolitik und ihrem nichtidentitären Gegenstück angesiedelt, weil er wichtige Elemente der zwei im Ö1-Essay kontrastierten Muster des politischen Handelns in sich vereint. Er geht aber nicht auf in dieser Zwischenstellung, da er zugleich eine jenen beiden Politiktypen verschlossene, völlig neue Dimension des Politischen eröffnet. Man nähert sich dem dritten Politiktypus am besten an, indem man sich zunächst vor Augen hält, dass die zwei im Ö1-Essay präsentierten Arten der Politik unterschiedlichen Stadien der Entwicklung der kapitalistischen Ökonomie entsprechen.

Die nichtidentitäre Politik eines kühlen Argumentierens, das im Kontext geregelter Verfahren stattfindet und zu allseits akzeptierten Kompromissen führt, war die Politik der nach 1945 einsetzenden langen Phase robusten und scheinbar grenzenlosen Wirtschaftswachstums. Damals ging es um das Aushandeln sachlich gerechtfertigter Anteile an den Erfolgen einer mittelfristig stabilen Ökonomie. Identitätspolitik wurde und wird demgegenüber stets dann aktuell, wenn die prinzipiell unaufhebbare Krisenhaftigkeit des Kapitalismus und seine Tendenz zur Erzeugung gesellschaftlicher Widersprüche und Ungleichgewichte in den Vordergrund treten. In diesen Situationen spitzen sich die sozioökonomischen Probleme auf so extreme Weise zu, dass die geregelten Verfahren der Kompromissbildung überfordert sind und die Köpfe zu heiß fürs kühle Argumentieren werden. Die Hauptopfer der jeweiligen Krisen, Ungleichgewichte und Widersprüche besinnen sich dann auf ihre Gemeinsamkeit und begehren auf im Namen ihrer jeweiligen Gruppe. Sie pochen nun energisch auf ihren Anteil an dem kollektiv erzeugten Kuchen und unterstreichen die Berechtigung dieses Anspruchs durch dessen Begründung in ihrer besonderen Identität als Repräsentanten bestimmter Klassen, Geschlechter, Völker, Hautfarben, usw.

Wie die Identitätspolitik setzt auch der dritte, vom Ö1-Essay unterschlagene Politiktyp bei dem Umstand an, dass die kapitalistische Ökonomie systematisch immer schärfere und umfassendere Krisen, Widersprüche und Ungleichgewichte erzeugt. Und wie bei der Identitätspolitik pochen auch im Fall jenes dritten Politiktyps die davon am stärksten betroffenen Gruppen ganz energisch auf die Durchsetzung ihrer Ansprüche. Im Unterschied zu den identitätspolitisch Engagierten geht es ihnen aber nicht darum, diese Ansprüche **auf Kosten** von bzw. **in Konkurrenz** zu anderen Gesellschaftsgruppen durchzusetzen. Vielmehr orientiert sich ihre politische Praxis am Ziel des Übergangs zu einer radikal gewandelten Ökonomie, die nicht mehr systemisch (sprich: unausweichlich) immer schärfere und umfassendere Krisen, Widersprüche und Ungleichgewichte erzeugt.

Die VertreterInnen dieses dritten, **systemkritischen** Politiktyps verfolgen zwar genau wie die AnhängerInnen identitätspolitischer Anliegen ihre partikulären Interessen. Indem sie diese Anliegen aber mit der Forderung eines Systemwandels verknüpfen, verstehen sie sich **zugleich** als AnwältInnen des **gemeinschaftlichen** Interesses aller Lebewesen dieses Planeten am Übergang zu jener neuen menschen- und lebensfreundlichen Ökonomie. Auch ihre Empörung über die Missachtung ihrer partikulären Interessen ist um nichts geringer als die Empörung der identitätspolitisch Engagierten. Sie verbindet sich aber mit der Empörung über das Leid aller anderen SystemverliererInnen und mit dem Wissen, dass in diesem System sogar die scheinbaren GewinnerInnen zuletzt verlieren, weil sie, um zu gewinnen, ihre Menschlichkeit verkaufen müssen.

Will sie erfolgreich sein, dann muss sich systemkritische Politik auch zu ihren Berührungspunkten mit dem Typus der nichtidentitären Politik bekennen. Denn in einer globalisierten Ökonomie ist Systemtransformation ein höchst komplexer Prozess, der von allen, die ihn beeinflussen möchten, einen kühlen Kopf und die Unterwerfung unter den *"zwanglosen Zwang des besseren Arguments"* fordert. Zu guter Letzt impliziert diese Selbstverpflichtung zu einer vernunftgesteuerten Praxis schließlich auch noch die weitestmögliche Beachtung von demokratischen Verfahrensregeln in allen Prozessen politischer Entscheidungsfindung. Ist doch die Einhaltung jener Regeln notwendige Voraussetzung für eine Entfaltung des zwanglosen Zwangs der besseren Argumente.

--- 000 ---

2024

Zum Jahresanfang

Meine ultimative Fastenkur

Jahresbeginn. Zeit der guten Vorsätze. Heuer will ich alles richtig machen: einen wirklich guten Vorsatz wählen und den dann auch durchhalten. 365 Tage lang.

Verzicht auf Alkohol, Verzicht auf Schokolade und Snacks, Verzicht auf Auto, Smartphone, usw., usw. Die Liste der Klassiker ist lang - und furchtbar langweilig. Auch die originelleren Fastenideen können mich nicht wirklich begeistern: Kontaktfasten, Bequemlichkeitsfasten, Alltagsfasten - wer kann denn das durchhalten? Ich sehe für mich nur eine Möglichkeit. Ein völlig neuer, von mir entwickelter Ansatz. So radikal wie genial: Strenges VERZICHTSFASTEN - Erfolg garantiert, Rückfälle und Jojo Effekte ausgeschlossen.

--- 000 ---

Zu Karl Nehammers programmatischer
Rede am 26.1.2024 in Wels

Mein Österreichplan

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Rede an die Nation mit einer Vorschau auf den in einigen Monaten beginnenden Wahlkampf beschließen. Hier das Wichtigste in Stichworten, damit Sie wissen, wohin die ÖVP dieses Land mit dem von mir entwickelten "Österreichplan" führen wird.

Über allem steht unser Motto MEHR NETTO VOM BRUTTO IN IHREM BÖRSERL ("*Senkung der Lohnnebenkosten*").

Konkret bedeutet das ...

- MEHR SELBSTVERANTWORTUNG FÜR DIE FAMILIEN ("*Senkung der Unternehmerbeiträge für den Familienlastenausgleichsfonds*")
- EINROLLEN DER SOZIALEN HÄNGEMATTE FÜR TACHINIERER ("*Senkung der Unternehmerbeiträge für die Arbeitslosenversicherung*")
- AUSBREMSEN ÜBEREHRGEIZIGER GEMEINDEPOLITIKER ("*ersatzlose Streichung der Kommunalsteuer*")

Ich hoffe, Ihr Börserl weiß jetzt, wo es im Herbst sein Kreuzerl machen muss und schließe mit einem patriotischen

GOTT SCHÜTZE DIE ÖSTERREICHISCHEN BÖRSERLN.

--- 000 ---

Nachdem bekannt wurde, dass man bei einem Treffen von rechts- bis rechtsextrem positionierten Politikern und Aktivisten geheime Pläne zur Deportation von Millionen Migrant*innen wälzte, kam es zu besorgten Kommentaren in den Medien und zu Massendemonstrationen für die Demokratie.

Fehlendes Problembewusstsein

Herwig Hösele war einst Präsident des Bundesrats und damit einer der Spitzenvertreter des heimischen Parlamentarismus. Er muss also wissen, wovon er spricht, wenn er in einem Kommentar im Kurier vom 5.2.2024 *"das westliche Modell von Liberalismus, parlamentarischer Demokratie, Rechtsstaat, Marktwirtschaft und Sozialversicherung, Pluralismus und Individualismus"* in Gefahr sieht. Es werde bedroht *"von der autoritären Herausforderung durch China und Russland ..., aber auch von populistischen Bewegungen rechts und links außen in den europäischen Gesellschaften"*.

Nach Aufzählung dieser äußeren Feinde fragt Hösele, *"welche Herausforderungen ... sich den liberalen Demokratien im Inneren"* stellen. Dabei fällt ihm als erstes *"das Thema Migration"* ein. Es *"hat das Potential in ganz Europa antiliberale Parteien an die Macht zu bringen"*. Aber die Migration ist in seinen Augen *"beileibe nicht das einzige Problem, welches geeignet ist, das Vertrauen in die Regierenden zu untergraben"*. Ergänzend nennt er *"ideologiegetriebene Klimapolitik, Corona-Maßnahmen, Korruption, als bürgerfern und abgehoben empfundene EU Politik"* und schließlich auch noch *"Fake News, künstliche Intelligenz, Blasenbildungen und Verschwörungstheorien"*.

Damit hat Hösele bereits alle ihn umtreibenden Sorgen genannt, und dieses rasche Ende seiner Ursachensuche stimmt nun den Leser seines Kommentars erst so richtig sorgenvoll. Es zeigt nämlich, dass bei der Elite unseres politischen Systems keinerlei Verständnis dafür vorhanden ist, woran dieses System wirklich krankt und was (wenn die Dinge weiterhin so laufen, wie es derzeit aussieht) seinen Untergang herbeiführen könnte.

Auf einen kurzen Nenner gebracht besteht jenes **Grundproblem** der liberalen Demokratien in ihrer Selbstbeschränkung auf die **Rolle eines Erfüllungsgehilfen** unserer letztlich destruktiven, weil nur vom Profitstreben getriebenen Wirtschaft.

Die bereitwillige Unterordnung der Politik unter die kapitalistische Ökonomie brachte nur in den ersten Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg

gute Ergebnisse für alle Beteiligten. Denn die vom Krieg angerichteten umfassenden Zerstörungen ermöglichten damals ein lang anhaltendes robustes Wirtschaftswachstum, das nicht nur die Profite sprudeln ließ, sondern auch der großen Masse der Lohnabhängigen einen gesicherten Anteil an dem von Jahr zu Jahr verlässlich immer größer werdenden Kuchen sicherte.

Schon in den neunzehnsiebziger Jahren stieß dieses Wachstumsmodell jedoch an seine Grenzen: Die vom Krieg zerstörten materiellen und sozialen Strukturen waren wieder aufgebaut, die natürliche Umwelt zeigte erste irreparable Schäden und auch die Profite begannen zu schwächeln. Denn im Windschatten des jahrzehntelang ungestörten Wachstums hatten sich Arbeiterparteien und Gewerkschaften so starke politische Positionen in der liberalen Demokratie erobert, dass es dem Kapital nicht mehr möglich war, ausreichend starken Lohndruck auf die Beschäftigten auszuüben.

In dieser Situation fand man einen Ausweg, der zwar die Profite stabilisierte, zugleich aber der liberalen Demokratie jenen Schlag versetzte, von dem sie sich bis heute nicht erholte, und an dem sie womöglich schon bald zugrunde gehen wird. Der Ausweg hieß '**Globalisierung**', und es handelte sich dabei um ein wahres Wundermittel, das mehrere Fliegen mit einer Klappe schlug: Erstens erschloss man sich bei der Verlagerung der Produktion in 'unterentwickelte' Weltregionen ein riesiges Reservoir an unorganisierten und daher extrem billigen Arbeitskräften. Zweitens konnte man mit der ständigen Androhung weiterer Produktionsverlagerungen wieder ordentlich Druck auf die hiesigen Arbeitskräfte ausüben. Und drittens bot der nun entstehende Weltmarkt unwiderlegliche Argumente zum Abbau des in den wachstumsstarken Nachkriegsjahren immer großzügiger ausgebauten Sozialstaats. Denn es galt jetzt 'den Standort' wettbewerbsfähig zu machen für die Konkurrenz mit all den kostengünstigen neuen Standorten in den Entwicklungsländern.

Die Ärzte, die dieses Wundermittel propagierten, waren die neoliberalen Ökonomen, und ihr **Therapievorschlag** ("*Mehr Markt, weniger Staat*") klang wie Musik in den Ohren aller Konsumenten. Denn er versprach das Himmelreich, sprich: laufend sinkende Preise aller Waren. Dass diese Therapie verheerende **Nebenwirkungen** hatte, wurde erst klar, als sie die öffentlichen Strukturen der Daseinsvorsorge und das soziale Sicherheitsnetz bereits schwer beschädigt hatte. Diese materiellen Schäden waren aber nicht ihr schlimmstes Resultat. Noch verheerender waren ihre **Folgen für das politische System**.

Während nämlich die Produktionsverlagerungen und der damit verknüpfte Wandel der westlichen Gesellschaften zu kleinteilig strukturierten Dienstleistungsökonomien die Gewerkschaften entscheidend schwächten, verlor

die große Masse der Lohnabhängigen das Vertrauen in die ihnen einst politische Stärke und Orientierung gebenden Arbeiterparteien. Denn die waren selbst den Versprechungen des Neoliberalismus auf den Leim gegangen und wurden nun von ihren einstigen Mitgliedern und Sympathisanten als Teil eines in seiner Gesamtheit gegen sie gewendeten politischen Systems erlebt. Eines Systems, zu dessen Vertretern in den Augen der sich verraten fühlenden kleinen Männer und Frauen auch die **Medien** und die **Wissenschaft** zählen. Hatte doch letztere in unzähligen Studien die scheinbare sachliche Notwendigkeit all der ihren Lebensstandard senkenden 'Reformen' begründet, während erstere diese 'Reformen' zuerst getrommelt und dann gefeiert hatten.

Der Verlust des Vertrauens großer Teile der Wählerschaft in ihre bisherigen Orientierungsgeber und das gesamte politische System schuf jenes Vakuum, in das nun die Rechtspopulisten vorstoßen. Sie greifen Enttäuschung und berechtigte Wut breiter Bevölkerungsschichten auf und **leiten sie ab** in Kanäle wie den Nationalismus und die Fremdenfeindlichkeit. Das erzeugt zwar Sturm und Unwetter in den politischen und sozialen Systemen, ist aber für das Kapital ungefährlich, rüttelt es doch nicht an der dienenden Unterordnung der Politik unter die profitgesteuerte Ökonomie. Letztlich besorgt damit auch der Rechtspopulismus die Geschäfte jener Ökonomie, weil er verhindert, dass sich die gewaltigen, aus Enttäuschung und Wut gespeisten politische Energien gegen die Selbstbeschränkung der Politik richten.

Die Rechtspopulisten arbeiten mit ihren Methoden der Ableitung von Enttäuschung und Wut schon seit den neunziger Jahren. So richtig in Fahrt kommen sie aber erst seit der großen Finanzkrise. Denn nun erweisen sich sämtliche neoliberalen Reformen als bloßes Strohfeuer, welches das Wachstum und die Profite nur sehr kurzfristig anhub und längerfristig bloß zur Zuspitzung aller inneren Widersprüche der kapitalistischen Ökonomie führte. Nun haben Enttäuschung, Wut und Orientierungslosigkeit so breite Wählerschichten erfasst, dass sich die Rechtspopulisten anschicken, das Machtzentrum des politischen Systems zu erobern. Und sie werden sich auch in dieser für sie neuen Position wieder sehr nützlich für das Kapital erweisen. Denn jetzt dürfen sie dem politischen System jene autoritären Züge verleihen, welche die profitgeleitete Ökonomie benötigt, um auch in einem von multiplen Krisen geschüttelten Umfeld an der ihr eigenen Verfahrenslogik festhalten zu können.

Diese Ökonomie war einst Geburtshelfer des politischen Systems der liberalen Demokratie, indem sie die davor herrschenden feudalen Strukturen hinwegfegte. Sie tat dies, weil sie freie Subjekte als Lohnarbeiter und Konsumenten benötigte. Und sie wird, wie eine lange Reihe von faschistischen

und autoritären Episoden zeigt, dieses von ihr selbst aus der Taufe gehobene politische System jederzeit wieder vorübergehend **suspendieren**, womöglich gar endgültig **vernichten**, wenn es seine derzeit wieder einmal etwas mehr Nationalismus, Aufrüstung und Überwachungsstaat benötigende Dynamik behindert. Die Verfechter dieses Systems aber werden dem so lange keinen ernsthaften Widerstand entgegen setzen können, solange sie nicht begreifen, dass Demokratie dauerhaft nur dann überleben kann, wenn sie ihre Unterordnung unter die letztlich zerstörerische Ökonomie des Profits beendet und **sich selbst der Wirtschaft bemächtigt**, um ihr jene Ziele zu setzen, die von dem durch die Logik des Profits bestimmten Weltmarkt dramatisch verfehlt werden.

Dass dem eingangs zitierten Altpräsidenten des Bundesrats solch letztlich subversives Problembewusstsein fehlt, ist nicht wirklich schlimm, weil man in Fragen der Systemtransformation als Präsident a.D. quasi amtlich mit Blindheit geschlagen ist. Wirklich tragisch wäre es jedoch, wenn auch die gerade entstandene Massenbewegung zur Verteidigung der liberalen Demokratie die Augen vor den hier skizzierten Zusammenhängen zwischen Politik und Ökonomie verschlösse. Sie würde in diesem Fall schon sehr bald wieder völlig wirkungslos verpuffen.

--- 000 ---

Am 10. März wird in Salzburg ein neuer Gemeinderat gewählt und der KPÖ PLUS werden gute Chancen auf den Bürgermeistersessel eingeräumt.

Weniger wäre mehr

Ich freu mich sehr über das voraussichtlich gute Abschneiden der Kommunisten in der Stadt Salzburg und wünsche ihnen auch bei den kommenden Nationalratswahlen einen schönen Erfolg.

Warum aber nennen sie sich KPÖ PLUS?

KPÖ ist doch Kommunismus PLUS Stalinismus.

KPÖ MINUS wäre daher Kommunismus minus Stalinismus.

KPÖ PLUS sieht aus nach Kommunismus PLUS Geschichtsvergessenheit.

--- 000 ---

Aus der Geschichte *nichts* lernen

Wilhelmine Goldmann ist sozialdemokratisches Urgestein. Vater und Mutter engagierten sich bis zum bitteren Ende 1934 in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) und hielten dann in der Zweiten Republik auch ihrer Nachfolgerin SPÖ die Treue. Die 1948 geborene Tochter Wilhelmine trat in die politischen Fußstapfen ihrer Eltern und legte eine sozialdemokratische Bilderbuchlaufbahn hin: Zuerst Wirtschaftsstudium, danach zwanzig Jahre Arbeiterkammer und schließlich Wechsel ins Management der staatlichen Betriebe mit Karrierehöhepunkten in Spitzenpositionen beim öffentlichen Verkehr.

Nun schrieb sie ein Buch über die Geschichte ihrer sozialdemokratischen Familie, in dem sie der bis heute über alle Koalitionsbündnisse hinweg anhaltenden Feindschaft zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen auf den Grund gehen möchte. *"Ich wollte der historischen Wahrheit auf die Spur kommen"* sagt sie, und nennt auch einen Grund für dieses Bemühen. Es gebe nämlich noch immer *"sehr viel zu tun für die Sozialdemokratie ... Und um die Zukunft gestalten zu können, muss man die Vergangenheit kennen."* Denn *"je weniger man das tut, desto hilfloser und führungsloser (ist man) in der Gestaltung der Zukunft"*.

Beim Anhören von Wilhelmine Goldmanns Erzählungen im Gespräch mit Renata Schmidtkunz, drängt sich allerdings der Verdacht auf, dass sie in den Recherchen zu ihrem Buch dieser Wahrheit nicht näher kam. Denn ihre Erzählungen offenbaren eine Sicht auf den Austromarxismus, die dessen historische Besonderheit verfehlt.

Der Austromarxismus war der erste groß angelegte Versuch, das revolutionäre Anliegen des Proletariats nicht mit einer kleinen Kaderorganisation, sondern als **Massenpartei** zu realisieren. Diese musste sich notwendig sehr breit aufstellen und neben der vorwärts drängenden Linken auch einen rechten Flügel in die Bewegung integrieren. Was uns Wilhelmine Goldmann als *"historische Wahrheit"* repräsentiert, ist eine Sicht auf das damalige Geschehen, die den Positionen des **rechten** Flügels der SDAP entspricht. Wesentlich mehr von dieser Wahrheit findet sich aber wohl beim **Zentrum** jener Partei, dessen Aufgabe darin bestand, die beiden Flügel durch die Entwicklung von gemeinsamen Interpretationen und Zielvorstellungen zusammenzuhalten.

Der intellektuelle Nukleus dieses Zentrums war Otto Bauer, ein politischer Denker und Philosoph allerersten Ranges. Im Lichte des 12. Februar 1934 muss man zwar feststellen, dass er in seiner politischen Praxis auf furchtbare

Weise gescheitert ist. Wenn wir aber, um es mit Wilhelmine Goldmann zu sagen, verstehen wollen, was damals *"in den führenden Sozialdemokraten vorgegangen ist, was die gedacht haben"*, sollten wir doch vorrangig den von Otto Bauer repräsentierten Geist jenes Zentrums aufspüren. Und das ist Goldmann offensichtlich misslungen. Sie vermittelt nämlich in dem Gespräch mit Renata Schmidtkunz den Eindruck, als sei es oberstes Anliegen der Sozialdemokraten gewesen, die junge Republik vor einem weiterem Voranschreiten der Revolution zu bewahren: *"Die Stimmung in der Bevölkerung war total revolutionär. Das hab ich auch so nicht gewusst und wollt ich auch darstellen. Weil die Angst der Bürgerlichen vor einer sozialistischen Revolution war durchaus berechtigt. Ungarn - Räterepublik (und auch) in Bayern. Das waren alles konkrete Gefahren."*

Schmidtkunz mag an dieser Stelle des Gesprächs nicht glauben, wie sehr hier Goldmann mit den Augen der Bürgerlichen auf das damalige Geschehen blickt und präzisiert: *"- also konkrete Gefahren für die Bürgerlichen."*

Aber Goldmann macht deutlich, dass diese Einschätzung ihrer Meinung nach auch jener der damaligen Sozialdemokraten entspricht und beklagt sich dann bitterlich, dass ihnen die Christlichsozialen dafür nie dankbar waren: *"Ja. Es hätte ja auch eine Räterepublik in Österreich kommen können. Wenn nicht die Sozialdemokratie das verhindert hätte. Und das honoriert die bürgerliche Seite bis heute überhaupt nicht!"*

Schmidtkunz bohrt nach: *"In Deutschland z.B. gab's ja unter den Kommunistinnen und Kommunisten damals den Spruch 'Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten!' ... Also das kann man von der einen Seite so und von der anderen Seite so sehen, aber das war Ihre große Erkenntnis."*

Worauf Goldmann bestätigt, dass die SDAP aus ihrer Sicht tatsächlich genau das tat, was die Kommunist*innen als Verrat sahen: *"Ja. Und in Deutschland ist es ja zu einer Spaltung der Arbeiterbewegung gekommen in Sozialdemokraten und Kommunisten. Und auch das hat die Sozialdemokratie in Österreich verhindert. Die hat die Kommunisten praktisch integriert durch sehr radikales Sprechen und eine radikale Rhetorik ..."*

Es besteht zwar kein Zweifel daran, dass es ab den späteren zwanziger Jahren immer weniger gelang, das radikale, vom Geist der Revolution durchdrungene Anliegen der SDAP mit den Mühen des Weges zu vermitteln. In der Anfangsphase der Ersten Republik gab es aber noch eine **hochproduktive Spannung** zwischen den großen revolutionären Konzepten und der Praxis. Wer sich ein Bild davon machen möchte, lese das 1923 erschienene Buch *"Die Österreichische Revolution"* von Otto Bauer. Dieses Buch zeigt, dass der Übergang von der Monarchie zur bürgerlichen Demokratie für ihn nur die erste Phase einer noch längst nicht abgeschlossenen Revolution war, in der er einen *"weltgeschichtlichen Prozess der Umbildung"*

*der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische" zu erkennen meinte. Völlig konträr zu Goldmanns Einschätzung sah Bauer daher auch in der ungarischen Räterepublik keine Gefahr, sondern einen Verbündeten, den es zu **unterstützen** galt, dessen Beispiel man aber in Österreich aufgrund anders gelagerter Rahmenbedingungen nicht folgen konnte.*

Goldmanns Behauptung *"die Sozialdemokraten wollten eigentlich nur durch Wahlen die Mehrheit erringen"* mag für bestimmte Vertreter*innen des rechten Parteiflügels zutreffen, geht aber völlig an der Position der von Otto Bauer repräsentierten Hauptströmung des Austromarxismus vorbei. In seinem Buch aus 1923 bezeichnet Bauer den *"Glauben"*, das Volk könne durch ein von ihm alle vier Jahre aufs Neue gewähltes Parlament die Regierungsarbeit effektiv kontrollieren, als *"Illusion"*. Und weil dies den Menschen klar geworden sei, ziehe *"sich durch die ganze revolutionäre Bewegung die der große (Welt-)Krieg hervorgerufen hat, überall der Kampf der Arbeiterklasse gegen die bloß parlamentarische Demokratie."*

Im Gegensatz zum Bürgertum, das die damalige Krise der Demokratie sehr bald schon mit deren Abschaffung lösen wollte, verfolgte also der Austromarxismus ein Konzept, das man in Anlehnung an ein aktuelles politisches Wortspiel als die Idee einer **Demokratie PLUS** bezeichnen könnte. Konkret bedeutete dieses PLUS eine Ergänzung der parlamentarischen Demokratie durch die Etablierung einer **Rätebewegung** in den Betrieben und Kasernen. Die Bürgerlichen sahen in ihr einen *"schleichenden Bolschewismus"*. Für Bauer war sie aber *"eine Vertiefung des demokratischen Gedankens der Regierung im Einvernehmen mit den Regierten"*, wobei dieses Einvernehmen *"Tag für Tag in harten Kämpfen erarbeitet werden musste"*.

Wie gänzlich anders ist die Sicht auf diese Kontrolle der Regierung durch die Regierten bei Goldmann! Wenn sie berichtet, wie Ferdinand Hanusch im Zuge der ersten sozialdemokratisch geführten Koalitionsregierung in ausgezeichneter Kooperation mit der noch aus der Monarchie übernommenen Beamtenschaft mehr als 80 Sozialgesetze aus dem Boden stampfte, hebt sie bewundernd hervor, dass Hanusch diese große reformerische Leistung inmitten des allgemeinen Aufruhrs vollbrachte: *"Und das alles unter dem Druck der Straße! Denn sein Büro ... war belagert von Kriegerwitwen, verletzten Soldaten, von Kriegswaisen, und sie haben ihm die Tür eingerannt und gefordert."* Goldmann thematisiert hier den Druck von unten als eine lästige Störung und kommt nicht auf den Gedanken, dass die etablierte Beamtenschaft womöglich nur deshalb so bereitwillig mit Hanusch kooperierte, weil der die **Unterstützung** *"der Straße"* hatte.

Aus Goldmanns Erzählungen über den Austromarxismus erfährt man somit weniger darüber, was damals *"in den führenden Sozialdemokraten vorgegangen ist"*, als vielmehr das, was die Elite der gegenwärtigen Sozialdemo-

kratie über ihre Vorläufer denkt. Und wie das Beispiel Goldmanns zeigt, denkt diese Elite, dass man sich heutzutage des großen revolutionären Anspruchs der alten Sozialdemokraten möglichst vollständig entledigen sollte. Die einzige Zukunftsaufgabe der Sozialdemokratie sieht sie daher in der Beseitigung der potentiell systemsprengenden Vermögensungleichheit: *"Es geht vor allem um die Umverteilung."* Denn *"je ungleicher ... die Verteilung des Vermögens ist, desto mehr Sprengkraft hat sie. Also es gibt jede Menge (zu tun) für die Sozialdemokratie heute."*

Nicht der Rede wert ist Goldmann dagegen die Überlegung, dass der Übergang zu einer ökologisch und sozial nachhaltigen Wirtschaft vielleicht nur durch systemsprengendes Brechen der Vorherrschaft des Profits als zentrales Instrument der Wirtschaftssteuerung gelingen kann. Dem heute geradezu überlebenswichtigen Thema der **Vergesellschaftung der Wirtschaft** kann sie sich nur hilflos in der viel zu simplen Alternative 'Verstaatlichte Industrie ja oder nein' annähern, und da ist für sie klar, dass im sogenannten *"Wettbewerbssektor ... eine verstaatlichte Industrie in der heutigen Zeit obsolet oder anachronistisch wäre."*

Kehren wir zum Schluss nochmals kurz zurück zu Goldmanns Einsicht, dass derjenige hilflos agiert, der die Vergangenheit nicht kennt. An ihr ist nichts auszusetzen. Wichtig wäre nur die folgende, aus Goldmanns eigenem Beispiel geradezu lehrbuchhaft ableitbare Ergänzung: Ebenso hilflos agieren diejenigen, die zwar viele historische Fakten kennen, diese aber auf höchst problematische Weise gewichten und interpretieren.

Auch diese Aussage verlangt jedoch eine kleine Ergänzung: Im Sinne des berühmten Diktums von Marx, dass das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein bestimmt, ist bei der Beurteilung der Qualität einer historischen Interpretation zu berücksichtigen, dass bestimmte Fakten nicht vor dem Hintergrund jeder persönlichen Biographie angemessen interpretiert werden können. Wenn wir von Wilhelmine Goldmann im Verlauf des Gesprächs mit Renata Schmidtkunz erfahren, dass sie als junge Managerin bei der Exekution der von einer sozialdemokratisch geführten Regierung beschlossenen Privatisierung unserer Stahlindustrie mitzuwirken hatte, dann dürfen wir von ihr fairerweise nicht unbedingt sehr großes Verständnis für die verschütteten revolutionären Potentiale der Sozialdemokratie erwarten.

Fragen zu einem Spam-Mail

Damen, Herren und Menschen

Heute Morgen bekam ich ein Einladungsmail mit folgender Anrede

"Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren, sehr geehrte intergeschlechtliche Menschen!"

Seither beschäftigt mich die Frage, ob mir letztere leidtun sollen, weil sie es im Unterschied zu Frauen und Männern noch nicht zu einer eigenen bürgerlichen Anredeform gebracht haben, oder ob ich sie nicht besser dafür beneide, dass sie vorläufig noch Menschen geblieben sind.

--- 000 ---

In einem Interview im Kurier vom 13.4.2024 nennt der ÖVP-Landeshauptmann von Salzburg wesentliche Bestandteile unserer Leitkultur

Unsere Leit(un)kultur

Schön zu hören, dass *"Gleichberechtigung der Geschlechter"* ein Bestandteil unserer Leitkultur ist.

Also wird in den Betrieben unserer Wirtschaft alles dafür getan, dass sich Eltern die Care-Arbeit teilen können. Also beträgt die Regelarbeitszeit seit Jahren 32 Stunden pro Woche. Also gelten Überstunden von Vätern als Verstoß gegen die Leitkultur. Also gibt es in unseren Betrieben selbstverständlich keine Meetings, die vor 9:30 beginnen und nach 15:30 enden. usw. usw.

Oder ist von allem das Gegenteil wahr und unsere Leitkultur eine Leitunkultur?

--- 000 ---

Im Frühsommer 2024 sind in der Ukraine die russischen Truppen auf dem Vormarsch, während der Westen durch immer brisantere Waffenlieferungen an der Eskalationsschraube dreht

Ein richtig mieser Charakter

Seit gut zehn Jahren geistert das Schlagwort von der *"Rückkehr der Geopolitik"* durch die weltpolitischen Kommentare, und angesichts der Zuspitzung des Geschehens am geopolitischen Kampfplatz 'Ukraine' sollten wir uns wieder einmal den destruktiven Charakter jenes Politikkonzepts ins

Gedächtnis rufen. Hier als Erinnerungsstütze eine kleine Charakterstudie, die diesen Ansatz vor dem Hintergrund einer wesentlich lebensfreundlicheren Gegenposition beleuchtet:

Geopolitik postuliert die Unausweichlichkeit eines feindlichen Ringens aller Regional- und Weltmächte um Absicherung oder Ausweitung ihrer Einflusszonen und sucht unter diesen Rahmenbedingungen nach optimalen Strategien für die jeweils eigene Macht.

Eine Alternative bietet das **Konzept der multilateralen Sicherheit**. Es geht zwar genau wie die geopolitische Orientierung von mehr oder weniger großen Interessengegensätzen aller Regional- und Weltmächte aus, sucht aber auf dieser Basis nach gemeinsamen Lösungen, die das Sicherheitsbedürfnis aller Beteiligten berücksichtigen. Während die aktuelle Dominanz der geopolitischen Orientierung zu forcierter Aufrüstung, spannungsverschärfender Bündnispolitik und riskanten Spielereien mit militärischen Drohgebärden, letztlich also zu erhöhter Kriegsgefahr führt, würde der Schwenk zu gemeinsamen Bemühungen um kollektive Sicherheit die Gefahr des Ausbruchs von Kriegen senken und die Chance zur Einhegung offener Konflikte verbessern.

Extrem erschwert wird ein solcher Schwenk dadurch, dass jede geopolitisch agierende Macht ihre Konkurrenten dazu zwingt, allein schon aus Gründen der Selbstverteidigung ebenfalls geopolitisch zu agieren. So funktioniert das geopolitische Paradigma wie eine sich unaufhörlich **selbst erfüllende Prophezeiung**: Die Geostrategen sehen durch das Verhalten der zu geopolitischer Reaktion gezwungenen Gegenseite ihr Ausgangspostulat bestätigt und merken nicht, dass erst diese Grundannahme jene Wirklichkeit erzeugt hat, die sie nun als die Bestätigung ihrer Theorie ansehen. Eine reale Chance zum Ausbruch aus dieser Selbstbestätigungsfalle hat immer nur die jeweils stärkste der um Dominanz ringenden Mächte. Versucht nämlich ein weniger starker Gegner sich durch ein großzügiges Friedensangebot oder gar einseitige Abrüstung aus ihr zu befreien, wird das sein geopolitisch orientiertes Gegenüber sofort als indirektes Eingeständnis von Schwäche auslegen und zu seinen Gunsten ausnützen.

Beim letzten welthistorisch bedeutsamen Versuch eines Ausbruchs aus der zerstörerischen Logik der Geopolitik in den neunzehntziger Jahren war genau dies der Fall: Das zunehmend bedrohliche Wettrüsten des Kalten Krieges hatte damals auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs zu der Frage geführt, ob sich nicht Sicherheit besser mit einander als gegen einander herstellen ließe. Und allen war klar, dass dies nur gelingen konnte, wenn man die Offensivkraft beider Seiten Schritt für Schritt so entscheidend schwächte, dass einander am Ende zwei bloß in der Defensive starke Mächte gegenüber standen. Der Westen entschloss sich letztlich nicht zu

solch einem Konzept der gemeinsamen Sicherheit, wohl aber Gorbatschow. Er gab den Anstoß für eine defensive Umrüstung der davor offensiv aufgestellten konventionellen Streitkräfte der Sowjetunion, ohne das in einem langen Verhandlungsprozess mit der Gegenseite abzustimmen.

Die interpretierte dieses Verhalten im Sinne der geopolitischen Logik nicht als vertrauensbildende Vorleistung sondern als bloßen Ausdruck des Schwächelns der nicht zuletzt durch die hohen Rüstungskosten immer mehr unter Druck geratenen Sowjetunion. Die Reaktion der Nato gehorchte daher weiterhin den Geboten der Geopolitik: Obwohl Gorbatschows Nachfolger dessen Angebot an den Westen fast zehn Jahre lang aufrecht erhielt, begann man nun mit einer schrittweisen Ausdehnung des eigenen Einflussbereichs, die in den folgenden Jahrzehnten zunehmend die Gestalt einer militärischen Einkreisung Russlands annahm.

Die Geopolitik war also nie gänzlich weg. Es hatte bloß einen gescheiterten Versuch des Ausbruchs aus ihrer Logik gegeben. Weg war sie nur im Selbstverständnis vieler *"glühender"* (sprich: naiver) Europäer. Denn die lebten lange Zeit in der Illusion, dass die EU kein geopolitischer Akteur, sondern ein Wirtschafts- und Lebensraum sei, der allein aufgrund seiner Attraktivität an den Rändern wachse. Erst mit dem Sinken dieser Attraktivität (Stichworte: Fallender Wohlstand, zunehmende Spaltung der Gesellschaft, ...), dem gleichzeitigen Abstieg der einst dominierenden Supermacht USA und dem dadurch begünstigten Wiederaufleben des geopolitischen Denkens in Russland wurde dann deutlich, dass man sich die geopolitische Abstinenz nur am Rockzipfel der expandierenden Nato geleistet hatte. Und im Gefolge der immer aggressiveren Reaktionen des Geopolitikers Putin auf die vorangegangenen geopolitischen Ansagen des westlichen Bündnisses rief man schließlich jene *"Zeitenwende"* aus, welche die rüstungs- und militärpolitischen Konsequenzen aus dieser Einsicht zog.

--- 000 ---

Meine Schlussfolgerungen aus den
vorangehenden Überlegungen

Halt!

Alle, die angesichts der an der Ukrainefront auf einen Crash zurasenden Entwicklung *"HALT!"* schreien, werden sofort als geopolitische Naivlinge abgestempelt. Denn Putin würde doch einen abrupten Schwenk des Westens zu einer raschen Verhandlungslösung bloß als Zeichen der Schwäche interpretieren und sofort erste Schritte zu weiteren Annexionen setzen. Vor dem Hintergrund der vorangehenden Randnotiz ist dieser Einwand zwar

sehr ernst zu nehmen. Als einer jener geopolitischen Naivlinge mache ich aber von meiner Narrenfreiheit Gebrauch und denke darüber nach, was trotzdem für ein sofortiges "*HALT!*" sprechen könnte.

Zunächst einmal erscheint mir die Angst vor **kurzfristig** drohender Überumpelung durch einen im Siegestaumel weiterstürmenden Putin unangebracht. Denn der bisherige Verlauf des Ukrainekriegs war für Russland so kräftezehrend, dass keine unmittelbar folgende Ausweitung der Aggression auf weitere Anrainerstaaten im Raum steht. Sie ist, um es mit einem provokanten Vergleich zu sagen, mindestens ebenso unwahrscheinlich wie die angeblich überhaupt nicht zu befürchtende atomare Reaktion Russlands auf die aktuelle Eskalation des Konflikts durch die Nato. Die **längerfristigen** Sorgen sollten dann Gegenstand eines neuen Anlaufs zum Aufbau eines europäischen Sicherheitssystems sein, das beiderseitige Verpflichtungen zu vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen sowie zur Einleitung von Abrüstungsschritten vorsieht. Verhandlungen mit dem Ziel einer echten Beendigung (also keines bloßen 'Einfrierens') des Ukrainekriegs wären der erste Schritt eines solchen Neuanlaufs.

Falls dieser erste Verhandlungsschritt mit einem Verzicht der Ukraine auf Teile ihres bisherigen Staatsgebiets und auf den angestrebten NATO-Beitritt enden sollte, wäre das nur im Kontext der hochproblematischen Logik der Geopolitik als Niederlage zu interpretieren. Aus der Perspektive eines an kollektiver Sicherheit orientierten Denkens hätte ein derartiges Ergebnis andere Bedeutung. Im **Rückblick** wäre es so etwas wie die verspätete Korrektur des seinerzeitigen Fehlers, Gorbatschows Geschenk einer einseitigen Abrüstung mit militärischer Einkreisung Russlands zu beantworten. **Vorausblickend** hätte es den Stellenwert einer nun vom Westen erbrachten Vorleistung für den unmittelbar anschließenden Start von Verhandlungen zum Aufbau eines umfassenden europäischen Sicherheitssystems.

Aus geopolitischer Perspektive wäre eine solche Vorleistung natürlich wieder bloß ein Zeichen der Schwäche, das den Gegner zu neuen Übergriffen ermuntert. Auch diese Interpretation ist aber **nicht zwingend**. Für Europa könnte der Ausstieg aus der geopolitischen Eskalationsspirale nämlich die Chance zur Entfaltung ganz neuer (nichtmilitärischer) Stärke eröffnen. Wäre doch mit jenem Ausstieg eine sehr deutliche Reduktion seiner zuletzt rapide ansteigenden Rüstungskosten verbunden, die gewaltige Finanzmittel frei schaufeln würde. Mit ihrer Hilfe könnte man etwa die krass unterdotierte soziale Schiene des Green Deal stärken und Anstöße zum Wiederaufbau der in den letzten Jahrzehnten EU-weit verkommenen sozialen Infrastrukturen geben.

Zur Illustration des ersten der beiden Punkte die folgenden Zahlen:

- Das sogenannte "*europäische Wachstumsmodell*", welches neben der Klimaneutralität auch die ökologische und digitale Transformation der europäischen Gesellschaften anstrebt, sieht im Vergleich zum vorangehenden Jahrzehnt bis 2030 zusätzliche Sachinvestitionen im Ausmaß von 645 Milliarden Euro pro Jahr (!) vor.
- Für die soziale Abfederung der von diesen riesigen Investitionen ausgelösten gesellschaftlichen Transformationen stellt die EU Gelder aus dem sogenannten "*Fonds für einen gerechten Übergang*" zur Verfügung. Er enthält von 2021–2027 Mittel im Ausmaß von bloß 2,5 Milliarden Euro pro Jahr.
- Dem standen schon 2022 (also am Beginn des jüngsten Rüstungsbooms) Militärausgaben der 27 EU-Staaten im Gesamtvolumen von 240 Milliarden Euro gegenüber.

Die Abkehr von der aktuell verfolgten Aufrüstungsperspektive würde also einen wichtigen Beitrag zur Verminderung einiger der größten Defizite des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells leisten. Sie könnte damit nicht nur dessen zuletzt gesunkene Attraktivität erhöhen, sondern auch das vor allem bei den unteren Einkommensschichten im Sturzflug befindliche Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen stabilisieren. Ein Schwenk von der Rüstungs- zur Friedenspolitik würde dadurch zugleich **Druck** ausüben auf Putins autoritäres Regime. Denn dieses stützt sich seinerseits auf eine **rüstungsgetriebene** Ökonomie, welche eine Art des Wachstums erzeugt, die längerfristig nicht zu allgemeinem Wohlstandszuwachs führt und durch die erwähnte Neupositionierung der EU ernsthaft in Frage gestellt würde. Das sollte Russlands Bereitschaft zur Setzung von Abrüstungsschritten im Zuge des Aufbaus eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems erhöhen und die von seiner Seite drohende Gefahr weiterer Aggressionen vermindern.

Sämtliche hier angedeuteten Entwicklungen träten natürlich nicht von heute auf morgen ein, sondern benötigten für ihre Entfaltung **Zeit**. Und diese Zeit könnte ihnen ein Schwenk des Westens zu einer raschen Verhandlungslösung im Ukrainekrieg verschaffen. Man würde damit den Spieß umdrehen: Anstatt Putin zu verdächtigen, mit der von ihm angedeuteten Verhandlungsbereitschaft bloß auf Zeit zu spielen, um seine nächsten Aggressionen vorbereiten zu können, würde der Westen nun selbst auf einen Zeitgewinn setzen. Die gewonnene Zeit wäre in diesem Fall jedoch keine des Aufrüstens sondern eine des Aufbaues und der Transformation.

Man kann all diese Überlegungen als bloße Phantastereien abtun. Und natürlich sind sie das auch. Dass ihre Realisierung aber so furchtbar schwer ist, liegt nicht nur an Putin, sondern auch **an uns**. Denn an der Verwirklichung der skizzierten Möglichkeiten hindern wir uns selbst durch zwei

Fehleinschätzungen. Erstens durch den Irrtum, dass Friedenssicherung ein fast ausschließlich militärisches und nicht auch ganz wesentlich ein sozio-ökonomisches Projekt ist, oder, um es konkreter auszudrücken, dass ein leistungsstärkeres Heer unendlich viel mehr für unsere Sicherheit leistet als ein leistungsstärkeres Gesundheitssystem. Zweitens durch die Überzeugung, dass der Finger am Abzug größere Sicherheit bietet als die zum Friedensschluss ausgestreckte Hand - ein Glaube, der sich spätestens dann als Illusion herausstellt, wenn alle mit dem Finger am Abzug herumrennen.

--- 000 ---

Zum Leitartikel von Martina Salomon
im Kurier vom 8.6.2024

Ein Schachterl in Ehren kann niemand verwehren

Dieses hier bekommt sogar einen Ehrenplatz in meiner Sammlung LÜGEN MIT ZAHLEN. Gefunden habe ich es in Martina Salomons jüngstem Leitartikel. Dort ist zu lesen, man habe im EU-Wahlkampf zu viel über Lena Schilling und zu wenig darüber gesprochen, dass der Green Deal der EU zwar *"ein vernünftiges Ziel hat, aber in seiner bürokratischen Ausformung die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie derartig schwächt, dass 'schmutzigere' Konkurrenten aus Fernost und den USA an uns vorbeiziehen werden bzw. uns eigentlich schon überholt haben."*

Als Beleg für die Berechtigung dieser Kritik bringt Salomon folgendes Beispiel: *"Wenn ... ein Papierkonzern für eine 1,4-Cent-Medikamentenschachtel 30.000 Satellitenbilder von Wäldern im Firmenarchiv für die EU-Entwaldungsverordnung nebst dem Lieferkettengesetz parat haben und jede Firma für die EU-Nachhaltigkeitskriterien (ESG-Regeln) jährlich ein ganzes Buch veröffentlichen muss, wofür es wiederum eigene Angestellte braucht, dann bleibt zu wenig Kraft und Lust für echte Innovation."*

Auf der einen Seite das kleine 1,4-Cent-Schachterl - auf der anderen das riesige Archiv mit 30.000 Satellitenbildern und eigene Angestellte, die dazu ein ganzes zu Buch veröffentlichen müssen.

Demagogischer geht nicht!

Tatsächlich steht dieser Verwaltungsaufwand natürlich **allen** in einer bestimmten Produktionslinie erzeugten Schachterln gegenüber. Mag sein, dass das dann immer noch eine unvertretbar hohe Kostenbelastung darstellt. Ob das der Fall ist, müsste man anhand einer seriösen Präsentation des Problems diskutieren. Hier dagegen geht es offenbar nicht um ernsthafte Diskussion sondern bloß um Stimmungsmache im EU-Wahlkampf für eine der Hauptparolen der ÖVP (*"EU-Bürokratie reduzieren"*).

--- 000 ---

Zu einem Bericht des profil vom
15.6.2024 über den drohenden Rechts-
ruck in Frankreich

Zwei Arten von Schüssen ins Knie

In Frankreich möchte das rechtspopulistische Rassemblement National die Bevorzugung von Inländern vor Immigranten durch eine die Verfassung aushebelnde Volksabstimmung erzwingen. Aus der Sicht der Verteidiger des demokratischen Rechtsstaats wäre das Resultat eines solchen Referendums *"Lehrbuchbeispiel für ein Gesetz, das von einer Mehrheit beschlossen würde, um unter Missachtung des Gleichheitsgrundsatzes eine Minderheit zu benachteiligen"* - also gleichsam ein unfairer Schuss ins Knie jener Minderheit.

Die österreichischen Gesetze zur Besteuerung von Vermögen und Erbschaften sind aus dieser Perspektive Lehrbuchbeispiele für Gesetze, die von einer Mehrheit beschlossen wurden, um unter Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes eben jene Mehrheit zu benachteiligen. Anders gesagt, handelt es sich bei diesen Gesetzen um einen allen Regeln der Demokratie entsprechenden Schuss der über keine nennenswerten Vermögen und Erbschaften verfügenden Mehrheit ins eigene Knie.

--- 000 ---

Zu einem Interview mit der ÖVP-
Ministerin für Familien, Frauen und
Integration im Kurier vom 30.8.2024

Einfach super!

Der Frau Ministerin gefällt gar nicht, dass eine Großfamilie mit sieben Kindern in Wien 4.600 € an Mindestsicherung bezieht. Sie versteht, *"dass Menschen zornig sind, wenn man mit **Nichtstun** mehr zum Leben hat, als wenn man arbeiten geht."*

Super Einstellung zur Care-Arbeit!
Super Verständnis der Grundwerte unserer Leitkultur!
Super Familien-, Frauen und Integrationsministerin!

--- 000 ---

Des Rätsels unerwartet einfache Lösung

Österreichs Wirtschaft zeigte zuletzt sehr geringe, unter dem EU-Schnitt liegende Dynamik, und einer der Gründe dafür ist das Schwächeln des privaten Konsums. Obwohl sich die beachtlichen Lohnabschlüsse des Vorjahres nach wie vor positiv auf die Einkommen auswirken, geben die privaten Haushalte nur sehr zögerlich Geld aus. Die Wirtschaftsforscher*innen rätseln über die Gründe für diese Zurückhaltung. Dämpft die allgemeine wirtschaftliche Unsicherheit die Konsumneigung? Oder deutet die ungewöhnlich hohe Sparquote auf das Umsichgreifen einer ungesunden Sparsamkeit hin?

Des Rätsels Lösung liegt weder in übertriebener Zukunftsangst noch in erhöhtem Sparwillen der Haushalte, sondern im Effekt einer seit langem völlig aus dem Ruder gelaufenen Wohnungspolitik. Wenn der Umzug in eine andere Wohnung oder das Bauen eines Einfamilienhauses so teuer wird, dass man sich beides nur nach einer immer längeren Ansparphase leisten kann, und wenn dann in der neuen Wohnung monatliche Belastungen drohen, die kaum zu stemmen sind, dann sinkt bei allen in den letzten und den kommenden Jahren von einem Umzug betroffenen Haushalten der für den Konsum zur Verfügung stehende Teil des Haushaltseinkommens ganz von selbst.

--- 000 ---

Zum schlecht laufenden
Wahlkampf der SPÖ

Eines weiteren Rätsels ebenso einfache Lösung

Der SPÖ-Spitzenkandidat fordert eine 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, und die ihm nahe stehende Parteilinke wundert sich, wieso er damit offenbar beim Wahlvolk keine umfassende Begeisterung auslöst.

Man übersieht dabei, was doch auf der Hand liegt: Österreich weist die zweithöchste Teilzeitquote aller 27 EU-Staaten auf. Die Menschen haben also die seit Jahren anstehende Arbeitszeitverkürzung angesichts der von Globalisierung und Neoliberalismus in eine hoffnungslose Defensivposition gedrängten Arbeitnehmerorganisationen in ihre eigenen Hände genommen und sich selbstgestrickte Optimierungen ihrer Work-Live-Balance organisiert. Wie das aber so läuft, wenn man ein kollektives Problem individuell zu bewältigen versucht, gelangen dabei nur jämmerliche Ersatzlösungen.

Das heißt konkret: Arbeitszeitkürzung **ohne** Lohnausgleich und **auf Kosten der Frauen**. Stärker als in sämtlichen anderen EU-Staaten ist nämlich in Österreich die Teilzeitarbeit auf sie konzentriert. Während nicht einmal jeder

siebente Mann deutlich weniger als 40 Stunden arbeitet, reduzieren hierzulande gut 50% aller Frauen ihre Berufsarbeit, damit sie die von uns Männern beharrlich verweigerte Care- und Haushaltsarbeit leisten können, wofür wir sie dann im Alter auch noch mit entsprechend niedrigeren Pensionen bestrafen.

--- 000 ---

Es ist Herbst und ich besorge mir
Lektüre für die nun länger werdenden
Abende

Von schwarzen Schimmeln und weißen Rappen

Hans Holzinger, Senior Adviser der Robert-Jungk-Bibliothek in Salzburg, hat ein Buch mit dem Titel *"Wirtschaftswende. Transformationsansätze und neue ökonomische Konzepte im Vergleich"* veröffentlicht. In einer Kurzbeschreibung dieser Publikation informiert mich der Verlag über Holzingers Resümee aus seiner vergleichenden Analyse:

"Am Ende plädiert er für eine moderne Bedarfsökonomie, welche die Stärke freier Märkte nutzt, zugleich aber die Grundbedürfnisse unter Einhaltung der ökosystemischen Grenzen in den Mittelpunkt stellt."

Ich habe das Buch noch nicht gelesen und kann daher kein Wort zu seinen Qualitäten bzw. Schwächen sagen. Beim Lesen dieses Resümees stolpere ich aber gleich zweimal:

Erstens ist eine *"Bedarfsökonomie, welche die Stärke freier Märkte nutzt"* so etwas wie ein schwarzer Schimmel. Denn zwischen einem freien Markt und einer Bedarfsökonomie bestehen fundamentale Widersprüche: Einerseits fehlt wichtigen Bedarfen sehr häufig die nötige Kaufkraft. Und andererseits erzeugt jeder freie Markt künstliche Wünsche, die an den tatsächlichen *"Grundbedürfnissen"* oft meilenweit vorbeigehen.

Zweitens ist eine Ökonomie, die auf freien Märkten fußt und *"zugleich"* die *"Einhaltung der ökosystemischen Grenzen in den Mittelpunkt stellt"*, eine zutiefst widersprüchliche Vorstellung. Denn freie Märkte fußen auf freier Kapitalverwertung, und die kennt prinzipiell weder die von der Menschenwürde noch die von den Ökosystemen gesetzten Grenzen.

Bin gespannt, ob das hier vorgestellte Buch sorgfältiger mit den genannten Widersprüchen umgeht als sein Verlag. Und das war jetzt KEINE Kritik an diesem Kurztext. Denn der soll ja Spannung erzeugen und dadurch einen Kaufimpuls auslösen - was bei mir perfekt gelang. Erst nach der Lektüre des Buchs werde ich wissen, ob sein Erwerb echte Bedarfsdeckung oder doch nur Befriedigung einer vom Buchmarkt generierten Kauflust war.

--- 000 ---

Preisfrage

Was würde unser oberster Wachhund der Verfassung tun, wenn Kickl selbst oder ein Kanzler von seinen Gnaden die Verfassung der Zweiten Republik Stück für Stück aushebelt?

Antwort: (*Van der*) Bellen!

Leider gilt vermutlich auch in diesem Fall das alte Sprichwort: Hunde die bellen, beißen nicht.

--- 000 ---

Nach einem Bericht im Kurier vom
11.10.2024 über die aktuelle Situation
der Zivilbevölkerung im Gazastreifen

Die Hydra

Das ist jenes Ungeheuer der griechischen Mythologie, dem zwei neue Köpfe wachsen, wenn man ihm einen abschlägt. Sie ist das Sinnbild der Unmöglichkeit, Gewalt mit Gewalt zu besiegen. In der Sage gelang das nur dem Herakles, der aber kein Mensch, sondern ein Halbgott war. Wir alle sind nur einfache Sterbliche und sollten daher die in dem Bild der Hydra liegende Warnung sehr ernst nehmen.

Wie das Nachwachsen der abgeschlagenen Köpfe konkret funktioniert, lässt sich zurzeit geradezu exemplarisch im Gazastreifen beobachten. In ihrem Bemühen der Hamas alle Köpfe abzuschlagen zerbombt Israels Armee Stück für Stück dieses schmalen Landstrichs und treibt dabei die Zivilbevölkerung von einer Schutzzone zur nächsten. Wo immer aber solche Schutzzonen errichtet werden, mischen sich auch die getarnten Kämpfer der Hamas unter die Zivilbevölkerung und bemächtigen sich der Konvois mit der internationalen Hilfe für die Versorgung der Binnenflüchtlinge. Was übrig bleibt, geht an die Händler, welche die Hilfsgüter zu völlig überhöhten Preisen auf den Märkten verkaufen. Die Hamas hat auf diese Weise schon eine halbe Milliarde Dollar eingenommen und rekrutiert mit dem Geld neue Kämpfer, die dann mit dem Sold ihre Angehörigen unterstützen, damit sie auf den Märkten die für ihr Überleben nötigen Hilfsgüter kaufen können. Ein ökonomischer Teufelskreis, der jenen ohnehin unvermeidlichen Teufelskreis befeuert, welcher sich daraus speist, dass bei den durch die Bombardierungen von Schutzzone zu Schutzzone getriebenen Zivilisten immer größerer Hass auf die Bombenwerfer entsteht.

--- 000 ---

Bei der Lektüre des profils vom
19.10.2024 begegne ich einem
für mich neuen Begriff.

Hoch lebe die Neurodiversität

Als alter 68er bin ich selbstverständlich Fan von Sigmund Freud. Er und Marx sind für mich intellektuelle Leitfiguren, die dem modernen Menschen Wege aus selbstverschuldeter Unterdrückung aufzeigten. Beide wendeten sich mit ihrem Anliegen an ein Subjekt, das jene Befreiung selbst vollbringen muss. Für den einen war dieses Subjekt das Kollektiv, das seine innere Spaltung in Ausbeuter und Ausgebeutete durch soziale Kämpfe zu überwinden hat. Für den anderen war es das Individuum, das die im Verlauf seines Heranwachsens entstandenen Selbstfesselungen durch therapeutisch begleitete Reflexion auflösen muss.

Wegen dieser grundsätzlichen Sympathie für eine emanzipatorische Wissenschaft vom Menschen war mir der Mainstream der akademischen Auseinandersetzung mit Geist und Psyche immer höchst verdächtig. Das galt sowohl für die Neurowissenschaft, die das Subjekt mit seinem Gehirn verwechselt, als auch für die am naturwissenschaftlichen Forschungsideal orientierte Verhaltens- und Experimentalpsychologie, die es auf eine zu beobachtende Versuchsperson reduziert. Und es galt erst recht für eine Psychiatrie, die sämtliche psychischen Auffälligkeiten mittels gefinkelter Tests in ein laufend feiner ausdifferenziertes Diagnosesystem einordnet, um sie dann durch einen nebenwirkungsreichen Psychopharmaka-Cocktail in den Bereich dessen zurückzuregeln, was in einer immer verrückteren Gesellschaft als 'normal' (sprich: funktional) gilt.

Nun las ich kürzlich in einem Bericht des profil über die Wiener Universität für angewandte Kunst, dass es dort Probleme mit zwei Lehrenden gebe, die sich selbst als "*neurodivers*" präsentieren, was konkret bedeute, dass es sich bei ihnen um eine Autistin und deren bipolaren Kompagnon handle. Als ein den aktuellen Diversitätsdiskursen hoffnungslos hinterherhinkender alter weißer Mann dachte ich dabei im ersten Augenblick an einen mäßig gelungenen Selbstvermarktungsgag dieses Künstler-Duos, wurde dann aber durch Wikipedia rasch eines besseren belehrt. Neurodiversität bezeichnet, wie ich jetzt weiß, ein Konzept, das nicht nur einzelne "*Neuro-Minderheiten*", sondern letztlich **alle** Menschen als neurodivers zu betrachten.

Dieses Konzept hebt damit zwar den völlig unangemessenen **Objektivismus** der akademischen Wissenschaft vom Menschen in keiner Weise auf.

Ja es bestätigt sogar unsere Bereitschaft, sich ihm zu unterwerfen, indem es unsere Sucht nach psychiatrischen Diagnosen bereitwilligst bedient. Indem es aber die daraus resultierende universelle Pathologisierung unserer Individualitäten mit dem schönen Gedanken der Diversität, also der positiven Einstellung zur Vielfalt der menschlichen Natur verknüpft, nimmt es der Pathologisierung ihre menschenverachtende Spitze. Daraus könnte mittelfristig eine gewisse Entschärfung der mit jeder psychiatrischen bzw. neurologischen Diagnose verbundenen **Stigmatisierung** resultieren.

Das von der WHO entwickelte internationale System der *"mental, behavioural or neurodevelopmental disorders"* umfasst derzeit bereits mehrere hundert spezifische Diagnosen. Und ganz leichte, in entsprechenden Testverfahren jederzeit quantifizierbare Ansätze zu Autismus oder ADHS, oder Dyskalkulie, oder Legasthenie, oder Dyspraxie, oder Synästhesie, oder bipolarer Störung, oder Tourette-Syndrom gibt es wohl bei jedem von uns. Wer zum Beispiel bei der Lektüre bestimmter Zeitungen keine Tourette-Symptome zeigt, leidet höchstwahrscheinlich unter einem speziellen Subtypus der Legasthenie, und hat daher ein Problem mit unsinnerfassendem Lesen.

Wenn wir uns schon nicht zu internationaler Solidarität im Kampf gegen Ausbeutung und Klimakrise aufrufen können, dann reichen wir uns doch wenigstens die Hände im Sinne der wirklich umfassenden und keinen von uns ausschließenden Neurodiversität.

--- 000 ---

Zu einer Werbeeinschaltung der privaten Versicherungswirtschaft im Kurier vom 19.11.2024

Vollpension statt Halbpension?

Rechtzeitig zum Beginn der Koalitionsverhandlungen zeigen die privaten Pensionsversicherer auf. Der Zuschussbedarf des staatlichen Pensionssystems werde immer größer und man habe da eine Problemlösung anzubieten: *"Vollpension statt Halbpension"* lautet die griffige Devise, denn *"wer sich nicht allein auf die gesetzliche Pension verlassen will, kann mit ordentlichen Renditen langfristig hohe Summen ansparen"*. Der einzige Haken dieser Problemlösung: Trotz der verlockenden Aussichten können sich laut einer von den privaten Pensionsversicherern selbst in Auftrag gegebenen Studie nur gut 30% der Befragten regelmäßige Einzahlungen für eine private Zusatzpension vorstellen. Man appelliert daher an alle Entscheidungsträger, die Einführung steuerlicher Begünstigungen für privates Pensionsansparen in Erwägung zu ziehen.

Bitte liebe SPÖ-Koalitionsverhandler*innen lasst Euch bei diesem Thema nicht über den Tisch ziehen. Solche Steuergeschenke würden für die untere Hälfte der Einkommensbezieher*innen nur sehr wenig an der Unleistbarkeit einer Privatpension ändern. Sie wären aber Abzüge von den Staatseinnahmen und würden so die Finanzkraft des Staates zur Abdeckung der Finanzierungslücke im staatlichen Pensionssystem verringern. Und je geringer diese Finanzkraft, desto größer der Druck auf die Höhe der öffentlichen Pensionen und auf die Zugangskriterien (Pensionsalter, Anrechnung von Versicherungszeiten, usw.).

Die Devise der privaten Pensionsversicherer hat somit eine der Öffentlichkeit vorenthaltene Implikation. Würde sie nicht verschwiegen, müsste dieser Slogan folgendermaßen lauten:

*"Vollpension statt Halbpension!
Aber natürlich nicht fürs Küchenpersonal!"*

--- 000 ---

Opa lernt von seiner Enkelin

Erster Blick in den Abgrund

Vier gewinnt ist ein einfaches Strategiespiel für Kinder. Man spielt es auf einem senkrecht stehenden hohlen Spielbrett, in das die Spieler abwechselnd ihre Spielsteine fallen lassen. Gewinner ist der Spieler, der es als erster schafft, vier Spielsteine waagerecht, senkrecht oder diagonal in eine Linie zu bringen. Ich spielte dieses Spiel mit meiner zweieinhalbjährigen Enkelin bisher in einer altersgerechten Kleinkindervariante. Dabei ging es nicht ums Gewinnen oder Verlieren, sondern nur darum, mit den gelben und roten Spielsteinen ein schönes Muster im Spielbrett zu erzeugen.

Unlängst ritt mich der Teufel und ich erklärte ihr, wie die großen Kinder dieses Spiel spielen. Als sie verstanden hatte, dass es für jeden der Spieler darum geht, vier Steine in eine Reihe zu bringen, legten wir los und ließen abwechselnd unsere Steine ins Spielbrett fallen. Nach der dritten Runde hatte sie drei ihrer gelben Steine übereinander geschichtet, worauf ich einen meiner roten Steine auf diese Reihe fallen ließ.

Die Reaktion des Kindes, das bisher nur Spiele kennen gelernt hatte, in denen man kooperiert, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen, war eindrucksvoll. Als sie verstanden hatte, was da gerade geschehen war, sah sie mir mit einem tiefen Blick, in dem sich grenzenlose Enttäuschung, leichtes Entsetzen und ein Anflug von Verachtung mischten, in die Augen, stand auf und ging wortlos weg.

--- 000 ---

Zum TV-Programm vom 17.12.2024
vor dem Hintergrund eines Artikels im
profil vom 7.12.2024

Gott erhalte

Die erste Runde der Präsidentschaftswahl in Rumänien gewann ein bisher völlig unbekannter Ultra-Rechts-Politiker, der für die profil-Redakteure *"die personifizierte Schnittstelle zwischen Esoterik und Verschwörungsglaube"* ist. Beste Nahrung bekam dessen vom Wahlvolk offenbar geteilter Hang zu Verschwörungstheorien durch das Veto des österreichischen Innenministers gegen den Schengen-Beitritt Rumäniens. In Rumänien entfaltete diese innenpolitisch motivierte Entscheidung Österreichs Wirkung, und Putins Propaganda in den sozialen Medien griff das geschickt auf. Viele Menschen befürchten nun sogar, *"dass Österreich eine Rückkehr zur Habsburgermonarchie anstrebt und sich die Region Siebenbürgen zurückholen will."*

Was die ersehnte Rückkehr der Habsburger betrifft, hatte auch ich bei der Lektüre des Abend-Programms von ORF III schon des Öfteren ähnliche Befürchtungen. Seit dem 17.12.2024 bin ich mir sogar ziemlich sicher:

20.15 So weihnachtet es in der Monarchie

21.05 Sisi - Allüren und Zwänge einer Kaiserin

22.45 Habsburg und der Dom - St.Stephan

--- 000 ---

2025

Zu einer Meldung in der Woz,
Nr. 51 vom 19.12.2024

Wirklich lobenswert!

Am Neujahrstag erreichte mich eine der besten Nachrichten des vergangenen Jahres, weshalb ich sie nun erst an dieser Stelle gebührend würdigen kann.

Die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni arbeitet mit großer Hartnäckigkeit weiter an ihren bisher von der Justiz torpedierten Plänen zur Abschiebung von Asylsuchenden in ein in ihrem Auftrag errichtetes Abschiebelager in Albanien. Sie bezeichnete das jüngste diesbezügliche Gerichtsurteil als „*Propagandaflugblatt*“ und will ihr Albanienprojekt in jedem Fall durchsetzen – „*auch wenn ich bis zum Ende der Legislaturperiode jede Nacht dort (= in Albanien) verbringen muss!*“

Die Dame will sich also offenbar selbst gleich mitabschieben. Ein wirklich lobenswertes und in jeder Hinsicht zu unterstützendes Vorhaben, das ich all ihren GesinnungsgenossInnen wärmstens zur Nachahmung empfehle.

--- 000 ---

Zum Bekanntwerden erster Konturen
des Sparprogramms einer künftigen
blau-schwarzen Regierung

Politisch unkorrekte Gefühle nach der Wahl

Alle, die jetzt bald ihre Gürtel sehr viel enger schnallen müssen, damit wir Konzerne und Superreiche nicht in die Pflicht zu nehmen brauchen, tun mir wirklich leid. Aber nur dann, wenn sie keine FPÖ-Wähler sind. Auf die würde ich am liebsten meine ganze Schadenfreude ausgießen. Leider ist das vermutlich politisch nicht viel korrekter als mein mit großer Mühe unterdrückter Impuls, sie Idioten zu nennen, die nun auslöffeln müssen, was sie sich selbst eingebrockt haben. Vielleicht sollte ich sie besser bemitleiden für die Begrenztheit ihrer intellektuellen Kapazität, die ihnen nicht gestattete vorherzusehen, was ihnen nun bald widerfahren wird. Aber Mitleid mit Behinderten ist wohl auch nicht das Gelbe vom Ei, denn da kommt mir sofort die Klage eines blinden Bloggers „*Euer Mitleid kotzt mich an*“ in den Sinn.

Was mach ich nur mit meinen Gefühlen gegenüber Kickl-Wählern? Sie sind da, und sie sind stark. Und wie ich sie auch drehe und wende – ich kann sie nicht in gesellschaftlich anerkannte Emotionen transformieren.

--- 000 ---

Zu einem Interview von Philipp Blom
im profil vom 4.1.2025 über das Thema
„Hoffnung“

Geht es auch ohne Hoffnung?

Philipp Blom zieht aus dem bisherigen Scheitern unserer säkularen Träume, den Schluss, dass das auch in alle Zukunft so sein muss. Er mag prinzipiell keine Revolutionen, weil die *„immer von Idealisten angefangen und von Banditen beendet“* werden. Wer so denkt, hat jede Hoffnung aufgegeben und glaubt in Wahrheit auch nicht eine von ihm beschworene Hoffnung *„nach dem Prinzip Trotzdem“*. Denn genau diese von Blom ins Spiel gebrachte Trotzdem-Hoffnung würde es ja ermöglichen, trotz des vorangehenden Scheiterns weiterhin auf den Erfolg einer künftigen Revolution zu hoffen – auch ohne mit Sicherheit zu wissen, *„dass es funktionieren wird“*.

Letztlich zieht sich Blom bei seiner Abkehr vom Hoffen auf einen von Václav Havel übernommenem Vorsatz zurück, der dazu auffordert, etwas nicht deshalb zu tun, weil wir damit Hoffnungen verbinden, sondern, weil es sinnvoll ist: *Tu „was sinnvoll ist, eben weil es sinnvoll ist“*.

Da muss man sich aber fragen, wie denn ein Tun sinnvoll sein könnte, das nicht über die Grenzen unserer in letzter Konsequenz zutiefst widersinnigen Ökonomie hinausweist. Wenn es das aber tut, dann wurzelt es letztlich in der Hoffnung auf die Möglichkeit einer ganz anderen Ökonomie, einer Ökonomie von der wir vielleicht nur vorläufig, vielleicht aber auch für immer durch eine nicht vollzogene Revolution getrennt sind.

--- 000 ---

Zu den Bildern von Trumps Amtseinführung am 20.1.2025

Was sagt uns ihr Hut?

Ivanka Trump ist eine elegante Erscheinung. Die breite, tief sitzende Krempe ihres modischen Huts verhindert jeden Blick auf ihr Gesicht. Sie ist so stumm wie ihr Hut, sendet uns jedoch durch ihn eine ganz klare Botschaft: *„Ich stehe hier nur als Anhängsel meines Gattens und enthalte mich daher jedes Kommentars. Nicht einmal meine Mimik soll euch verraten, was ich denke.“*

Mit diesem Hut steht Ivanka Trump der stets mit Kopftuch bekleideten und immer schweigsamen Gattin Recep Erdoğan viel näher als der nie mit ihrer politischen Meinung hinterm Berg haltenden Michelle Obama, Gattin von Trumps Vorgänger in dessen erster Amtszeit. Vermutlich steht auch Trump selbst über alle religiösen Grenzen hinweg Erdogan viel näher als jeder andere US-Präsident vor ihm. Gemeinsam mit Putin werden die beiden sicherlich bald einen tollen Deal für den Nahen Osten aushandeln.

--- 000 ---

Genau am 91. Jahrestag des Ausbruchs des Bürgerkriegs erreicht uns die Nachricht vom Scheitern der Regierungshandlungen zwischen ÖVP und FPÖ

Ehrenrettung eines Datums

Zur Abwechslung einmal ein 12. Februar mit positiven Folgen für unser Land.

--- 000 ---

Ebenfalls am 12. Februar meldet der Kurier eine „Schlammschlacht“ um die Übernahme des ChatGPT-Entwicklers OpenAI.

Schreckensvision 2035

Die jüngsten Berichte zu den Kämpfen im Silicon Valley um die Herrschaft über die künftige Entwicklung der KI erzeugen in mir eine Schreckensvision über die Standardausstattung meines künftigen Laptops: In seinem Textverarbeitungsprogramm ist nicht mehr bloß eine automatische Rechtschreib- und Grammatiküberprüfung integriert. Mein word verfügt dann zusätzlich auch über einen KI-gestützten „Fakten-Check“. Der unterlegt alle Passagen meiner Texte, die auf politisch fragwürdige Haltungen ihres Autors verweisen, mit einem hektisch rot-blinkenden Hintergrund und einer als Randbemerkung formatierten „Verschwörungswarnung“. Was der Algorithmus als politisch fragwürdig markiert, hängt von den jeweils aktuellen politischen Präferenzen des hinter Microsoft, OpenAI, und co stehenden Kapitals ab.

--- 000 ---

Am 4.3.2025 melden die Nachrichtendienste den Beginn einer neuen Ära in der EU.

Quod Ära demonstrandum

Ich hab immer geahnt, dass Ursula von der Leyen nur eine Überschriftenpolitikerin ist. Jetzt ist es endgültig bewiesen. Hoffentlich dauert die heute durch sie eröffnete "*Ära der Aufrüstung*" wenigstens nicht länger als die Ära des durch sie vor gut fünf Jahren verkündeten "*European Green Deal*". Und hoffentlich beginnt danach dann die Ära eines "*New European Green Deal*". Die Erderwärmung macht nämlich keine Pause, nur aus Rücksicht auf unseren vermeintlichen Nachrüstungsbedarf.

--- 000 ---

Am 25.3.2025 fällte der Oberste Gerichtshof sein endgültiges Urteil im Fall Grasser. Die dem ehemaligen Finanzminister von der Erstinstanz aufgebürhten 8 Jahre wurden dabei auf 4 Jahre herabgesetzt.

Er hatte sich seine acht Jahre redlich verdient

Für Grassers eigentliches Verbrechen, einen gigantischer Diebstahl, der bei diesem Prozess leider nicht auf der Tagesordnung stand, wären acht Jahre angemessener gewesen. Wenn Du wissen willst, warum, lies meine Randnotiz mit dem Titel „**Was wir vergessen sollen**“ aus dem Jahr 2018. Und wenn Dich dann auch noch interessiert, wieso der Hehler, mit dem Grassers kriminelle Vereinigung damals kooperierte, nun vor seinem letzten und höchsten Karrieresprung steht, dann lies die ebenfalls im Jahr 2018 verfasste Randnotiz mit dem Titel „**Es geht immer noch schlimmer**“.

--- 000 ---

Viktor Orban solidarisiert sich mit Marine Le Pen nach ihrer Verurteilung durch ein französisches Gericht mit den Worten „*Je suis Marine*“.

Sensationelles Outing

Hut ab, Viktor! Du warst nun wirklich der Letzte, von dem ich mir ein so mutiges Coming-Out als trans Person erwartet hätte.

--- 000 ---

Elfriede ungewohnt unkorrekt

Am 2.4.2025, also sicherlich keinen Tag zu früh, übt Elfriede Jelinek Kritik an Israels Verhalten im Gaza-Krieg. Die unter dem Titel „*Höre Israel!*“ stehenden Zeilen beginnt mit folgenden Worten: „*Ich versuche das für mich große Wagnis, an Stelle eines reflexhaften und auch ausgehöhlten, formelhaften Kampfs gegen Antisemitismus, der jedoch leider immer noch sehr nötig ist, alle Opfer des Gazakrieges in den Blick zu nehmen. Ich versuche es, hier, es ist ja nur geschrieben, Geschriebenes tut niemandem weh: ...*“

Für mich erheben sich hier sechs von Jelineks anschließenden Ausführungen nicht beantwortete Fragen:

1. Wieso ist ein reflexhafter und auch ausgehöhlter, formelhafter Kampf gegen Antisemitismus „*immer noch sehr nötig*“?
2. War ein reflexhafter und auch ausgehöhlter, formelhafter Kampf gegen Antisemitismus jemals nötig, bzw. gar „*sehr nötig*“?
3. Wäre es nicht vielleicht immer schon besser gewesen, den Kampf gegen Antisemitismus nicht bloß reflexhaft, ausgehöhlt und formelhaft zu führen?
4. Ist Jelinek womöglich ohnehin genau dieser Meinung und wurde nur durch eine vorübergehende sprachliche Unpässlichkeit an einer adäquaten Formulierung gehindert?
5. (Alternativ zu 4. und viel wahrscheinlicher) Liegt hier eine geniale jelineksche Sprachspielerei vor, deren Witz ich nicht verstehe?
6. (Alternativ zu 4. und 5. und am wahrscheinlichsten) Ist der erste Satz von „*Höre Israel!*“ ein Hinweis darauf, dass sie ihren eigenen Kampf gegen Antisemitismus immer öfter als reflexhaft, ausgehöhlt und formelhaft empfindet, was sie sich selbst und uns aber nicht eingestehen will bzw. kann? In diesem Fall wäre die patscherte Formulierung Ausdruck einer persönlichen Betroffenheit, die so stark ist, dass es unserer sonst immer punktgenau formulierenden Nobelpreisträgerin vorübergehend die korrekte Red verschlagen hat.

Warnung vor falschen Analogien

Markus Auer legt in diesem Kommentar seinen Finger völlig zu Recht auf die Diskrepanz zwischen den Nie-Wieder-Beschwörungen in den Festreden zum 8. Mai und dem tatsächlichen Wiederaufleben autoritärer, ja präfaschistischer Tendenzen in den Demokratien des Westens. Dort aber, wo er jene Kritik mit seiner Sicht auf den Ukraine-Krieg verknüpft, gehen ihm die Zügel durch und der Kommentar wird zu einer unkritischen Rechtfertigung von Putins geopolitischer Aggression. Für Auer richten nämlich in diesem Krieg bei den westlichen Unterstützern der Ukraine *„die im Frieden und Wohlstand aufgewachsenen Enkelkinder der damaligen Täter ihren revanchistischen Blick nach Osten“*, während in der Ukraine selbst *„seit 11 Jahren bewaffnete Banden unter Nazi-Symbolen Nachkommen unserer Befreier terrorisieren und ermorden“*.

Hier fehlt die kritische Distanz zu dem von Putin in die Welt gesetzten Mythos, der ihn selbst als Vollender des von der Sowjetunion heroisch geführten Kampfes gegen den Faschismus stilisiert. Während Stalin einst Hitler niederrang, werde er nun dessen revanchistische Nachkommen und die in der Ukraine wütenden Nazi-Banden besiegen. Diese Anknüpfung an das Geschehen im Zweiten Weltkrieg ist genauso falsch wie der von den Kriegstreibern und Wiederaufrüstern des Westens ins Spiel gebrachte Vergleich von Putin mit Hitler. Putin ist ohne Zweifel ein geopolitischer Aggressor, aber er ist kein zweiter Hitler. Ein durch breite internationale Garantien abgesicherter Friedensvertrag für die Ukraine wäre daher auch keine Neuauflage der in Verruf geratenen Appeasementpolitik.

Beide Analogien zwischen dem Ukrainekrieg und dem Zweiten Weltkrieg sind leicht durchschaubare komplementäre Mythenbildungen. Viel weiter als der Vergleich mit 1938 trägt der mit 1914: So wie am Vorabend des Ersten Weltkriegs stehen einander in der Ukraine mehrere um Ausweitung ihrer politischen und wirtschaftlichen Einflusszonen kämpfende imperialistische Mächte gegenüber. Und so wie damals versuchen auch heute wieder die ökonomischen Eliten jener Mächte die Kampfbereitschaft ihre Völker mit großen Mythen zu beflügeln. Damals waren es ‚die Nation‘ und ‚das Vaterland‘, heute sind es die jeweiligen ‚Werte‘ und der Kampf gegen ‚die Diktatur der Oligarchen‘ bzw. ‚den Neofaschismus‘.

Nachdem profil die Kolumne der linken Ökonomin Barbara Blaha eingestellt hat, bemüht sich die Redaktion in der Ausgabe vom 17. Mai 2025 in einem längeren Kommentar um Rechtfertigung dieses Schritts.

Viele Skandälchen und ein großer Skandal

Die Einstellung von Blahas Kolumne habe nichts, aber schon gar nichts mit politischer Einseitigkeit des profil zu tun, denn „*niemand schreibt uns vor, was wir zu schreiben haben*“. Kein Skandal entgehe dem unbestechlichen Auge der Redaktion: „*Entscheidend ist nicht, welche Parteifarbe ein Skandal hat, ... weil wir Jubelberichterstattung nicht für unsere Aufgabe halten, dafür aber die Aufdeckung von Missständen.*“

Selten wird die schwere politische Schlagseite der gesamten Mainstream-Presse so deutlich wie in diesem Rechtfertigungsversuch: Der politische Skandal ist immer nur das Fehlverhalten von Einzelnen oder Gruppen **innerhalb** des Systems. Das System selbst, sprich: **die nur vom Profit gesteuerte Ökonomie**, darf kaum je, schon gar nicht regelmäßig, im Zweiwochenrhythmus in Frage gestellt werden. Und weil das die Redakteure der Mainstream-Presse ohnehin verinnerlicht haben, braucht ihnen auch niemand zu sagen, was sie schreiben sollen, oder wem sie eine Kolumne geben dürfen.

--- 000 ---